

Bul



LIBRARY
JUN 9 1955
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

*Die Kommunistische
Internationale*

1925 / HEFT 5

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

Sinowjew: Die Stabilisierung des Kapitalismus
Neumann: Die Hindenburg-Aera / Kolarow: Der Sinn der
bulgarischen Ereignisse / Tanin: Die ökonomische Entwick-
lung der Vereinigten Staaten von Nordamerika / Martynow
Die Entwicklung der Volkswirtschaft und die neuen Auf-
gaben der Sowjet-Regierung im Dorfe / Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925

Heft 5 Mai

(Erscheint verspätet Anfang Juni)

I N H A L T

	Seite
G. Sinowjew: Die partielle Stabilisierung des Kapitalismus und die Aufgaben der Komintern und der KPR	481
H. Neumann: Die Hindenburg-Aera	519
M. Tanin: Die Tendenzen der ökonomischen Entwicklung der Vereinigten Staaten Nordamerikas	536
Kolarow: Der Sinn der bulgarischen Ereignisse	559
A. Martynow: Die Entwicklung der Volkswirtschaft und die neuen Aufgaben der USSR im Dorfe	578
Conrad: Zehn Jahre Kommunistische Jugendinternationale	592
G. Smoljanski: Ueber das „unehrliche Buch“ der englischen Delegation und die „ehrlliche“ Kritik Friedrich Adlers	598
Maletzky: „Gewerkschaftsarchiv“ und „die Arbeit“	601
M. J. Lonski: Lametrie, Ausgewählte Werke	605

Böff: Zwei Zeichnungen

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 1,50
Quartal	4,50
Halbjahr und Register	9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Partei-Kolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Hamburg 24 227 oder auf unser Postscheck-Konto Berlin 45 547

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlages der Jugend-Internationale bei

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

G. SINOWJEW:
**DIE PARTIELLE „STABILISIERUNG“ DES
 KAPITALISMUS UND DIE AUFGABEN DER
 KOMINTERN UND DER KPR***

1. Vom Charakter der kapitalistischen „Stabilisierung“

**Die parallele Entwicklung der Komintern und unserer
 Revolution**

Genossen! Wenn ihr die ganze Tätigkeit der Kommunistischen Internationale verfolgt, dann werdet ihr euch davon überzeugen, daß die Wendepunkte in ihrer Geschichte fast jedesmal mit Wendepunkten in der Geschichte unserer Partei zusammenfielen. Man kann ohne Zweifel eine bestimmte parallele Linie in der Entwicklung der Kommunistischen Internationale und unserer eigenen Revolution feststellen. Ihr erinnert euch an den Artikel Lenins, der zum ersten Jahrestag der Kommunistischen Internationale geschrieben wurde. Er schrieb damals über den Triumphzug der Kommunistischen Internationale, die eine Position nach der anderen eroberte. Und dieser Triumphzug fiel damals mit den raschen Erfolgen unserer Revolution zusammen.

Der II. Kongreß der Komintern fand zur Zeit unserer Warschauer Offensive statt.

Der III. Kongreß der Komintern versammelte sich nach Kronstadt, und die von unserer Partei eingeschlagene Taktik hatte auf seine Beschlüsse einen ersten Einfluß ausgeübt.

Der IV. Kongreß fand zu einer Zeit statt, da wir die ersten Bilanzen der NEP gezogen haben, und wiederum steht unsere internationale Politik mit der Politik der KPR im Einklang. Der V. Kongreß zieht eine gewisse Bilanz unserer innerparteilichen Diskussion. Unsere innerparteilichen Krisen aber fielen jedesmal zusammen mit gewissen Krisen oder Halbkrisen in der Geschichte unserer Revolution.

Jetzt können wir wieder einen ähnlichen Parallelismus beobachten. Die Beschlüsse der jüngst stattgefundenen Sitzung des Erweiterten EKKI, die eigentlich die Bedeutung eines Kongresses hatte, stehen in engem Zusammenhang mit der politischen Gesamtlage unseres eigenen Landes. Das ist auch vollkommen begreiflich, wenn wir überlegen, daß die Kommunistische Internationale in der Atmosphäre der ersten Siege der proletarischen Revolution in Rußland entstanden und gewachsen ist. Wenn die Sowjetunion auch

* Bericht des Gen. Sinowjew auf der XIV. Parteikonferenz der Sowjetunion über die Ergebnisse der Tagung der Erweiterten Exekutive, ergänzt durch Auszüge aus den Berichten des Gen. Sinowjew in den Versammlungen der aktiven Parteiarbeiter Leningrads und Moskaus über dasselbe Thema. Gegenüber dem in der Inprekorr veröffentlichten Text derselben Rede bedeutend erweitert und einer sorgfältigen Durchsicht unterzogen.

nur ein Sechstel des Erdballes einnimmt, so ist das Schwergewicht der russischen Revolution in der Kommunistischen Internationale zweifelsohne viel größer — aus Gründen, die keiner Erläuterung bedürfen. Deshalb sind die Beschlüsse, die in der Sitzung des Erweiterten EKKI angenommen wurden, so wichtig für uns, nicht nur als für eine der Sektionen der Kommunistischen Internationale, sondern als für jene Partei, die an der Spitze des ersten proletarischen Landes steht.

Die II. Internationale und ihre Basis

Eine solche parallele Linie kann man andererseits in der Tätigkeit der II. Internationale und einer Reihe von bürgerlichen Ländern beobachten. Geht es mit der Bourgeoisie aufwärts, so geht es auch aufwärts mit der II. Internationale. Stabilisiert sich der Kapitalismus einigermaßen, so stabilisiert sich auch die II. Internationale. Es ist schwer zu sagen, mit welchem Lande heute die II. Internationale am meisten verbunden ist, und welches Land ihre Politik am meisten verkörpert. In der Periode der Macdonald-Regierung waren wir alle geneigt, anzunehmen, daß, ebenso wie Moskau das Herz der III. Internationale, London das Zentrum der II. Internationale darstellt. Die Ereignisse haben uns aber eines anderen belehrt.

Die äußerst ernste Linksschwenkung im tiefsten Innern der englischen Arbeitermassen, die zur Annäherung der Trade-Unionisten an die Sowjetgewerkschaften führte, bedeutet unbestreitbar eine Schwächung der Rolle der II. Internationale. Heute kann man nicht mehr sagen, daß London die II. Internationale verkörpert, und daß die englische Arbeiterbewegung ihre Basis darstellt. Wenn jemand dafür Beweise braucht, so kann er deren in den Ereignissen der letzten Tage übergenuß finden. Auf der jüngst stattgefundenen Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei, der Partei Macdonalds, die in gewisser Hinsicht den linken Flügel der Labor Party darstellt, kam es zu einer direkten Niederlage Macdonalds. Schon die im Zusammenhang mit der berühmten Geschichte des gefälschten „Sinowjew-Briefes“ stattgefundenen Abstimmung allein ist in dieser Hinsicht sehr symptomatisch und lehrreich. Macdonald, der Führer der Partei, ist in dieser Frage in der Minderheit geblieben. Er erhielt 261 Stimmen gegen 286. Die Sache ging soweit, daß im Laufe der darauffolgenden Tage die „Morning Post“ die Gründung einer neuen, ganz kommunistenfreien Arbeiterpartei durch Macdonald und Thomas prophezeite. Die Zeitung schreibt ironisch: Die Labor Party werde durch die Unabhängige Arbeiterpartei (ILP) kontrolliert. Diese stehe aber in Wirklichkeit unter der Kontrolle jener Kommunisten, die sich — offen oder nicht offen — in der Partei befänden; den Herren Macdonald und Thomas bleibe also nichts anderes übrig als eine neue Arbeiterpartei zu gründen.

Ich weiß nicht, ob es zur Bildung einer neuen Partei kommen wird, wie es die „Morning Post“ prophezeit, es genügt aber schon, daß man davon redet. Unlängst, zu Ostern, verkündete Macdonald seinen Plan, der ein Gegengewicht zur englisch-russischen gewerkschaftlichen Annäherung bilden sollte. Er befürwortete die Idee einer englisch-deutschen Annäherung und begründete seinen Vorschlag damit, daß das Schwergewicht der europäischen Arbeiterbewegung trotz allem in Deutschland bleibe.

Auf der unlängst stattgefundenen Sitzung der Exekutive der II. Internationale entbrannte ein interessanter Kampf in der Frage, wo die Exekutive in Zukunft ihren Sitz haben soll. Gewürzt durch pikante Zwischenfälle, endete dieser Kampf mit einer Abstimmung, die mit einer Mehrheit von zwei Stimmen zugunsten Deutschlands ausfiel. Allerdings wurde auch hier die Formulierung gemildert: in der angenommenen Resolution hieß es nur, daß die Tätigkeit der Exekutive der II. Internationale in ein „deutschsprachiges Land“ versetzt wird. Sie konnten sich nicht entschließen, direkt Deutschland zu sagen. Schon aus dieser einen Tatsache kann man beurteilen, daß England heute nicht das Hauptland der II. Internationale darstellt, daß London nicht in dem Maße die II. Internationale vertritt wie Moskau die III. Eher gehen wir einer solchen Epoche entgegen, wo wieder Deutschland als das Hauptland der II. Internationale wird betrachtet werden müssen.

Wie unsere Beschlüsse von unseren Feinden entstellt werden

In einer solchen Lage mußten wir nun unsere neue Linie bestimmen. Es ist euch bekannt, Genossen, daß die Erweiterte Exekutive mit entschiedener Klarheit das Vorhandensein der Situation festgestellt hat, die sich schon seit dem III. Kongreß, seit 1921, mehr oder minder bemerkbar gemacht hatte. Die Exekutive bestimmte unser Verhalten gegenüber dem verlangsamten Tempo der internationalen Revolution und wies auf eine gewisse Teilstabilisierung des Kapitalismus hin. Unsere Resolutionen und Erklärungen waren für viele Genossen, wenn nicht unerwartet, so doch ziemlich unangenehm. So etwas hört man nicht gern. Dennoch mußten wir das offen aussprechen, denn die kommunistische Bewegung hat durch Illusionen und Selbstbetrug noch nie etwas gewonnen.

Der Kommunismus hatte recht, als er im Jahre 1923, zur Zeit der zugespitzten revolutionären Situation in Deutschland alles auf die Karte der Revolution setzte; der Kommunismus hatte recht, als er unmittelbar danach ein bis eineinhalb Jahre abwartete — wie wir es nach 1905 in Rußland getan haben — in der Hoffnung, daß eine unmittelbar revolutionäre Situation bald wieder eintreten wird. Ebenso recht hat der Kommunismus, wenn er im Jahre 1925, wo die Quantität bereits in die Qualität übergegangen ist, den Punkt auf das i setzt und sagt, daß gegenwärtig, besonders in Deutschland, wo es im Jahre 1923 eine unmittelbar revolutionäre Situation gab, eine solche Situation nicht vorhanden ist. Ich will hier nicht meinen Bericht wiederholen, den ich in der Erweiterten Exekutive erstattete. Ich will hier nicht jene weltwirtschaftlichen statistischen Angaben anführen, die wir dort allseitig erörtert haben, um den Grad der Konsolidierung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern aufzuklären. Ich erwähne nur, daß die Erklärung der Erweiterten Exekutive über die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus — wie es auch zu erwarten war — von der kapitalistischen und sozialdemokratischen Presse sofort aufgegriffen und in „erweitertem“ Sinne ausgelegt wurde, in dem Sinne, daß die Weltrevolution überhaupt vom Programm abgesetzt, ihre Perspektive verschwunden sei. Das feindliche Lager hat hier eine „kleine“ Fälschung begangen. Wir sprachen von einer teilweisen Stabilisierung — das Wort „teilweise“ haben sie aber weggelassen.

sprachen vom Fehlen einer unmittelbar revolutionären Situation — das Wort „unmittelbar“ haben sie weggelassen. Was dabei herauskam, war das absolute Fehlen einer revolutionären Situation, dafür aber entstand eine völlige Konsolidierung, eine vollständige Stabilisierung des Kapitalismus. Mag es ihnen zum Troste dienen!

Die Grenzen der wirtschaftlichen Stabilisierung — Das Beispiel Frankreichs

Seit der Sitzung des Erweiterten EKKI ist verhältnismäßig wenig Zeit, nicht einmal ein voller Monat, vergangen, und dennoch sehen wir bereits einige wichtige Tatsachen, die es uns jetzt ermöglichen, den Sinn der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive ganz konkret zu erläutern, und die uns über die Grenzen und über den Umfang dieser teilweisen Stabilisierung Aufschluß geben. Kaum zwei bis drei Wochen sind vergangen, und schon spielten sich in Frankreich, Bulgarien und Deutschland Ereignisse von größter Wichtigkeit ab. Ich werde mich kurz mit diesen Ereignissen beschäftigen.

Um über die Grenzen der wirtschaftlichen Stabilisierung urteilen zu können, ist es am besten, wenn wir Frankreich als anschauliches Beispiel nehmen. Über die Grenzen der politischen Stabilisierung hingegen können wir uns auf Grund des bulgarischen und des deutschen Beispiels der letzten Tage ein Urteil schaffen.

In Frankreich spielte sich dieser Tage eine schwere Regierungskrise ab, die vorläufig für den Linksblock verhältnismäßig günstig verlief. Herriot und Painlevé haben bloß ihre Plätze gewechselt. Frankreich ist, wie wir wissen, ein Land alter parlamentarischer Traditionen, wo solche Krisen in unzähliger Menge vorkommen. Das charakteristische Merkmal der letzten Krise besteht jedoch darin, daß sie nicht durch irgendeinen Sturm im Wasserglas, nicht durch irgendeine gewöhnliche Parlamentskombination hervorgerufen wurde, sondern auf einer tiefen wirtschaftlichen Grundlage beruht. Zum Unterschied von anderen Krisen hatte diese letzte Krise wirtschaftliche Ursachen. Die Widersprüche des Linksblocks sind euch genügend bekannt, ich werde mich mit ihnen nicht ausführlich beschäftigen. Was war der unmittelbare Grund der jüngsten parlamentarischen Regierungskrise im heutigen Frankreich? Es waren Fragen der Finanzpolitik. Frankreich ist ein Land, das aus dem imperialistischen Kriege siegreich hervorging, das bis in die jüngste Zeit hinein keine Arbeitslosigkeit kannte, dessen Großindustrie sich in den letzten Jahren stark entwickelte. Und sogar dieses Land ist jetzt in eine Sackgasse geraten. Frankreich steht dicht am Rande der sogenannten Inflation, der Notwendigkeit, die Lage durch übermäßige Banknotenemission zu retten. Der günstigen Lage der Bourgeoisie droht eine ernste Gefahr, eine Gefahr, die sofort eine starke Umgruppierung der Kräfte in ziemlich breiten Schichten der Bourgeoisie hervorruft.

Warum? Weil bei der Erwähnung des Wortes „Inflation“ vor der französischen Bourgeoisie das deutsche Bild des Jahres 1923 auftaucht, in ihrer Erinnerung das fürchterliche Gespenst der deutschen Krise von 1923 aufersteht, die schon viele direkte revolutionäre Charakterzüge aufwies. Und wie verlief die Sache in Deutschland im Jahre 1923: Finanzkrach, wirt-

schaftliche Depression, das Anschwellen der Papiergeldemission, Arbeitslosigkeit, Inflation usw. Wir sehen, daß im reichsten Lande des Kontinents, in einem Siegerstaate, vor unseren Augen kurz nach der Tagung der Erweiterten Exekutive eine schwere Regierungskrise ausbricht, die auf wirtschaftlichen Grundlagen beruht, wobei das Land dicht an den Abgrund der Finanzkrise gerät.

Vorläufig ist die Lage in Frankreich noch gerettet worden. Vergeßt aber nicht, daß Frankreichs Defizit 24 Milliarden beträgt. Vorläufig hat es sich noch irgendwie herausgewunden; vier Milliarden wurden durch Papiergeldemission gedeckt (das diente auch als Anlaß zum Ausbruch der Regierungskrise); 20 Milliarden vom Defizit bleiben jedoch noch immer ungedeckt. Wenn anlässlich jeder vier Milliarden eine Regierungskrise entstehen wird, so reicht die Gesamtsumme des Defizits noch für fünf solche Krisen hin, wobei jede dieser Krisen einen immer größeren Umfang und eine immer größere Schärfe haben wird. Das Charakteristische ist, daß das in Frankreich geschieht. Frankreich ist aber ein Siegerland, ein reiches Land, das sich nicht in den Klauen der Entente befindet, das kein Objekt des Versailler Vertrages, sondern sein Subjekt ist.

Also: In Frankreich gibt es keine unmittelbar revolutionäre Situation, es gibt hier eine gewisse „Stabilisierung“, aber ihr seht auch hier die wirtschaftlichen Grenzen dieser Stabilisierung. Natürlich wird sich die Lage nicht in einer Woche, nicht in einem Monat klären, aber die Grenzen der Stabilisierung finden eine anschauliche Illustration in jenen Wirtschaftskrisen, die vor unseren Augen heranreifen.

Die Grenzen der politischen Stabilisierung — Das bulgarische und das deutsche Beispiel

Betrachten wir jetzt die Stabilisierung vom politischen Gesichtspunkte aus. Ich glaube, daß die Ereignisse in Bulgarien und besonders in Deutschland uns gleichfalls ein klares Bild über jene Grenzen geben, innerhalb deren die gegenwärtige politische Stabilisierung anzuerkennen ist.

Wir wissen nicht, was die unmittelbare Folge der bulgarischen Ereignisse sein wird, aber es kam dort schon nicht nur zu einem Versuch der bulgarischen Gutsbesitzer und Kapitalisten, ihre „eigenen“ Arbeiter und Bauern an der Kehle zu packen, sondern sogar zur Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Hiervon war in internationalen Kreisen ausdrücklich die Rede. Allerdings ist der bewaffnete Konflikt ausgeblieben, aber wir waren schon nahe daran. Jeder, der sich an die Verhältnisse am Vorabend des Weltkrieges erinnert, weiß, daß der Balkan reich an klassischen Möglichkeiten bewaffneter Konflikte ist, die imstande sind, einen Weltkrieg hervorzurufen. Auch die gegenwärtige Lage auf dem Balkan zeigt bei weitem nichts von einer politischen Beruhigung im Lager des Kapitalismus.

In der ganzen bürgerlichen Welt werden jetzt eifrig Versuche gemacht — die allerdings in den letzten Tagen bereits etwas nachgelassen haben —, die Verantwortung für die Ereignisse in Sofia auf uns, auf die Sowjetregierung und die Komintern abzuwälzen. Das vollkommene Fehlen jeder Grundlage zu einer so unglaublichen, ungeheuren Beschuldigung zwang die Urheber der Beschuldigung zum Rückzug.

Am weitesten ging in den ersten Tagen der „Rul“, die Zeitung der Kadetten, die versichert hatte, daß die Bolschewiki die Stabilisierung in der Erweiterten Exekutive der Komintern absichtlich erfunden hätten, um der internationalen Bourgeoisie Sand in die Augen zu streuen, sie zu beruhigen und unterdessen das Attentat in Sofia vorzubereiten. (Heiterkeit.) Selbstverständlich wird es kaum jemanden geben, der an einen solchen Blödsinn glaubt. Das Attentat wurde durch die gesamte soziale Lage in Bulgarien oder noch mehr durch die gesamte soziale Lage auf dem Balkan vorbereitet. In einem so vorwiegend bäuerlichen Lande wie Bulgarien ist es eben unmöglich, gegen die Interessen der riesigen Mehrheit der Arbeiter und Bauern zu regieren.

Seit der Beendigung der Arbeiten der Erweiterten Exekutive sind kaum zwei Wochen vergangen. Vom politischen Gesichtspunkte aus zeigt nun die Lage auf dem Balkan, daß der dort ausgebrochene Kampf uns fast ganz dicht vor die Frage der Möglichkeit eines neuen Krieges stellte. Jedenfalls sind wir dort Zeugen von Ereignissen, die in der ganzen Welt ein Echo finden können. Es spielen sich Ereignisse ab, die zur Zuspitzung der Klassengegensätze und zur Steigerung des Bürgerkrieges in Bulgarien, in diesem nicht unwichtigen Lande des Balkans, führen können.

Deutschland und Hindenburg

Von besonderer Bedeutung sind jedoch die jüngsten Ereignisse in Deutschland, die Wahl Hindenburgs zum deutschen Reichspräsidenten. Ich muß euch zunächst ein wenig mit der innerparteilichen Seite der Frage vertraut machen. Der zweite Wahlgang wurde in Deutschland zu einer Zeit ausgeschrieben, wo sich die Delegation der KPD auf der Tagung der Erweiterten Exekutive befand. Wir waren uns darüber vollkommen klar, was für ein wichtiges politisches Ereignis in Deutschland im Anzug war. Wir haben einmütig beschlossen, daß es der Partei überlassen werden muß, die Frage an Ort und Stelle zu entscheiden, aber wir rieten der KPD kategorisch, der SPD offen die Unterstützung eines sozialdemokratischen Kandidaten im zweiten Wahlgang vorzuschlagen, falls die SPD ihren eigenen Kandidaten nicht zurückziehen sollte. Nach dem ersten Wahlgang zog die SPD sofort die Kandidatur Brauns zurück, trotzdem er acht Millionen Stimmen hatte, während Marx, der Kandidat der pfäffisch-katholischen Zentrumspartei, nur drei Millionen bekam. Die Sozialdemokraten zogen ihren Kandidaten zurück und beschlossen, ganz Deutschland für die Kandidatur von Marx zu mobilisieren, wofür sie sich für Braun den Posten des preußischen Ministerpräsidenten erhandelten. In dieser Weise blieben im zweiten Wahlgang drei Kandidaten (Thälmann, Marx und Hindenburg). Der rechte Flügel manövrierte außerordentlich geschickt, als er die Kandidatur Hindenburgs nicht im ersten, sondern erst im zweiten Wahlgang aufstellte und dadurch alle Karten durcheinandermischte.

Der erste Wahlgang war derart, daß die Gefahr der „Schwarzen Hundert“ — wie wir sie in früheren Zeiten nannten — scheinbar nicht bestand, da der Rechtsblock nur eine Minderheit bildete, selbst wenn die Kommunisten auf ihrer eigenen Kandidatur beharrten. Durch die Aufstellung Hindenburgs mobilisierte jedoch der Rechtsblock drei Millionen neuer Wähler — vorwiegend Frauen — und schuf dadurch eine ganz neue Lage.

Wir befürchteten, daß die kommunistischen Stimmen im zweiten Wahlgang zusammenschmelzen und daß wir anstatt 1 800 000 nur 1 000 000 Stimmen erhalten würden. Es zeigte sich jedoch, daß die kommunistischen Stimmen nicht zusammengeschmolzen sind; wie die Wahlstatistik zeigt, haben in Sachsen manche sozialdemokratischen Arbeiter für Thälmann gestimmt, als Protest dagegen, daß die Sozialdemokraten Marx aufgestellt haben. Es muß hinzugefügt werden, daß die linken Sozialdemokraten, unter ihnen ein Teil des sozialdemokratischen Jugendverbandes, dagegen protestiert haben, daß die Sozialdemokratie einen bürgerlichen Kandidaten unterstützt. Das zeigt uns, daß nicht nur unter den kommunistischen, sondern auch unter den sozialdemokratischen Arbeiterschichten die psychologische Vorbereitung dafür fehlte, für Marx zu stimmen. Das ist die faktische Seite der Dinge.

Ich möchte zwei Worte über die Zahl der Stimmen sagen, die für unsere Partei abgegeben worden sind. Manche Genossen wundern sich nicht ohne Grund darüber, daß bei den Reichstagswahlen die KPD 2 600 000, jetzt aber nur 1 800 000 Stimmen erhalten hat. Dies findet in bedeutendem Maße seine Erklärung darin — und jetzt kann dies bewiesen werden —, daß die Psychologie der Arbeitermassen bei den Präsidentenwahlen eine andere ist als bei den Abgeordnetenwahlen. Wir wissen, daß die Arbeiter auf Gemeindevahlen anders reagieren als auf Parlamentswahlen und auf Betriebsrätewahlen anders als auf Präsidentenwahlen. An dem Beispiel der Präsidentenwahl in Amerika oder sogar der Wahlen in einem so kleinen Lande wie Finnland sehen wir, daß die Arbeiter, wenn sie von vornherein wissen, daß ihr Präsidentschaftskandidat nicht gewählt werden kann, sich in viel geringerer Anzahl an den Wahlen beteiligen als bei den Parlamentswahlen, wo sie einige eigene Kandidaten durchzubringen hoffen. Das erklärt den Abgang der Stimmen.

Gestern erhielt ich eine Nachricht über die jetzt in Deutschland stattfindenden Betriebsrätewahlen; diese Wahlen sind jetzt in vollstem Gange. Die Meldungen berichten über eine gewisse Zunahme der kommunistischen Stimmen in den Betrieben einer ganzen Reihe von Orten. Wenn wir nach diesen ersten Daten urteilen wollen, so kann man voraussagen, daß die Zahl der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen bei den Betriebsrätewahlen in Deutschland bedeutend größer sein wird als bei der Präsidentenwahl. Eine genaue Berechnung ist schwer, weil wir an manchen Orten mit den Sozialdemokraten gemeinsame Listen hatten. Doch aus den Angaben, die uns bereits vorliegen, geht klar hervor, daß die Betriebsrätewahlen das Wachsen des kommunistischen Einflusses in den Arbeitermassen und nicht seinen Rückgang zeigen. Das ist eine Tatsache.

Nun zur politischen Seite der Frage. Ich habe bereits gesagt, daß auch die Wahl Hindenburgs eine ernste historische Illustration zu unserer These über die Stabilisierung darstellt. Die These über die Stabilisierung bleibt voll in Kraft, sie kann nicht durch diese oder jene einzelnen Ereignisse in diesem oder jenem Lande erschüttert werden. Die teilweise Stabilisierung ist eine Tatsache. Sie wird einen gewissen Zeitraum, wahrscheinlich einige Jahre, ausfüllen, aber dennoch müssen und können wir über die Grenzen dieser Stabilisierung unter anderem auch nach solchen Ereignissen urteilen, wie die Präsidentschaftswahl in Deutschland.

Auf Grund des Ergebnisses dieser Wahlen findet gegenwärtig ein internationaler menschwistischer Feldzug gegen die Kommunisten statt. Die Sozialdemokraten brüllen jetzt in allen Sprachen der Welt, daß an der Wahl Hindenburgs ausschließlich die Kommunisten schuld seien.

Ich möchte ein historisches Beispiel anführen, um zu zeigen, wie einst in einem analogen Fall die sozialistischen Parteien gehandelt haben. Im Jahre 1913 fand in Frankreich eine Präsidentenwahl statt. Zwei Kandidaten standen einander gegenüber: Poincaré, der damals Präsident des Ministerrates war, und Pams, der Ackerbauminister der Regierung Poincaré. Der politische Unterschied zwischen den beiden war ungefähr so wie der zwischen Hindenburg und Marx. In Frankreich setzte nun ein heißer Wahlkampf ein. Die Wahlen fanden zum Unterschied von den deutschen nicht durch die direkte, geheime Volksabstimmung statt, sondern auf Grund der französischen Verfassung in der vereinigten Sitzung des Senats und der Abgeordnetenkammer. Die Abstimmung brachte folgende Resultate: Zwischen Poincaré und Pams ergab sich fast eine Stimmgleichheit. Poincaré erhielt im ganzen eine Mehrheit von 13 Stimmen. Die sozialistische Fraktion verfügte damals über 70 Stimmen. Als Kandidat der Sozialisten wurde Vaillant aufgestellt, Die Sozialisten stimmten für Vaillant, obwohl sie sehr genau wußten, daß sie dadurch die Wahl Poincarés förderten. Dort konnte es bezüglich der Wahlen keine Zweifel geben, denn es war keine geheime Abstimmung. Es konnte um so weniger ein Zweifel bezüglich des Wahlausganges bestehen, als dort gewöhnlich eine Probeabstimmung vorgenommen wird, die auch damals stattgefunden hat.

Und dennoch hat die französische sozialistische Partei, die zur II. Internationale gehörte, die keineswegs eine bolschewistische Partei war, sondern an deren Spitze Männer standen, wie Jaurès, Vaillant und Guesde, einmütig beschlossen: Wir geben unsere Stimmen weder Poincaré noch Pams, sondern unserem eigenen Kandidaten. Damals gab es noch kein so offenherzig intimes Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie wie heute. Damals konnte es noch nicht einen solchen Kuhhandel geben, wie wir ihn unlängst gesehen haben: Du gibst Braun das Ministerportefeuille, und ich liefere dir für deinen pfäffischen Kandidaten acht Millionen Arbeiterstimmen; ich werde nicht einmal versuchen, dich politisch in die Schranken zu fordern, ich habe nur die Wahl zwischen einem Flügel der Bourgeoisie und ihrem anderen Flügel. Die Politik von Gompers ist jetzt zur Politik der ganzen II. Internationale geworden. Daran muß man besonders jetzt erinnern, wo sie alle Hunde gegen uns loslassen.

Die politische Bedeutung der Hindenburgwahl

Die Bedeutung der Wahl Hindenburgs ist dennoch groß. Man darf sie nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Es bleibt eine Tatsache, daß in Deutschland nach einigen Jahren Bürgerkrieg fast fünfzehn Millionen Deutsche für Hindenburg gestimmt haben. Das ist die Hälfte der deutschen Wähler. In diesem Sinne darf man natürlich ein solches Symptom nicht unterschätzen. Ein bedeutender Teil der Wähler stimmte nicht so sehr für Hindenburg, als für eine Revanche gegen die Entente, gegen den Versailler Vertrag, gegen Verhöhnungen, die uns unbekannt sind (da unser Land außer der kurzen Periode des Brester Friedens nie eine derartige Situation durch-

gemacht hat), die aber die größte Empörung und Entrüstung in den breitesten Schichten des deutschen Volkes hervorrufen. Es ist also sehr gut möglich, daß ein bedeutender Teil der Wähler nicht so sehr für Hindenburg als gegen die Entente, gegen den französischen und englischen Kapitalismus gestimmt hat. Die Tatsache bleibt aber immerhin eine Tatsache.

Hier drängt sich wieder eine historische Analogie auf. Nach dem Sturz der Pariser Kommune — wenn ich nicht irre, im Jahre 1875 — fanden in Frankreich Präsidentenwahlen statt. Die Bestätigung der Republik im Parlament (1875) geschah mit der Mehrheit von einer Stimme. Als Präsident wurde Mac Mahon gewählt, unter der Parole „Republik ohne Republikaner“. Etwas Ähnliches spielt sich jetzt in Deutschland ab. Zum Präsidenten der Republik wird ein Mann gewählt, der auf seine Fahne „Republik ohne Republikaner“ schreibt, da ja die Hindenburgsche „Republik“ in Wirklichkeit eine Republik ohne Republikaner ist. Zwischen der Lage in Frankreich im Jahre 1875 und in Deutschland im Jahre 1925 besteht natürlich ein riesiger Unterschied. Dieser Unterschied besteht darin, daß in Frankreich die Arbeiterklasse zerschmettert, im Blute von Paris ertränkt (es gab in Paris keine einzige Arbeiterfamilie, die nicht den Verlust wenigstens eines ihrer Mitglieder zu beklagen hatte), und die revolutionäre Bewegung vollkommen abgestorben war. In Deutschland haben wir jetzt eine mächtige Arbeiterklasse, die zwar von den Kämpfen und von der erlittenen schweren Niederlage ermüdet ist, die aber den Kampf nicht endgültig aufgegeben hat. Fünfzehn Millionen deutscher Arbeiter haben ihr letztes Wort noch nicht gesprochen, und rings um Deutschland liegen Länder mit einer starken Arbeiterbewegung. Wir sehen den Klassenkampf nicht nur in Deutschland wachsen. Die Parteien der Komintern erobern immer weitere und weitere Schichten der Arbeiterklasse.

Darin besteht der Unterschied. Die Analogie ist dennoch vollkommen berechtigt: Einstweilen haben wir in Deutschland, ebenso wie nach der Niederlage der Kommune in Frankreich, eine Lage, die auf die Losung „Republik ohne Republikaner“ hinsteuert.

Welche unmittelbaren Folgen wird die Hindenburgwahl haben? Es ist schwer, sie jetzt ganz vorauszusehen. Es ist jedoch vollkommen klar, daß die Wahl innerhalb Deutschlands selbst das Wachstum und die Verschärfung der politischen Gegensätze fördern wird. Die sozialdemokratischen Führer, die jetzt eine Pogromhetze gegen die Kommunisten führen, werden sich sehr bald mit Hindenburg aussöhnen. Sie haben ihn einst in den Jahren des Krieges auf den Händen getragen. Sie waren die letzten, die die bürgerliche Republik proklamierten. Wels und Scheidemann werden sich mit Hindenburg bald versöhnen. Das bedeutet aber nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse sich mit Hindenburg aussöhnen wird.

Das wird nicht geschehen! Die Widersprüche innerhalb Deutschlands werden wachsen; es bildet sich dort eine viel weniger stabile politische Lage heraus, als man hätte glauben können.

Und welche werden die internationalen politischen Folgen sein? Es werden zweifelsohne ernste Folgen sein. Hindenburg bedeutet jedenfalls nicht eine Stabilisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern umgekehrt deren Verschärfung. Auch bedeutet Hin-

denburg nicht eine Stabilisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, sondern deren Verschärfung. Auf der Linie Deutschland-Frankreich, Deutschland-Polen bedeutet also die Hindenburgwahl die Schaffung einer unsicheren, unruhigen Lage, einer Lage voller Gefahren und Überraschungen.

In bezug auf uns, die Sowjetunion, ist die Sache viel komplizierter. Hier wird ein langwieriges Kräftespiel vor sich gehen.

Vor allem wird die Entente versuchen, die Sache eine Zeitlang so zu drehen, daß das Hindenburg-Deutschland gegen die Sowjetunion ausgenützt werden kann. Die Tendenz hierzu war schon vor der Hindenburgwahl vorhanden. Die Wahl gibt den Engländern die Möglichkeit, dieses Spiel, allerdings viel langsamer, aber auch viel sicherer, weiterzuspielen.

Gestern kam die Meldung, daß Amerika auf die Wahl Hindenburgs mit einer Verweigerung der Kredite an Deutschland reagieren, das heißt „die Hand auf der Tasche“ halten würde. Heute kam eine entgegengesetzte Meldung, wonach die Hindenburgwahl als eine Festigung des Konservatismus in Deutschland und als Reaktion gegen den Bolschewismus eingeschätzt wird, und dieser Umstand garantiert, nach den Worten des Finanzministers Mellon, die Interessen jener Leute, die ihr Kapital in Deutschland anlegen. Es ist selbstverständlich, Genossen, daß es in Amerika und in der ganzen bürgerlichen Welt Elemente gibt, die die Karte auf die „solideren“ politischen Kräfte in Deutschland setzen, die ihrer Meinung nach das Land noch vom Bolschewismus zu retten imstande sind.

Was geht in Deutschland vom Gesichtspunkte der welthistorischen Perspektiven aus vor? Wir erwarteten in Deutschland die proletarische Revolution. Zu Beginn unserer Oktoberrevolution haben wir gehofft, sie würde sich in einigen Monaten vollziehen. Die Revolution in Deutschland kam bedeutend später, und sie war auch nicht eine proletarische Revolution, sondern nur eine Revolution, die Wilhelm gestürzt hatte. Mit einem gewissen Vorbehalt können wir sagen, daß in Deutschland eine bürgerlich-demokratische Revolution stattgefunden hat. Man darf sie nicht mit unserer bürgerlich-demokratischen Revolution verwechseln, in Anbetracht der Verschiedenheit der sozialen Struktur.

Was lehrt die Erfahrung der deutschen Revolution?

Deutschland hat eine interessante Illustration zu unserem alten Streit mit den Menschewiki und mit Trotzki geliefert, die behauptet hatten, daß die Bolschewiki für eine „Selbstbeschränkung“ des Proletariats seien, das Proletariat aber, gelangt es zur Macht, würde sich nie „selbst beschränken“, sondern es würde, sobald es zur Macht gelangt ist, sofort die sozialistische Revolution verwirklichen. Im Jahre 1918 war in Deutschland das Proletariat zur Macht gelangt; das ganze Land war mit Arbeiterräten bedeckt, die die wirklichen Herren der Lage waren. Die erste deutsche Regierung bestand aus sechs Sozialdemokraten, drei Rechten und drei Unabhängigen. Die Arbeiter hatten die Macht in ihren Händen, aber dank der Rolle der Sozialdemokratie, die uns allen wohlbekannt ist, haben sich die Räte auf dem Reichskongreß der Arbeiter und Soldaten selbst aufgelöst, sie haben sich durch die bürgerliche Weimarer Verfassung „selbst beschränkt“. Wir sahen, wie sich die höchst zivilisierte Arbeiterklasse Deutschlands durch die

bürgerlich-demokratische Revolution „selbst beschränkt“ hat. Das, was jetzt vor sich geht, kann man als ein gewisses umgekehrtes Hineinwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine halbfeudale, halbbürgerliche Monarchie bezeichnen. Während wir bei uns in den neun Monaten vom Februar bis Oktober 1917 ein sehr schnelles Hineinwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine proletarische gesehen haben, sehen wir jetzt in Deutschland in kurzer Zeit einen umgekehrten Prozeß. Im Jahre 1921 und auch im Jahre 1923 glaubten wir, wir hätten in Deutschland einen Übergang zur proletarischen Revolution. Jetzt sehen wir aber gewisse Zuckungen, einen gewissen Krampf in der entgegengesetzten Entwicklungsrichtung: von der bürgerlichen Revolution zu Hindenburg, zur Monarchie. Ich glaube, Genossen, daß das nur eine Episode, daß das eben nur ein Krampf ist, aber immerhin ein höchst charakteristischer, dessen Sinn wir unbedingt begreifen müssen.

Hindenburg und Kautsky

Der Sieg Hindenburgs muß uns also zwingen, über jene molekularen Prozesse tief nachzudenken, die sich in den Volksmassen eines solchen Landes wie Deutschland abspielen, eines Landes, das durch das Fegefeuer des Bürgerkrieges hindurchgegangen ist. Dieser Sieg muß uns zu verstehen geben, welchen Umfang die politische Stabilisierung auch in Europa annimmt. Wir sehen dort eine Reihe von unerwarteten Momenten und die Entstehung von Faktoren, die diese Stabilisierung erschüttern können, zunächst vielleicht nach rechts, aber die krampfhaften Schwankungen nach rechts können von ebensolchen Schwankungen nach links abgelöst werden. All dies rollt die Frage der proletarischen Revolution in einer ganz neuen Situation auf und droht uns auch mit neuen Gefahren.

Man darf sich nicht darüber wundern, daß die deutschen Kommunisten sich so schwer entschließen können, irgendeine Möglichkeit selbst vorübergehender Vereinbarungen mit den deutschen Sozialdemokraten gegen die Monarchisten anzunehmen, denn die Führer der SPD verkörpern, wie auch die ganze II. Internationale, die Politik der Bourgeoisie.

Ein Beispiel wird Ihnen die Sache erklären: Wir hörten, daß auf der unlängst stattgefundenen Tagung der Exekutive der II. Internationale Kautsky irgendwelche Thesen zur russischen Frage eingebracht hatte, die abgelehnt wurden, da sie selbst für die Menschewiki allzu rechts waren.

Wir haben diese Thesen lange gesucht, und erst jetzt ist es uns gelungen, sie aufzufinden. Es ist sehr interessant, sie kennenzulernen, um zu begreifen, warum es in Deutschland wirklich so schwer war, von irgendwelchen Vereinbarungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Monarchisten zu sprechen, wenn auch solche Vereinbarungen absolut zulässig und notwendig gewesen wären.

Sie wissen wohl, Kautsky ist ein ziemlich bejahrter, ein ziemlich ausgeglichener Mensch (Heiterkeit); Hindenburg ist 78 Jahre alt. Kautsky ist fast ebenso alt, jedenfalls macht das Alter von beiden zusammen beinahe anderthalb Jahrhunderte aus. (Heiterkeit.) Sie wissen, daß dieser weißhaarige Greis sanft wie ein Lamm und weich wie Wachs ist, wenn es sich um die Bourgeoisie handelt. Er ist ein Gegner der Aufstände, des Bürgerkrieges usw. Doch hören Sie diesen Greis an, der ungetrübt seinen Lebens-

abend genießt, wie er die Zähne fletscht, wenn es sich um uns, um das Sowjetland, wenn es sich um unsere Revolution handelt.

Die Thesen heißen: Die Pflichten der Internationale in bezug auf Rußland. (Die Zitate aus den Kautskyschen Thesen wurden aus dem Russischen rückübersetzt. Die Red.)

Bisher glaubten wir alle, daß die Pflichten der Internationale gegenüber Rußland in der einen oder anderen Form der Unterstützung bestehen. Kautskys Thesen beginnen aber folgendermaßen:

„Wie seinerzeit der Kampf gegen den Absolutismus, so bildet jetzt der Kampf gegen die Despotie, die die Völker Rußlands und die von ihm eroberten Gebiete bedrückt und unterjocht, eine der wichtigsten Pflichten der Sozialisten aller Länder. Die Nutznießer der Revolution sind zu ihren Totengräbern geworden, und jetzt, wo sie bloß revolutionsfeindliche Pflichten erfüllen, stellen sie eine russische Spielart des Bonapartismus dar.

Das am nächsten gelegene Abwehrmittel gegen die größte Gewaltanwendung ist auch auf der anderen Seite die Gewalt. Die Despotie, die sich auf eine militärische Macht stützt, wurde bisher fast immer nur durch einen Volksaufstand oder durch die Abkehr ihrer Anhänger gestürzt.“

Weiter folgen kleine Einschränkungen, die die Sache diplomatisch verkleinern wollen. Er verurteilt, werken Sie wohl, jene Aufstände, die nicht zum Ziele führen. Und in diesem Sinne ist er mit Teilaktionen nicht einverstanden. Er möchte womöglich ohne Aufstände usw. auskommen.

Der Standpunkt Kautskys war sogar für die russischen Menschewiki „ein bißchen zuviel“, und sie lehnten ihn ab. Stellen Sie sich aber vor, wie das Verhalten der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten sein muß, wenn sie wissen, wie dieser gelehrte Kautsky und mit ihm alle sozialdemokratischen Führer das Sowjetland beurteilen. Das beweist noch einmal, wie sehr die Wege der Anhänger der II. und der Anhänger der III. Internationale auseinandergegangen sind.

Ich glaube, daß diese beiden sozusagen symbolischen Figuren Hindenburg und Kautsky dennoch die Vergangenheit Deutschlands und ganz Europas verkörpern. Wir sehen jetzt eine solche Konfiguration und solche Krämpfe, die vorübergehend Hindenburg und dadurch auch Kautsky stärken. Morgen werden sie gute Freunde sein. Aber nicht diesen beiden Greisen gehört die Zukunft.

Die Stabilisierung und -- das Rüstungsfieber der kapitalistischen Länder

Die gegenwärtige Situation zeugt davon, daß im kapitalistischen Lager Elemente der Unbeständigkeit vorhanden sind. Vergleichen Sie das Bild, das wir heute vor uns haben, mit dem, was noch vor kurzem war. Vor einem Jahre regierten noch Macdonald, Herriot, Ebert, in Jugoslawien Dawidowitsch; jetzt aber stehen an ihrer Stelle Chamberlain, Hindenburg, in Frankreich Briand — da faktisch er der Herr der Regierung ist; in Jugoslawien sehen wir heute den Herrn Paschitsch, einen alten Bekannten aus der Zarenzeit. Europa wird entschieden immer schwächer. Das ist ein Ausschlagen nach rechts, dem aber unvermeidlich eine Linksschwenkung folgen wird.

Dieser Tage hielt Mussolini im Senat eine Rede, in der er neue Rüstungskredite forderte. Er wandte sich an die Senatoren und fragte: „Glaubt ihr

denn wirklich, daß der Krieg von 1914 bis 1918, wie viele Leute behaupten, der letzte Krieg gewesen ist?“ Als Antwort darauf riefen die Senatoren: „Natürlich nicht.“ Im italienischen Senat sitzen ganz ehrbare Leute, die sowohl ihrem Alter als allem übrigen nach Hindenburg ähnlich sind. Sie antworteten gerade und entschlossen: Natürlich wird es noch Kriege geben.

Die heutigen Zeitungsberichte schildern, wie die Rüstungsfrage in Schweden gestellt wurde. Denkt einmal! Schweden, dieses ungetrübte Land, das am Kriege nicht beteiligt war, das von dem Hauptweg der Revolution weit abseits liegt — auch in diesem Land sind die Leidenschaften entbrannt, weil irgend jemand, wenn nicht heute, so morgen, Schweden angreifen könnte. Die Konservativen führen eine wilde Agitation gegen die Einschränkung der Rüstungen. Aus verschiedenen Ortschaften kommen Deputationen zum Parlament und zum Kriegsministerium mit Petitionen gegen die Einschränkung der Rüstungen. Gestern fand in Stockholm ein Meeting statt, das sich mit der gleichen Frage beschäftigte. Unter anderem trat auch Sven Hedin, der alte Bekannte des Genossen Tschitscherin, auf, der behauptete, daß in Osteuropa jeden Augenblick Kriegskomplikationen entstehen können. Sven Hedin führt als Beweis die Attentate in Reval und Sofia an. General Linder schreckte mit der „russischen Gefahr“ und erklärte, daß der „erste Angriff der Sowjetunion auf die neutralisierten Alandinseln gerichtet sein werde, die weder von Finnland noch von Schweden verteidigt werden könnten.“ Die angenommene Resolution betont die Notwendigkeit der verstärkten Verteidigung Stockholms, die nach dem Projekt der Rüstungseinschränkung bedeutend geschwächt werden sollte.

Denkt nur! Eine verstärkte Verteidigung Stockholms! Im Jahre 1925 aus Anlaß der Stabilisierung! Man könnte glauben, daß das irgendwo anders wohl notwendig sein mag, aber Stockholm kann doch wirklich ruhig sein. Eine unmittelbare Gefahr droht ihm nicht. Indessen benehmen sich die geehrten Senatoren fast so ungestüm wie die kommunistische Jugend. (Heiterkeit.) Man muß eben rechtzeitig an die Verteidigung, an die bewaffnete Befestigung Stockholms denken!

Auch Lloyd George hat unlängst gesagt, er sei kein Pessimist, aber, wenn er sieht, was in England auf wirtschaftlichem Gebiete vor sich geht, so sei seiner Überzeugung nach eine Katastrophe unvermeidlich, es sei denn, daß etwas Radikales geschieht.

Nun habt ihr die Ansicht Mussolinis, der Schweden und des Herrn Lloyd George gehört. Fügt man noch die jüngst stattgefundene Generalstabskonferenz in Riga und die Tatsache hinzu, daß es im Zusammenhange mit dem Sofioter Bombenattentat gerade in dem Winkel des Balkans nach Schießpulver riecht, in dem der Weltkrieg im Jahre 1914 entzündet wurde. Wenn man all dies in Betracht zieht, so wird es klar, daß wir die Stabilisierung wohl anerkennen und von ihr ausgehen, zugleich aber die Umstände, den Umfang und den Charakter dieser Stabilisierung mit in Rechnung ziehen müssen.

Wir müssen begreifen, daß der Kapitalismus auch heute, zur Zeit einer verhältnismäßigen Stabilisierung, nicht sanft wie in einer Wiege ruhen kann. Das ist eine Stabilisierung, die nicht ausschließt, daß die Lage einmal nach rechts, einmal nach links umschlägt. Und wenn wir diese teilweise Stabilisierung sehen, so müssen wir auch die Zuckungen der bürgerlichen Ordnung

sehen. So müssen wir die Frage der Stabilisierung stellen, um der Wahrheit nahezukommen. Lenin schrieb noch im Jahre 1915, „daß die Revolution aus langjährigen Schlachten, aus einigen Perioden des Ansturms mit Zwischenzeiten konterrevolutionärer Zuckungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bestehen kann und wahrscheinlich auch bestehen wird“.

Auch heute sehen wir eine anschauliche welthistorische Illustration dieser Lage. In der Tat besteht die Revolution gerade 1. aus einer Reihe von Schlachten, 2. aus langjährigen Kämpfen, 3. aus Zwischenzeiten gegenrevolutionärer Zuckungen der bürgerlichen Ordnung.

Gegenwärtig sind wir Zeugen einer solchen gegenrevolutionären Zuckung. Man könnte sagen, daß wir uns nun auf dem Kamm dieser gegenrevolutionären Welle zurechtfinden müssen. Diese Zuckung kann einige Jahre dauern und kann große Gefahren für uns in sich bergen. Letzten Endes ist es aber dennoch nur eine Zuckung.

II. Die allgemein-revolutionäre Lage

Drei verschiedene Arten der revolutionären Situation

In unseren Thesen, die vom Politbureau voll und ganz gebilligt wurden, machen wir den Versuch, etwas weiterzugehen, als es das EKKI getan hat, indem wir eine genauere und vollendetere Formulierung der internationalen Lage anstreben. Ich glaube, daß man unterscheiden muß zwischen 1. einer revolutionären Lage im allgemeinen, 2. einer unmittelbar revolutionären Lage und 3. einer unmittelbaren Revolution. Diese Abgrenzung haben wir auf der Tagung des Erweiterten EKKI nicht mit genügender Klarheit betont, so daß wir es jetzt tun müssen. Unlängst wurde der Artikel Lenins veröffentlicht, den er im Jahre 1915 schrieb, und der der deutschen Broschüre Axelrods gewidmet war. Dieser Artikel hat erst jetzt das Tageslicht erblickt, weil sich damals im Auslande niemand gefunden hatte, der bereit gewesen wäre, ihn zu veröffentlichen. Er gibt uns, glaube ich, den Schlüssel zur Frage dieser Unterscheidung zwischen der allgemein-revolutionären, der unmittelbar revolutionären Lage und der unmittelbaren Revolution.

Axelrod sagt in seiner Broschüre ungefähr folgendes: Vielleicht würde schon Lenin mit seiner wilden Losung der Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg und der Niederlage aller bürgerlichen Regierungen mehr oder minder recht haben, wenn es sich beweisen ließe, daß wir uns in Europa in einer revolutionären Situation befinden, so wie es im Jahre 1901 bezüglich Rußlands der Fall war. Lenin greift diese Erklärung heraus und schreibt:

„Das Beispiel, das Axelrod anführt, enthüllt in einer unvergleichlichen Weise unsere Opportunisten. Konnte denn jemand, der nicht den Verstand verloren hatte, im Jahre 1901 mit Gewißheit behaupten, daß der entscheidende Kampf mit dem Absolutismus in Rußland „unmittelbar“ bevorsteht? Niemand konnte das behaupten, und niemand behauptete das. Niemand konnte damals wissen, daß nach vier Jahren sich eine der entscheidenden Schlachten (Dezember 1905) abspielen und die nächste „entscheidende Schlacht gegen den Absolutismus vielleicht im Jahre 1915/16, vielleicht aber auch später“, erfolgen würde.“

Es ist hier bemerkenswert, wie sich Lenin im Zeitpunkte fast gar nicht geirrt hat. Er schreibt im Jahre 1915, daß die zweite entscheidende Schlacht im Jahre 1916 bevorstehe, und sie kam im Jahre 1917. Sodann fährt Genosse Lenin fort:

„Wenn im Jahre 1901 niemand — nicht nur nicht mit Gewißheit, sondern überhaupt nicht — behauptet hatte, daß die entscheidende Schlacht ‚unmittelbar‘ bevorstehe, wenn wir damals behauptet hatten, daß das ‚hysterische‘ Geschrei von Kritschewski u. Co. über die ‚unmittelbare Schlacht‘ nicht ernst zu nehmen sei, so haben wir revolutionäre Sozialdemokraten damals mit Gewißheit etwas anderes behauptet: Wir behaupteten damals, daß nur hoffnungslose Opportunisten im Jahre 1901 die Aufgabe der unmittelbaren Unterstützung, Förderung, Entwicklung der revolutionären Demonstrationen im Jahre 1901, der Propaganda der entschiedensten revolutionären Parolen für diese Demonstrationen, nicht begreifen konnten. Die Geschichte hat uns, nur uns recht gegeben, die Opportunisten verurteilt und sie in Wirklichkeit aus der Arbeiterbewegung hinausgeworfen, obwohl die erste entscheidende Schlacht nicht ‚unmittelbar‘ bevorstand, obwohl die erste entscheidende Schlacht erst nach vier Jahren stattfand, und auch diese sich nicht als letzte, also auch nicht als die entscheidende erwiesen hatte.

Ganz das gleiche, buchstäblich das gleiche, durchlebt Europa heute. Es kann kein Schatten eines Zweifels bestehen, daß in dem Europa von 1915 eine revolutionäre Situation vorhanden ist, wie sie in Rußland im Jahre 1901 vorhanden war. Wir können nicht wissen, ob die erste ‚entscheidende‘ Schlacht des Proletariats gegen die Bourgeoisie sich in vier Jahren oder in zwei oder vielleicht erst in zehn Jahren oder noch später abspielen, ob die zweite ‚entscheidende‘ Schlacht erst nach einem Jahrzehnt folgen wird. Wir wissen es aber genau und behaupten es ‚mit Sicherheit‘, daß unsere unverzügliche und unmittelbare Pflicht darin besteht, die beginnende (im Entstehungsprozeß begriffene) Gärung und die Demonstrationen, die bereits eingesetzt haben, zu unterstützen. In Deutschland hat die Menge Scheidemann ausgepiffen, in vielen Ländern demonstriert sie gegen die Teuerung.“

Für Lenin war es damals ein ebensolcher Beweis für das Vorhandensein einer revolutionären Situation wie die Studentendemonstrationen im Jahre 1901 in Rußland. Jetzt ist es anders, aber im Jahre 1916 war das einer der Beweise, daß eine revolutionäre Situation vorhanden war. Indessen, sagte Lenin, sei es unbestimmt, wann diese Situation in eine Revolution umschlägt.

Wie hat sich die revolutionäre Situation in Rußland geändert?

Diese einfachen Dinge: den Unterschied zwischen einer allgemein-revolutionären und einer unmittelbar revolutionären Lage, müssen wir jetzt genau begreifen und den Arbeitern aller Länder erläutern. Wenn wir unser eigenes Beispiel aus dem Jahre 1902 anführen, so ist es klar, daß damals eine revolutionäre Situation vorhanden war. Angesichts des Studentestreiks haben manche Vertreter des rechten Flügels, wie z. B. der Ökonomist

Kritschewski, den Kopf verloren und geschrien: „Schließt euch in Sturmkolonnen zusammen, der Kampf beginnt!“

Lenin schüttet kaltes Wasser auf ihren Kopf und sagt: „Das ist noch kein historischer Wendepunkt, sondern vorläufig nur ein ‚hysterischer‘ Wendepunkt Kritschewskis.“

Daß aber eine allgemein-revolutionäre Lage vorhanden war, das sah Lenin im Jahre 1902 klarer als jeder andere. Im Jahre 1905 aber haben wir bereits eine unmittelbar revolutionäre Situation. Und jetzt ruft Lenin: „Schließt euch in Sturmkolonnen zusammen!“ Wir sehen dann, wie die unmittelbar revolutionäre Situation zur Revolution des Jahres 1905 übergeht; die Revolution hat jedoch nicht gesiegt.

Im Jahre 1906 bestehen Lenin und die bolschewistische Partei weiter darauf, daß eine unmittelbar revolutionäre Situation vorhanden sei. Ihr erinnert euch noch, daß sich viele Menschewiki über Lenin lustig machten, weil er, wie sie sagten, die Zeit der Beendigung der Erntearbeit als den Zeitpunkt des Bauernaufstandes angab. Wirklich schrieb Genosse Lenin, daß sich die Bauern nach Beendigung der Erntearbeiten viel rascher den Arbeitern anschließen würden. (Das brachte er mit der Soldatenrekrutierung in Zusammenhang.) Die Menschewiki machten sich darüber lustig und sagten: Die Erntearbeiten sind vorbei, und euer Aufstand ist noch immer nicht sichtbar. Bis zum Jahre 1907 nahmen die Bolschewiki an, daß die zweite Revolution in der kürzesten Zeit ausbrechen würde, und gingen davon aus, daß eine zugespitzte, unmittelbar revolutionäre Situation vorhanden sei. Es wird eine zweite Revolution kommen. Und wir begründeten unsere Taktik gerade auf das Voraussehen dieser heranahenden Revolution. Als Revolutionäre, als wirklich revolutionäre Partei, waren wir verpflichtet, bis zu dem Moment, in dem wir uns endgültig davon überzeugten, daß eine unmittelbar revolutionäre Situation nicht mehr vorhanden war, die ganze Kraft der proletarischen Avantgarde in die Wagschale der Revolution zu werfen. Und erst als die Kräfte der Bourgeoisie, die Kräfte der Konterrevolution, überwogen — erst dann mußten wir sagen: Ja, in der Tat, eine neue Epoche hat begonnen, die Bourgeoisie hat für einige Jahre eine Atempause erhalten, wir beobachten jetzt einen langwierigen, konterrevolutionären Kampf der bürgerlichen Gesellschaft. Wir haben gesehen, daß es keine unmittelbar revolutionäre Situation mehr gibt. Aber der Ökonomik und der komplizierten sozialen Lage jener Zeit, ferner dem Umstand, daß der Zarismus die nationale, die allgemeinpolitische und die Bodenfrage zu lösen nicht imstande ist, Rechnung tragend, haben wir gesagt, daß die zweite Revolution unvermeidlich ist, denn die Lage bleibt eine objektiv revolutionäre. Wir wollen nun für die zweite Revolution arbeiten. Arbeiten wir ein, zwei, fünf Jahre, soviel notwendig ist, bis die allgemein-revolutionäre Situation wieder in eine akute, unmittelbar revolutionäre übergeht.

Ich erinnere mich, wie Lenin im Jahre 1918 Kautsky mit dessen eigenen Worten fing. Er sagte: „Einst, als du noch Marxist warst, im Jahre 1902 („Die soziale Revolution“), dann im Jahre 1909 („Der Weg zur Macht“) hast du selbst anerkannt, daß die Situation in Europa revolutionär sei.“* Im Jahre 1909 schrieb Kautsky in seinem „Weg zur Macht“, daß

* Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, 1923.

die objektiven Voraussetzungen für die soziale Revolution in Europa vollkommen reif seien, und daß keine Gefahr mehr bestünde, daß die Arbeiter zu früh an die Macht gelangen. Dreißig Jahre vorher hatte Engels geschrieben, daß die Gefahr bestünde, daß das Proletariat zu früh die Macht ergreife. Seit Beginn der 90er Jahre ist selbst Kautsky der Meinung, daß diese Gefahr vorbei sei. Das Proletariat kann nicht mehr zu früh an die Macht gelangen, denn die objektiven Bedingungen, die ökonomischen Voraussetzungen sind vollkommen reif für die Revolution. Das Manifest des Baseler Internationalen Kongresses der II. Internationale im Jahre 1911 hat ebenfalls anerkannt, daß die Lage in Europa revolutionär sei.

Lenin versucht eben Kautsky bei seinen Worten einzufangen: Vor dem imperialistischen Krieg hast du und viele aus deinem Lager anerkannt, daß die Lage in Europa objektiv revolutionär sei. Nun, nach dem imperialistischen Krieg haben wir noch viel mehr Grund für eine solche Behauptung, denn die Lage in Europa hat sich noch bedeutend verschärft.

Die allgemein-revolutionäre Situation bleibt in Deutschland bestehen

Eine ähnliche Erscheinung, aber in komplizierterer Form, erleben wir jetzt im internationalen Maßstabe. Die akute, unmittelbar revolutionäre Situation, die in Europa etwa von 1917 bis 1923 bestanden hat, ist im Verschwinden begriffen. In Deutschland z. B., wo im Jahre 1923 die verschärfte revolutionäre Lage ohne Zweifel bereit war, in die Revolution überzugehen, gibt es jetzt keine akut revolutionäre Situation mehr. Der Dawes-Plan spielt für Deutschland — natürlich nur in gewissem Sinne — dieselbe Rolle, die die Stolypinsche Agrarreform seinerzeit für Rußland gespielt hat. Eine Parallele kann hier natürlich nicht gezogen werden, aber eine gewisse Analogie ist vorhanden. Ebenso wie eine ganze Reihe von zaristischen Maßnahmen in den Jahren 1906—08 vorübergehend die Lage des Zarismus gestärkt hat, so haben auch jetzt der Dawes-Plan und eine Reihe von kombinierten Maßnahmen der deutschen und der internationalen Bourgeoisie zeitweise die unmittelbar revolutionäre Situation in Deutschland gemildert.

Aber, wenn man den Organismus in Deutschland untersucht, wenn man die innere Entwicklung der krankhaften Prozesse aufmerksam prüft und den grundlegenden sozialen Faktoren der ganzen Lebensweise des deutschen Staates Rechnung trägt, — der Lage der Arbeiterklasse und des Bauerntums, dem Druck des Versailler Vertrages, der Abhängigkeit Deutschlands von der Entente usw. —, so kommt man zum Ergebnis, daß die objektiv revolutionäre Lage in Deutschland bestehen bleibt, daß eine zweite Revolution in Deutschland unvermeidlich ist, daß sie kommen wird. Wir können nicht auf Tag und Stunde angeben, wann sie kommt. Die größten Geister der revolutionären Bewegung, von Marx bis Lenin, haben sich oft geirrt, wenn sie Zeitpunkte angeben wollten. Aber es ist klar, daß die zweite Revolution in Deutschland kommen muß.

Natürlich, Genossen, ist es für uns Revolutionäre nicht sehr angenehm, nach allseitiger Prüfung der Lage in einer Reihe von Ländern, zum Ergebnis gelangen und laut erklären zu müssen, daß es in diesen Ländern jetzt keine unmittelbar revolutionäre Situation gebe. Wir wußten im voraus, und die Tatsachen haben es uns bestätigt, daß unsere Erklärung im

bürgerlichen Lager einen Hexensabbat hervorrufen, daß jedes unserer Worte aufgebauscht und entstellt werden würde, daß man vom „Untergang der Komintern“, vom „Bankrott des Kommunismus“ sprechen würde. Wir haben schon gesagt — mögen sie sich damit trösten. Nie sind Revolutionäre durch Illusionen zu Gutem geführt worden. Ja, im Jahre 1923 waren wir verpflichtet, alles zu tun, damit die Krise eine revolutionäre Lösung finde. Im Jahre 1923 konnte die akut revolutionäre Situation in Deutschland zur Revolution führen. Nach 1923 mußten wir ein, zwei Jahre abwarten, sondieren, die Lage studieren, um zu sehen, ob nicht bald wieder eine akut revolutionäre Situation entstehen kann.

Der übergroße Teil der revolutionären deutschen Arbeiter wiegt sich auch jetzt in dem Gedanken, daß in jedem beliebigen Moment die Situation von 1923 wiederkehren könne. Die letzten Ereignisse in Halle haben bei den Arbeitern die Vorstellung hervorgerufen, als könne es morgen wieder „beginnen“; wenn die Bourgeoisie zu solchen Maßnahmen greift, wenn sie in einer friedlichen Versammlung Arbeiter niederschießen läßt, so werden die Arbeiter dagegen rebellieren, und das Jahr 1923 wird sich wiederholen. Jeder Menschewik wird natürlich außer sich sein über eine solche Stimmung der Arbeiter, er wird seinem Gott danken, daß er ihn nicht nach dem Ebenbild dieser Sünder geschaffen hat, die an die Nähe der Revolution glauben. Der Menschewik glaubt nicht an die Revolution, der Menschewik glaubt nur an den Stern der Bourgeoisie. Der Opportunist zeichnet sich dadurch aus, daß ihm im Lager der Bourgeoisie alles rosig, im Lager der Arbeiterklasse — alles schwarz erscheint.

Da wir die Bewegungen der Seele eines revolutionären Volkes kennen, da wir wissen, was Ebbe und Flut der revolutionären Welt sind, und wie sie in der Avantgarde der Arbeiterklasse reflektiert werden, so wundert es uns nicht, daß ein Teil der deutschen Arbeiter im Frühjahr 1925 an einen bevorstehenden Aufstand glaubt, ebenso wie ein Teil der Moskauer und Petersburger Arbeiter zusammen mit Lenin im Jahre 1906, nach der Feldarbeit, unmittelbare revolutionäre Aktionen erwartet hatte. Wenn wir aber die in Deutschland entstandene Lage aufmerksam und objektiv prüfen, so kommen wir zum Ergebnis, daß Deutschland mehrere Jahre hindurch eine Periode durchmachen wird, wie Rußland 1908—1914.

Die revolutionäre Lage ist in der ganzen Welt viel akuter als vor dem Kriege

Gen. Lenin hat seinerzeit gesagt, daß die Revolution aus einer Reihe von Schlachten bestehen wird, unterbrochen von konterrevolutionären Zuckungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Eine solche Periode konterrevolutionärer Zuckungen der bürgerlichen Ordnung machen wir eben jetzt durch. Ernste Revolutionäre müssen die Lage klar sehen, müssen sie marxistisch und leninistisch beleuchten können, müssen es verstehen, die revolutionären Kräfte zu hüten und zu sammeln und den Moment abzuwarten, wann die allgemein-revolutionäre Lage wieder zu einer unmittelbar revolutionären wird.

Die Epoche der Kriege und Revolutionen hört nicht auf, wir stehen nicht am „letzten Ende“, sondern am „ersten Anfange“ dieser Epoche. Die Lage in Europa ist revolutionär nicht nur in dem Sinne, daß der Kapitalismus

DIE DEMOKRATISCH-PAZIFISTISCHE ÄRA
AUF DEM MARSCH NACH MAROKKO



überhaupt eine revolutionäre Situation hervorrufen muß, sondern in dem Sinne, daß 1. der Kapitalismus nach dem imperialistischen Kriege von viel größeren Widersprüchen zerrissen wird als vor dem Krieg, 2. daß auf einem Sechstel des Erdballs die Sowjetmacht besteht, 3. daß die Ostfrage, die Frage der unterdrückten Völker, viel zugespitzter ist, als sie früher war.

Schon allein die Frage des Orients ist von ungeheurer großer Bedeutung. Wir wissen alle, daß von dieser Seite dem Imperialismus eine große Gefahr droht, die aber für das Weltproletariat eine Hilfe bedeuten wird. Im Jahre 1920/21 hat die Komintern zum erstenmal die Losung aufgestellt: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch.“ Das war eine so neue Losung, daß Gen. Lenin in einer Versammlung folgendes von ihr sagte:

„Vor kurzem erschien eine Zeitschrift der Kommunistischen Internationale unter dem Titel: „Die Völker des Ostens“ (Narody Wostoka). Die Kommunistische Internationale hat für die Völker des Ostens die Losung aufgestellt: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch.“ Irgend einer der Genossen fragte: „Wann hat denn die Exekutive angeordnet, daß die Losungen geändert werden sollen?“ Ich kann mich dessen tatsächlich nicht erinnern. Natürlich, vom Standpunkte des „Kommunistischen Manifestes“ ist das falsch, aber das „Kommunistische Manifest“ wurde in ganz anderen Verhältnissen geschrieben. Vom Standpunkte der jetzigen Politik ist es richtig.*

Im Jahre 1920/21 stritten wir also noch um die Frage, ob die Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch“ richtig sei. Sie klang noch neu und ungewohnt. Die Bewegung im Osten befand sich damals noch in ihrem Anfangsstadium. — Ist aber etwa jetzt diese Losung nur eine Losung geblieben? Vor unseren Augen ist sie zu einem revolutionären Faktor von ungeheurer Wichtigkeit geworden. Wir sehen alle, wie die herangereiften Kräfte der unterdrückten Ostvölker sich mit dem internationalen revolutionären Proletariat zu vereinigen suchen.

Eine allgemein-revolutionäre Situation ist im Weltmaßstabe vorhanden. Auch in Deutschland ist die unmittelbar revolutionäre Lage abgelöst worden von einer allgemein-revolutionären. Und vor unseren Augen beginnt die revolutionäre Gärung auch in England. Schon Marx lehrte uns, daß die Weltrevolution ohne die Teilnahme Englands nur ein Sturm im Wasserglase sein könne. Wir sehen, wie sich die Lage in England zu revolutionieren beginnt. Natürlich wird es dort noch lange keine direkte Revolution geben, aber die allgemein-revolutionäre Situation in England ist im Entstehen begriffen. Wenn man in Betracht zieht 1. die revolutionäre Bewegung der unterdrückten Ostvölker, 2. das Anwachsen der revolutionären Kräfte in England, und wenn man 3. dem Umstand Rechnung trägt, daß die ökonomischen und politischen Grenzen der kapitalistischen Stabilisierung mehr und mehr begrenzt sind, so wird es zweifellos klar, daß der Weg der Revolution nur verzögert, nicht aber unterbrochen wird, daß die allgemein-revolutionäre Situation bestehen bleibt.

* Lenin, Rede über Konzessionen, am 27. November 1920.

Die Freude und der Jubel und die Siegeshymnen im Lager des Feindes bestätigen nur unsere Ansicht über die Labilität der bürgerlichen Herrschaft. Sie haben aus unserem Munde gehört, daß ihnen noch eine kleine Atempause gegönnt ist — und sie tanzen vor Freude. Nur ein hoffnungslos Kranker kann sich über eine solche Diagnose freuen.

Die voraussichtliche Marschroute der Revolution

Genossen, wir sagen, daß die Fragen, die auf der Tagung der Erweiterten Exekutive erörtert wurden, letzten Endes auf zwei Probleme hinauslaufen: das erste beschäftigt sich mit dem Tempo und den Zeitpunkten, das zweite — mit der Marschroute, den Wegen der proletarischen Revolution. Weder das eine noch das andere Problem kann nur auf dem Wege theoretischer Erörterungen gelöst werden. Beide Fragen sind sehr kompliziert und können nur durch die praktische Erfahrung gelöst werden.

Was das Tempo anbetrifft, so sehen wir, daß die Weltrevolution langsamer geht, als wir früher glaubten. Aber andererseits ist unser Fundament breiter und solider, als wir glaubten, unsere Atempause länger; die USSR, das vorläufig einzige sozialistische Land, hat viel mehr Zeit zum Manövrieren und zur inneren Festigung ihrer Kräfte, als irgendwer von uns je geglaubt hat. Was die Marschroute unserer proletarischen Revolution anbetrifft, so tritt eine Änderung erst jetzt zutage. Wir waren alle gewohnt zu denken, daß die Marschroute der Revolution folgende sein wird: Aus Rußland — nach Deutschland, aus Deutschland — weiter nach Westeuropa, und von dort aus wird die Revolution strahlenweise in die übrigen Länder geworfen. Für eine solche Annahme waren ernste Gründe vorhanden. Jetzt wird es klar, daß eine andere Marschroute der proletarischen Revolution möglich, ich möchte sogar sagen wahrscheinlich ist. Und zwar: 1. über England, 2. über den Osten, 3. über den Balkan, wo die Lage revolutionär bleibt, wo wir es mit einer Bauern-, Arbeiter- und nationalen Bewegung zu tun haben, d. h. mit drei Momenten, aus denen die Revolution entstehen kann.

Zwei Stabilisierungen

Um den Sinn der Beschlüsse des Erweiterten EKKI genauer zum Ausdruck bringen zu können, müssen wir nicht von einer, sondern von zwei Stabilisierungen sprechen: von der Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung und von unserer Stabilisierung (Sowjetunion).

Ein Genosse, der wahrscheinlich zu den Studenten gehört, schrieb mir einen Brief, worin folgendes gesagt wird:

„Die Stabilisierung unserer Wirtschaft ist nichts anderes als die Stabilisierung eines Teiles der einheitlichen Weltwirtschaft, insofern wir einen Bestandteil der gesellschaftlichen Beziehungen der Weltwarenwirtschaft darstellen. Die Stabilisierung unserer Wirtschaft bedeutet also gar nicht eine entsprechend proportionelle Zersetzung der bürgerlichen Länder. Auch kann man das nur in der Agitation verwenden, nicht wahr?“

Er spricht diesen Gedanken rein „akademisch“ aus: „Unsere Stabilisierung bedeutet gar nicht eine entsprechend proportionelle Zersetzung der bürgerlichen Ordnung.“ Eine „proportionelle“ vielleicht gerade nicht. Aber, wenn man aus der Tatsache, daß wir ein Kommissariat für Außen-

handel haben, das mit den kapitalistischen Ländern handelt, die Schlußfolgerung ziehen will, daß wir einen Bestandteil der bürgerlichen Weltwirtschaft darstellen, so bedeutet das ein ziemlich starkes Danebengreifen.

Die Tatsache, daß wir ein Glied in der Kette der internationalen Beziehungen sind, beweist nur unsere Kraft. Daß wir aber unsere eigene sozialistische Wirtschaft nach unseren eigenen Plänen aufbauen — wir arbeiten an diesem Aufbau nicht seit einem Jahre — und eine richtige Perspektive haben, wie wir die sozialistische Wirtschaft weiterhin aufbauen sollen — diese Tatsache allein untergräbt schon die bürgerliche Ordnung.

Die Frage der Weltrevolution darf nicht auf eine Sekunde aus dem Zusammenhang mit der Revolution jenes Landes, in dem das Proletariat bereits siegte, herausgerissen werden. Dieses Problem besteht seit dem ersten Tag der Revolution und wird immer komplizierter und zugespitzter. Und wenn die Erweiterte Exekutive anerkannt hat, daß eine teilweise Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft einsetzte, so ist die Frage, wie sich diese teilweise Stabilisierung auf den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande auswirkt, von besonderer Bedeutung.

Die Antwort liegt klar auf der Hand. Hätte sich unsere Wirtschaft nicht befestigt, dann hätten wir eine eigenartige „Schere“; dann würden wir zusehen müssen, wie unsere Wirtschaft zurückgeht, wie wir immer schwächer werden, und wie die Weltbourgeoisie erstarbt. In diesem Falle würden wir uns auf der absteigenden und unsere Feinde sich auf der aufsteigenden Linie befinden. Das war es, wovor sich Lenin am meisten gefürchtet hat. Denken Sie daran, wie triumphierend er auf dem IV. Weltkongresse über die ersten Lichtstrahlen unserer finanziellen Erfolge sprach, und auf dieses Moment baute er die erfreulichen Perspektiven der Entwicklung unserer Wirtschaft auf. Er legte dieser Frage deshalb eine so große Bedeutung bei, weil er einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Weltrevolution und der Erstarbung der Wirtschaft unseres Landes sah.

Wenn wir also im Lager des Feindes eine teilweise Stabilisierung feststellen, haben wir dennoch das Recht zu sagen, daß wir uns ganz bestimmt auf der aufsteigenden Linie befinden, daß unsere Sache rasch vorwärtsgeht, nicht nur im Sinne des Wachstums der Produktion überhaupt, sondern auch im Sinne des Wachstums der sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft.

III. Die Verzögerung der Weltrevolution und die Aufgaben der siegreichen Revolution in einem Land

Das Gesetz von der Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung des Kapitalismus

Nun, deshalb müssen wir also nicht von einer, sondern von zwei Stabilisierungen sprechen. Die Frage, in welchem Zusammenhange der Sieg der proletarischen Revolution in einem Lande mit seinen Aufgaben in bezug auf alle übrigen Länder der Welt steht — dieses äußerst wichtige Problem taucht vor uns mit besonderer Aktualität auf. Diese Aufgabe wurde theoretisch von Genossen Lenin gelöst. Und da wir in unseren Thesen jeder möglichen Einwendung vorzubeugen, jedes Mißverständnis zu vermeiden wünschten und bestrebt waren, diese Frage möglichst vollständig.

von allen Gesichtspunkten aus zu beleuchten, so beantworteten wir sie hauptsächlich mit dem Standpunkt des Genossen Lenin selbst.

Im Jahre 1915, in einer Reihe von Artikeln, und dann in seinem Buch „Der Imperialismus als neueste Phase des Kapitalismus“ kommt Gen. Lenin bei der Untersuchung der imperialistischen Phase des Kapitalismus zum Ergebnis, daß es ein absolutes Gesetz des Kapitalismus gibt, das die Ungleichmäßigkeit in seiner Entwicklung feststellt. Gen. Lenin stellt zunächst, als Nationalökonom, bei der objektiven Untersuchung der Verhältnisse, in denen sich der Imperialismus entwickelt, dieses Gesetz fest. Aber Lenin war nicht nur Nationalökonom, er war auch Politiker, Führer der proletarischen Revolution. Darum zieht er aus einem ökonomischen Gesetz politische Schlußfolgerungen. Welche sind nun diese Schlußfolgerungen?

Die erste Schlußfolgerung ist folgende: Wenn der Kapitalismus sich, besonders in seinem imperialistischen Stadium, ungleichmäßig entwickelt, so folgt hieraus, daß ein Land die proletarische Revolution beginnen kann, ohne abzuwarten, daß eine ganze Reihe von Ländern sie gleichzeitig macht. Wir kennen die Psychologie der Führer der II. Internationale. Sie sagten: Natürlich, wenn man „zusammen“, „gleichzeitig“ die Revolution beginnen kann, so sind wir einverstanden. Selbst in Zimmerwald und Kienthal, wo die besten Vertreter der II. Internationale anwesend waren, vertraten sie diesen Standpunkt nicht nur in der Frage des Aufstands, sondern auch in der Frage des Ablehnens der Kriegskredite. Die Deutschen sagten: Wir sind wohl einverstanden, gegen die Kriegskredite zu stimmen, aber nur in dem Falle, wenn gleichzeitig auch die Franzosen gegen sie stimmen werden, wenn aber die Franzosen mit den Sozial-Chauvinisten bleiben, dann erlaubt schon, daß auch wir mit den Sozial-Chauvinisten bleiben. So wurde die Frage selbst von den besten Vertretern der II. Internationale gestellt.

Das war eine durch und durch falsche Art, die Frage zu stellen: „Zunächst“ wollen wir die gleichzeitige Aktion der Arbeiter in einer Reihe von Ländern vorbereiten, dann wollen wir von revolutionären Kämpfen sprechen. Gen. Lenin antwortet hierauf: Wer glaubt, daß „zunächst“ alle Länder sich einig werden müssen, und daß man erst dann „zusammen“ vorgehen könne, der ist ein Feind der proletarischen Revolution. Einer muß anfangen. Der Kapitalismus entwickelt sich ungleichmäßig, und diese seine Eigenschaft führt dazu, daß für dieses oder jenes einzelne Land (oder für eine Gruppe von Ländern) aus irgendeinem Grunde die Verhältnisse sich so gestalten, daß es (oder sie) als erstes zu Aktionen übergehen kann. Das ist die erste Schlußfolgerung, die Gen. Lenin aus dem Gesetz von der unregelmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gezogen hat.

Die zweite Schlußfolgerung ist die, daß nicht unbedingt das Land des höchst entwickelten Kapitalismus das erste sein muß, das die proletarische Revolution macht. Diesen Gedanken hat Lenin besonders eingehend nachher, im Jahre 1923, entwickelt, kurz vor seinem Tode, in seinem Artikel über Suchanow. Lenin fügte hinzu, daß die sozialistische Revolution endgültig nur im internationalen Maßstabe siegen könne, daß es keine andere Möglichkeit gebe.

Und hieraus zog Lenin folgende Schlußfolgerung: Es muß in einem Lande das maximal Mögliche für die Entwicklung der Revolution in allen übrigen Ländern getan werden.

Der Sieg der Revolution in einem Lande und die Weltrevolution

Rußland war das erste Land, das sich vom kapitalistischen Joch befreit hat. Im Jahre 1917 haben wir unsere Revolution gemacht. Für Gen. Lenin, dem wahren Führer des internationalen Proletariats, entstand vor allem die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der russischen und der Weltrevolution.

Im März 1917, vor seiner Abreise aus der Schweiz nach Rußland, richtete Lenin einen Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter. Schon damals waren seine berühmten Thesen über unsere Revolution fertiggestellt. Im genannten Brief schreibt Lenin:

„Das russische Proletariat ist nicht imstande, mit eigenen Kräften allein die sozialistische Revolution siegreich durchzuführen. Aber es kann der jetzigen russischen Revolution eine solche Schwungkraft verleihen, die die besten Bedingungen für eine derartige Umwälzung schaffen, sie in gewissem Sinne beginnen würde. Es kann die Bedingungen erleichtern, unter denen sein hauptsächlichster und treuester Bundesgenosse, das europäische und amerikanische sozialistische Proletariat, in den entscheidenden Kampf treten würde.*

Im Programm unseres Führers nach der Februarrevolution, wo die Perspektive der proletarischen Revolution schon klar hervortritt, wird also die Frage so gestellt: Das russische Proletariat ist nicht imstande, mit eigenen Kräften allein die sozialistische Revolution durchzuführen, aber es kann sie erleichtern und den übrigen Ländern Schwungkraft verleihen.

Nach dem Oktober 1917 wurden wir sehr bald, schon in wenigen Wochen, vor internationale Probleme gestellt. Die Offensive der deutschen Armee begann, es entstand die Frage des Brester Friedens, und innerhalb der Partei bildete sich eine Richtung gegen diesen Frieden. Die Frage vom Zeitpunkt, vom Tempo der Weltrevolution wurde besonders akut. Es war die Frage des „Zusammenhanges“ zwischen der siegreichen Revolution in einem Lande und dem ganzen Verlauf der Weltrevolution.

Wie stellte Gen. Lenin damals die Frage? Am 7. März 1918 sagte er:

„Vom historischen Weltmaßstabe aus gesehen, unterliegt es keinem Zweifel, daß der Endsieg unserer Revolution eine aussichtslose Sache wäre, wenn es keine revolutionäre Bewegung in den anderen Ländern geben würde . . . Unsere Rettung vor allen diesen Schwierigkeiten liegt, wie gesagt, in der gesamteuropäischen Revolution . . .

Das ist eine Lehre, denn es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution zugrunde gehen werden . . . Jedenfalls werden wir unter allen möglichen Verwicklungen zugrunde gehen, falls die deutsche Revolution nicht eintritt . . .

Wir wissen nicht, wie überhaupt niemand wissen kann, ob es möglich ist, daß sie (die Weltrevolution) in wenigen Wochen, ja in einigen Tagen siegt. Aber man darf nicht alles auf diese eine Karte setzen.**

Darum muß der Brester Frieden geschlossen werden — so schließt er.

* Lenin, Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter.

** Vortrag über den Brester Frieden.

Dieses Zitat habe ich der Rede Lenins auf dem 7. Parteitag unserer Partei entnommen, wo die internationale Frage die Zentralfrage war.

Die deutsche und unsere Revolution

Gen. Lenin, wie überhaupt unsere ganze Partei, glaubte damals, daß der Sieg der Weltrevolution in wenigen Wochen, sogar in wenigen Tagen möglich sei. Und wirklich, als in Deutschland und Österreich die Streiks begannen, da zählten wir die Stunden, denn wir waren der Meinung, daß in einigen Tagen die Revolution in Deutschland und Österreich siegen würde. Zu jener Zeit sagte eben Lenin: Wir werden zugrunde gehen, wenn die deutsche Revolution nicht eintritt.

Die deutsche Revolution ist, wie ihr wißt, viel später gekommen, erst im Jahre 1919. Vor allem aber ist nicht die Revolution gekommen, die wir erwartet hatten. Die deutsche Revolution war keine proletarische, sondern eine bürgerliche. Was wir in Deutschland in den letzten Jahren gesehen haben, war ein qualvolles Hineinwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische. Jetzt wird sie charakterisiert durch ein „Zurückwachsen“, durch eine „Zuckung“, wie sie die Wahl Hindenburgs darstellt. Ich habe hiervon schon zu Beginn meines Berichtes gesprochen. Wir müssen uns fragen: Was wäre aus uns, dem Sowjetland, geworden, wenn es in Deutschland im Jahre 1919 nicht einmal eine bürgerliche Revolution gegeben hätte? Würden wir uns gehalten haben? Es ist natürlich schwer, diese Frage zu beantworten. Wenn Kaiser Wilhelm an der Macht geblieben wäre, wenn es keine Niederlage des deutschen Militarismus gegeben hätte, wenn zwei imperialistische Gruppen nicht scharf aufeinandergestoßen wären (wir haben uns bekanntlich lange Zeit auf Kosten dieses Zusammenstoßes gehalten) — es ist möglich, daß man dann Deutschland auf uns gehetzt hätte, und daß wir uns dann nicht hätten halten können. Wir haben ja noch in Erinnerung, daß die deutschen Heere bereits in Pskow waren und sich Leningrad näherten.

Vielleicht wäre die Lage für uns eine sehr ungünstige geworden. Wir wissen, daß Deutschland, das bürgerlich-demokratische Deutschland seit 1919, wenn nicht ganz, so doch zur Hälfte oder, wenn man so sagen kann, zu einem Viertel unser Verbündeter ist. Das von der Entente zerstörte Land wurde durch die objektive Sachlage gezwungen, zu unserem Halbverbündeten zu werden. Es genügte eine bürgerliche Umwälzung in Deutschland, damit wir unsere proletarische Revolution fortsetzen und festigen konnten. Zunächst sahen wir das nicht und glaubten, wir müßten zugrunde gehen, wenn die deutsche proletarische Revolution nicht sofort eintritt. Die deutsche Revolution blieb bis Ende 1918 aus, dann war sie anders, als wir erwartet hatten, aber — wir sind nicht zugrunde gegangen. Wir haben geirrt und uns verrechnet, weil, wie gesagt, solche Fragen nicht so auf theoretischem Wege wie auf Grund praktischer Erfahrung gelöst werden können.

„Am ersten Anfang“

Jetzt haben wir acht Jahre hindurch Erfahrungen gesammelt. Wir wissen jetzt besser, was die Zeit bedeutet.

In Zukunft werden wir die Frage besser zu stellen wissen. Im Jahre 1919 sagte Lenin: „Wir leben nicht nur im Staate, sondern auch in einem

Staatensystem, und das Bestehen der Sowjetrepublik neben imperialistischen Staaten ist für längere Zeit undenkbar. Letzten Endes muß der eine oder der andere siegen.“ So stellt Lenin die Frage. Es handelt sich nur darum, festzustellen, was unter dem Wort „letzten Endes“ zu verstehen ist.

Gen. Lenin erklärt weiter, daß „das letzte Ende“ nicht zu verwechseln sei mit dem „ersten Anfang“. Zu Beginn unserer Revolution glaubten wir, daß das Tempo der Entwicklung der internationalen sozialistischen Revolution mit Wochen und Monaten gemessen werden kann, wir glaubten, „das letzte Ende“ käme, wenn nicht im März, dann im September 1918. Jetzt, nach dem ersten Abschnitt der Revolution, nachdem seit ihrem Beginn 8 Jahre verfloßen sind, sehen wir, daß wir uns erst am „ersten Anfang“ befinden. Im geschichtlichen Weltmaßstabe sind die Jahre, die wir durchgemacht haben, nur der „erste Anfang“. Dieses Dilemma („entweder — oder“; entweder unser System oder das feindliche, lange können sie nicht nebeneinander bestehen) entwickelt Lenin in einer ganzen Reihe von Erklärungen vor dem Jahre 1923 bis zu dem Artikel über den Osten, in dem er sagt, wir müßten unbedingt noch manövrieren und unsere Atempause auszudehnen versuchen, um uns mit den Ostvölkern zu vereinigen und den Zusammenstoß der Imperialisten des Westens mit der Bourgeoisie des Ostens auszunützen.

Genossen, wenn man annehmen wollte, daß unser Sieg endgültig sei, daß uns von außen und von innen keine Gefahren drohen, dann brauchte man nicht von einer Atempause zu sprechen, sondern man könnte einfach „atmen“ sagen. Lenin aber spricht von einer Atempause, und zwar von einer ziemlich eigenartigen: Zuerst sprach man von Monaten und von Wochen, und dann im Jahre 1920 sagt Gen. Lenin, die jetzige Periode sei nicht nur eine Atempause, sondern sie gebe uns viele Chancen für einen wirklichen sozialistischen Aufbau.

Die russische Revolution hat eine breite Basis für den Aufbau des Sozialismus in der USSR gegeben

Um sich klarzumachen, wie Lenin die jetzt besonders brennende Frage des Zusammenhanges zwischen dem Sieg der proletarischen Revolution in einem Lande mit ihren Aufgaben in allen übrigen Ländern gestellt hat, müssen wir die ganze Skala des Leninismus verfolgen, von Lenins Schriften im Jahre 1915 bis zu seinen Artikeln über die Genossenschaft und über den Osten. Die Frage hat für uns jetzt nicht nur eine theoretische, sondern eine tief praktische Bedeutung.

Im allgemeinen ist der Sieg des Sozialismus (nicht im Sinne des endgültigen Sieges) unbedingt auch in einem Lande möglich. Gegen Trotzki in der Frage der Vereinigten Staaten der Welt polemisierend, schrieb Lenin noch im Jahre 1915:

„Als selbständige Losung wäre die Losung ‚Vereinigte Staaten der Welt‘ kaum richtig, denn erstens verschmilzt sie mit dem Sozialismus, zweitens weckt sie eine irrtümliche Auffassung über die Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und über das Verhältnis eines solchen Landes zu den übrigen Ländern.“

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unleugbares Gesetz des Kapitalismus. Daraus folgt, daß ein Sieg

des Sozialismus zuerst in wenigen oder sogar in einem einzigen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde, nachdem es die Kapitalisten expropriert und eine sozialistische Produktion organisiert hätte, sich gegen die übrige kapitalistische Welt erheben und nötigenfalls sogar mit Kriegsgewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen.“*

Andererseits ruft das Vorhandensein zweier direkt entgegengesetzter gesellschaftlicher Systeme die andauernde Gefahr einer kapitalistischen Blockade und anderer Formen des wirtschaftlichen Druckes, ferner die Gefahr einer bewaffneten Intervention hervor. Die einzige Garantie für den endgültigen Sieg des Sozialismus ist folglich die siegreiche sozialistische Revolution in einer Reihe von Ländern.

Daraus folgt absolut nicht, daß der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in einem so rückständigen Land wie Rußland unmöglich ist ohne die „staatliche Hilfe“ (Trotzki) in technisch-wirtschaftlicher Beziehung entwickelterer Länder. Ein Bestandteil der Theorie Trotzki von der permanenten Revolution ist die Behauptung, daß „ein wirklicher Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in Rußland erst möglich sein wird nach dem Siege des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas“ (Trotzki, 1922), eine Behauptung, die das Proletariat der USSR in der jetzigen Periode zu einer fatalistischen Passivität verurteilen würde. Gegen solche „Theorien“ schrieb Lenin:

„Unendlich schablonenhaft ist ihr Argument, das sie auswendig gelernt haben zur Zeit der Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie, und das sagt, daß wir für den Sozialismus nicht reif genug seien, daß bei uns, wie verschiedene „gelehrte“ Herren behaupten, die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen.“

In seinem ausgezeichneten Artikel „Von den linken Kindereien“ spricht Gen. Lenin vom berühmten „Küchlein“. Er erklärt:

„. . . Der Sozialismus ist undenkbar ohne die Herrschaft des Proletariats im Staate; auch das ist eine Binsenwahrheit. Die Geschichte . . . entwickelte sich so eigenartig, daß im Jahre 1918 zwei gesonderte Hälften des Sozialismus geboren wurden, die wie zwei künftige Küchlein in der einen Eierschale des Weltimperialismus nebeneinanderlagen. — Deutschland und Rußland verkörperten im Jahre 1918 am anschaulichsten die materielle Verwirklichung einerseits der ökonomischen, produktiven, sozialwirtschaftlichen, andererseits aber auch der politischen Voraussetzungen des Sozialismus.“

„Sehen wir uns die Karte der RSFSR an. Nördlich von Wologda, südöstlich von Rostow a. Don und Saratow, südlich von Orenburg und Omsk, nördlich von Tomks ziehen sich unermeßliche Flächen hin, auf denen Dutzende großer Kulturstaaten Platz hätten. Und in allen diesen Gebieten herrschen patriarchalische Zustände, Halbwildheit und selbst wirkliche Wildheit. Und in den abgelegenen Bauernwinkeln des übrigen Rußlands? Überall dort, wo Dutzende von Werst Weges — richtiger gesagt, Dutzende von Werst Unweges — das Dorf von der Eisenbahn trennen, das heißt von

* Lenin, „Gegen den Strom“.

der materiellen Verbindung mit der Kultur, von dem Kapitalismus, von der Großindustrie, von der Großstadt; herrschen denn in diesen Gegenden nicht gleichfalls patriarchalische Zustände, Oblomowismus, Halbwildheit?“

„Ist bei diesem in Rußland herrschenden Zustand“ — fragt Lenin — „der unmittelbare Übergang zum Sozialismus überhaupt denkbar?“ Und er antwortet: „Ja, er ist denkbar bis zu einem gewissen Grade, aber nur unter einer Bedingung, die wir jetzt dank einer gewaltigen wissenschaftlichen Arbeit genau kennen. Diese Bedingung ist — die Elektrifizierung. Wenn wir Dutzende von elektrischen Kraftstationen (heute wissen wir, wo und wie solche gebaut werden können und müssen) bauen, wenn wir aus ihnen in jedes Dorf Energie leiten, wenn wir genügend Elektromotoren und andere Maschinen bekommen, dann werden wir keine oder fast keine Übergangsstufen, Zwischenglieder von den patriarchalischen Verhältnissen zum Sozialismus benötigen. Wir wissen aber sehr gut, daß diese „eine“ Bedingung mindestens zehn Jahre Vorbereitungsarbeit in Anspruch nimmt, und die Verkürzung dieser Frist nur im Falle des Sieges der proletarischen Revolution in solchen Ländern wie England, Deutschland und Amerika denkbar ist.“

Ihr seht hier die rein praktische Fragestellung. Lenin nimmt die geographische Karte und sagt: „Seht euch die Gebiete südwestlich von Rostow a. Don, Saratow, Orenburg usw. an. Seht euch an, was für patriarchalische, was für halb wilde Zustände, was für ein Oblomowismus hier herrschen, was für ein geringer Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Produktionskräfte!“ Und dennoch können wir seiner Ansicht nach dieses Land, das wir den Händen der Bourgeoisie entrissen, in ein sozialistisches Land umwandeln. Das ist möglich unter gewissen Bedingungen: wenn wir das ganze Land elektrifizieren. So praktisch stellt Lenin die Frage, ohne sie auf eine einzige Minute aus dem internationalen Rahmen herauszureißen. Lenin ist ein internationaler Revolutionär; er weiß, daß der endgültige Sieg nur in internationalem Maßstabe möglich ist, daß die volle Garantie gegen die Restauration der bürgerlichen Verhältnisse nur der im internationalen Maßstabe errungene Sieg bietet. Zugleich aber verteidigte und befürwortete er in seinen Artikeln den Gedanken, daß man auch unser Land mit seiner patriarchalischen, halb wilden, oblomowschen Lebensweise in ein sozialistisches Land umwandeln kann. In seiner letzten Rede im Moskauer Sowjet gab er uns sein großartiges Vermächtnis: Umwandlung des Rußland der Nöps in ein sozialistisches Rußland.

Man darf die Programmklärung Lenins in seinem letzten Artikel über das Genossenschaftswesen, der in den jetzigen Verhältnissen von besonders großer Bedeutung ist, nicht vergessen; in diesem Artikel heißt es:

„Ist denn in Wirklichkeit die Macht des Staates über alle wichtigsten Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen kleiner und ganz kleiner Bauern, die gesicherte, führende Rolle dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. — ist denn das nicht alles, was notwendig ist dazu, um aus der Genossenschaft, allein aus der Genossenschaft, die wir früher als Händlerangelegenheit behandelten, und die wir in einer gewissen Hinsicht auch jetzt unter der neuen Wirtschaftspolitik so behandeln dürfen, um aus der Genossenschaft allein zum vollständigen Aufbau der

sozialistischen Gesellschaft zu gelangen? Das ist noch nicht der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, aber das ist alles Notwendige und Ausreichende zum Aufbau dieser Gesellschaft. . . Ich würde sagen, der Schwerpunkt geht bei uns auf die Kulturarbeit über, wenn nicht die internationalen Beziehungen da wären und die Pflicht, unsere Positionen im internationalen Maßstabe zu verteidigen.“

Hieraus folgt, daß das Land der Arbeiterdiktatur, die grundlegende Basis der Weltrevolution, sich selbst betrachten muß als ihren mächtigsten Hebel und als ihre Stütze; andererseits muß die in ihm herrschende Partei des Proletariats sich die größte Mühe geben, um die sozialistische Gesellschaft aufzubauen in der Überzeugung, daß dieser Aufbau siegreich sein kann und sein wird, wenn es gelingt, das Land gegen alle Restaurierungsversuche erfolgreich zu verteidigen. Mit anderen Worten, mit Hilfe einer richtigen Politik sowohl in bezug auf die Bauern innerhalb des Landes als auch auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen muß die KPR alle Schwierigkeiten überwinden, die sich aus dem verzögerten Tempo der Weltrevolution ergeben.

Man darf sich die Sache nicht zu einfach vorstellen. Wenn die Frage gestellt wird, ob wir den Sozialismus in einem Lande aufbauen müssen und können, ob wir es wagen dürfen, ihn aufzubauen, so antworten wir: Natürlich müssen und können wir es, natürlich dürfen wir es, sind wir sogar verpflichtet, es zu wagen. Wir haben jetzt die Möglichkeit — und diese Möglichkeit müssen wir ausnützen —, in einem Lande das Maximum des Notwendigen für die Unterstützung der Revolution in allen Ländern zu tun. Wir haben, wie Gen. Lenin sagte, nicht nur eine Atempause, sondern etwas mehr als nur das. Wir haben eine breite Basis, um den Sozialismus in unserem Lande aufzubauen, und wir müssen ihn aufbauen. Wir leben nicht mehr im Biwak. Wir dürfen uns nicht beherrschen lassen von der Stimmung jener Leute, die nur den Wald anlegen, um das Holz zu haben für das Gebäude, das sie aber erst in weit entfernter Zeit aufzubauen beabsichtigen. Nein, wir müssen jetzt schon das Gebäude selber bauen, nicht erst den Wald anlegen. Es darf bei uns keine „Biwak“-Atmosphäre herrschen, wir befinden uns nicht im Biwak, sondern in unserem proletarischen Stabsquartier. Wir müssen in unserem Land den Sozialismus aufbauen, wir dürfen nicht vergessen, daß unser Sieg ein Teil des Sieges im internationalen Maßstab ist, daß wir ein schweres Gewicht auf der Wage der Weltrevolution darstellen, daß wir ein Trupp der Weltrevolution sind. Wir sind der sechste Teil der Erdkugel, wir sind der größte „Bruchteil“ der Weltrevolution. Von unserer Anstrengung, von unseren wirtschaftlichen und anderen Erfolgen hängen die Erfolge der Revolution im internationalen Maßstabe ab.

Was bedeutet es nun, die Worte Lenins in die Tat umzusetzen: das Maximum des Möglichen in einem Lande für den Sieg der Revolution in den übrigen Ländern tun? Das bedeutet, alles für die Weltrevolution zu tun, von der Unterstützung des Arbeiteraufstandes in diesem oder jenem Land bis zur Herstellung von billigem Kattun für die Bevölkerung des eigenen Landes. Sowohl das eine wie das andere gehört zu unseren Pflichten. Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in unserem Lande bedeutet gleichzeitig die Entwicklung, die Erweiterung der Basis der proletarischen Weltrevolution.

„Zehn bis zwanzig Jahre richtiger Beziehungen zum Bauerntum, und der Sieg ist gesichert“

In der vor kurzem erschienenen Nummer der Zeitschrift „Der Bolschewik“ sind die ersten Entwürfe des Leninschen Manuskripts über die Naturalsteuer veröffentlicht. Diese Entwürfe des Gen. Lenin stellen ein einheitliches Werk dar. Wir finden dort folgende Worte: „10—20 Jahre richtiger Beziehungen zum Bauerntum, und der Sieg ist im internationalen Maßstabe gesichert (selbst bei einem verlangsamten Tempo der proletarischen Revolution), sonst 20—40 Jahre voller Qualen und weißgardistischen Terrors.“

Ihr habt gesehen, daß Lenin im März 1918, ebenso wie die ganze Partei, gedacht hat, daß die Weltrevolution in Wochen oder Monaten kommen müsse, daß wir zugrunde gehen, wenn die deutsche Revolution nicht eintritt. Im Jahre 1921, der großen historischen Erfahrung der verflossenen Periode Rechnung tragend, sagt Lenin: „10—20 Jahre richtiger Beziehungen zum Bauerntum, und der Sieg ist gesichert, selbst bei einer Verzögerung der proletarischen Revolution. So steht jetzt vor uns die Frage. Wir bleiben internationale proletarische Revolutionäre in doppelter Beziehung: erstens weil wir, der internationalen Pflicht getreu, in unserem Lande, wo wir an der Macht stehen, das Maximum des Möglichen für den Sieg der Revolution in den übrigen Ländern tun müssen. Zweitens sind wir internationale proletarische Revolutionäre, weil wir nie vergessen, daß der Sozialismus im internationalen Maßstabe von uns allein nicht durchgeführt werden kann. Das bezog sich seinerzeit auch auf bürgerliche Revolutionen. Hat denn die große französische Revolution nicht eine Reihe von Kriegen geführt? Wofür führte sie diese Kriege? Sie wußte genau, daß, wenn Frankreich von feudalen Ländern umgeben ist, die Revolution keine solide Basis haben kann. Sie mußte danach streben, daß eine ganze Reihe von Nachbarländern ebenfalls die bürgerliche Ordnung einführen.

So tat die bürgerliche Revolution. Um so richtiger ist es in der Anwendung auf die proletarische Revolution. Die proletarische Revolution kann nicht endgültig siegen, solange sie nicht in einigen entscheidenden Ländern den Sieg davongetragen hat. Solange sie von imperialistischen bürgerlichen Mächten umgeben ist, kann ihr Sieg sehr ernst, sehr groß, aber nicht endgültig sein. Wenn sie zu ihrer Verfügung 20—10—5 Jahre hat, muß sie jeden Tag, jede Minute ausnützen, um mit Anspannung aller Kräfte das Maximum des Möglichen für den Sieg der Revolution in anderen Ländern zu tun.

Jetzt hat dieses Vermächtnis für uns eine ungeheure Bedeutung erhalten. Die Frage der teilweisen „Stabilisierung“ des Kapitalismus in Europa wird von verschiedenen Mitgliedern unserer Partei, besonders aus dem Kreise der Jugend, falsch verstanden. Wir als Partei müssen uns Mühe geben, den Leninschen Grundsatz zu erläutern, demzufolge auch in einem armen Lande, das von kapitalistischen Ländern umgeben ist, der Sozialismus aufgebaut werden kann. Wir alle haben die Teilstabilisierung des Kapitalismus in Europa anerkannt, wir haben zugegeben, daß die Weltrevolution in verzögertem Tempo marschiert. Bedeutet das für Rußland die Unvermeidlichkeit einer kleinbürgerlichen Ordnung, bedeutet das einen Stillstand in unserer revolutionären Entwicklung oder gar einen Rückzug? Es muß festgestellt

werden, daß eine solche Ansicht, als bestimmte Richtung, nicht vorhanden ist, daß aber hie und da solche Stimmungen auftauchen. Diese Stimmungen sind zwar im heutigen Stadium der revolutionären Bewegung vollkommen verständlich, müssen aber energischst bekämpft werden.

IV. Die Aufgaben des Bolschewismus in unseren Tagen

Zwei mögliche Gefahren bei der Einschätzung der gegenwärtigen Lage

Es gibt zwei Gefahren, die die heutige Lage mit sich bringt, und die in folgendem bestehen:

Manchmal gelangt folgende Stimmung zum Ausdruck: Wenn der endgültige Sieg wirklich nur im Falle der Weltrevolution möglich ist, und wenn wir anerkennen, daß die Weltrevolution sich in die Länge zieht, wenn wir keine genügende Hilfe von außen her bekommen, wird es uns dann gelingen, in Rußland den Sozialismus aufzubauen? Und sind wir denn nicht in eine solche Lage geraten, in der — wie diese Stimmung von einem Genossen, der sich über sie lustig machte, anschaulich definiert wurde — wir die „Anker einziehen“ müßten? Bedeutet vielleicht die jetzige Lage, daß wir, die KPR, unsere historische Mission als bolschewistische Partei, als Partei von internationalen proletarischen Revolutionären nicht erfüllen können? Das ist eine Tonleiter jener Stimmungen, die irgendwie in der Luft hängen, die hie und da auftauchen.

Eine andere mögliche Stimmungsskala ist die, die wir in unseren Thesen als die „Gefahr der nationalen Beschränktheit“ bezeichnen. Es handelt sich um solche Stimmungen, die auf die Formel hinauslaufen: Was kümmert uns die internationale Revolution? Wir können uns bequem einrichten, wir haben ein unbegrenztes Gebiet, wir haben die Macht, wir können unseren Sieg endgültig befestigen, wir können letzten Endes eine geringe Bedeutung dem beilegen, was auf der internationalen Arena vor sich geht. Es gibt noch keine solche klar ausgeprägte Strömung, aber auch solche Stimmungen hängen, wie gesagt, in der Luft. Wenn man auch noch nicht sagen kann, daß sie eine ausgeprägte Gestalt haben, so muß man mit der Gefahr ihrer Entstehung rechnen. Dafür sind wir ja auch die von Lenin geschaffene Partei, damit wir vorwärtsschauen, damit wir die möglichen Gefahren sehen. Wir müssen solchen Stimmungen vorbeugen. Wir müssen alle unsere Genossen stets daran erinnern, daß wir proletarische Revolutionäre, internationale proletarische Revolutionäre bleiben, daß wir uns unseren endgültigen Sieg nur in internationalem Maßstabe vorstellen können, daß wir das auf keine Minute vergessen und auch nicht vergessen können, und daß wir nach unserem Siege in einem Lande unser Möglichstes tun werden, um die revolutionäre Bewegung in anderen Ländern zu unterstützen.

Wir stehen jetzt vor der Notwendigkeit, uns gegen diese zwei möglichen Gefahren in unseren eigenen Reihen zu sichern. Und dann ist unsere nächste Aufgabe, zur Komintern zu gehen, sie besonders stark zu unterstützen, ihr zu helfen, aus der Schatzkammer des theoretischen Leninismus und unserer praktischen politischen Erfahrungen zu schöpfen, insbesondere auch aus den Erfahrungen, die wir während der Jahre 1907—1914 angesammelt haben,

um ihr zu helfen, das internationale Proletariat über alle Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinwegzuführen. Natürlich wäre es für uns alle viel leichter, in frohen Tönen zu sprechen, die Massen zum Kampf aufzurufen, sie unmittelbar in den Sturm zu führen usw. Es ist viel schwerer, eine internationale Organisation von unüberlegten Schritten zurückzuhalten, ihren revolutionären Drang zu zügeln, ihr alle Schwierigkeiten der Lage zu zeigen, um die notwendigen Resultate zu erzielen. Das ist aber jetzt ein sehr notwendiges Heilmittel, wenn die Komintern eine bolschewistische Organisation bleiben will.

Unsere Bauernpolitik und die Entwicklung der proletarischen Revolution

Natürlich sind alle Resolutionen des Plenums, die in der Bauernfrage und der Kolonialfrage und insbesondere in der Frage der Bolschewisierung angenommen wurden, vom Geiste des Leninismus durchdrungen und entsprechen vollkommen jenen Aufgaben, vor denen die Komintern steht.

Es ist notwendig, daß die vorgeschrittensten Elemente unserer Partei unsere Bauernpolitik mit der Politik der Komintern in ihrem Bewußtsein selbst in Einklang bringen und die Arbeit mit voller Zuversicht weiterführen. Diesbezüglich werden sie hie und da auch eine Menge von Übertreibungen hören. Nach der Veröffentlichung der Thesen erhielt ich einen Brief von einem Genossen, der mich fragt: „Was ist Ihre Ansicht? Ist es wahr, daß die entschiedene Rechtsschwenkung in der Bauernpolitik unserer Partei ihre Erklärung in der internationalen Lage findet?“ In dieser Frage sind Elemente der richtigen Auffassung der Frage mit höchst unrichtigen Elementen am anschaulichsten verknüpft. Es besteht darüber kein Zweifel, daß unsere Bauernpolitik bis zu einem gewissen Grade von der internationalen Lage abhängt. Es ist aber unrichtig, daß sie eine Rechtsschwenkung unserer Partei darstellt. Nein, das ist keine Rechtsschwenkung, das ist eine leninistische Fortsetzung der Politik, die unsere Partei im Jahre 1917 und schon früher eingeschlug. Es gibt hier gar keine Rechtsschwenkung.

Würde sich die Revolution noch so schnell entwickeln, so hätten wir trotzdem die Politik des Bündnisses mit der Bauernschaft verwirklichen müssen. Schon zur Zeit des II. Weltkongresses, wo auch Genosse Lenin glaubte, daß die Revolution sich entschieden aufwärts bewegt, lehrte er uns, daß gerade nach dem Siege der proletarischen Revolution neue großartige Möglichkeiten entstehen, um unser Bündnis mit der Bauernschaft zu befestigen. Selbstverständlich würde bei uns im Falle eines rascheren Entwicklungsganges der Revolution manches anders geschehen, aber die Grundlagen unserer Politik würden die gleichen bleiben. Sie würde auch dann auf der Notwendigkeit beruhen, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu befestigen. Wir müssen daher diese Verwirrung in manchen Köpfen vernichten. Es gibt keine Rechtsschwenkung in der Politik der Partei, sondern es gibt eine richtige Politik, die auf der Berechnung des gegenseitigen Verhältnisses der einzelnen Klassen in unserem Dorfe beruht. Natürlich werden auch die Klassenverhältnisse in unserem Lande nur in der entsprechenden internationalen Perspektive richtig eingeschätzt werden können, da wir die Partei des internationalen Proletariats sind. Das ändert aber nichts am Wesen der Sache: unsere Politik ist richtig bestimmt worden.

Wenn wir uns gegen beide Gefahren, von denen ich sprach, sichern, dann, glaube ich, haben wir alles Notwendige getan, um die Komintern in diesem schweren Moment auf ihrem schweren Wege richtig zu führen.

Und ich glaube, Genossen, wenn wir die Arbeit der Erweiterten Exekutive und die Arbeit unseres Zentralkomitees während der letzten Zeit und die Arbeit dieser Konferenz betrachten, so sehen wir einen vollkommenen Einklang. Es besteht jetzt ein vollständiger Zusammenhang — und er wird mit der Zeit, wenn wir unsere Bauernpolitik noch tiefer und breiter verwirklicht haben werden, in noch höherem Grade bestehen — zwischen unserer Aufgabe als der Aufgabe einer proletarischen Partei, die einstweilen in einem Lande gesiegt hat, und unserer anderen Aufgabe, die von Lenin folgenderweise formuliert wurde: Die Aufgabe eines Internationalisten, wenn er die Macht in einem Lande erobert hat, besteht darin, sein Möglichstes zu tun, um den Sieg in allen anderen Ländern zu sichern. Diesen Zusammenhang müssen wir auf der sachlichen, prinzipiellen und theoretischen Linie ausgestalten.

Wir zitieren in den Thesen aus dem Plan des Genossen Lenin zu seinem Artikel über die Naturalsteuer, den er im Jahre 1921 entwarf, wo er sagt: „10 bis 20 Jahre richtiger Beziehungen zur Bauernschaft, und wir haben im Weltmaßstabe gewonnen, selbst bei einem verlangsamten Tempo der internationalen Revolution.“ Dieser Satz ist in seinen Artikel nicht hineingekommen, und ich glaube, das ist kein Zufall. Lenin wollte damals in der Presse noch nicht von einer so langen Frist sprechen. Jetzt müssen wir von dieser Frist sprechen. Jetzt müssen wir an diese 10 bis 20 Jahre erinnern. Natürlich verpflichten wir uns nicht, 10 bis 20 Jahre zu warten. Wir sind gern bereit, diese Frist abzukürzen, wenn die Entwicklung der Weltgeschichte uns das erlaubt. Aber in unserer Perspektive müssen wir auch eine solche Frist sehen: 10 bis 20 Jahre richtiges Verhältnis zur Bauernschaft bei einem verlangsamten Wachsen der proletarischen Revolution. Natürlich brauchen wir nicht nur ein richtiges Verhältnis zur Bauernschaft, sondern auch eine richtige internationale Politik überhaupt, besonders eine richtige Linie unseres Volkskommissariats des Äußern, und noch mehr eine richtige Arbeiterpolitik. Wenn wir sowohl das eine als auch das andere und das dritte verwirklichen werden, dann werden wir wirklich über alle Schwierigkeiten hinwegkommen.

Die Annäherung zwischen den Gewerkschaften Englands und der Sowjetunion

Ich möchte noch einige Worte über unsere Annäherung an die englischen Gewerkschaften sagen. Wir haben darüber im Plenum des ZK gesprochen. Ich möchte hier nur das dort Gesagte ergänzen. Wir ziehen die wirtschaftliche Lage Englands in Betracht. Es ist nicht nur unsere individuelle Meinung, es ist die Meinung einer ganzen Reihe von hervorragenden Forschern; es ist eine allgemein herrschende Ansicht, daß in England gerade jetzt unter der Herrschaft der Konservativen eine allgemeine revolutionäre Situation langsam, aber sicher zu entstehen beginnt. Daher gewinnt der Annäherungsversuch zwischen unseren und den englischen Gewerkschaften eine ungeheure Bedeutung, da er sich auf der Linie der historischen Entwicklung Englands bewegt. Wir gehen gerade dieser klar ausgeprägten

Tendenz der historischen Entwicklung Englands, der Revolutionierung Englands und seiner Arbeiterbewegung entgegen. Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik ist gerade in England von größter Bedeutung. Die Rote Gewerkschaftsinternationale muß sich so lange entwickeln, bis die Verwirklichung der internationalen Gewerkschaftseinheit möglich sein wird. Zugleich machen wir absolut unser Möglichstes, damit die begonnene Annäherung zwischen den englischen, französischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften der Sowjetunion weitere Fortschritte macht.

Der Streit mit dem Gen. Trotzki in Kominternfragen

Von einigen Genossen der Opposition werden folgende Einwände gemacht: Wenn ihr selber auf der Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern die partielle Stabilisierung des Kapitalismus und die Verzögerung der Revolution anerkannt habt, so habt ihr damit auch anerkannt, daß der Trotzkiismus in den Kominternfragen recht hat. Auf diese Frage möchte ich gern antworten.

Wir stritten mit Trotzki nicht darüber, ob die Weltrevolution im Jahre 1923 oder im Jahre 1925 siegen würde. Wir machten dem Gen. Trotzki keinen Vorwurf, weil er (wie auch wir) das verzögerte Tempo der Revolution sah. Nicht hierin waren unsere Meinungsverschiedenheiten zu suchen, sondern in der Frage, wie ein revolutionärer Bolschewik in der Periode des verlangsamten Tempos der Weltrevolution zu handeln hat.

In dieser Frage hat es eine Meinungsverschiedenheit gegeben: Auch im Jahre 1908 trennte Trotzki vom Bolschewismus nicht die Frage, ob eine gewisse Verlangsamung im Tempo der Revolution eingetreten sei oder nicht. Es bestand kein Zweifel, daß eine solche Verlangsamung eingetreten war, daß die Periode der vorübergehenden Stabilisierung des Zarismus begonnen hatte. Wir stritten um die Frage, welche Taktik eine Arbeiterpartei zur Zeit der Stolypinschen „Stabilisierung“ des Zarismus anzuwenden habe. Trotzki ging damals mit den Menschewiki zusammen. Ein ganzes Jahrzehnt, von 1907—1917, haben wir mit den Menschewiki, darunter auch mit Trotzki, gestritten um den Charakter der Revolution, nicht um ihr Tempo, nicht um die Frage, ob überhaupt eine zweite Revolution kommen wird, sondern ob wir für sie zu arbeiten, die Partei für sie vorzubereiten haben. Die Meinungsverschiedenheiten mit den Menschewiki gingen darauf hinaus, daß sie für die Revolution nicht arbeiten wollten.

Diese Fragen werden jetzt im internationalen Maßstabe gestellt. Es ist allen klar, daß im Tempo der Revolution eine Verlangsamung eingetreten ist. Nicht darum streiten wir. Wir streiten um die Frage, ob die Weltrevolution auch weiter vorzubereiten sei, wie man sich zum internationalen Menschewismus zu verhalten habe. Ihr wißt, zu welchem Ergebnis Gen. Trotzki gelangt ist. Er hat sich in der Frage Deutschlands mit Brandler und Radek solidarisiert. Das ist eben das Schlimme, daß Trotzki sich mit den rechten Elementen der deutschen Partei — mit Brandler, Thalheimer und Radek — solidarisiert, die in der Komintern die Taktik der Einheitsfront auslegen wollten als die Taktik der Koalition mit den deutschen Menschewiki.

Ihr wißt, daß auf der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive die Erklärung Brandlers und Thalheimers zur Diskussion stand, ebenso die einstimmig angenommene Antwort des Zentralkomitees der Partei. In ihrer Er-

klärung sagen Radek, Brandler und Thalheimer: Jetzt sind unsere Vorschläge in bezug auf die Politik der Koalition mit den linken Sozialdemokraten außer Kraft gesetzt. Mit anderen Worten, sie geben selbst zu, daß sie der Meinung waren, die Einheitsfront bestände in einer Koalition, in einem politischen Bündnis mit der Sozialdemokratie, mit der sogenannten linken Sozialdemokratie. Hierin besteht das Wesentliche unseres Streites mit dem Trotzkiismus in Kominternfragen.

Wir sagen: Gerade in der jetzigen Epoche der relativen Flaute muß unser Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen den Menschewismus besonders klar umrissen sein. In einer solchen Periode schmieden wir unsere Kräfte. Wenn wir jetzt dem Menschewismus auch nur einen Finger reichen, so wird er gleich die ganze Hand nehmen wollen. Wann hat der Bolschewismus einen besonders energischen und verzweifelten Kampf gegen den Menschewismus geführt? In den Jahren 1907—1917. In dieser Zeit haben wir den Menschewiki ständig Schlachten geliefert. Im Jahrzehnt 1907—1917 mußten wir uns mit einem ganzen System von Schützengräben und Festungen umgeben, wir mußten uns vor den menschewistischen Ansteckungsgefahren sichern und uns „isolieren“, einen verzweifelten Kampf gegen den Gegner führen. Das müssen wir im internationalen Maßstabe auch jetzt tun. Radek und Trotzki wollten uns zur Politik der Koalition mit den Sozialdemokraten, zu einer Kompromißpolitik zwingen. Wir sagen: In der Epoche eines großen Aufschwungs gelingt es manchmal, irgendeinen Flügel oder eine Gruppe vom Menschewismus abzutrennen. Wir haben das in unserer Revolution gesehen: In stürmischer Zeit gelang es uns, einen gewissen Teil von den Menschewiki abzuspalten. In den Jahren des Aufschwungs, wenn die Revolution von Tag zu Tag wächst, ist das möglich. Aber in der Zeit des Stillstands entsteht die ungeheure Gefahr, daß die Reihen durcheinandergeworfen werden. In einer solchen „Koalition“ kann man selbst zugrunde gehen, den Sinn seiner Existenz verlieren, die revolutionäre bolschewistische Partei in eine halb-menschewistische umwandeln. Im internationalen Maßstabe wäre das für uns besonders gefährlich.

Ich will die Frage der englisch-amerikanischen Arbeitsgemeinschaft hier nicht berühren. Das Irrige im Standpunkt des Gen. Trotzki zu dieser Frage habe ich wohl in meinem Referat in der Sitzung der Erweiterten Exekutive mit genügender Klarheit aufgedeckt.

Aus diesem Grunde ist jetzt eine solche, auf den ersten Blick überholte, in Wirklichkeit aber sehr zeitgemäße Polemik notwendig, denn es handelt sich um eine aktuelle Frage, um unsere Taktik in der gegenwärtigen Periode der Revolution.

Die Schwierigkeiten in den einzelnen Parteien

Ihr wißt, daß im Zusammenhange mit der gegenwärtigen Übergangsperiode gewisse krankhafte Prozesse in den einzelnen Sektionen der Komintern entstehen mußten. Offen gesagt, war die Lage in der tschechoslowakischen Partei besonders schwierig. Es kämpften da drei Strömungen, deren Vertreter man bedingt zum Teil als Liquidatoren, zum Teil als parteifeste Genossen, die aber noch nicht zu Bolschewiki geworden sind, und zum Teil als Bolschewiki — allerdings manchmal mit gewissen Fehlern — bezeichnen kann. Wir haben die Sache so geführt, um einen Block zwischen

den zwei letzten Strömungen gegen die Liquidatoren zu bilden. Ich glaube, daß sich unsere Linie in dieser Frage als richtig erwiesen hat. Wenigstens zeugen die heute erhaltenen Nachrichten davon, daß dieser Block zustande kommt. Wir erhielten die Nachricht, daß die Führer der Liquidatoren (Rouček und andere) aus der Partei austreten. Das ist nicht schlecht. Der Block aber, der mit unserer Hilfe zustande kam, arbeitet kameradschaftlich. Wir hoffen, daß er die Partei auf den richtigen Weg hinausführen wird.

Wir möchten noch einige Worte über die Differenzen und Schwierigkeiten in der deutschen Partei sagen. Dort muß jede taktische Lehre noch ziemlich teuer bezahlt werden, weil die Partei, die nach der Brandlerschen Erfahrung gezwungen war, ihre Taktik scharf zu ändern, jetzt sogar das Kalte bläst, um sich nicht zu verbrennen, und manchmal ernster Lehren bedarf. Linke Kinderkrankheiten zeigen sich noch.

Wir bleiben internationale proletarische Revolutionäre

Das Wichtigste ist, daß wir der Vorhut der internationalen Arbeiterklasse etwas Vollständiges geben. Das Wichtigste ist, daß wir nicht nur die Arbeit unter den russischen Arbeitern mit unserer internationalen Politik in Einklang bringen, sondern daß wir unsere laufenden Aufgaben mit den allgemeinen Aufgaben des internationalen Proletariats verbinden. Der ausländische kommunistische Arbeiter interessiert sich lebhaft dafür, wie sich das verlangsamte Tempo der Weltrevolution in Rußland widerspiegelt, ob nicht auch hier eine Verzögerung eintritt, ob die Partei nicht entartet, ob ihr proletarischer Geist nicht nachläßt, und ob sie nicht vom Leninismus abweicht. Wir müssen hier eine solche Verbindung der Aufgaben formulieren, die nicht nur für unsere Partei, sondern auch für das ganze internationale Proletariat taugt.

Ich bin davon überzeugt, Genossen, daß wir diese Frage lösen werden. Sie ist sehr schwer, wir werden sie sorgfältig durcharbeiten müssen, wir werden auch in unserem Lande die Politik fortsetzen müssen, die wir in der Komintern begonnen haben. Die weitere Durcharbeitung der Frage gibt uns richtige Anhaltspunkte, sowohl in bezug auf unsere Arbeit innerhalb des Landes als auch in bezug auf die Arbeit der Organisationen der Kommunistischen Internationale. In bezug auf unsere Arbeit innerhalb der Sowjetunion haben wir klar ausgesprochen, daß wir jede Minute, jede Sekunde zum weiteren Aufbau des Sozialismus ausnützen müssen. Trotz der technischen Rückständigkeit unseres Landes können, müssen und werden wir den Sozialismus aufbauen, ungeachtet des verlangsamten Tempos der Weltrevolution. Wir haben klar ausgesprochen, daß der endgültige Sieg nur auf der internationalen Arena zu erringen ist, daß aber das verlangsamte Tempo der Revolution den Sieg selbst nicht verhindert, nur seinen Zeitpunkt hinausschiebt. Wir waren und bleiben internationale proletarische Revolutionäre. Das ist, was wir über unsere Arbeit sagen wollen.

Wir werden die Hindernisse und die Schwierigkeiten überwinden

Wir wissen, daß uns noch große Schwierigkeiten bevorstehen. Solche Schwierigkeiten werden auch die deutschen kommunistischen Arbeiter haben, die jetzt eine in manchem unseren Julitagen ähnliche Periode durchmachen. Jetzt wird man sie mit allen möglichen Beschuldigungen überschütten, jetzt werden sie von allen Seiten schweren Angriffen standhalten müssen. Und Hindenburg wird jede Gelegenheit ausnützen, um die Kommunisten zu erdrücken. Und die deutsche Sozialdemokratie wird unter den deutschen Arbeitern ein Geschrei erheben: Seht ihr denn nicht, daß es keine Weltrevolution gibt, ihr geht umsonst in den Kerker, ins Zuchthaus, da es keine und nochmals keine Revolution gibt!

Ich kann euch, Genossen, daran erinnern, daß manchmal auch wir russische Bolschewiki uns in einer solchen Lage befanden. Man hat unsere Arbeitergenossen verhaftet, eingekerkert, auf Zwangsarbeit geschickt, und die Menschewiki begleiteten sie mit einem schadenfrohen Geflüster: Wozu gehst du denn auf Zwangsarbeit? Die Revolution ist eine Chimäre, du gehst auf die Zwangsarbeit, nicht um der Revolution, sondern um Lenins willen.

Etwas Ähnliches geht jetzt in Deutschland vor sich. Bei uns gab man im Kerker dem Bolschewik das Evangelium zu lesen, heute aber gibt man in Deutschland dem Kommunisten den „Vorwärts“ oder eine sozialdemokratische Broschüre zu lesen, in der erzählt wird, daß ja Moskau selbst die Stabilisierung „anerkannt“ habe, daß die Revolution zu Ende sei, daß die Arbeiter zwecklos im Kerker verfaulen usw.

Natürlich stehen den deutschen Kommunisten noch große Prüfungen und große moralische Qualen bevor. Beachtet die heutigen Verhältnisse des Kampfes der Komintern. Bei uns in Rußland war der Kampf sehr schwierig, besonders in den Jahren 1909 bis 1911. Wie schwer war es in der Illegalität! Aber man muß die Wahrheit sagen, daß es die Kommunisten heute in vielen Ländern ganz und gar nicht leicht haben. Sie befinden sich oft in einer viel schwierigeren Lage, als die, in der wir uns befunden haben. Wir haben uns jetzt sogar daran gewöhnen müssen, daß man fast jeden Tag, einmal hier, einmal dort, Kommunisten erschießt, daß der weiße Terror in einem solchen Umfange wütet, wovon wir früher nicht einmal geträumt haben. Nach den Jahren 1905 bis 1906 wurden wir vollkommen in die Illegalität gedrängt. Und dennoch befindet sich der internationale Kommunismus im europäischen Maßstabe heute in einer noch schwierigeren Lage. Die europäischen Kommunisten haben es um so schwerer, da sie keine so festen Traditionen haben, wie wir sie seinerzeit hatten. Sie finden keine solche Sympathie in einigen Schichten der bürgerlichen Intelligenz, wie es bei uns russischen Bolschewiki der Fall war. Natürlich ist ihr Kampf dadurch leichter geworden, daß unsere siegreiche Revolution hinter ihrem Rücken steht; hinter ihrem Rücken steht die Komintern, und hie und da haben sie noch eine größere Freiheit, als wir sie hatten. Alles in allem befinden sie sich aber in einer viel schwierigeren Situation, als die, in der wir uns in den Jahren 1908 bis 1912 befunden haben.

Das ist die Summe jener Fragen, vor denen wir stehen. Die Aufgabe besteht darin, daß die hier versammelten Führer unserer Partei vor allem

sich selbst über diese notwendigen politischen Zusammenhänge klar werden. Und das wird jedem Genossen ermöglichen, auf seinem Arbeitsgebiete seine kleine, zugleich aber große Arbeit zu leisten, ebenso wie jene Genossen, die auf andere Posten gestellt wurden, die gleiche Arbeit im internationalen Maßstabe leisten werden. Ohne diese Klarheit über den Zusammenhang unserer eigenen Aufgaben mit den Aufgaben der ganzen Komintern würden wir wie Blinde herumtappen.

Wir wollen die Welt mit offenen Augen sehen, wir wollen begreifen, was vor unseren Augen vor sich geht. Im Jahre 1921 schrieb Lenin: 10 bis 20 Jahre richtiges Verhältnis zur Bauernschaft, und der Sieg in internationalem Maßstabe ist selbst bei einem verlangsamten Tempo der internationalen Revolution gesichert. Natürlich ist diese Frist nicht obligatorisch. Wir hoffen, daß der Sieg früher gesichert sein wird, daß die Revolution in anderen Ländern viel früher siegen wird. Wenn das aber nicht so schnell geschieht, wie wir es hoffen, dann werden wir 10 bis 20 Jahre, und wenn es notwendig ist, noch mehr, auch bei einem verlangsamten Tempo der Revolution systematisch arbeiten. Unsere Partei war und bleibt in den vordersten Reihen der Komintern, die Partei der Arbeitermassen, die Partei des internationalen Proletariats, die Partei der internationalen proletarischen Revolution.

HEINZ NEUMANN (MOSKAU) : DIE HINDENBURG - ÄRA

1. Der greise Feldmarschall und der neue Monarchismus

Die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der deutschen Republik ist nicht nur „ein symbolischer Akt von tiefer Bedeutung“, wie die Monarchisten schrieben, sondern die Wahl vom 26. April 1925 ist ein politisches Ereignis von ernstester Bedeutung für Deutschland, für die ganze Welt und vor allem für den Klassenkampf des Proletariats.

Die monarchistische Kräftegruppierung, die der „greise Feldmarschall“ verkörpert, ist keineswegs mittelalterlich und feudal, sondern sie ist jung und modern — sie ist das letzte Wort des deutschen Imperialismus nach einem verlorenen Krieg, einer niedergeschlagenen Revolution und einer beginnenden Stabilisierung.

Der Monarchismus, den Hindenburg vertritt, unterscheidet sich grundlegend von dem Faschismus, den Hitler im Jahre 1923 auf die Straße führte. Der Hitlersche Faschismus war im Wesen kleinbürgerlich, Hindenburg ist der Repräsentant des Großkapitals. Hitler wollte — wenigstens in seiner Agitation — den völkischen Rachekrieg gegen Frankreich, Hindenburg siegte mit der stillschweigenden Unterstützung mächtiger Gruppen des Entente-kapitals. Hitler wollte die Republik mit bewaffneten Hundertschaften stürzen, Hindenburg wird sie mit Hilfe der von ihm beschworenen Weimarer Verfassung, gestützt auf den Staatsapparat und die Reichswehr, liquidieren. Hitler war der kleinbürgerliche Trommler der Restauration, Hindenburg ist der Feldmarschall der Monarchie. 1923 stützte die Restauration sich auf Hundertschaften, 1925 besitzt sie eine Armee, erobert die Staatsmacht und sammelt 14,6 Millionen Stimmen, 48 Prozent aller Wähler, auf Grund des demokratischsten Wahlrechts der Welt.

Das ist das Neue an der Wahl Hindenburgs.

2. Wer ging zu Hindenburg?

Das Erstaunliche der deutschen Präsidentenwahl besteht darin, daß der republikanische Volksblock im ersten Wahlgang am 29. März den monarchistischen Reichsblock mit 13,2 Millionen gegen 11,7 Millionen Stimmen schlug, während einen Monat später Hindenburg mit 14,6 Millionen über die 13,7 Millionen Wähler des Republikaners Marx siegte. Binnen knapper vier Wochen gewannen die Monarchisten knapp drei Millionen Stimmen neu.

Was hat sich innerhalb dieser vier Wochen geändert? Der Reichsblock kämpfte im März mit der leeren schwarzweißbroten Fahne: sein Kandidat war Jarres, ein entschlossener Reaktionär und ein guter Monarchist, aber

kein offener Verfechter der Kaiserkrone. Im April entschloß sich der Reichsblock, nach einer Woche innerer Kämpfe, offen die Kaiserfahne zu entrollen. Mit der Aufstellung der Kandidatur Hindenburg setzte er vor den 30 Millionen deutscher Wähler den schwarzweißroten Farben die Hohenzollernkrone auf. Und unter diesem Zeichen siegte er.

Die inneren Kämpfe, die der Aufstellung Hindenburgs vorangingen, sind von großer Wichtigkeit. Mit ihrem Abschluß wurde ein ganzer Entwicklungsprozeß innerhalb der deutschen Bourgeoisie und eine Etappe in der Geschichte Deutschlands vollendet. Die bürgerlichen Rechtsparteien rangen mit sich selbst, oder besser mit den Massen ihrer Anhänger, bevor sie sich für Hindenburg entschieden. Im März verhinderte noch Stresemann die Aufstellung einer bürgerlichen Sammelkandidatur des demokratischen Reichswehrministers Geßler, weil er fürchtete, daß der Bürgerblock den Bürgerkrieg bringen werde. Die Aufstellung Hindenburgs selbst wurde im „Kurfürstenausschuß“ des monarchistischen Wahlregisseurs Loebell mit 9 gegen 3 Stimmen der Volkspartei getroffen. In dem Artikel, mit dem Stresemanns „Zeit“ die Aufstellung Hindenburgs begrüßt, liest man nicht weniger als fünfmal das Wort „Bedenken“.

Worin bestehen diese Bedenken? Sie haben drei Hauptursachen. Die Wahl Hindenburgs ist ein **a u ß e n p o l i t i s c h e s** Wagnis, weil er die bisherige Form der Erfüllungspolitik nicht fortsetzen kann. Er ist nicht imstande, wie die bisherigen republikanischen Außenminister, den Versailler Frieden unbedingt und um jeden Preis durchzuführen, den Dawesplan gemeinsam mit allen Gruppen des Ententekapitals zu vollstrecken.

Die Wahl Hindenburgs ist ein **i n n e r p o l i t i s c h e s** Wagnis für die deutsche Bourgeoisie, weil sie mit Notwendigkeit zum offenen Kampf mit der Arbeiterklasse führen muß. Die Unternehmer und ihre bürgerlichen Parteien haben gezweifelt, ob ihre Kraft bereits heute ausreicht, durch die Wahl Hindenburgs diesen Kampf offen zu proklamieren. Die Wahl bedeutet schließlich Schwierigkeiten innerhalb der bürgerlichen Klasse selbst. Sie vermehrt den Konfliktsstoff zwischen den verschiedenen Bourgeoisparteien und erschwert dadurch die Bildung des Bürgerblocks. Das Zentrum und die Demokraten, zwei ausgesprochene Bourgeoisparteien, sind aus einer Reihe von Gründen gegen die Monarchie: Sie vertreten damit das Interesse der verarbeitenden Industrie, der mittleren Bourgeoisie, großer Schichten des Kleinbürgertums, der katholischen Kirche und vor allem der christlichen Arbeiter, die eine Koalition mit der Sozialdemokratie, die Aufrechterhaltung der Republik und die Verhinderung der Restauration fordern.

Schwerer als diese Bedenken wogen im obersten Rate der Unternehmer zwei Gründe, die für Hindenburg sprachen:

Hindenburg und die Monarchie bieten die beste Möglichkeit für den Übergang zu einer aktiven Außenpolitik, zur Ausnützung der wachsenden Gegensätze zwischen England und Frankreich, zur Wiedereroberung eines Platzes für Deutschland in der imperialistischen Welt.

Hindenburg und die Monarchie rücken zwar die Gefahr neuer, größerer Klassenkämpfe in absehbarer Zeit auf die Tagesordnung, aber sie sind zugleich eine stärkere Machtbasis gegen eine zweite proletarische Revolution als die bürgerliche Republik, die sich mit Mühe der ersten Revolution erwehren konnte.

Diese Gründe siegten. Und so ging das deutsche Finanzkapital zu Hindenburg.

In hellen Millionen aber lief zu ihm das deutsche Kleinbürgertum. Die soziale Beruhigung des Kleinbürgertums nach dem Ende der Inflationsnöte enthält das Geheimnis des Hindenburgsieges. Das Kleinbürgertum genießt seit einem knappen Jahr eine Atempause. Die angstvollen Jahre der Markzerrüttung sind vorüber. Die drückenden Jahre der Reparationszahlungen und der Dawessteuern rücken erst mit dem 1. Januar 1926 heran. Die Kleinbürger leben von den mageren Einkünften in Rentenmark und von den fetten Hoffnungen auf die Aufwertung. Sie leben schlecht, aber besser als vor zwei Jahren. Sie sind beruhigt. Zu den faschistischen Demonstrationen von 1923 gingen sie mit Windjacken und Gummiknüppeln. Zu den Hindenburgkundgebungen von 1925 gehen sie im Sonntagsanzug und mit Familie. Das ist der Unterschied. (Ausgenommen sind dabei natürlich einige Millionen Kleinbürger, die für Marx stimmten.)

Neben dem allgemeinen Zug der kapitalistischen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums zu Hindenburg wurde sein Stimmenzuwachs in den letzten vier Wochen durch drei spezielle Wählergruppen entschieden.

In Ostpreußen stimmten breite Volksmassen, darunter zweifellos auch Landarbeiter, für den „Sieger von Tannenberg“. Unzählige Frauen stimmten für den Feldmarschall, dessen Bild in ihrem Zimmer hängt, und dessen Name ihre seit 1918 unbefriedigten nationalen Gefühle weckt. Dazu kommen die „unpolitischen Wähler“, die sich im März der Stimme enthielten. Die Wahlbeteiligung stieg von 69 Prozent auf 77,3 Prozent. Seine 900 000 Stimmen Mehrheit gewann Hindenburg durch diese Schichten. Gewählt wurde er eigentlich durch die Nichtwähler.

Der Repräsentant der deutschen Monarchie siegte durch die typisch bonapartistische Masse: Agrarische Bezirke, rückständige Frauen, unpolitische Spießer.

3. Im Luftloch der englisch-französischen Gegensätze

Die erste Entscheidung über das Schicksal des Hindenburg-Regimes wird durch die Resultate seiner Außenpolitik fallen, die letzte Entscheidung wird der Klassenkampf in Deutschland bringen. Der Reichskanzler Luther erklärte zwar drei Tage nach der Wahl, „die Außenpolitik müsse selbstverständlich von dem Gesetz der Kontinuität beherrscht sein“, aber es wäre eine höchst vulgäre Vereinfachung, anzunehmen, die Machtergreifung Hindenburgs bedeute nicht auch außenpolitisch eine entscheidende Veränderung der Situation. Selbstverständlich wird Hindenburg nicht nach einigen Monaten den Versailler Frieden für ungültig erklären, die 10 Divisionen der deutschen Reichswehr nebst den vaterländischen Verbänden mobilisieren und den Regierungen Englands, Frankreichs, Amerikas den Krieg erklären. Aber Hindenburgs „Denksekretär“, der Admiral Tirpitz, und seine Partei, die Deutschenationalen, haben einen durchaus ernsthaften, realistischen und klaren Plan der monarchistischen Außenpolitik. Ihre Taktik baut sich auf der Erkenntnis auf, daß zwischen dem Versailler Frieden und dem Dawesplan ein Unterschied besteht. Sie sind für den Dawesplan, aber gegen Versailles. Sie sind,

konkret ausgedrückt, für das Zusammengehen mit England, aber gegen den französischen Imperialismus. Sie träumen nicht von der plötzlichen Auferstehung des alten, selbständigen deutschen Imperialismus mit seiner Armee, seiner Flotte und seinen Kolonien, sondern sie erstreben zäh und entschlossen die Herausbildung eines abhängigen unselbständigen Schein- und Schattenimperialismus am Schwanz der stärksten imperialistischen Macht Europas: Englands. Sie betreiben die Politik des sogenannten „Schwanzimperialismus“, wie ihn Genosse Maslow treffend kennzeichnete. Diese Politik ist gefährlich, denn sie kann über Nacht zu Konflikten mit Frankreich führen. Aber sie hat gewisse Aussichten, denn sie liegt auf der Linie der heutigen englischen Interessen.

Man muß sich über die Perspektiven dieses Schwanzimperialismus klarsen: sie reichen nicht allzu weit. Deutschland ist nicht Belgien oder Holland, der deutsche Kapitalismus beruht nicht nur auf Finanzoperationen oder Handelsgeschäften. Deutschland wird der einzige englische Vasall sein, der nicht Kleinstaat, sondern Großstaat ist, auf einer konzentrierten Schwerindustrie beruht. Der deutsche Kapitalismus, der die höchste Stufe der imperialistischen Entwicklung erreicht hat, ist ein klassisches Beispiel für die Leninsche Theorie der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung, aus der die Unmöglichkeit folgt, eine längere stabile Aufteilung der verschiedenen Staaten vorzunehmen. Der neue deutsche Schwanzimperialismus wird zur Tatsache, aber er ist zugleich ein Widerspruch in sich selbst. Er muß darauf drängen, zum wirklichen Imperialismus zu werden: mit Armee, mit Flotte und mit Kolonien. Er muß nach absehbarer Zeit erstreben, aus einem Objekt der imperialistischen Aufteilung zu einem Subjekt der imperialistischen Neuaufteilung zu werden. Dabei stößt der deutsche Schwanzimperialismus schon heute, schon als „Schwanz“-Imperialismus auf den unbedingten, heftigen Widerstand Frankreichs. Er wird auch mit dem englischen Finanzkapital, seinem Geburtshelfer, in offenen Konflikt geraten, sobald die ökonomische Expansion des stabilisierten Deutschland, sein Übergang zu wirklich imperialistischen Bestrebungen England gefährdet. Daran wird die Außenpolitik der deutschen Restauration scheitern.

Nach innen bedeutet die „nationale Realpolitik“ den Verrat an den nationalen Forderungen des Kleinbürgertums. Eine der ersten Wirkungen von Hindenburgs Aufstellung ist die endgültige Liquidierung der deutsch-nationalen Opposition gegen den Dawesplan. Die Monarchisten sind bereit, nicht nur den Dawesplan durchzuführen, sondern auch den Versailler Frieden, soweit er englischer Herkunft ist, und soweit die englische Bourgeoisie es für zweckmäßig hält, auf die Erfüllung der französischen Forderungen zu drängen.

Zunächst versucht Hindenburg im Luftloch der englisch-französischen Gegensätze zu atmen und zu handeln. Er lebt von drei Dingen: von der Gnade Chamberlains (nicht von der Gnade Moskaus, wie der „Vorwärts“ schreibt), von der gegenwärtigen Schwäche Frankreichs auf dem europäischen Kontinent und von der gegenwärtigen Neutralität des amerikanischen Imperialismus, der die Gegensätze zwischen England und Frankreich sich langsam vertiefen läßt.

Drei Tage nach der Wahl hielt der Reichskanzler Luther (nicht Stresemann!) auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag eine Rede, die

Hindenburgs auswärtiges Programm enthält. Er beschränkt sich auf zwei praktische Punkte: die Sicherheitsfrage und die Räumungsfrage. Hindenburg nimmt also das Stresemannsche Angebot eines Garantiepaktes mit den Ententemächten wieder auf und versucht dafür als ersten Erfolg die Räumung der Kölner Besatzungszone durch die Engländer einzustecken. Die nächste Etappe wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sein; ein ferneres, noch nicht aktuelles Ziel das Angebot der Intervention gegen die Sowjetunion, deren Vorbedingungen schon heute mit Zustimmung Englands geschaffen werden.

Aber so wie die ganze Zukunft des deutschen Schwanzimperialismus vollziehen sich bereits die ersten Schritte der Hindenburgschen Außenpolitik nicht ohne Schwierigkeiten. Der französische Imperialismus hat das Interesse und die Macht, gegen die Liquidierung des Versailler Friedens zu kämpfen. Briand, der französischer Völkerbundsvertreter war und Spezialist für Rheinlandsfragen ist, erhebt keine prinzipiellen Einwände gegen einen Garantiepakt, aber er will diesen Garantiepakt mit Einschluß des Artikels 44 des Versailler Friedens, der die bekannten Neutralisierungsbestimmungen für das Rheinland enthält. Hier entsteht die erste Schwierigkeit.

Grundfalsch wäre die Meinung, daß Hindenburgs Außenpolitik 1. nichts Neues sei, 2. ohne wachsende Schwierigkeiten und Konflikte durchgeführt werden könnte. Bereits die ersten Ereignisse seit seiner Wahl zeigen das Gegenteil.

Den Charakter der „nationalen Realpolitik“ Hindenburgs in der nächsten Zukunft umschreibt am besten die „Kölnische Zeitung“ in ihrem Kommentar zur Rede Luthers:

„Was er treiben will, ist im besten Sinne des Wortes nationale Realpolitik, die mit kleinen Schritten, aber ausdauernd dem möglichen zugewandt, Deutschlands schwere Pflichten vertraglich erfüllt und Deutschlands geringe Rechte entschieden wahrt, sie zu erweitern bestrebt ist, soweit das heute möglich ist.“

4. *Der General des Generals Dawes*

Während des Wahlkampfes tobte zwischen dem republikanischen Volksblock und dem monarchistischen Reichsblock ein Streit um die Frage, ob das Ausland die Wahl Hindenburgs mit Zustimmung oder Ablehnung aufnehmen würde. Es zeigte sich, daß beides geschah. Nach der Wahl brachten die demokratischen Zeitungen triumphierend Auszüge aus der französischen Presse, die Hindenburgs Wahl mit Entrüstung aufnahm. Gleichzeitig brachten die monarchistischen Blätter spaltenlange Berichte aus der englischen Presse, die Hindenburg „mit abwartender Klugheit“ empfing.

Aus Amerika hörte man einige Tage lang Drohungen mit der Einstellung der Kredite. Aber bisher ist nicht der geringste Kredit eingestellt worden.

„Das Ausland“, d. h. die imperialistischen Regierungen, stellen sich weit ehrlicher auf den Boden Hindenburgs, als sich Hindenburg auf den Boden der deutschen Republik stellt. Nur das französische Finanzkapital macht dabei eine Ausnahme.

Allgemein erblicken die Imperialisten aller Länder in Hindenburg den Generalfeldmarschall, der den Aufmarschplan des Generals Dawes gegen das

deutsche Proletariat durchführt. Die monarchistische Exekutivgewalt bietet dem Auslandskapital eine bessere Garantie für seine deutschen Interessen als der parlamentarische Staatsapparat der bürgerlichen Republik.

Mit dem Ende des laufenden Jahres hört die erste Zeit des Dawesregimes, die Zeit der Erholung und Atempause, des kleinen Defizits und der großen Stabilisierung auf. Die ersten Zahlungen müssen geleistet werden. Der goldenen Jugendzeit des Dawesplans folgt die eiserne zehnstündige Arbeitszeit. Aufgewertet werden nur die Enttäuschungen der Kleinbürger. Die regierende Monarchie überreicht dem Volke zur Begrüßung ein mächtiges Steuerbukett. Sie schenkt den Arbeitern und Kleinbauern Getreidezölle, die alle Erinnerungen an die alte Kaiserzeit überragen.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Folgen des Dawesregimes große Wirtschaftskämpfe in Deutschland entfachen müssen. Aber es besteht bei den imperialistischen Regierungen ein ernster Zweifel daran, ob die bürgerliche Republik imstande ist, in diese Wirtschaftskämpfe mit allen Machtmitteln so entschlossen einzugreifen, daß die Arbeiterklasse niedergeschlagen wird. Diese Aufgabe übernimmt jetzt der General Hindenburg.

Das ist ein weiterer Grund für die „abwartende Klugheit“, mit der besonders die englische Presse die Wahl aufnimmt. Die „Times“ schreibt am 30. April:

„Was als Ausdruck der deutschen Stimmung durch die Wahl klar bekundet wird, muß voll und ganz in Rechnung gestellt werden. Diese Tatsache ist in mancher Beziehung störend, jedenfalls aber von außerordentlicher Wichtigkeit für die europäische Politik.“

Weit präziser ist der „Daily Express“ (ein liberales Lloyd-George-Blatt). Er überschreibt seine Meldung: „Hindenburg kein Junker!“ — auf deutsch: kein unerwünschter Präsident für den englischen Imperialismus.

Am deutlichsten aber schreibt „Daily Mail“ — ähnlich wie die gesamte übrige Rothermere-Presse:

„Der Sieg Hindenburgs bedeutet einen schweren Schlag für den Bolschewismus. Auf jeden Fall ist Hindenburg kein Hitzkopf wie Ludendorff. Es ist nur zu hoffen, daß, wenn wirklich Deutschland über kurz oder lang einen Monarchen haben soll, dieser nicht so blutig sein wird wie der letzte.“

Also der neue Monarch, dessen Thronbesteigung Hindenburg vorbereitet, ist nicht nur christlich, national und sozial, sondern er gleicht, nach dem Wunsch der englischen Imperialisten, auch dem Erfinder des bekannten Hühneraugenmittels: Dr. Unblutig.

5. Republik und Monarchie

Der klügere Teil der Hindenburgpresse ist im jetzigen Augenblick bemüht, die entscheidenden politischen Veränderungen, die die Wahl Hindenburgs bewirken muß, abzuleugnen oder zu verschleiern. Die Monarchisten hoffen dadurch weitere Teile der bürgerlichen Parteien an sich zu ziehen und die mißtrauischen Elemente im Ausland zu beruhigen. Luther verkündete bereits in seiner Rede das „Gesetz der Kontinuität“ in der Außenpolitik. Die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wandte sich sofort nach dem 26. April „gegen die törichte Konstruktion eines Gegensatzes von Monarchisten und Republikanern bei dieser Wahl.“

Kein Kommunist wird sich durch diese plumpe Taktik fangen lassen. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß tatsächlich nicht nur eine monarchistische Gefahr, sondern bereits der reale Beginn einer monarchistischen Restauration vorhanden ist. Dieser Monarchismus ist nicht einmal nur im allgemeineren Sinne vorhanden, d. h. in Gestalt der monarchistischen Durchdringung des Staatsapparates, der Armee usw., sondern bereits im engen, dynastischen Sinne des hohenzollernschen Legitimus, dessen offizieller Vertreter Hindenburg ist. Diese Tendenz ist stärker als alle partikularistischen Widerstände von Wittelsbach bis Mecklenburg-Strelitz.

Die Monarchie entspricht heute dem objektiven Klasseninteresse der deutschen Bourgeoisie, dem politischen Interesse des deutschen Finanzkapitals.

Die deutschen Kapitalisten brauchen für ihre „nationale Realpolitik“, für den Aufbau des neuen deutschen Schwanzimperialismus eine monarchistische Regierung mit einer festen militaristischen Machtbasis, die, unabhängig von parlamentarischen Störungen, im Luftloch der englisch-französischen Gegensätze handeln kann.

Engels hat in seinen Briefen an Bernstein noch in den letzten Lebensjahren darauf hingewiesen, daß die konstitutionelle Monarchie (d. h. heute das Hindenburg-Hohenzollernsche „Volkskaisertum“) in zwei geschichtlichen Perioden zur zweckmäßigsten Form der Bourgeoisie herrschaft wird: erstens solange der Feudalismus noch nicht völlig besiegt ist, solange also noch ein gewisses Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie und Junkertum besteht; zweitens: sobald infolge des politischen und organisatorischen Vormarsches des Proletariats die bürgerliche Republik bereits „zu gefährlich“, d. h. zu schwach für die Niederhaltung der Arbeiterklasse wird, also sobald wiederum ein relativer Gleichgewichtszustand zwischen den Klassenkräften eintritt, diesmal aber nicht zwischen Bourgeoisie und Feudalismus, sondern zwischen Proletariat und Bourgeoisie. In der Zwischenzeit liegt die Periode der unumschränkten Herrschaft der Bourgeoisie, die vom Feudalismus nicht mehr und vom Proletariat noch nicht gefährdet wird. Die für die Bourgeoisie bequemste Herrschaftsform dieser Periode ist die demokratische Republik.

Diese Äußerung von Engels, die erst im vergangenen Jahr durch Rjasanow veröffentlicht wurde, ist von größter Bedeutung. Engels sieht hier auf Grund der Entwicklung des Bismarckschen Deutschland in der Zeit des Sozialistengesetzes einen historischen Funktionswechsel der Monarchie voraus, der lange Zeit von den Marxisten unbeachtet blieb. Man betrachtete in Westeuropa jahrelang die Monarchie als eine überlebte Erbschaft der Feudalzeit, die innerhalb der modernen kapitalistischen Entwicklung nicht mehr zu einer realen Gefahr für das Proletariat werden könne. Die deutsche Sozialdemokratie, in deren Erfurter Programm kein Wort von der Republik steht, verzichtete fast vollständig auf die antimonarchistische Agitation in den Massen. Die jüngste imperialistische Entwicklung seit dem Weltkrieg liefert eine glänzende Bestätigung der Engelsschen Voraussage. Die Erstarkung und Revolutionierung des Proletariats, seine Loslösung von der opportunistischen Arbeiteraristokratie, der Anbruch der ersten Periode der proletarischen Weltrevolution, der Übergang großer Bauernmassen, unterdrückter Nationen und Kolonialvölker auf die Seite des Proletariats macht in der Tat die demokratische Republik „gefährlich“ für die Herrschaft der Bourgeoisie. Das

„Gerechtigkeit“ wird verändert. Die imperialistische Bourgeoisie braucht eine tiefgreifende Umgestaltung ihrer Staatsgewalt, um den Umschlag dieses veränderten Gleichgewichts in das Übergewicht und den Sieg des Proletariats zu verhindern. Daher leitet sie in einer Reihe von Ländern monarchistische Restaurationsversuche ein.

In diesem Sinne ist Hindenburgs Wahl nicht nur für Deutschland ein Ereignis von größter historischer Tragweite, sondern ebenso für Frankreich, Amerika, die heute noch „demokratische“ Monarchie England usw.

Die Herausarbeitung der Taktik der deutschen Kommunisten im Kampfe gegen die Monarchie ist gewissermaßen nur das Vorspiel einer politischen Entscheidung, vor die früher oder später auch die meisten anderen Parteien der Komintern, die Internationale in ihrer Gesamtheit gestellt sein werden.

Man kann die Wahl Hindenburgs als den Endpunkt der ersten proletarischen Revolution in Deutschland bezeichnen. Erst jetzt zieht die Bourgeoisie die letzte Konsequenz aus ihr. Nach dem sächsischen Oktoberrückzug im Jahre 1923 warf die Bourgeoisie mit Hilfe des Ausnahmezustandes und der Reichswehr das Proletariat nieder. Das war nur der erste Schritt. Im Sommer 1924 unterzeichnete sie den Dawesplan und schuf damit die Grundlagen der kapitalistischen Stabilisierung. Auch das war noch nicht alles. Erst mit der Wahl Hindenburgs im April 1925 geht die Bourgeoisie endgültig von der Konsolidierung in der Form der bürgerlichen Republik zur monarchistischen Konsolidierung über.

Aber warum wird die Republik gerade jetzt „zu gefährlich“, im Augenblick, wo das Proletariat so niedergeschlagen und passiv ist wie niemals? so könnte man fragen. Die Bourgeoisie zeigt gerade durch diesen Schritt, daß sie gründlicher, weitsichtiger und ihrer Klassenziele bewußter ist als mancher gute Revolutionär. Sie zieht aus der deutschen Revolution nicht nur die eine Lehre, daß das Proletariat passiv, unentschlossen, unorganisiert war und sich schlagen ließ, sondern sie eröffnet zugleich die positive Bilanz des Zeitabschnitts von 1918 bis 1923: die Macht, die Gefährlichkeit des Proletariats. Sie begnügt sich nicht damit, daß die Arbeiterklasse heute geschlagen und ohnmächtig ist, sondern sie will sich zugleich die Garantie gegen den unvermeidlich kommenden künftigen Vormarsch des Proletariats schaffen. Die klügsten Köpfe der deutschen Bourgeoisie machen sich keine Illusionen über die heutigen Illusionen der deutschen Arbeiterklasse. Sie rechnen früher oder später, nach Jahren oder nach einem Jahrzehnt — mit der zweiten proletarischen Revolution in Deutschland. Sie wissen, daß die heutige Ohnmacht der Arbeiterklasse eine provisorische, ihre Passivität eine vorübergehende, ihre Revolutionsmüdigkeit eine vorläufige ist. Und sie wissen vor allem: eine zweite wirkliche proletarische Revolution hält diese Republik nicht aus, nachdem sie fünf Jahre verzweifelten Kampfes brauchte, um die erste abzuwehren.

Der monarchistische Kampf gegen die bürgerliche Republik ist zugleich der Kampf der Großbourgeoisie um die Ausschaltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die sozialdemokratischen Führer haben in sechs Revolutionsjahren vor den revolutionären Arbeitern gezeigt, daß sie unbedingte Lakaien der Bourgeoisie sind. Sie brauchten ebensoviel Zeit, um der Bourgeoisie zu beweisen, daß sie keine unbedingte Garantie gegen die Revolution bieten. Aus diesem Grunde muß die Großbourgeoisie den sozialdemokratischen Einfluß im deutschen Staatsapparat beseitigen, wenn sie die

möglichst sichere Durchführung des Dawesplans erreichen will. Die Sozialdemokratie hat ihre Schuldigkeit gegen die Arbeiter getan, sie hat der monarchistischen Restauration keine Schuldigkeit mehr zu erweisen.

Die Ausschaltung der Sozialdemokratie ist nach der Wahl Hindenburgs das entscheidende Kampfobjekt zwischen bürgerlicher Monarchie und bürgerlicher Republik. Die Zurückdrängung der Sozialdemokraten vollzog sich während der ganzen Lebensdauer der Republik nach einem fast ununterbrochenen Schema. 1918: die rein sozialdemokratische Regierung der Volksbeauftragten. 1919: die Koalition mit den bürgerlichen Republikanern unter sozialdemokratischer Führung. 1921: die Koalition mit den bürgerlichen Republikanern unter bürgerlicher Führung. 1923: die große Koalition mit der monarchistischen Volkspartei. Nach dem Oktober 1923 der Hinauswurf aus der großen Koalition. Seit dem 16. Januar 1925 die Regierung des Bürgerblocks unter deutschnationaler Führung. April 1925 übernimmt Hindenburg als monarchistischer Reichspräsident die Macht. Eine Woche später beginnt die Restauration erneut den Ansturm gegen das letzte Bollwerk der Sozialdemokratie in Deutschland: die Preußenregierung, den Exekutiveapparat des deutschen Bourgeoisstaates. Aber die Preußenregierung fiel bei diesem ersten Ansturm nicht, weil ein Teil der Monarchisten ein letztes Kompromiß mit den Sozialdemokraten schloß.

Dieses Ereignis zeigt, daß die Entfernung der Sozialdemokratie aus dem bürgerlichen Staatsapparat auf Schwierigkeiten stößt. Und diese Schwierigkeiten verhinderten bisher das Zustandekommen eines stabilen Bürgerblocks im Zeichen der kapitalistischen Stabilisierung. Die Großbourgeoisie kann nicht auf geradem Wege die Sozialdemokratie ausschalten. Deutschland ist nicht Bulgarien. Selbst Zankow kann nur unter der Musik von explodierenden Höllenmaschinen gegen alle Arbeiter und alle Bauern des Landes eine Zeitlang regieren. In einem entwickelten Industriestaat wie Deutschland ist diese Methode unmöglich. Das deutsche Großkapital kann seine ökonomische Stabilisierung nur dann politisch sichern, wenn es einen großen Teil der Arbeiterklasse für sich gewinnt und zugleich ein Höchstmaß von Machtgarantien gegen eine zweite Revolution schafft. Die erste Bedingung widerspricht aber der zweiten. Die erste ist nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich, die zweite nur um den Preis ihrer Ausschaltung. In diesem Widerspruch kommt gegenwärtig die ganze Unsicherheit der bürgerlichen Restauration in Deutschland zum Ausdruck: trotz der Oktoberniederlage, trotz dem Dawesplan und trotz Hindenburg!

Der Kampf zwischen Monarchie und bürgerlicher Republik, zwischen Rechtsblock und Volksblock, ist zugleich der Kampf um die Zerreißung oder die Fortsetzung des Bündnisses mit der Sozialdemokratie. Das Zentrum und die Demokraten, die beiden bürgerlichen Volksblockparteien, sind im Grunde bereits heute Bestandteile des Bürgerblocks. Aber sie können sich in Preußen nicht von der Sozialdemokratie trennen. Besonders scharf leidet das Zentrum unter diesem Widerspruch. Wenn es die Koalition mit der Sozialdemokratie endgültig aufgibt, riskiert es den Bruch mit den 1 270 000 Arbeitern und Beamten der christlichen Gewerkschaften. Zugleich drängt der Unternehmerflügel des Zentrums zum Bürgerblock. Dieser Gegensatz kann bis zur Parteisplaltung führen; er lähmt schon heute die einzige — von der Sozialdemokratie abgesehen — wirkliche Massenpartei der deutschen Bour-

geoisie. Im Reich unterstützt das Zentrum seit dem 16. Januar 1925 die Regierung des monarchistischen Bürgerblocks, in Landesregierungen, wie Hessen, befindet es sich noch heute in der kleinen Koalition mit den Sozialdemokraten, in Preußen erstrebt es erfolglos die große Koalition. In Hamburg und Sachsen wiederum muß sogar die monarchistische Volkspartei die Koalition mit den Sozialdemokraten aufrechterhalten, weil sich die örtlichen Kapitalisten heute noch nicht ohne die Hilfe der Sozialdemokratie gegen die mächtige und unruhige Arbeiterschaft Hamburgs und Sachsens behaupten können.

So ist die Frage Monarchie oder Republik unlösbar verknüpft mit der Frage der Sozialdemokratie.

6. Die Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratie hat den Kampf für die Räterepublik mit den Waffen des Bürgerkrieges niedergeworfen. Sie will und kann gegen die Monarchisten nicht einmal einen ernsthaften Verteidigungskampf für die bürgerliche Republik führen. Aber „die Sozialdemokratie“ ist kein fester Begriff. Es besteht ein Unterschied zwischen den Parteiführern, der Parteibureaucratie, den bewußt konterrevolutionären Funktionärkadern, dem engen Kreis der eigentlichen Arbeiteraristokratie einerseits und auf der anderen Seite den Arbeitermassen innerhalb der Partei, zu denen noch die Millionen ehrlicher proletarischer Wähler und Anhänger der Sozialdemokratie, die Peripherie zu rechnen ist. Diese Arbeitermassen wollen heute um keinen Preis für die Räterepublik kämpfen, aber sie wollen um jeden Preis gegen die Monarchie kämpfen. Sie stoßen dabei auf die Sabotage der Parteiführer. Die wirkliche Durchführung des Kampfes gegen die Monarchie erfordert also die Losreißung breiter sozialdemokratischer Arbeitermassen von ihrer Partei. Dieser Prozeß kann sich aber nicht auf dem primitiven und dazu opportunistischen Wege vollziehen, den Brandler 1923 einschlug: eine Koalition mit einigen, angeblich „linken“ Führern der Sozialdemokratie unter gleichzeitiger Liquidierung der selbständigen Politik der Kommunistischen Partei. Diese Brandlersche Taktik führte bekanntlich nicht zur Losreißung sozialdemokratischer Arbeiter von ihrer Partei, sondern zur Konsolidierung der Sozialdemokratie, zur Niederlage der Revolution und zur zeitweisen Isolierung der Kommunisten von den enttäuschten Arbeitermassen.

Die Hinüberziehung größerer Arbeiterschichten aus der Sozialdemokratie zu den Kommunisten, also die Vorbedingung für einen ernsthaften Kampf gegen den Monarchismus, ist nur unter zwei Bedingungen möglich: 1. daß die KPD ihre selbständige Politik nicht liquidiert oder abschwächt, sondern im höchsten Grade entwickelt und verstärkt; 2. daß sie es versteht, die Risse innerhalb der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Volksblockparteien, schließlich den großen Riß zwischen Volksblock und Monarchistenblock zu vertiefen, auszunützen und dadurch in Klassengegensätze und Klassenkämpfe zu verwandeln.

Die Wahrung unserer selbständigen kommunistischen Politik besteht darin, daß wir nicht (wie Brandler) auf unsere prinzipiellen kommunistischen Endforderungen verzichten, und daß wir vor den Massen solche Teil-

forderungen und Tageslosungen aufstellen, die die Spannung der Klassen-gegensätze nicht mildern, sondern verschärfen, die das Niveau der Arbeiterklasse nicht senken, sondern heben. Brandlers Opportunismus bestand nicht nur darin, daß er die Endlosungen des Kommunismus, die konkrete Kampflosung der Diktatur des Proletariats (die der objektiven Situation vom Herbst 1923 entsprach) liquidierte, sondern vor allem auch darin, daß er zugunsten seiner Koalition mit den linken Sozialdemokraten vom Zeignertypus sogar auf die unmittelbaren Teilforderungen und Tageslosungen verzichtete, die die Arbeitermassen damals auch nur um einen Schritt vorwärts getrieben hätten. Mit andern Worten: Wir, die linke, bolschewistische KPD, unterscheiden uns von der rechten, opportunistischen KPD Brandlers nicht dadurch, daß Brandler mit den Sozialdemokraten manövrierte, und daß wir es ablehnen, mit ihr zu manövrieren, sondern dadurch, daß Brandler mensche-wistische Manöver mit den sozialdemokratischen Führern unternahm, die auf eine Selbstbeschränkung der Kommunistischen Partei und auf eine Beschränkung der objektiv möglichen Ausdehnung des Klassenkampfes hinausliefen, während wir auf bolschewistische Art mit den Sozialdemokraten und unter Umständen sogar mit andern bürgerlichen Parteien manövrieren, um die Kommunistische Partei Deutschlands den Millionen des Proletariats und aller Werktätigen als selbständige Führerin in ihrem Kampf näherzubringen und um mit Hilfe der Ausnützung aller Risse im Feindeslager den Klassenkampf zu beschleunigen und vorwärts zu treiben.

Das aktive Eingreifen in die Auseinandersetzungen zwischen bürgerlicher Republik und Monarchie stellt uns vor die Aufgabe, einen Keil in die deutsche Sozialdemokratie zu treiben, die sozialdemokratischen Arbeitermassen von den opportunistischen (rechten und „linken“) Führern loszureißen und in Deutschland eine Bewegung zu organisieren, die sich mit gewissen Unterschieden mit der Revolutionierung der englischen Arbeiterbewegung vergleichen läßt. Einer dieser Unterschiede liegt darin, daß wir in Deutschland nicht zu raschen und glänzenden Erfolgen kommen werden wie die englischen Kommunisten. Bei uns fehlt die schwere akute Erschütterung, die der englische Imperialismus durchmacht. Unsere Arbeit wird schwieriger, mühseliger und komplizierter sein als in anderen Ländern.

Die Kompliziertheit unserer Aufgaben im Kampfe gegen die Sozialdemokratie besteht vor allem darin, daß wir eine ganze Anzahl von „Rissen“ im Feindeslager ausnützen müssen, wobei wir den einen Riß nicht ausnützen können, ohne zugleich den andern zu vertiefen. Schematisch betrachtet, gibt es drei große „Risse“ innerhalb der Bourgeoisie und ihres sozialdemokratischen Anhängsels: 1. zwischen Rechtsblock und Volksblock; 2. zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten im Volksblock; 3. zwischen den linksgestimmten Arbeitern und der rechten Führung innerhalb der Sozialdemokratie.

Um die Krise innerhalb der Sozialdemokratie, die für uns die wichtigste ist, zu beschleunigen, müssen wir die Krise im Volksblock beschleunigen. Um die Krise im Volksblock zu vertiefen, müssen wir die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Volksblock und Rechtsblock provozieren. Die Gewinnung breiter sozialdemokratischer Arbeitermassen für die kommunistische Politik erfordert also eine ganze Reihe großzügiger, gut durchdachter, zweifellos gefährlicher, aber unbedingt notwendiger Manöver unserer Partei.

Die Sozialdemokratie geht aus dem Wahlkampf trotz ihres unerwartet starken Einflusses im Proletariat politisch doppelt geschlagen hervor. Geschlagen ist sie, weil trotz ihrer verräterischen Taktik, trotz der Zurückziehung ihres eigenen Parteikandidaten zugunsten des „republikanischen“ Pfaffen und Reaktionärs Marx, die Monarchisten gesiegt haben. Doppelt geschlagen ist sie, weil ihre Politik neben der Niederlage an der Front auch eine gewisse Rebellion im „Hinterland“, starke Unzufriedenheit in den eigenen Reihen gezeitigt hat.

In dieser Situation sieht man das Auftauchen einer neuen, sehr interessanten Tendenz bei den sozialdemokratischen Führern. Nachdem sie die Revolution und den Klassenkampf liquidiert haben, arbeitet jetzt ein Teil von ihnen ganz offen auf die Liquidierung der eigenen, opportunistischen Partei hin. Unter dem Druck der Arbeiteropposition innerhalb der Sozialdemokratie, die seit einer Reihe von Jahren immer wieder hervortritt, nach kurzer Zeit mit Hilfe der „linken“ opportunistischen Führer unterdrückt wird und trotzdem nach einiger Zeit aufs neue entsteht, suchen die Führer der Sozialdemokratie jetzt langsam diese „Arbeiterpartei“ selbst als bürgerliche Arbeiterpartei aufzulösen und mit den reinen Bourgeois-Parteien des Volksblocks zu verschmelzen. Der „Vorwärts“ vom 3. Mai spricht ausführlich von den „Rufen zur Sammlung“ im schwarzrotgoldenen Lager. Er wendet sich gegen die „Aufsplitterung des deutschen Parteiensystems“ und schlägt eine „große Zweiteilung der politischen Kräfte“ vor. Natürlich gehen die sozialdemokratischen Führer dabei nicht stürmisch, sondern vorsichtig vor. In dem gleichen Artikel des „Vorwärts“ wird folgende Äußerung der „Frankfurter Zeitung“ mit rückhaltloser Zustimmung zitiert:

„Kommen wir vorerst zu keinem Zweiparteiensystem, so ist schon die Bildung von zwei großen Parteigruppen ein Fortschritt. Volksblock und Rechtsblock: darin liegt die natürliche Scheidung aller politischen Völker und Zeiten (!) . . . Diesen Fortschritt zu fördern, liegt auch im Interesse der werktätigen Massen, die in der Sozialdemokratie organisiert sind. Heute gilt es zunächst einmal den Boden zu sichern, auf dem Arbeit im Sinne unserer Bestrebungen geleistet werden kann. Eine spätere Zeit mag andere Gruppierungen bringen — jetzt gilt es, für das Heute zu sorgen.“

Paul Levi, dem dieses Manöver zu weit geht, schreibt in seiner „Sozialistischen Politik und Wirtschaft“ vom 7. Mai:

„Damit hat also der ‚Vorwärts‘, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, nichts anderes zu sagen gewußt, als daß es Zeit wäre, die Sozialdemokratische Partei zu den Akten zu legen, ihre Geschichte abzuschließen und sie aufgehen zu lassen in dem größeren Rahmen der schwarzrotgoldenen Partei . . .“

Was steckt hinter diesen theoretischen Erörterungen des „Vorwärts“? Wenn unsere Ohren gut hören, so sind in der Tat in gewissen Kreisen zu Berlin Gedanken von einer neuen schwarzrotgoldenen Partei erörtert worden, in die Herr Georg Bernhard die Reklametrommel und Herr Josef Wirth die Erinnerungen aus Rapallo, die Sozialdemokratie aber die Mannschaften einbringen sollte.“

Diese heute noch schwachen Tendenzen können in einer späteren Zeit von großer Bedeutung werden. Sie müßten zu einer neuen Gruppierung, zu einer veränderten Struktur der gesamten Arbeiterbewegung, besonders der Gewerkschaften führen. In der Praxis ist allerdings schon heute der Volksblock nichts anderes als ein bürgerliches Gebilde, in das die kapitalistisch-republikanische Presse die Werbetrommel, die Sozialdemokratie „die Mannschaft“ einbringt.

Unser nächstes Ziel ist gerade die Aufwiegelung und Revolutionierung dieser proletarischen „Manschaften“ der Bourgeoisie, ihre Zurückgewinnung für den Klassenkampf.

Heute, anderthalb Jahre nach der Zeignerkatastrophe, wenige Wochen nach der Hindenburgwahl, findet die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter bereits in drei verschiedenartigen Gruppierungen aufs neue einen organisierten Ausdruck, in den sächsischen Bezirken, im Reichsbanner und bei den Freidenkern. Diese drei Erscheinungen sind voneinander völlig unabhängig — in Sachsen ist das Reichsbanner sehr schwach, die Freidenker haben sich bisher wenig um Politik gekümmert — sie können also kein Zufall sein. Die sächsischen Bezirke sind mit der Koalitionspolitik der Parteileitung unzufrieden. Die Freidenker rebellieren gegen den Block mit Marx, dem Präsidenten des Katholikentages. Die Arbeiter im Reichsbanner meutern gegen die Kastrierung des Kampfes mit den bewaffneten schwarzweißbroten Banden und beginnen Fühlung mit dem Roten Frontkämpferbund zu nehmen. In allen drei Fällen handelt es sich zunächst um eine instinktive Arbeiteropposition, die noch keinen bewußten politischen Ausdruck gefunden hat. Wer kann diesen Arbeitern ein politisches Ziel und konkrete Losungen geben? Gestalten vom Schlage Paul Levis und Kurt Rosenfelds? Niemals. Nur die KPD ist imstande, diese ernsthafte Bewegung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aus ihren opportunistischen, „sächsischen“ Fesseln zu befreien, sie zu politisieren, sie auf die Klassenziele des Proletariats in der gegenwärtigen politischen Situation Deutschlands hinzulenken.

Diese Aufgabe stellt sich die Partei, in ihr erblickt sie den taktischen Sinn ihrer Kampfmanöver gegen die Monarchie, gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik mit den schwarzrotgoldenen Bourgeois, gegen die sozialdemokratische Partei und ihre opportunistische Politik.

7. Die Kommunistische Partei

Die Taktik der Kommunisten nach der Wahl Hindenburgs ergibt sich aus der Analyse der Gesamtsituation. Die KPD befindet sich nach dem 26. April in einer sehr ernsten und schweren Lage. Die einfachen Arbeiter in den Betrieben, das ganze „werktätige Volk“ mit Ausnahme der Millionen reaktionärer Spießer empfindet die monarchistische Gefahr als die alles andere überragende politische Tatsache. Die sozialdemokratischen Führer leugnen einerseits den wirklichen Ernst dieser Gefahr (mit süßlichen Noskereden und „radikalen“ Leviphrasen), andererseits suchen sie unter der demagogischen Losung des Kampfes für die schwarzrotgoldene Republik den passiven Teil des Proletariats noch fester unter ihre opportunistische Füh-

rung zu bringen und sogar Teile der revolutionären Arbeiter von den Kommunisten zu sich herüberzuziehen. Sie beantworten die Wahl Hindenburgs mit einer Verschärfung des Kampfes — aber nicht gegen Hindenburg, sondern gegen die Kommunisten. Sie eröffnen eine nie dagewesene Hetze gegen die KPD, der sie die Schuld an der Wahl Hindenburgs zuzuschieben suchen. Der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach dem Wahltag sagt:

„Hindenburg ist der Präsident von Moskaus Gnaden. Darüber muß im ganzen Volke Aufklärung verbreitet werden.“

Ein paar Tage gelang es den Sozialdemokraten tatsächlich, mit dieser Demagogie einen Teil der Arbeiterklasse zu verwirren. Aber bereits die ersten Maßnahmen der KPD, der „Offene Brief“ mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen Hindenburg durchbrachen den Bann, der um uns gelegt war.

Die Hauptaufgabe der deutschen Kommunisten muß angesichts der heutigen Situation darin bestehen, daß sie die Vorkämpfer gegen den Monarchismus sind und vor der ganzen Arbeiterklasse, vor allen Werktätigen, als die einzigen Vorkämpfer gegen den Monarchismus erscheinen.

Wir dürfen uns dabei nicht auf bloße Agitation, auf eine bloße Entlarvung der Sozialdemokratie in Worten beschränken, sondern wir müssen sie in der Tat entlarven. Wir müssen als Vorkämpfer gegen die Monarchie in vollem Umfange die bolschewistische Taktik des Manövrierens, des Ausnutzens aller Gegensätze im Feindeslager, des Ergreifens aller Möglichkeiten, um die Massen vorwärts zu treiben, anwenden.

Zweitens müssen wir in Verbindung mit dem Kampf gegen die Monarchie alle Einzelkämpfe und Teilkämpfe der Arbeiterschaft, alle politischen und ökonomischen Bewegungen, alle Widerstände gegen die Daweslasten führen und verschärfen. Die Sozialdemokratie versucht unter der Maske des angeblichen Kampfes gegen die Monarchie, den sie tatsächlich nicht führt, die Kämpfe der Arbeiterschaft zur Abwehr ihrer Nöte noch entschlossener als bisher zu sabotieren. Wir müssen umgekehrt jeden Einzelkampf mit dem Kampf der ganzen Klasse gegen die Monarchie verbinden.

Drittens: Die Wahl Hindenburgs, die das politische Leben ganz Deutschlands beeinflußt, kann auch in den Gewerkschaften nicht ohne Rückwirkung bleiben. Die Herausdrängung der Sozialdemokraten aus der Regierungskoalition bedeutet faktisch die Ausschaltung der Gewerkschaftsführer in der Arbeitsgemeinschaft. Ohne Sozialdemokraten in der Regierung sind die Gewerkschaftsführer hilflos. Sie werden daher, nach alter Gepflogenheit, einige Wirtschaftskämpfe inszenieren und rasch abwürgen, um den Kapitalisten ihre Unentbehrlichkeit zu demonstrieren. Sie müssen das um so mehr tun, als die Wahl Hindenburgs der Unternehmeroffensive gegen die Arbeiter einen neuen Antrieb gibt. Das Herannahen der Daweszahlungen führt automatisch zu neuen Vorstößen gegen die Lebenshaltung, die Löhne, die Arbeitszeit des Proletariats. Der Kampf gegen die Monarchie ist auch für die indifferenten Arbeiter eine so dringende Lebensfrage, daß die Gewerkschaftsführer zu ihr Stellung nehmen müssen. Es ist damit zu rechnen, daß die lähmende politische Windstille, die seit Oktober 1923 auf den deutschen

Gewerkschaften lastet, langsam einer neuen Brise weicht. Daraus ergibt sich für uns: zehnfache Aktivität in den Gewerkschaften, Wiederaufbau unserer Fraktionen, volle Wiederaufnahme und Vervielfachung unserer politischen Arbeit in den Gewerkschaften, die in engem Zusammenhang mit den parlamentarischen und außerparlamentarischen Manövern der Gesamtpartei stehen muß.

Viertens: Besonders lehrreich in den beiden Wahlkämpfen des Frühjahrs war die Rolle des deutschen Kleinbürgertums. Die Kleinbürger gaben den Ausschlag für die Wahl Hindenburgs. Sie besitzen nach wie vor ein gewaltiges Gewicht im Verhältnis der Klassenkräfte in Deutschland. Die Hindenburg-Ära wird unvermeidlich ihren kleinbürgerlichen Geburtshelfern und Mitläufern in absehbarer Zeit zwei schwere Enttäuschungen bringen: Hindenburg verrät die sozialen Hoffnungen der Mittelschichten. Er enttäuscht durch die Einführung von Getreidezöllen Millionen städtischer Kleinbürger, er enttäuscht in der Aufwertungsfrage unzählige Rentner und Sparer. Er enttäuscht durch die Steuerpolitik den „Mittelstand“ in seiner Gesamtheit. Die Partei muß diese Kleinbürgerschichten mobilisieren und gewinnen.

Fünftens: Hindenburg verrät die nationalen Erwartungen des deutschen Kleinbürgertums. Als General des General Dawes muß er Deutschland an die ausländischen Kapitalisten ausliefern. Als Agent des englischen Imperialismus ist er nicht der Marschallstab des Kampfes gegen Versailles, sondern die Zuchtrute des deutschen Volkes. Aus dem Eintritt des völkischen Erwachens wird der Eintritt in den Völkerbund. Die unbedingte Erfüllungspolitik ist der Preis, mit dem die Deutschnationalen die Wahl ihres Präsidenten bezahlen. Die letzte bürgerliche Partei, die wenigstens in der Phrase gegen die Entente war, ist seit Hindenburgs Wahlkandidatur offen und restlos in die Daweslinie eingeschwenkt. Damit bleiben die Kommunisten als einzige Partei der nationalen Befreiung Deutschlands übrig. Sie müssen den Massen diese Tatsache durch ihre Politik in der nationalen Frage beweisen.

Sechstens: Die KPD hat zwischen dem ersten und zweiten Präsidentenwahlgang 60 000 Stimmen gewonnen. Dieser Gewinn rührt nicht aus den Industriegebieten her. Wir haben in den drei Berliner und in den fünf rheinischen Industriekreisen 83 000 Stimmen verloren, die genau durch 82 000 gewonnene Arbeiterstimmen in den drei sächsischen Kreisen aufgewogen werden. Der absolute Stimmengewinn der Partei kommt vor allem aus folgenden agrarischen Kreisen:

Pommern 9400, Ostpreußen 5300, Weser-Ems 3800, Coblenz-Trier 3200, Liegnitz 5000, Thüringen 8400 Stimmen Gewinn.

Was beweisen diese Ziffern? Sie zeigen, daß wir auf dem flachen Land Fortschritte machen. Sowohl im äußersten Osten des Reichs als auch in dem westlichen Weinbauernbezirk Coblenz-Trier, in norddeutschen wie in mitteldeutschen Agrargebieten haben wir Boden gewonnen, trotzdem die Kandidatur Thälmanns nach dem ersten Wahlgang aussichtslos erschien. Es ist eine der dringendsten Aufgaben der Partei, den Kampf um den Einfluß auf die Bauern fortzusetzen. Wir müssen in unserer Bauernpolitik von der bloßen Agitation, den Roten Landsonntagen, den Gesetzanträgen in den Parlamenten fortschreiten zur Verbindung der großen politischen

Hauptfragen mit dem Kampf für die Interessen der ärmsten Bauern. Gelingt es uns, im Kampf gegen die Monarchie die Initiative zu erringen, so gewinnen wir die Möglichkeit, im monarchistischen Landbund, dem Bollwerk der deutschen Agrarreaktion, die früher oder später unvermeidliche Klassendifferenzierung zu beschleunigen.

Die KPD hat bei der Hindenburgwahl trotz der ungeheuren Schwierigkeit der Situation, trotz großer Mängel ihrer Taktik, 2 Millionen Stimmen um die Arbeiterkandidatur Thälmanns gesammelt. Das ist ein politischer und organisatorischer Erfolg. Die Vorhut der Arbeiterklasse, der aktivste Kern des deutschen Proletariats in den Industriebezirken, ist mit uns. Wir sind und bleiben die große Arbeiterpartei, zu der wir in sieben harten Kampfsjahren herangewachsen sind.

Vielleicht noch wichtiger als die absolute Stärke unseres Einflusses ist die Bedeutung der 2 Millionen, die für den Kommunismus gestimmt haben, in dem bevorstehenden Kampfe mit der Monarchie. In den größten Arbeiterbezirken, wie Berlin (Potsdam I und II), Düsseldorf-Ost, Pfalz, Leipzig, Hamburg, haben weder die Schwarzrotgoldenen noch die Schwarzweißroten die absolute Mehrheit erhalten. Die Kommunisten sind das Zünglein an der Wage, sie sind parlamentarisch das Zünglein an der Wage zwischen bürgerlichen Republikanern und Monarchisten im Preußenparlament. Sie können aber (was tausendmal wichtiger ist) im wirklichen Klassenkampf gegen die Monarchie zum Zünglein an der Wage werden, das den Ausschlag für eine neue Bewegung der deutschen Arbeiterklasse gibt.

Zweifellos ist die Taktik des Manövrierens mit bürgerlichen Republikanern gegen den Monarchismus gefahrlos. Sie kann zu opportunistischen Abweichungen führen, wenn die Partei nicht mit eiserner Festigkeit handelt. Aber wir wären Narren, wenn wir uns aus Furcht vor diesen opportunistischen Gefahren als Zünglein an der Wage zwischen der bürgerlichen Republik und der Monarchie „neutralisieren“ ließen.

Brandler manövrierte mit der bürgerlichen Republik, um dem Kampf für die Räterepublik auszuweichen. Wir manövrieren mit der bürgerlichen Republik gegen die Monarchie, um den Kampf für die Räterepublik zu beschleunigen. Brandlers Manöviertaktik beruhte nicht auf einer Analyse der wirklichen Lage, sondern auf Illusionen. Wir sind frei von allen Illusionen gegenüber der bürgerlichen Republik. Wir wissen, daß die Losung „la république en danger!“ von den schwarzrotgoldenen Parteien nicht erhoben wird, um die Monarchie wirklich zu bekämpfen, sondern um die Arbeitermassen irrezuführen. Wir wissen auch, daß der angebliche Kampf gegen die Monarchie, für die Erhaltung der Republik seit 1848 schon oft der Vorwand war, um revolutionäre Parteien in den Sumpf des Opportunismus zu führen. Niemand hat vergessen, daß der Eintritt Millerands in die kapitalistische Regierung Waldeck-Rousseau als unschuldiges Manöver mit den bürgerlichen Republikanern begann. Aber es hieße dem Bolschewismus ins Gesicht schlagen, wenn man auf eine richtige Taktik darum verzichtet, weil sie einmal irgendwo von Opportunisten mißbraucht wurde.

Lenin hat nicht nur die Millerandisten als Verräter an der Arbeiterklasse verurteilt, sondern er hat auch den „linken“ Marxisten und späteren Sozialpatrioten Guesde als Narren bekämpft, weil er die Dreifußiade, dieses erste Vorspiel der „neuen Monarchie“ im imperialistischen Europa, als „unwichtig

für den proletarischen Klassenkampf“ erklärte und jedes Manöver mit den bürgerlichen Republikanern gegen die Monarchie ablehnte.

Die Hindenburg-Ära stellt unsere Partei zum erstenmal in großem Maßstab vor die Aufgabe, den Leninismus nicht nur aus Büchern und historischen Beispielen kennenzulernen, sondern in einer neuen, unerhört schwierigen und komplizierten Situation es zu verstehen, die Leninsche Taktik so anzuwenden, daß sie der konkret-nationalen Eigenart der jetzigen deutschen Verhältnisse entspricht und die ganze Arbeiterklasse, vom Standpunkt unserer kommunistischen Ziele aus, vorwärts führt.

In diesem Sinne hat der Zentralausschuß der KPD vom 11. Mai 1925 seine Beschlüsse gefaßt. In diesem Sinne wird unser bevorstehender Parteitag endgültig die Grundlagen unserer Taktik in der gegenwärtigen Periode ausarbeiten.

M. TANIN :
DIE TENDENZEN
DER ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG DER
VEREINIGTEN STAATEN NORDAMERIKAS

I. Isolierung oder „Mythos“?

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sagen sich immer mehr von der Politik der „splendid isolation“ los, mischen sich immer entschlossener und aggressiver in die Fragen der internationalen Ökonomik und Politik und werden — ja sind es schon geworden — zur größten imperialistischen Macht der Welt.

Gegenüber der allgemein verbreiteten Meinung über die strenge Abgeschlossenheit der Politik der Vereinigten Staaten in der Vergangenheit ist übrigens zu betonen, daß die amerikanische Diplomatie sogar in ihrer früheren Entwicklungsperiode den Begriff der „Isolation“ sehr verworren auslegte, je nach den konkreten Interessen des amerikanischen Kapitals im jeweiligen geschichtlichen Augenblick. So forderte Amerika z. B. noch vor dreiviertel Jahrhunderten — im Jahre 1842 — von China bestimmte Garantien, daß alle an England gewährten Handelsvorteile sich auch auf die Ver. Staaten erstrecken sollten. Und nach einem Jahr, im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des amerikanisch-chinesischen Vertrags schrieb der amerikanische Vertreter in China, C u s h i n g, nach Washington, daß jeder Fortschritt Amerikas „in der Erschließung dieses riesigen Reiches (Chinas) für den Außenhandel den beiderseitigen Interessen und dem gesamten Christentum diene“. Folglich fällt der Anfang dieser Politik „des Dienstes am Christentum“, die der amerikanische Imperialismus mit Hilfe einer Armee von 8000 Christus liebenden Missionaren jetzt so eifrig betreibt, noch in den Anfang des vorigen Jahrhunderts. Der amerikanische Professor P. W. Potter hat darum in bedeutendem Maße recht, wenn er angesichts der reichlichen Eingriffe Amerikas in internationale Angelegenheiten die „Politik der Isolation“ als einen Mythos bezeichnet. (Current History Magazine, November 1924).

Da das amerikanische Kapital in seiner ersten Entwicklungsperiode mit der Verdauung der reichlichen Nahrung auf seinem eigenen Territorium beschäftigt war, war allerdings die Einmischung nicht sehr aktiv. Daher die sogenannte „Isolation“, die man gewöhnlich mit der „Monroe-Doktrin“ in Zusammenhang bringt. Dabei liegt das Schwergewicht dieser vor mehr als 100 Jahren (1823) proklamierten Doktrin nicht so sehr in dem Teil, wo sich der Präsident Monroe, mit bedeutsamen Vorbehalten, für die Nichteinmischung Amerikas in „Kriege imperialistischer Staaten“ erklärt, sondern in dem Teil, wo er sagt: „Jeden Versuch (der europäischen Staaten), ihr System auf gleich welchen Teil dieser Halbkugel auszudehnen, werden

wir als Bedrohung unserer Sicherheit und des Friedens betrachten.“ Das Schwergewicht liegt hier nicht in der „Isolation“, sondern in der Expansion, in der Erklärung Südamerikas für eine ausschließliche Einflußsphäre der Ver. Staaten. Gerade so wird die Monroe-Doktrin von der Diplomatie der kleinen amerikanischen Republiken aufgefaßt.

So war die Lage vor einem Jahrhundert. Jetzt begnügt sich das ungeheuer gewachsene amerikanische Kapital nicht mehr mit der westlichen Halbkugel. Offen strebt es danach, seine Macht auch auf die östliche Halbkugel — auf die ganze Welt auszudehnen.

An Hand der neuesten Daten wollen wir die für die gesamte internationale Politik ungeheuer wichtigen Fragen nach der ökonomischen Basis des amerikanischen Imperialismus, nach Stärke, Weg und den Widersprüchen des Kapitalismus der Ver. Staaten zu beantworten versuchen.

II. Der Nationalreichtum

Ende des vorigen Jahres veröffentlichte das amtliche amerikanische statistische Bureau (US Census Bureau) umfangreiche und vielseitige Daten über den Nationalreichtum der Vereinigten Staaten im Jahre 1922. Eine ausführliche Analyse dieser theoretisch wie politisch außerordentlich interessanten Daten, die jede zehn Jahre zusammengefaßt werden, würde eine eigene ökonomische Betrachtung beanspruchen. Wir wollen hier nur auf die Gesamtergebnisse hinweisen.

Der „Nationalreichtum“ der Vereinigten Staaten im Jahre 1922 stellt sich im Vergleich mit den übrigen Staaten wie folgt dar:

	1922	1912
	in Milliarden Dollar	
Vereinigte Staaten	320,8	186,3
England	88,8	79,3
Frankreich	67,7	57,0
Deutschland	35,7	77,8
Italien	26,0	23,0

Die Angaben über die anderen Länder, wo amtliche Verzeichnisse nicht geführt werden, sind auf Grund verschiedener Quellen von den Sachverständigen der National City Bank zusammengestellt. Die Ziffern über England beziehen sich nur auf das Mutterland — das Vereinigte Königreich. (Was das britische Imperium anbelangt, so betrug nach englischen Angaben 1917 der Nationalreichtum des Imperiums 130 Milliarden Dollar.)

Ferner ist bei der Benutzung dieser Tabelle folgender höchst wesentliche Umstand zu berücksichtigen: die Zunahme des Nationalvermögens der Vereinigten Staaten im Jahrzehnt 1912—1922 ist nicht so groß, wie es bei der Gegenüberstellung obiger Ziffer scheint (320,8 : 186,3). Das liegt daran, daß die Kaufkraft des Dollars in dieser Periode bedeutend abgenommen hat. Nach der Meinung eines an der Zusammenstellung des Verzeichnisses eng beteiligten Sachverständigen, Dr. King, beträgt diese Abnahme gegenüber 1912 55%. Nach Berücksichtigung dieser Korrektur zeigt es sich, daß das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten in der Periode von 1912—1922 nicht um 72,2%, wie es aus der Gegenüberstellung der Dollar-Brutto-Summen

hervorgeht, sondern nur um 11% zugenommen hat. Übrigens ist in die letzte der periodischen Betrachtungen des Genossen Varga im Bulletin des Pressebureaus der Komintern („Inprekko“ 5. Februar 1925), deren sich unsere verantwortlichen Funktionäre bedienen, diese Korrektur leider nicht aufgenommen, sodaß die Angaben der „Inprekko“ über das Nationaleinkommen der Vereinigten Staaten den Leser irreführen können. Wenn man auch die Vernichtung materieller Güter während des Krieges in Betracht zieht, so scheint uns diese Zunahme nicht besonders bedeutend. Es ist möglich, daß dieses Mißverhältnis zwischen dem augenscheinlichen Anwachsen der Produktion und des Nationaleinkommens dadurch zu erklären ist, daß gleichzeitig auch . . . die Schwindeleien der Großkapitalisten bei der Angabenzusammenstellung über die Ausmaße ihrer Kapitalien zunehmen. Dabei bilden „das tatsächliche Eigentum und die steuerpflichtigen Anlagen“ (real property and improvements tax) fast die Hälfte des gesamten Nationalreichtums der Vereinigten Staaten (155,9 von 320,8 Milliarden Dollar). Das statistische Bureau erklärt zwar, daß es die Angaben der Kapitalisten korrigiert habe, man kann aber ruhig annehmen, daß im Interesse der Vermeidung für die „Ehre“ der Großkapitalisten unangenehmer Schlüsse diese Korrekturen unzulänglich sind.

Andere Mittel, um in das vor unbefugten Blicken peinlich gehütete „kommerzielle Geheimnis“ der amerikanischen „Überkapitalisten“ einzudringen, stehen uns aber nicht zur Verfügung, und wir sind gezwungen, die Angaben eines der Organe desselben Kapitals, des staatlichen statistischen Bureaus, als Ausgangspunkt zu benutzen. Wie man sich aber zu diesen Ziffern auch stellen mag, bei der Gegenüberstellung mit den Ziffern über das Nationaleinkommen der europäischen Staaten (siehe die Tabelle) ergeben sie ein Bild der entschiedenen Verdrängung des europäischen Kapitalismus durch den amerikanischen.

Dabei ist zu beachten, daß diese Ziffern nicht die letzten zwei Jahre umfassen, wo sich der Vorstoß des amerikanischen Kapitals in höchst gesteigertem Tempo entwickelte.

Dieser Vormarsch ergibt sich besser aus den Daten über das Anwachsen der Hauptzweige der amerikanischen Industrie im Vergleich zu der europäischen innerhalb der letzten fünf Jahre.

III. Die Industrie

a) Gußeisen, Stahl

Die Eisenmacht der Vereinigten Staaten, verglichen mit den übrigen großkapitalistischen Ländern, kommt in folgenden zwei Tabellen klar zum Ausdruck:

	Eisen - Guß						
		in Millionen Tonnen					
	1913	1920	1921	1922	1923	1924	1920-24
Ver. Staaten .	31,4	37,5	17,0	26,9	39,5	31,0	151,9
Großbritannien	10,6	8,2	2,7	5,0	7,4	7,3	30,6
Frankreich . .	5,2	3,4	3,4	5,1	5,0	7,6	24,5
Deutschland .	12,9	5,7	6,1	6,6	4,0	7,1	29,5
Weltproduktion	77,8	59,8	35,3	50,6	64,6	64,6	274,9

Stahl-Guß

	in Millionen Tonnen						
	1913	1920	1921	1922	1923	1924	1920-24
Ver. Staaten .	31,8	42,8	20,1	34,3	44,4	36,6	178,2
Großbritannien	7,8	9,2	3,8	5,9	8,5	8,2	35,6
Frankreich . .	4,7	3,0	3,1	4,5	4,8	6,8	22,2
Deutschland .	15,3	6,7	8,8	9,1	5,0	9,1	38,7
Weltproduktion	75,8	68,2	42,5	62,0	72,6	73,7	319,0

Aus diesen Tabellen lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

Die amerikanische Metallurgie hält sich in den letzten fünf Jahren (1920 bis 1924) auf einem Niveau, das das der Vorkriegszeit um ein wenig überragt.

Während desselben Zeitraumes beträgt der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion von Eisenguß 55% (gegenüber 40% im Jahre 1913), an der Weltproduktion von Stahl 56% (gegenüber 42% im Jahre 1913). Die Stahlproduktion der Vereinigten Staaten übertrifft die Großbritanniens und Deutschlands um ungefähr das Fünffache und die Frankreichs um das Achtfache.

Und was die gesamten Eisenerzvorkommen anbelangt (einschließlich auch derjenigen, die noch nicht bearbeitet werden), so entfallen nach Errechnungen von Gelehrten auf die Vereinigten Staaten 76 Milliarden Tonnen gegenüber 20 Milliarden Tonnen, die auf Europa kommen.

Es ist interessant, zu sehen, daß fast die gesamte Eisen- und Stahlmasse für den inneren Bedarf verwendet wird. Das ist eine höchst wichtige Tatsache, die einerseits den hohen Stand der amerikanischen Metallurgie und andererseits den relativ selbstgenügsamen Charakter der amerikanischen Wirtschaft zeigt. In dieser Beziehung ist eine von der „New York Times“ (9. November 1924) gebrachte Unterredung mit dem Vorsitzenden des Stahltrusts (US Steel Corporation) E. Gary sehr charakteristisch. Dieser „Stahlkönig“ stellt die Losung „leben und leben lassen“ auf und erklärt sich für die Schaffung eines „Forums für offene und freundschaftliche Diskussion“ in der Welteisenindustrie. Er gibt auch zu, daß er im März 1924 zu diesem Zweck mit Stinnes in Rom zusammengekommen sei, die Zusammenkunft habe jedoch keine konkreten Ergebnisse gehabt. Noch mehr, in seinem Friedfertigungsdrang erklärt der amerikanische „Stahl-“ und folglich auch „Munitionskönig“, daß er und seine Kollegen in anderen Ländern sogar den Krieg 1914 hätten vereiteln können. Das Unglück habe es aber gewollt, daß zu dieser Zeit der Stahltrust wegen seines ungesetzlichen Monopolcharakters belästigt worden sei, und darum habe er sich der Friedensstiftung im internationalen Ausmaße nicht widmen können.

Diesem Interview nach ist Gary einer Verabredung mit den „Stahlmagnaten“ Europas im Interesse der Aufrechterhaltung der hohen Stahlpreise nicht abgeneigt; an der Eroberung auswärtiger Märkte ist er vorläufig nicht besonders interessiert. Doch birgt die Erweiterung des Produktionsapparats der amerikanischen Eisenindustrie die Kriegsgefahr schon in so fern in sich, wie die Eisenindustrie am Kriege als Selbstzweck, als ein die Nachfrage nach Eisen und Stahl ins Ungeheure steigerndes Moment interessiert ist. Dabei entwickelt sich die Stahlproduktion der Vereinigten Staaten durchaus nicht gleichmäßig und macht oft Absatzstockungen und -krisen durch (so arbeitete

z. B. im Juli 1924 der Stahltrust nur mit 64% seiner Leistungsfähigkeit. Gleiche Krisenmomente waren auch 1923 festzustellen).

All das muß die Tendenzen zur Eroberung auswärtiger Märkte verstärken.

b) Kohle

Die zweite Hauptindustrie der Vereinigten Staaten, die Kohlenindustrie, zeigt im allgemeinen ebenfalls die Tendenz zur Erweiterung im Vergleich mit dem Vorkriegsstand.

	Kohlenproduktion in Millionen Tonnen						
	1913	1920	1921	1922	1923	1924	1920-24
Ver. Staaten . .	517	597	451	418	591	557	2614*
Großbritannien .	292	233	166	254	285	269	1207
Frankreich . .	40	25	29	33	38	45	170
Deutschland .	277	242	259	267	180	243	1191
Weltproduktion .	1344	1320	1130	1207	1337	—	—

Wir sehen also, daß in bezug auf Kohle die Vereinigten Staaten die Förderung jedes einzelnen der großen europäischen Länder übertreffen, und daß auf sie in der Zeit von 1920—1923 41% oder $\frac{2}{5}$ der Weltförderung entfallen (gegenüber 38% im Vorkriegsjahr 1913).

Und was die Kohlenvorkommen der Vereinigten Staaten im Vergleich mit den Weltvorkommen betrifft, so betragen jene nach der Schätzung von Geologen 3500 Milliarden Tonnen gegenüber der Gesamtsumme von 7685 Milliarden Tonnen, d. h. ungefähr die Hälfte.

Es ist zu bemerken, daß im Unterschied zu England und Deutschland die in den Vereinigten Staaten geförderte Kohle (genau wie das Eisen) fast ausschließlich für den inneren Verbrauch verwendet wird — noch ein Moment, das das Tempo der Jagd nach neuen Absatzmärkten etwas dämpft.

c) Petroleum

Noch plastischer tritt die dominierende Stellung der Vereinigten Staaten als ökonomischer Faktor in der Weltwirtschaft in der Erdölförderung zutage. In der Zeit von 1857 bis 1924 beträgt der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltförderung 7,9 Milliarden Barrels** von 12,4 Milliarden Barrels, d. h. 63,1%. An der Erdölförderung der Vereinigten Staaten ist besonders ihr Erweiterungstempo bezeichnend. Die auf je ein Jahrfünft entfallende Förderung seit 1900 verteilt sich folgendermaßen:

1900—1904	438 Millionen Barrels
1905—1909	788 „ „
1910—1914	1167 „ „
1915—1919	1651 „ „
1920—1924	2922 „ „

* Vergl. die Daten für vorhergehende Jahrfünfte: 1900—1904 1405 Millionen Tonnen; 1905—1909 1930 Millionen Tonnen; 1910—1914 2335 Millionen Tonnen; 1915—1919 2673 Millionen Tonnen.

** 1 Barrel zu 42 Gallons = 159 Liter.

1923 betrug der prozentuale Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltförderung 71,9% und 1924 71,2%. (1923 732 Millionen von 1005 Millionen Barrels.) Diese kleine Abnahme ist jedoch von großer Bedeutung. Es ist dies der erste Rückgang in der Produktion seit 1906, und er kann das Umschwungsmoment in der Petroleumförderung der Vereinigten Staaten bedeuten. Die Erdölvorkommen bieten nämlich den Vereinigten Staaten keine solche Perspektiven wie Eisen und Kohle. Die Nachfrage nach Petroleum nimmt rasch zu. Allein die Autos (von denen in den Vereinigten Staaten zum 1. Januar 1925 17,7 Millionen Stück registriert waren, nach dem Verhältnis im Jahre 1923 83% des gesamten Bestandes der Welt) verbrauchen nach der Norm von 1924 204 Millionen Barrels. Dabei erschöpfen sich die Vorräte. Nach der Meinung des Direktors des amerikanischen Bergbaubureaus (US Bureau of Mines) in seinem offiziellen Bericht an die Regierung über das Jahr 1924 würden die Vereinigten Staaten schon in zwei Jahren vom Erdöl-„Hunger“ bedroht sein, falls nicht neue Quellen entdeckt werden sollten. Zwar ist der Präsident des amerikanischen Petroleuminstituts (American Petroleum Institut), T. O'Donnel, mit der pessimistischen Einschätzung des Bureaus im Grunde nicht einverstanden, da es zu dessen Obliegenheiten gehört, Alarm zu schlagen, um das Publikum an Sparsamkeit zu gewöhnen. O'Donnel ist der Meinung, daß nach Erschöpfung der leicht zugänglichen Erdölvorräte die amerikanische Industrie die Möglichkeit hat, sich den schlechteren Sorten (shale oil) zuzuwenden und die reichen Vorkommen in den Felsengebirgen, den Rocky Mountains, auszubeuten. Man kann schwer sagen, welche von diesen zwei Meinungen die richtige ist, jedenfalls aber läßt sich vermuten, daß die Tatsache einer raschen Erschöpfung günstig auszubeutender erdöhlaltiger Bezirke innerhalb der Vereinigten Staaten von großer internationaler Bedeutung ist im Sinne der Erstarbung der amerikanischen Expansion und der Verschärfung der Gegensätze im imperialistischen Lager. Außerdem kann diese Tatsache nicht ohne Einfluß auf die amerikanisch-sowjetrussischen Beziehungen bleiben; obwohl nationalisiert, „bol-schewistisch“, so taugt doch bekanntlich das Sowjeterdöl für Industrie- und Kriegsbedürfnisse nicht minder gut als jedes „anständige“ kapitalistische Erdöl auch; auch hat es die Fähigkeit bewiesen, allen Petroleumblockaden zum Trotz auf den Weltmarkt „durchzusickern“ (1923—1924 in einem Umfang von 90,6% der Vorkriegsausfuhr).

Die Tatsache der kommenden Erschöpfung des amerikanischen Erdöls besitzt um so größere Bedeutung, als sie sich auf die Entwicklung des englisch-amerikanischen Zusammenarbeitens, dieses bedeutendsten Faktors der gegenwärtigen internationalen Politik, auswirken muß. Die Nachkriegsperiode der englisch-amerikanischen Beziehungen ist bekanntlich auf dem Erdölgebiet besonders reich an Reibungen. Die Vereinigten Staaten protestierten gegen das englisch-französische Abkommen von San Remo vom 24. April 1920 über die Erdölausbeutung in den „Mandat-Territorien“, in Rußland, Galizien, Rumänien usw. als gegen eine Verletzung des Prinzips der „offenen Tür“. Als „Revanche“ brachten die Vereinigten Staaten 1920 ein gegen England gerichtetes Gesetz durch, das die Rechte der Ausländer auf Erwerb von Erdöllaktien einschränkte. Als auf der Genuakonferenz das Gerücht über eine Abmachung zwischen der Sowjetregierung und der unter englischer Kontrolle stehenden Royal Dutch-Shell Company auftauchte,

unternahm der amerikanische Beobachter auf der Konferenz, Child, einen energischen Vorstoß gegen England und beschleunigte den Abbruch der Konferenz. Der amerikanische Senat nahm am 29. Juni 1922 eine Resolution an über eine Untersuchung der Zunahme „nichtamerikanischen“ (lies englischen) Kapitals in einer ganzen Reihe von Erdölunternehmungen auf dem Territorium der Vereinigten Staaten (Union Oil Co. Delaware; Union Oil Co. California; Shell Co. California u. a.). Im Zusammenhang mit dieser Resolution, trat Anfang 1923 die amerikanische Senatskommission für föderalen Handel (Federal Trade Commission) mit einer umfangreichen Mitteilung hervor, in der sie erklärt, daß „die wichtigsten ausländischen Staaten (d. h. England und Frankreich), die über Erdölvorkommen verfügen, die Rechte der Bürger unseres Landes einschränken“. Mit einem Wort: in Erdölangelegenheiten zeigte sich der amerikanische Imperialismus während der letzten Jahre besonders aggressiv. Er arbeitete an der Verwirklichung des vom Handelsminister Hoover im August 1921 verkündeten Programms.

„Wenn unsere Staatsbürger ihre ausländischen (Erdöl-)Unternehmungen nicht verstärken und vergrößern, so werden wir im Laufe einer begrenzten Reihe von Jahren hinsichtlich der Versorgung mit diesem lebensnotwendigen Produkt in Abhängigkeit von anderen Völkern geraten. Der Kern der Frage liegt darin, daß andere Länder auf unsere Kosten sich ihre Vorräte erhalten haben. Wir müssen in auswärtige (erdöhlhaltige) Länder gehen, und zwar großzügig. (We must go into foreign fields, and in a big way.) Die erwähnte Erklärung des Direktors des amtlichen Bergbaubureaus betont noch stärker die von Hoover gezeichneten Tendenzen des amerikanischen Imperialismus, Tendenzen, die zur Zuspitzung der Beziehungen zu England, zur Lockerung des englisch-amerikanischen Blocks führen müssen.

Was das Tempo dieser Zuspitzung anbelangt, so soll man es nicht überschätzen, da zeitweilige Übereinkommen zwischen den amerikanischen und englischen Trusts durchaus möglich sind. So sehen wir z. B., daß das Auftreten der amerikanischen „Beobachter“ auf der Lausanner Konferenz Child und Grue gegen die englische Politik in bezug auf Erdölkonzessionen in der Türkei kein besonders energisches war. Die Standard Oil Co. wurde in die vom englischen Kapital kontrollierte türkische Erdöl-Gesellschaft (Turkish Petroleum Co.) zugelassen. Ferner sehen wir, wie der englische „Erdöl-Napoleon“ (nach einem Ausdruck des bekannten französischen Ökonomen Francis Delaisi) Sir Henry Datering, Präsident der Royal Dutch Co., 1924 mit seinem Konkurrenten Bedford von der Standard Oil Co. ein teilweise gegen die französisch-belgische Gruppe gerichtetes Geheimabkommen betreffs des Sowjet-Erdöls schließt. Und unlängst, im März 1925, erlebten wir eine bedeutende Abmachung amerikanischer und englischer Petroleumleute in Irak (Mesopotamien). Analoge provisorische Abkommen sind in Zukunft möglich. Aber auf Grund der oben umrissenen Lage der Petroleumindustrie ist die Annahme berechtigt, daß die Gegensätze die Kompromisse sprengen werden und früher oder später der englisch-amerikanische Block auch in Hinsicht des Erdöls einen beträchtlichen Riß aufweisen wird.

d) Bauwesen, Eisenbahnen

Zum Abschluß der Betrachtung über die amerikanische Industrientwicklung wollen wir noch einige Daten aus dem Gebiete des Bau- und Eisenbahn-

wesens anführen. Nach der Schätzung der New Yorker National City Bank drückt sich der Wert der Neubauten in den Ver. Staaten wie folgt aus:

1923 . . .	4,6	Milliarden	Dollar;
1924 . . .	5	"	"
vorläufige Schätzung für 1925 . . .	4,5	"	"

Das Bauwesen im engeren Sinne beschäftigt ungefähr $2\frac{1}{2}$ Millionen Menschen. Außerdem ist eine riesige Arbeit im Wegebau im Gange, was mit der raschen Zunahme der Kraftwagenzahl zusammenhängt.

Die Kraftwagen-Produktion in den letzten fünf Jahren:

1920 . . .	2,2	Millionen	Stück
1921 . . .	1,6	"	"
1922 . . .	2,6	"	"
1923 . . .	3,9	"	"
1924 . . .	3,6	"	"

Diese ganze grandiose Produktion kommt fast ausschließlich auf den inneren Markt (1923 wurden insgesamt nur 152 000 Kraftwagen ausgeführt).

Auch der Eisenbahnbau bleibt hinter dem allgemeinen Tempo nicht zurück. Für die Verstärkung des rollenden Materials und verschiedene Verbesserungen sind nach Angaben der Eisenbahn-Gesellschaften 1923 1059 Millionen Dollar, 1924 1077 Millionen Dollar verausgabt worden. Es kann sein, daß diese von den Gesellschaften angegebenen Zahlen ein wenig übertreiben, um den Angriffen der Farmer zu parieren, die allen Grund haben, sich über die Wuchertarife der Eisenbahnmilliardäre und -millionäre zu entrüsten. Selbst wenn man diese Übertreibung in Rechnung stellt, bleiben die Zahlen dennoch höchst imponierend.

IV. Die Landwirtschaft

Die obige Betrachtung über den Stand der Hauptzweige der amerikanischen Industrie gibt uns eine Vorstellung von der außerordentlichen Stellung, die sie in der Weltwirtschaft einnimmt. Das Bild wäre aber nicht vollständig, wenn wir nicht auch die amerikanische Landwirtschaft derselben Analyse unterziehen.

Nach Angaben des amerikanischen Ackerbau-Departements drückt sich der Anteil der Ver. Staaten an der Welt-Agrar-Produktion im Jahrfünft 1919 bis 1923 wie folgt aus:

Weizen 4,2 Milliarden von 16,3 Milliarden Bushels (oder 26% der Weltproduktion, Roggen 15 Milliarden von 20,6 Milliarden Bushels (oder 73% der Weltproduktion).

Die Weizenausfuhr betrug in diesem Jahrfünft 29%, die Roggenausfuhr $2\frac{1}{2}$ % der Gesamternte. Die Gruppe der Rohlebensmittel und der tierischen Produkte (Foodstuffs in crude constitution and food animals) beträgt in dieser Periode etwa 10% des Gesamtwertes der Ausfuhr (3240 Millionen Dollar von 29 585 Millionen Dollar). Außerdem aber figuriert in der Klassifikationstabelle der Ausfuhr eine Gruppe zum Teil oder ganz verarbeiteter Lebensmittel (Foodstuffs partly or wholly manufactured; augenscheinlich fallen darunter Konserven usw.). Diese Gruppe ergibt in dem erwähnten

Zeitraum noch 17% der Gesamtausfuhr (5285 Millionen von 29 585 Millionen Dollar). Also sehen wir, daß im Unterschied zum Eisen, Erdöl und zur Kohle landwirtschaftliche Produkte eine ziemlich bedeutende Rolle in der amerikanischen Ausfuhr spielen. Und da der Hauptabsatzmarkt dieser Erzeugnisse Europa ist, so wird es verständlich, warum in den letzten Jahren die amerikanische Diplomatie gerade seitens der Farmer und an der Landwirtschaft interessierter kapitalistischer Kreise zur Einmischung in europäische Angelegenheiten gedrängt wird. Diese Interessiertheit der Ver. Staaten an landwirtschaftlicher Ausfuhr erklärt zum Teil auch die Feindseligkeit der Ver. Staaten gegen die Union der Soz. Sowjet-Republiken als Konkurrenten auf dem Weltgetreidemarkt.

Wie sind aber die Zukunftsperspektiven auf diesem Gebiet? Diese Frage drängt sich von selbst auf, da in der amerikanischen Landwirtschaft beträchtliche Umschichtungen vor sich gehen, deren Bedeutung über den amerikanischen Rahmen hinauswächst. „Seit der Krise von 1920“ — so lesen wir im amtlichen Bericht des amerikanischen Ackerbau-Departements über das Jahrfünft 1919/1924 — „gab die amerikanische Landwirtschaft dem mittleren arbeitenden Farmer und seiner Familie nicht den kommerziellen Profitsatz oder gerechten Arbeitslohn“.

Ferner werden folgende Zahlen angeführt:

Im Zeitraum 1919—20 brachte das Farmerkapital seinen Besitzern durchschnittlich:

1919—20 . . .	5,8%	Verdienst
1920—21 . . .	3,1%	Verlust
1921—22 . . .	1,4%	Verlust
1922—23 . . .	1,5%	Verdienst
1923—24 . . .	1,4%	Verdienst

Und das bei gleichzeitigen, rasenden Profiten der Großindustriellen und -finanzleute. (So hat der Stahltrust in den ersten 9 Monaten des Jahres 1924 122,7 Millionen Dollar, d. h. etwa 165 Millionen Dollar im Jahre verdient.)

Noch deutlicher sind folgende Daten:

Im Jahrzehnt 1910—20 stieg die Gesamtsumme der Verschuldung aller Farmen (die Summe der Hypotheken) von 1726 auf 4003 Milliarden Dollar, was eine Steigerung von 132% bedeutet.

Die vom Ackerbau-Departement 1923 vorgenommene Untersuchung ergab, daß in 15 ackerbauenden Staaten der Ver. Staaten 8½% der Farmer, die Eigentümer sind, durch formellen oder tatsächlichen Bankrott ihrer Farmen verlustiggegangen sind; 15% machten Bankrott, behielten aber noch ihre Farmen infolge von Zugeständnissen seitens der Gläubiger. Unter den Pachtfarmern beträgt der Prozentsatz gänzlicher oder teilweiser Bankrotte 36,6. (Von der Gesamtzahl aller Bankrotte im Jahre 1923 machten die der Farmer 15% aus, gegenüber 4% vor dem Kriege!)

Einige amerikanische Zeitungen brachten Errechnungen, nach welchen 47% der Farmereinkünfte von den Eisenbahngesellschaften und verschiedenen Handels- und Vermittlungsinstanzen verschlungen werden.

Es nimmt nicht wunder, daß unter solchen Bedingungen Millionen Farmer ihren alten Nährboden, die Scholle, verlassen und auf der Suche nach einem Stück Brot sich in die Städte begeben. Als Ergebnis davon verringerte sich

die Anbaufläche 1924 (370 Millionen Acres*) um 6 Millionen Acres gegenüber 1919 und um 3 Millionen im Vergleich zu 1923.

Freilich sind die Getreidepreise in den Ver. Staaten infolge der Ende 1923 zutage getretenen schwachen Weltermte gestiegen. Dadurch erklärt es sich, daß der Gesamtwert der Ernte (158 verschiedene Getreidesorten) 1924 auf 9480 Millionen Dollar gegenüber 8727 Millionen im Jahre 1923 berechnet wird. Aber in Anbetracht dessen, daß ein bedeutender Teil der Farmer zwecks Schuldentilgung es mit dem Verkauf seines Getreides eilig hatte, wurde die Preiserhöhung hauptsächlich von den kapitalistischen Groß-Aufkäufern ausgenützt, und im Endresultat hat sich die Lage der Farmer in diesem Jahre kaum gebessert. Sogar der Handelsminister Walsh (der unlängst in den Ruhestand trat) sieht sich gezwungen, in seinem Bericht zuzugeben, daß „die Besserung noch ungenügend dauernd ist, um die Finanzlage der Farmer merklich zu heben“.

Die Entwicklung der Ausfuhrmöglichkeiten in den letzten Jahren sagt auch nichts Gutes voraus. Wenn sich die Ausfuhr von Fleischprodukten (Schweinefleisch, Fett) sowie die Ausfuhr von Milch auch etwas steigert, so nimmt die Weizen- und Roggenausfuhr rapide ab, wie es sich aus folgenden Daten ergibt:

Jahr	Weizenausfuhr
Ende Juni	in Millionen Tonnen
1921	293,3
1922	208,3
1923	155,0
1924	78,8

Kurz gesagt, die chronisch gewordene Landwirtschaftskrise der Ver. Staaten bietet vorläufig keine ernsten Anzeichen einer Besserung der Lage. Die amerikanische Landwirtschaft kann die in der Kriegszeit errungenen Positionen nicht halten und gleitet rückwärts. Die Staatsmänner der Ver. Staaten können natürlich diese ins Auge springende Tatsache nicht verheimlichen. Sie versuchen nur, diesen ungeordneten Rückzug etwas aufzuhalten. So sagte z. B. Präsident Coolidge in einer Rede, gehalten am 13. November vorigen Jahres in Washington vor der Agrikultur-Assoziation: „In einigen Jahren wird der natürliche Zuwachs der Bevölkerung und die unausbleibliche Tendenz zur Industrialisierung uns unter jene Völker führen, die keinen Überschuß, sondern ein Defizit an landwirtschaftlichen Produkten aufweisen . . . Viele unter uns können es noch erleben, daß wir eines der ersten Länder hinsichtlich des Ankaufs von landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden.“

Davon ausgehend, sieht Coolidge das „Hauptproblem“ der Zukunft der Ver. Staaten in der „Erhaltung der blühenden, selbstgenügsamen Landwirtschaft in einem vorwiegend Handels- und Industrielande.“ Nach der Meinung Coolidges müsse dies auf der Grundlage des inneren Marktes mit Hilfe von Schutzzöllen verwirklicht werden.

Ferner wies Coolidge auf die interessante (und, seiner Aussage nach, wenig bekannte) Tatsache hin, daß in Anbetracht der Zucker-, Tee- und Kaffee-

*) 1 Acre = 40,5 a.

ein fuhr in den Ver. Staaten mehr Nahrungskalorien verbraucht als erzeugt werden, und rechne man noch die Einfuhr von Wolle hinzu, so sei die landwirtschaftliche Gesamtbilanz der Ver. Staaten noch passiver.

Von der gleichen Tendenz zur Reorganisierung der Landwirtschaft unter dem Gesichtswinkel ihrer unvermeidlichen Abnahme, von der Tendenz zur vollständigen Selbstversorgung unter der Obhut von Schutzzöllen ist auch der vom Handelsminister Hoover der beim Präsidenten Coolidge bestehenden Landwirtschaftskommission abgestattete Bericht durchdrungen. „Wir alle leiden — schreibt Hoover — an dem fehlenden Gleichgewicht unserer Landwirtschaft . . . Wir führen landwirtschaftliche Produkte ein, die wir mit Erfolg selbst erzeugen könnten . . . Der jetzt für die Ausfuhr produzierende Boden könnte sich der Deckung des inneren Bedarfes zuwenden, und das würde uns helfen, unsere Abhängigkeit von der Ausfuhr zu überwinden“. Zu den gleichen pessimistischen Folgerungen hinsichtlich der künftigen Ausfuhrmöglichkeiten der amerikanischen Landwirtschaft gelangen auch die Forscher des Amerikanischen Ökonomischen Instituts in dem unlängst veröffentlichten Werke „Die amerikanische Landwirtschaft und der Weltmarkt“. Sie behaupten, daß das aus schwachem Nachkriegsmaterial wiederaufzubauende Europa seine Bedürfnisse in bedeutendem Umfange mit den verhältnismäßig teureren Produkten des amerikanischen Marktes weder befriedigen könne noch werde; die Konkurrenz des billigen kanadischen, argentinischen, indischen und afrikanischen Weizens nehme ständig zu und werde auch künftig zunehmen“.

Welchen Einfluß werden diese Prozesse auf die innere und äußere Politik der Ver. Staaten ausüben? Im Inneren werden sie die Gegensätze zwischen den Farmern und dem Großkapital noch mehr zuspitzen und die Farmer zur Annäherung an das Proletariat drängen; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Umstellung auf neue Geleise, wovon der amerikanische Präsident und sein Minister reden, für die ohnedies sehr schlecht gestellten Farmer krankhafte Erscheinungen im Gefolge haben muß. Hinsichtlich der Außenpolitik werden diese Prozesse zum mindesten in ihrem ersten Stadium die Einmischung des amerikanischen Imperialismus in europäische Angelegenheiten verstärken. Der auf dem Boden verbleibende amerikanische Farmer kann nicht warten, bis sich der Umfang der Landwirtschaft infolge der Industrialisierung einschränkt und ihm für seine Erzeugnisse der innere Markt und ein guter Preis sichergestellt sind sowie „bessere Häuser und bessere Kirchen für den Gottesdienst“ (aus der erwähnten Rede Coolidges). Dabei hat kein Farmer die Gewähr, daß diese Industrialisierung nicht gerade ihn ent wurzelt, und auf der Suche nach einem Ausweg wird daher der Farmer die Linie des geringsten Widerstandes verfolgen, er wird von seiner Regierung fordern, daß diese ihm auswärtige Märkte für den Absatz seiner Produktion und zur Aufrechterhaltung eines guten Preises auf dem inneren Markt erschließe. Um aber diese Märkte zu erschließen, muß man auf sie einen politisch-ökonomischen Druck ausüben, man muß sie in die gewünschte Richtung lenken — kurz gesagt, man muß auf sie Einfluß erlangen. Eine solche Tendenz ist um so wahrscheinlicher, da sie mit der allgemeinen Entwicklungslinie des amerikanischen Nachkriegs-Imperialismus zusammenfällt, wie auch mit der immer aggressiveren Intervention in Weltangelegenheiten, gemäß der „Neu-Redaktion“ der Monroe-Doktrin — Europäer haben sich

in amerikanische Dinge nicht einzumischen, wogegen sich die Amerikaner in die Angelegenheiten Europas — in die Angelegenheiten der ganzen Welt einmischen.

V. Der Außenhandel

Umfang, Entwicklungstendenzen und Richtung des Außenhandels der Ver. Staaten bieten außerordentliches Interesse, da die Kenntnis dieser Dinge das Vordringen zu den Wurzeln der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Weltökonomik und -politik ermöglicht.

„Der Warenmenge nach“ — sagt Hoover in seinem Bericht über das Jahr 1924 — „ist der internationale Handel gegenwärtig um etwa 10—12% unter das Vorkriegsniveau gesunken, und als einziges Land unter den großen am Krieg beteiligt gewesenen Staaten haben nur die Ver. Staaten ihren Außenhandel im Vergleich zum Vorkriegsstand um 15—20% gehoben.“ Der gesamte Welthandel beträgt im Finanzjahr 1923—24 46 Milliarden Dollar, auf die Ver. Staaten entfallen davon 7865 Millionen Dollar oder 17% (gegenüber 10,5% im Jahre 1913).

Aus den letzteren Daten kann man natürlich keine Vorstellung von dem Wirtschaftsleben der Ver. Staaten gewinnen: bei der Analyse der Hauptzweige der amerikanischen Industrie haben wir schon oben erwähnt, daß diese hauptsächlich an der Befriedigung ungeheuerlichster, man kann sagen — unerhörter Bedürfnisse des inneren Marktes arbeiten. Aber auch 17% — ein Sechstel des Welthandels — ist ein nicht zu verachtender Anteil, und er zeigt, wie die Interessen des amerikanischen Kapitals mit den internationalen Angelegenheiten verflochten sind, und wie überlebt die Politik der „splendid Isolation“ ist.

Wollen wir uns aber die Ausmaße des amerikanischen Außenhandels näher ansehen.

Am Vorabend des Krieges hielt sich die Gesamtsumme der amerikanischen Ein- und Ausfuhr auf der Höhe von 4 Milliarden. Um die Entwicklung seit dem Kriege bis zur Gegenwart überblicken zu können, bringen wir neben den in Dollars ausgedruckten Handelsdaten den Großhandelsindex, um so wenigstens zu einem ungefähren Bild über die Bewegung des Handels in seinem realen Warenwert zu gelangen.

Jahr	Der Wert des Außenhandels	
	in Milliarden Dollar	Index
1913	4,3	101
1914	4,2	98
1915	4,4	101
1916	6,5	127
1917	8,9	177
1918	7,9	194
1919	10,3	206
1920	10,3	226
1921	10,2	147
1922	6,4	149
1923	7,7	154
1924	7,9	154

Also sehen wir, daß, wenn man auch die Preiserhöhung berücksichtigt, der Außenhandel der Vereinigten Staaten im großen und ganzen ständig zunimmt. Und da die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten, wie wir gleich sehen werden, aktiv ist, so erhält die Marktfrage für das amerikanische Kapital immer größere und größere Bedeutung.

Das Verhältnis zwischen Aus- und Einfuhr zeigt folgende, das letzte Jahrfünft umfassende Tabelle:

Jahr	In Millionen Dollar		
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
Durchschnitt 1909/10—1913/14	2166	1689	477
1920	8109	5238	2871
1921	6517	3654	2862
1922	3771	2608	1163
1923	3957	3781	176
1924	4312	3557	755

Diese Daten umfassen nicht die Ein- und Ausfuhr von Gold, was die Aktivität der Bilanz noch mehr verstärken würde.

Wohin richtet sich denn die ständig zunehmende amerikanische Ausfuhr, und woher kommt die Einfuhr in die Vereinigten Staaten?

In Anbetracht dessen, daß man mancherseits zur Überschätzung der Rolle nichteuropäischer Märkte (Südamerika, Asien) in dem Außenhandel der Vereinigten Staaten geneigt ist, muß man vor allem die Tatsache betonen, daß vorläufig Europa noch immer die erste Stelle in diesem Handel innehat. Eine beredte Sprache führen diesbezüglich die folgenden Ziffern über die amerikanische Ausfuhr nach Europa während der letzten Jahrfünfte: 1910 bis 1914 6571 Millionen Dollar von einer Gesamtsumme der Ausfuhr im selben Zeitraum von 10 829 Millionen Dollar, was 62,3% beträgt; 1915 bis 1919 17 671 Millionen Dollar von 26 543 Millionen Dollar oder 66,6%.

Ferner haben wir:

In Millionen Dollar	
(In Klammern das prozentuale Verhältnis zur Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten)	
1920	4864 (60)
1921	3408 (52)
1922	2067 (55)
1923	2035 (51)
1924	2202 (51)

Also verschlingt Europa immer noch ungefähr die Hälfte des amerikanischen Gesamtexports, wobei der Handel mit Europa für die Vereinigten Staaten eine stark aktive Bilanz ergibt. Das wird sich aus der Gegenüberstellung dieser Tabelle mit folgenden Daten über den europäischen Import in die Vereinigten Staaten ergeben.

In Millionen Dollar	
(In Klammern das prozentuale Verhältnis zur Gesamteinfuhr der Vereinigten Staaten)	
1913	893 (49)
1920	1179 (22)
1921	938 (26)
1922	830 (32)
1923	1162 (37)
1924	1065 (30)

Wenn man hierzu noch die Kapitalausfuhr nach Europa (Ausführliches darüber siehe unten) hinzurechnet, so nimmt die Aktivität der Bilanz noch krasserem Charakter an.

All das oben Angeführte zwingt zur Annahme, daß die Einmischung des amerikanischen Imperialismus in europäische Angelegenheiten immer aktiver werden wird.

Was nun den Handel der Vereinigten Staaten mit Asien anbelangt, so ist ihr Entwicklungstempo ein bedeutend rascheres als dasjenige des Handels mit Europa: In den letzten 15 Jahren bezifferte sich das Verhältnis des amerikanischen Exports nach Asien zur Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten wie folgt:

	In Millionen Dollar	%
1910—1914	502 von 10 829	4,6
1915—1919	1848 „ 26 543	7,0
1920—1924	2911 „ 26 666	10,9

Während also der Anteil Europas an der Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten seit Kriegsanfang ein wenig zurückgegangen ist (von 62,3% in den Jahren 1910—14 auf 51% im Jahre 1924), ist der Anteil Asiens im selben Zeitraum um fast das Zweieinhalbfache gewachsen. Anfang des laufenden Jahres betrug der Anteil der Vereinigten Staaten am Außenhandel Chinas 16%, der Anteil Englands 13%; die entsprechenden Daten über den Handel mit Japan sind 26% bzw. 12%. Alle diese Tatsachen sind von besonderer Bedeutung unter dem Gesichtswinkel des fernöstlichen Problems. Nicht minder energisch ist der Drang der amerikanischen Ausfuhr in der Richtung des Lateinischen (Zentral- und Süd-) Amerikas, wobei dieser Ansturm für England besonders empfindlich ist. Am Vorabend des Krieges hielt sich mit geringen Schwankungen die Beteiligung der Vereinigten Staaten und Englands am Import des Lateinischen Amerikas auf je 25% der Gesamteinfuhr für jedes dieser Länder. Seit 1914 beginnt der Anteil der Vereinigten Staaten dauernd zu steigen, der Anteil Englands beginnt abzunehmen; 1920 beträgt der Anteil der Vereinigten Staaten schon 50,15%, der Englands nur 16,7%. Nach diesem Jahre scheint es, als ob das Bild sich verändere. Infolge der Rückkehr englischen und deutschen Kapitals in das Lateinische Amerika nach Ablauf der Kriegsunterbrechung tritt das amerikanische Kapital einen Teil der eroberten Positionen ab, und 1923 beträgt der Prozentsatz für die Vereinigten Staaten 36, für England 19. Vollständige Angaben für 1924 fehlen uns, aber wir wissen, daß in diesem Jahre die Vereinigten Staaten weitere Erfolge erzielt haben, indem sie ihre Einfuhr um 5,2% gegenüber 1923 (1772 Millionen Dollar gegenüber 1684 Millionen Dollar im Jahre 1923) gesteigert haben. Die Kaufkraft des Dollars war 1924 fast die gleiche wie 1923, ja sogar ein klein wenig höher. Andererseits erfahren wir, daß die Ausfuhr Englands nach den für seinen Export wichtigsten südamerikanischen Republiken — Argentinien, Brasilien und Chile — 1924 46,3 Millionen Pfund Sterling gegenüber 41,2 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1923 betrug, was der Warenmenge nach einen bedeutenden Rückgang bedeutet, da der Großhandelsindex im selben Zeitraum von 100 auf 165—170 gestiegen war. Zu diesen für den englischen Imperialismus traurigen Zahlen schreiben die „Daily News“ (3. April 1925): „Der Handel folgt den Finanzen, und eine der Ursachen unserer großzügigen Aus- und Einfuhrbeziehungen mit den Völkern

des Lateinischen Amerika liegt darin, daß wir in der Vergangenheit unser Kapital zur Entwicklung ihrer Länder reichlich investiert hatten. Es ist bedauerlich, daß die Bank of England in ihrer allzu eiligen Jagd nach Herstellung der Geldparität für das Pfund Sterling die südamerikanischen Debitoren in die Arme der Vereinigten Staaten treibt.“ Und die Zeitung weist auf das Beispiel der brasilianischen Anleihe hin, über welche in London Verhandlungen stattfanden, die aber erfolglos blieben, da die englische Regierung auswärtigen Anleihen gegenüber abgeneigt ist, weil diese mittelbar die Stabilität des Pfundes untergraben. „Überall werden unsere Interessen den Vereinigten Staaten und ihrem Goldhaufen geopfert“ — beklagt sich bitter die englische Zeitung. Gewiß wurzelt hier das Schlimme nicht in der Politik der Regierung und der Bank of England, denn der Kampf für die Pfundstabilisierung auf dem Niveau der Goldparität bezweckt den Kampf gegen die Vereinigten Staaten mit ihrem Monopol auf stabile Valuta. Das Schlimme wurzelt in dem allgemeinen Rückzug des englischen Imperialismus vor dem mächtigeren amerikanischen, und die Tatsache, daß England die Anleihe an Brasilien verweigern mußte, ist nur eine Episode dieses Rückzugs. Andererseits sind für das Tempo des Eindringens nordamerikanischen Kapitals in Südamerika folgende Daten charakteristisch: 1913 betrug Investitionen der nordamerikanischen Kapitalisten in diesen Ländern etwa 1 Milliarde Dollar; Anfang 1925 waren sie schon auf 3 Milliarden gestiegen.

Noch stürmischer ist das Vordringen amerikanischen Kapitals und der Rückzug des englischen in dem britischen Dominion — Kanada. Davon zeugen folgende Daten:

	Einfuhr in Kanada (in Millionen Dollar)				Gesamtsumme
	1921	1922	1923	1924	
Aus den Ver. Staaten	856,1	515,9	540,9	601,2	2514,1
Aus England	213,9	117,1	141,3	153,6	625,9

Also übersteigt in den Jahren 1921—24 die Gesamtsumme der amerikanischen Ausfuhr nach Kanada die englische Ausfuhr um mehr als das Vierfache. Diese Zahlen sind aber noch nicht genügend bezeichnend für das Eindringen des amerikanischen Imperialismus in dieses englische Dominion. Noch schneller vollzieht sich hier die „Welteroberung“ durch Ankauf von Aktien kanadischer Firmen und durch fieberhaftes Gründen neuer Unternehmungen. Höchst bezeichnend in dieser Hinsicht ist ein Artikel in „Manchester Guardian Commercial“ vom 15. Februar 1925. Schon allein die Überschrift in einem so nüchtern-soliden, rein wirtschaftlichen Organ, wie es der „MGC“ ist, beleuchtet grell die in unserem Artikel angeschnittenen Fragen: „Der Feldzug der Vereinigten Staaten gegen Kanada“ (US invasion of Canada) — „Sie legen die Hand auf die Großindustrie“. Der Verfasser des Artikels, Sir Charles Pears, zitiert den amtlichen Handelsbericht des amerikanischen Handelsministeriums vom Ende des vorigen Jahres und kommt zu dem Schluß, daß dieser Bericht die Zweifler endlich überzeugen müsse, daß Grund für Unruhe da ist.“

Besondere Erregung ruft bei Pears folgender Absatz des amtlichen amerikanischen Dokuments hervor: „In ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht ist Kanada als die nördliche Fortsetzung der Vereinigten Staaten zu betrachten, und unser Handel mit Kanada ist in vieler Hinsicht ein innerer und kein Außenhandel mit anderen Ländern.“

Und tatsächlich ist die Unruhe wohlbegründet: Der amerikanische Imperialismus springt schon offen mit Kanada wie mit seiner Kolonie um. Ferner ist Sir Pears gezwungen, mit Bitternis folgende Tatsachen festzustellen: „30% der Aktien kanadischer Automobilgesellschaften befinden sich in Händen der Vereinigten Staaten. Die Eroberung der Holz- und Baumwollindustrie hat solchen Umfang angenommen, daß in Britisch-Kolumbien (West-Kanada) alle großen Fabriken sich bereits in amerikanischen Händen befinden. 98% der gesamten Holzproduktion werden nach den Vereinigten Staaten ausgeführt und nur der Rest nach Großbritannien . . . Der gleiche Einfluß Amerikas ist in jedem Zweige der kanadischen Industrie zu beobachten. Unsere Mineralvorräte sind für Kanada und das britische Imperium verloren, da amerikanische Dollars unsere wichtigsten Gruben erobert haben. Die Amerikanisierung unserer Industrie übt weitgehenden verderblichen Einfluß auf den heimischen Handel Kanadas aus.“

Und unter Hinweis auf die in unserem Artikel erwähnten Daten über das Verhältnis amerikanischer und englischer Investitionen in Kanada und auf die Tatsache, daß „amerikanische Dollars britische Pfunde verdrängen“, ruft Sir Pears aus: „That is startling!“ — „Das ist schrecklich!“

Wie aber Prof. Hermann Levy („Die Vereinigten Staaten von Amerika als Wirtschaftsmacht“, Verlag Teubner, Berlin-Leipzig) durchaus richtig bemerkt, sind die Zahlen der amerikanischen Ausfuhr nach nichteuropäischen Ländern allein für die künftigen Perspektiven noch nicht genügend bezeichnend. „Mag auch dieser oder jener Zweig des amerikanischen Handels — sagt er —, der während des Krieges und dank ihm Wege nach Bombay, Buenos-Aires oder Kapstadt gefunden hat, dem Umfange nach noch ungenügend sein, so ist doch wichtig schon allein die Tatsache, daß Amerika dort konkurrenzfähig geworden ist, wo es früher an die europäischen Rivalen gar nicht herankommen konnte.“ Diese „friedliche Expansion“ des amerikanischen Kapitals ist für seine Rolle in jenen Ländern höchst charakteristisch, wo es eben erst zu kämpfen beginnt. Zum Schluß dieser kurzen Betrachtung der Hauptmomente des amerikanischen Außenhandels ist die Rolle der vorzüglich funktionierenden eigenartigen Spionageabteilung des amerikanischen Kapitals zu erwähnen. Sie heißt „Bureau für Innen- und Außenhandel“ (Bureau of foreign and domestic commerce), untersteht dem Handelsministerium und wird von einem vorzüglichen Organisator, Prof. Julius Klein, geleitet. Wir können hier bei der Organisation und den Arbeitsmethoden dieses komplizierten, aber sauber und produktiv arbeitenden Apparats nicht verweilen und verweisen die Interessenten auf das unlängst in Paris erschienene reichhaltige und vernünftige Buch des Ing. Van-Overbergh: „In den Vereinigten Staaten. Der Export, seine Organe, Methoden und Politik“ (Aux Etats Unis. L'Exportation, ses organes, ses méthodes, sa politique. C. Van-Overbergh. Paris. Ch. Dunod. 1924).

Hören wir aber Klein selbst: „Wir verfügen über eine ständige Kundschaft von 15 000 Exportfirmen, für die wir wenigstens in erster Linie das Ermittlungsbureau sind. Wir versenden täglich 3000 Informationsnachrichten. Das ist gut. Aber das ist ungenügend. Wir wollen, daß alle amerikanischen Firmen mit uns arbeiten. Zur Erreichung dieses Zieles werden wir unsere Bedienung maximal erweitern. Wenn Sie eine Information über einen beliebigen Markt auf der Welt brauchen, telefonieren Sie dem Chef der ent-

sprechenden Bureauabteilung. In einer Minute wird man Ihnen die Information geben. Stellen Sie uns genaue, klare, deutliche, sachliche Fragen, und man wird Ihnen im gleichen Sinne antworten. Wenn nötig, stellen Sie mehrere solcher Fragen. Man wird Ihnen gleich antworten“ („Aux Etats Unis“, S. 127/128. Erklärung Kleins im Mai 1923).

Das ist tatsächlich amerikanisch. Und man wundert sich nicht, daß nach mehr als einem Jahr Hoover schon damit prahlen kann, daß sein Bureau nicht 3000, sondern 7500 Auskünfte täglich gibt, und daß der Kongreß an diese ökonomische Spionageabteilung nie Kredite verweigert. „Hoovers Exportmaschine“ — zu diesem Schluß gelangt Van-Overbergh — „ist zweifellos die vollkommenste auf der Welt... Seid vorsichtig mit dieser Konkurrenz, die mit bester Information ausgerüstet ist.“ Und seine Arbeit schließt er mit der Warnung:

„Die Europäer müssen Maßnahmen treffen, um nicht unter eine Fremdherrschaft zu geraten, um nicht Vasallen zu werden. Ihnen droht die ökonomische Hegemonie der Vereinigten Staaten.“

Sogar bürgerliche Ökonomen beginnen zu fühlen, wonach diese Politik des amerikanischen Kapitals riecht, das zu den Völkern Europas, Asiens und anderer Kontinente unter der Maske des Retters kommt, der selbstlos nur das eine Ziel — „den Wiederaufbau der zerstörten Länder“ — verfolgt.

VI. Auswärtige Anleihen

Für das Tempo des Vordringens des amerikanischen Imperialismus ist besonders bezeichnend die Zunahme auswärtiger Anleihen der Vereinigten Staaten an europäische und nichteuropäische Staaten seit dem Kriege. Bis zum Kriege waren die Vereinigten Staaten der Schuldner Europas. Jetzt aber sind bekanntlich alle europäischen Staaten die Schuldner der Vereinigten Staaten. Laut Angaben eines Berichts, den der amerikanische Finanzminister Meylon im Dezember 1924 dem Kongreß erstattete, besaß das Schatzamt der Vereinigten Staaten am 15. Oktober des gleichen Jahres Verpflichtungen auswärtiger Staaten über 10 560 Millionen. Wenn man dazu noch die 1481 Millionen Dollar betragenden Zinsen rechnet, so haben wir die runde Summe von über zwölf Milliarden Dollar (12 041 Millionen Dollar).

Das Verzeichnis der Schuldner und ihrer Verpflichtungen stellt sich wie folgt dar:

	In Millionen Dollar; die Zahlen sind abgerundet	
	Hauptschuld	Zinsen
England	4577	
Frankreich	3340	796
Italien	1648	449
Belgien	377	94,8
Tschechoslowakei	91	23
Rumänien	36	9,4
Jugoslawien	51	13
Österreich	24	5,7
Polen	159	18,9
Finland	9	—

Lettland	5	1,1
Litauen	5	1
Estland	14	3,5
Rußland (d. h. die Schulden der zaristischen und der Kerenski-Regierung) . .	192 (?)	58,8 (?)
Armenien	12	2,9

Freilich nicht alle von diesen Verpflichtungen sind genügend reale Größen. Aus Erwägungen international-politischen Charakters ist England an die allmähliche Tilgung seiner Schuld herangetreten. Es hat sich verpflichtet, bis 1984 (!) jährlich je 160—184 Millionen Dollar abzutragen. Frankreich und Italien drücken sich vorläufig vor Zahlungen, aber etwas werden sie wohl zahlen müssen. Im gegebenen Falle ist nicht die Schuldsumme von solcher Wichtigkeit, sondern die Tatsache, daß die im amerikanischen Schatzamte aufbewahrten Verpflichtungen Instrumente politischen Druckes der Vereinigten Staaten auf die Schuldner darstellen. So erlaubt sich z. B. ein einflußreicher amerikanischer Politiker, Garvey (ehemaliger Botschafter in London), schon einen solchen Ton gegenüber Frankreich anzuschlagen:

„Was bleibt denn Frankreich anderes übrig, als das zu tun, was jedes kommerzielle Unternehmen an Frankreichs Stelle wahrscheinlich getan hätte? Natürlich eine Konferenz seiner beiden Gläubiger (d. h. Amerikas und Englands) einzuberufen, diesen freien Zutritt zur gesamten Information hinsichtlich Frankreichs Soll und Haben, seiner Vorräte und Aussichten zu gewähren und ein gerechtes Übereinkommen zu erstreben.“

Es ist unschwer zu ersehen, daß hinter diesem „freien Zutritt zur gesamten Information“ die Forderung einer bestimmten Finanzkontrolle über Frankreich steckt, ähnlich der Daweskontrolle über Deutschland. Und tatsächlich munkelte man bereits Ende 1923 von einem gewissen „Hurleyplan“ — dem „Dawesplan für Frankreich“. An der amerikanischen Presse gesehen, ist dieser Plan ernst fundiert. Es genügt zu sagen, daß Eduard Hurley Mitglied der amerikanischen Regierungskommission für Schuldenkonsolidierung (Funding Commission) ist, und daß er — wenn auch nicht offiziell — nach Paris gesandt wurde zwecks Unterredungen mit „autoritativen Kreisen“ über die Tilgung der französischen Schuld. Als Ergebnis seiner Reise hatte er einen Abzahlungsplan ausgearbeitet, in dem u. a. vorgesehen war Beteiligung amerikanischen Kapitals an der französischen Industrie, Schaffung eines Transfer-Komitees mit einem Amerikaner an der Spitze — kurz gesagt, ein Dawes-Plan für Frankreich. Zwar ist das noch bloß Projekt, aber das Gerede darüber allein beweist schon, wie der amerikanische Gläubiger auf Frankreich einen Druck ausüben kann. Jedoch die erwähnten Schuldverpflichtungen europäischer Staaten an das amerikanische Schatzamt über die Summe von 12 Milliarden Dollar bedeuten noch nicht die Gesamtsumme europäischer Verschuldung an Amerika. Außer ihnen sind noch beträchtliche Investitionen amerikanischen Privatkapitals zu verzeichnen, das sich nach dem Kriege nach Europa stürzte. Der Dawes-Plan eröffnet die Periode einer noch größeren amerikanischen Finanzexpansion. Riesige Goldanhäufung in den Ver. Staaten, sehr niedriger Diskontsatz noch vor dem Dawes-Plan schufen die objektiven Voraussetzungen für die Finanzierung Europas. Aber das amerikanische Kapital fürchtete sich, sein

Geld in das „europäische Wirrwarr“ zu werfen. Die Annahme des Plans, dessen Initiator ein Vertreter des amerikanischen Kapitals ist, wirkte höchst beruhigend auf den amerikanischen Durchschnittskapitalisten und -rentier, höchst beruhigend nicht nur infolge der damit verbundenen Garantien, sondern auch infolge rein psychologischer Momente. „Unser amerikanischer General fuhr nach Europa und brachte die Dinge da in Ordnung; jetzt kann man diesen Europäern schon Geld geben.“ Und wir sehen, daß die Zeichnung eines Teiles der deutschen Dawes-Anleihe, und zwar 110 Millionen von den in Amerika aufgelegten 200 Millionen, äußerst erfolgreich verlief:

„Als J. P. Morgan & Co. — so berichteten die „New York Times“ vom 15. Oktober 1924 — gestern ihre Bücher aufschlugen, da war schon das Kontor von Käufern voll, eine Menge Aufträge waren per Post und Telephon eingelaufen. Nach 15 Minuten schlossen J. P. Morgan & Co. ihre Bücher“. Nach der Meinung von Spezialisten hätten sich mit der Entwicklung der Operationen Leute gefunden, die auch eine Milliarde gedeckt hätten.

Nach einigen Wochen war die französische Anleihe von 100 Millionen ebenso schnell vergriffen. Die Forderungen danach hätten die Summe um das Zehnfache überstiegen. Auch die von amerikanischen Banken vermittelte 10 Millionen-Anleihe der Paris-Orleans-Eisenbahngesellschaft verlief erfolgreich. Von anderen Anleihen im Jahre 1924 sind die japanischen zu erwähnen: die 150 Millionen-Anleihe der japanischen Regierung (Februar 1924); die 15 Millionen-Anleihe der japanischen Togo Electric Co. (März 1925); die zur Zeichnung fertige Anleihe der Stadt Tokio für Wiederaufbauzwecke in Höhe von 100 Millionen Yen, die zur Zeichnung fertige 14 Millionen Anleihe der Whigan Hydro-Elektrischen Gesellschaft u. a. unbedeutendere. Überhaupt schreitet das Eindringen des amerikanischen Kapitals in Japan rasch vorwärts, was von besonderer Bedeutung ist in Anbetracht des amerikanisch-japanischen Antagonismus und auch in Anbetracht dessen, daß sich bis jetzt Japan um Anleihen an die City (London) wandte.

Nicht minder intensiv ist das Eindringen amerikanischen Kapitals in Deutschland. Außer der deutschen Regierung, die im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan in Amerika 110 Millionen Dollar bekam, erhielt eine ganze Reihe großer deutscher Firmen bedeutende Kredite (Krupp, Siemens & Halske und AEG zu je 10 Millionen, Thyssen 12 Millionen Dollar usw.). Die Gesamtsumme dieser Kredite festzustellen, ist schwer. Nach einigen Angaben läßt sich jedoch sagen, daß in Bälde — wenn die zurzeit geführten Verhandlungen positive Ergebnisse zeitigen — diese Summe 800 Millionen Dollar erreichen wird.

Von den übrigen Anleihen im Jahre 1924 wollen wir erwähnen: Belgien mit 50 Mill. Doll., Polen mit 35 Mill., Ungarn mit 7,5 Mill., Griechenland mit 11 Mill. Doll. Es ist charakteristisch, daß die Zeichnung der griechischen Anleihe schon nach einer Minute gedeckt war. So groß ist die Nachfrage nach ausländischen Anleihen. Im großen und ganzen wurden im Jahre 1924 in den Ver. Staaten auswärtige Anleihen in der Gesamtsumme von 1268 Millionen Dollar gedeckt (und in 15 Monaten — vom Januar 1924 bis März 1925 — in der Gesamtsumme von ungefähr 1,5 Milliarden Dollar). Anfang 1925 betrogen die amerikanischen Investitionen im Auslande, ohne die

Kriegsanleihen, die Summe von 8 Milliarden Dollar, was an Zinsen eine Jahreseinnahme von ungefähr 400 Millionen Dollar bedeutet. Folglich beträgt die Gesamtverschuldung anderer Länder an die Ver. Staaten 12 Milliarden Dollar (Kriegsanleihen) + 8 Milliarden Dollar = 20 Milliarden Dollar — wahrlich eine geistesverwirrende Summe.

Es ist interessant, die Entwicklung der auswärtigen Anleiheoperationen in den Ver. Staaten und in England während der letzten 5 Jahre einander gegenüberzustellen:

		In Millionen Dollar	
		Ver. Staaten	England
1920	331	91
1921	694	119
1922	664	286
1923	538	247
1924	1268	291
1920—1924		3495	1034

Es genügt, die Endziffern anzusehen, um sich zu überzeugen, wie schnell und weit das amerikanische Kapital das englische hinter sich gelassen hat. Dabei war das englische Kapital bis zum Kriege ein großer Gläubiger; die Ver. Staaten aber waren, im Gegenteil, 1914 an Europa verschuldet.

Nicht minder belehrend ist eine Gegenüberstellung der Emission neuer Kapitalien überhaupt in den Ver. Staaten und England.

Nach Abzug der staatlichen Emission betrug eine solche Emission im Jahre 1924 in den Ver. Staaten 6133 Milliarden Dollar und in England nur 1072 Mill. Dollar (223,5 Mill. Pfund St.). Hier ist das Kräfteverhältnis für England noch weniger günstig.

Gold. Um das Bild der Finanzmacht der Ver. Staaten zu vervollständigen, wollen wir die wesentlichsten Daten über die Zunahme ihres Goldvorrats anführen. Über das Tempo dieser Zunahme legt die folgende Tabelle beredtes Zeugnis ab:

In Millionen Dollar. Die Zahlen sind abgerundet. Jahresbeginn der 30 Juni.			
1913	1866	1919 3112
1914	1871	1920 2707
1915	1973	1921 2294
1916	2450	1922 3784
1917	3018	1923 4049
1918	3075	1924 4490

Also sehen wir, daß der Goldvorrat der Ver. Staaten in der Zeit seit Kriegsbeginn bis heute fast um das Zweieinhalbfache gewachsen ist und etwa 60% des gesamten Weltvorrats beträgt.

Als Ergebnis eines solchen gierigen Herauspumpens von Gold aus Europa haben sich in Amerika riesige Goldreserven aufgehäuft, die keinen Ausweg finden. Es entstand die „Goldinflation“. Das gab dem Streben amerikanischen Kapitals nach Europa noch stärkeren Ansporn, und im besonderen förderte es den Dawes-Plan. Als Ergebnis sehen wir schon Ende 1924 und Anfang des laufenden Jahres einen Umschwung in der Richtung dieses Goldstroms. Zum Vergleich wollen wir darauf hinweisen, daß am 31. De-

zember 1924 der Goldvorrat Englands 643 Millionen Dollar, derjenige Frankreichs — 736 Mill. Dollar betrug. Vom Oktober 1924 bis Anfang Februar 1925 beträgt die Goldausfuhr aus den Ver. Staaten 140 Mill. Dollar, und nach Abzug der Einfuhr verringert sich der Goldvorrat des Landes ungefähr um 100 Millionen Dollar. Aber der Prozeß wird von der amerikanischen „föderalen Reserve“ fest reguliert, die ihn nur insofern zuläßt, insofern er ein gewisses Zugloch für das im Golde erstickende amerikanische Kapital bildet. Zieht man noch die günstige Handelsbilanz, die Goldproduktion (von der Gesamtproduktion des Jahres 1924 entfielen auf die Ver. Staaten 25,3%) und die künftigen Anleihezinsen in Betracht, so kommt man zu dem Schluß, daß die „Goldhegemonie“ der Ver. Staaten auf fester Grundlage beruht.

VII. Neue „Ideologie“ auf neuer Grundlage

Es nimmt nicht wunder, daß bei einer solchen Lage der Dinge das Selbstbewußtsein des amerikanischen Großkapitals ständig im Wachsen begriffen ist und die Form eines höchst herausfordernden zynischen Hochmuts annimmt. Wer die amerikanische bürgerliche Presse und die politische Literatur verfolgt, der sieht klar, wie in ihr die neue „Ideologie“ ausgearbeitet wird, die dem amerikanischen Kapital in seiner neuen Rolle als größter imperialistischer Faktor auf der Weltarena die Krone aufsetzen soll. So schrieb z. B. die „New York Evening Post“ (am 22. Juli 1924) anlässlich der Rolle des amerikanischen Kapitals auf der Londoner Konferenz, auf der der Dawes-Plan zur Annahme gelangte:

„Das Kapital selbst hat der Weltpolitik die Herausforderung offen ins Gesicht geworfen und hat das Recht gefordert, sein Mandat als mächtigste und aktivste Kraft in den internationalen Angelegenheiten vorzuweisen . . . Gewiß hat das Kapital vom Anfang der Zivilisation an in den Wechselbeziehungen zwischen Menschen und Völkern tiefe Furchen gezogen und . . . mit politischen Dingen operiert, aber fast immer unter Deckung, und hat sich Mühe gegeben, möglichst fein (unobtrusively) zu arbeiten . . . Jetzt aber versucht das Kapital am lichten Tage, die Politik von ihrer Kommando-Brücke zu verdrängen. Die Finanzbarone anderer Völker hatten nie die Möglichkeit, in einer solchen, fast unabhängigen Art und Weise einzuwirken, wie es jetzt das amerikanische Kapital im jetzigen Europa tut.“

Das ist ziemlich offen gesagt. Und interessanterweise — eine geradezu marxistische Fragestellung. Nicht minder charakteristisch ist das Verhältnis zur „Demokratie“. „Die Demokratie — schreibt dasselbe bürgerliche Blatt — hat den politischen Simsons die Haare beschnitten.“ Mit anderen Worten, unter der Herrschaft der schönen Delila — der „Demokratie“ — sind die Politiker, die sich mit allgemein-menschlichen Idealen und anderen demokratischen Attributen bedecken, vollkommen machtlos und treten vor den Finanzbaronen, in besonderen vor den englischen, in den Schatten.

Das gleiche Selbstbewußtsein fühlt man in der Resolution des amerikanischen Bankierkongresses von Ende vorigen Jahres in Chicago:

„Wir sehen keine Rechtfertigung . . . für die Angriffe gegen das kapitalistische System, unter dessen Bedingungen wir leben,“ erklären mit vollem

Bewußtsein ihrer Würde die Herren Bankiers. Und dabei betonen sie, daß sich das amerikanische Kapital nicht mit dem Rahmen seines Vaterlandes begnügt:

„Wir geben nochmals unserer Hoffnung Ausdruck, daß unsere Regierung es einsehen wird, wie notwendig die offizielle Teilnahme an einigen Konferenzen ist, die den kommerziellen Weltkomplex (commercial complexion of the world) auf Jahrzehnte hinaus bestimmen werden. Zum Schutze unserer künftigen Märkte, zum vollen Schutze unserer Investitionen ist es unerlässlich, daß unsere Regierung imstande ist, ihren Einfluß im vollsten Maße geltend zu machen“.

In dieser Resolution des Bankier-Kongresses, dieses eigentlich höchsten Organs der amerikanischen „Demokratie“, ist keine Spur mehr von der alten Politik der sogen. Selbstisolierung. Hier ist schon keine splendid isolation mehr, hier ist splendid intervention (glänzende Intervention). Aber das alles sind nur sozusagen die Blüten, hier haben wir auch die Früchte. Im Zusammenhang mit den ständig zunehmenden auswärtigen Anleihen der Ver. Staaten an andere Länder schreibt das Organ der amerikanischen sogen. „Geschäftskreise“ („Commerce and finance“) buchstäblich folgendes:

„Auf der Schwelle des Jahres 1925 ist ein jeder von uns, sind wir alle zu Gebieten über Hunderte von Millionen kräftiger (able-bodied) Sklaven geworden. In jedem europäischen Land, mit Ausnahme von Rußland, ist uns die gegenwärtige und die noch nicht geborene Generation faktisch verpfändet. Ein Strom, wenn nicht von Gold, so von gleichwertiger Warensomme, wird zu uns fließen. Jeder von uns wird imstande sein, mehr zu verausgaben . . . Eine solche Masse von Reichtum, unter Ausnützung der gegenwärtigen Erfindung (!), genannt Kapitalismus, wird uns die Möglichkeit geben, die ganze Welt umzugestalten, unter möglichster Annäherung an unsere Herzenswünsche (nearer to the hearts desire), umzugestalten mit Hilfe von Geld und Sklaven“.

Braucht man dieses, man kann sagen, historische Dokument noch zu kommentieren, das Dokument der zügellosesten, abscheulichsten, frechzynischen, sklavenhalterischen Selbstzufriedenheit und der wucherischen Habsucht des amerikanischen Imperialismus in seinem neuen Stadium mit dessen Weltmaßstab? Braucht man diesen neuen, „ideologischen“ Überbau über dem neuen Fundament des über ganze Kontinente hinausgewachsenen amerikanischen Imperialismus noch zu erläutern? Es sei hier nur im Zusammenhang mit den weiteren Ausführungen dieser „kleine Vorbehalt“ „Mit Ausnahme von Rußland . . .“ nochmals unterstrichen.

Schluß

Im großen und ganzen ist nach der Krise von 1920—21 die Industriekurve der Ver. Staaten im Steigen begriffen und erhebt sich über das Vorkriegsniveau.

Andererseits nimmt die Landwirtschaftskrise langwierigen Charakter an. In ihrem Grunde ist sie eine Überproduktions- und Absatzkrise, hervorgerufen hauptsächlich durch die Rückkehr auf den landwirtschaftlichen Markt seitens der europäischen Länder, die diesen während des Krieges verlassen hatten — hervorgerufen auch durch die niedrige Kaufkraft der

konsumierenden Länder. Die Lage der Farmer verschlechtert sich noch infolge des Raubzuges seitens der Banken, der Eisenbahngesellschaften, der großen Getreideschieber — eines Raubzuges, der von der Administration (Regierung) Coolidges offen und zynisch gedeckt wird. Die Perspektiven der künftigen landwirtschaftlichen Entwicklung sind im allgemeinen ungünstig. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß unter dem Druck einer ungestümen Industrialisierung die Landwirtschaft so stark in den Hintergrund gedrängt werden wird, daß sich die Ver. Staaten aus einem getreideexportierenden Lande in großem Umfange in ein getreideimportierendes Land verwandeln werden. In Vorahnung einer solchen Entwicklung verstärken sich in Amerika Tendenzen nach Ersetzung der eingeführten Lebensmittel (Zucker, Kaffee, Tee) durch heimische Erzeugnisse und nach Einführung von Schutzzöllen für landwirtschaftliche Produkte.

Setzt man das Plus der Industrientwicklung und das Minus der landwirtschaftlichen Entwicklung in Rechnung, so muß man immerhin einen allgemeinen ökonomischen Aufschwung der Vereinigten Staaten konstatieren.

Wenn man aber die Linie dieses Aufschwungs in kleinen Zeiträumen (z. B. zu je 3 Monaten) betrachtet, so weist sie heftige Sprünge nach oben und nach unten auf. Ein ähnlicher Sprung nach unten nach einer Hochkonjunktur ist jetzt auch am Anfang des laufenden Jahres zu beobachten (Ende April). Auf Grund dessen den Eintritt einer allgemeinen Krise vorauszusagen — ist unsicher. In den Jahren nach der ersten Krise von 1920 bis 1921 haben sich solche Voraussagungen nicht bewahrheitet. Wie dem auch sei, die ständigen krassen Sprünge in der amerikanischen Ökonomik erzeugen da eine gewisse Nervosität. Es scheint, als befühlte das amerikanische Kapital ständig den Puls seiner Wirtschaft, in der Furcht, daß jeden Augenblick die Krise den normalen Pulsschlag zum Stocken bringen kann. Diese Unsicherheit hinsichtlich des Morgen wird von allen ernsthaften bürgerlichen Ökonomen hervorgehoben. „Es hat den Anschein“ — schreibt der Beobachter in der Ökonomischen Rundschau der „Times“ über das vergangene Jahr — „als ob die feste Grundlage für die neue ökonomische Blütezeit, von der man soviel zu hören bekommt, ihre schwachen Stellen hätte . . . Das Jahr 1924 — das ist eine Periode komplizierter und unerwarteter Prozesse . . . ein Jahr voll von Extremen und Überraschungen, wie von unangenehm, so auch von unangenehm.“ Diese Charakteristik trifft nicht nur für 1924, sondern auch für die vorhergegangenen Jahre zu; sie hat sich auch schon in dem Drittel des laufenden Jahres zu bewahrheiten vermocht. Die Temperatur der amerikanischen Ökonomik ist gestiegen, die Wirtschaft fiebert ein wenig und zittert leise. Hinsichtlich eines mächtigen wirtschaftlichen Organismus, wie es die Ver. Staaten sind, einen solchen Zustand für gefährlich zu halten, wäre falsch, aber man darf auch nicht ins andere Extrem fallen und diesen Zustand für normal halten. Er ist zweifellos anormal und dient als Symptom dafür, daß irgendein Gebilde die Kräfte des äußerlich blühenden Riesen zwar äußerst langsam, aber sicher unternagt.

W. KOLAROW : DER SINN DER EREIGNISSE IN BULGARIEN

Seitdem die Generale und Offiziere an die Macht gelangt sind, macht Bulgarien eine schwere und langandauernde Krise durch, die von Zeit zu Zeit zu starken inneren, von großem Blutvergießen begleiteten Erschütterungen führt. Den militärischen Staatsstreich im Juni 1923 beantworteten die Bauernmassen mit einer Erhebung, die mit der ganzen Grausamkeit triumphierender Weißgardisten unterdrückt wurde. Im September desselben Jahres brach ein neuer, von der Regierung provoziertes Aufstand aus, ein Aufstand, an dessen Spitze sich die Kommunistische Partei stellte. Eine gewaltige Empörung lösten nicht nur bei den Massen in Bulgarien, sondern auch im Auslande die unerhört bestialischen Vergeltungsmaßnahmen aus, die von den Regierungsbanden getroffen wurden. Nach Unterdrückung des Septemberaufstandes von 1923 tobte im September 1924 eine neue blutige Orgie durch das Land in Verbindung mit der Krise innerhalb der mazedonischen Bewegung. Aus internationalen Gründen beschränkte sich das Blutbad diesmal nur auf die Ermordung mazedonischer Führer. In den letzten Monaten, vor und nach der Explosion in der Sophienkirche, wurde ein neues Blutbad angerichtet, dessen Grauenhaftigkeit jedes Vorstellungsvermögen übertrifft. Die Menschheit wird erschüttert sein, wenn über die Mauern des Belagerungszustandes hinweg die Wahrheit über Umfang und Charakter der blutigen Exzesse der rasenden Weißgardisten an sie gelangen wird. Die Krise im Lande — die Entwicklung der Ereignisse hat dies bestätigt — wurde jedoch weder nach Unterdrückung des Juni- und Septemberaufstandes noch nach der Niedermetzelung der Vertreter des linken Flügels der mazedonischen revolutionären Organisation gelöst. Im Gegenteil. Jedes Blutbad vertiefte und verschärfte die Krise. Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß die letzten Ereignisse, die fürchterlichsten von allen, die Bulgarien bisher durchgemacht hat, zu einer Lösung der Krise führen werden. Es sind vorläufig keine Gründe vorhanden, anzunehmen, daß überhaupt irgendeine Entspannung eintreten könnte, die der Beruhigung der Volksmassen und des Landes dienen könnte.

Welches ist der Sinn der bulgarischen Krise?

Vor dem Kriege hielten die bürgerlichen Parteien die Macht fest in ihrer Hand, während die Bauernmassen, die die erdrückende Mehrheit der Wähler bilden, wirtschaftlich von der Bourgeoisie so abhängig und politisch so schwach entwickelt waren, daß die bürgerlichen Parteien, jede einzeln für sich oder miteinander koalitiert, mit Hilfe der Staatsgewalt und der in den Balkanländern üblichen Vergewaltigungen, unter Verwendung demoralisierender Mittel, die überwiegende Mehrheit der Wähler immer zu sich hinüberzuziehen wußten. Der Einfluß des Landbundes war verhältnismäßig schwach, und noch unbedeutender war der Einfluß der revolutionären Sozialdemokratie. Drei blutige Kriege, die das bulgarische Volk in einem kurzen Zeitraum führen mußte und die mit zwei schweren Niederlagen und einer

Katastrophe ihren Abschluß fanden, erschütterten so tief das wirtschaftliche und soziale Leben des Dorfes und steigerten so sehr das Bewußtsein der Massen, daß es den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen von 1919 nicht gelang, eine Mehrheit zu erringen, trotzdem ihnen die Sozialdemokraten zu Hilfe kamen. Zusammen mit diesen erhielten sie 48,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Mehrzahl der Stimmen (51,5 Prozent) entfiel auf den Landbund und die Kommunistische Partei. Bei den Wahlen von 1920 gingen die für die bürgerlichen Parteien (mit Einschluß der Menschewiki) abgegebenen Stimmen auf 38 Prozent, 1923 auf 26 Prozent zurück, während die für die Parteien der Werktätigen in dem gleichen Zeitraum abgegebene Stimmenzahl sich von 62 auf 74 Prozent erhöhte.

Aus diesen Zahlen geht klar hervor, daß die bürgerlichen Parteien nicht mehr hoffen konnten, auf legalem Wege im politischen Kampf erneut an die Macht zu gelangen. Ihnen blieb nur ein Weg offen, der Weg des Staatsstreiches. Diesen Wege beschritt denn auch die Bourgeoisie; am 9. Juni 1923 stürzte sie mit Hilfe der Militärliga die Bauernregierung.

Die Umwälzung konnte jedoch keine endgültige Lösung des Machtproblems bringen. Sie hatte lediglich eine Vertiefung der Krise zur Folge. Und in der Tat: wenn es nicht schwierig war, eine militärische Verschwörung gegen die kurzsichtige und schwankende kleinbürgerliche Bauernregierung zu organisieren, so war es nicht entfernt so leicht, das Vertrauen der Volksmassen zu gewinnen oder zum mindesten diese zu veranlassen, sich mit der Macht der bürgerlichen Abenteurer abzufinden. Der Regierung standen zwei Wege offen: entweder eine Politik der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der werktätigen Massen zu verfolgen oder diese mit Hilfe der Militärdiktatur in Schach zu halten. Die Regierung wählte nicht den ersten Weg, sie konnte ihn nicht gehen: die Großbourgeoisie, die sich um sie gruppiert hatte, war zu gierig und egoistisch, als daß sie sich auch nur im geringsten mit wesentlichen Zugeständnissen an die Arbeiter, Kleinbauern und Handwerker einverstanden erklärt hätte. Sie stürzte sich im Gegenteil mit der größten Erbitterung auf die von diesen in schwerem Kampfe eroberten Rechte. So blieb denn nur der zweite Weg offen. Auf diesen Weg wurde die Regierung, hauptsächlich ihre militärischen Mitglieder, durch die rücksichtslosen Interessen der Offiziere der Liga gedrängt, die dank ihrer Beteiligung an der Umwälzung alle staatlichen Posten besetzten. So kommt es denn, daß trotz der formellen Wahrung gewisser parlamentarischer Formen, trotz der heuchlerischen Bekundungen bürgerlicher und menschwistischer Politiker über den „demokratischen Charakter“ der gegenwärtigen Machthaber in Wirklichkeit seit dem 9. Juni 1923 Bulgarien tatsächlich diktatorisch von einer niemandem verantwortlichen Militärkamarilla beherrscht wird, hinter der Großbanken, Spekulanten, Exporteure und Hochstapler stehen. Dies wurde von allen unbeteiligten französischen, englischen und anderen Politikern bestätigt, die nach Bulgarien reisten oder die Möglichkeit hatten, das dort gegenwärtig herrschende politische Regime zu studieren. Diese Kamarilla, an deren Spitze der „Militärkonvent“ steht, ist die tatsächliche Regierung. Das Ministerkabinett ist nur der Schatten der Kamarilla. Die sich „demokratischer Pakt“ nennende Regierungspartei sowie ihre Fraktion im Parlament führen nur die Anordnungen der Kamarilla aus oder besorgen die formelle Durchführung ihrer Beschlüsse und Handlungen.

Die Militärdiktatur bedeutet jedoch ununterbrochenen Krieg gegen die Volksmassen. In der Tat sind schon zwei Jahre ins Land gegangen, seitdem die zur Herrschaft gelangte Bande einen tollwütigen Krieg gegen das bulgarische Volk führt. Die beiden von der Regierung provozierten Volkserhebungen sind nur eine besonders hervorstechende Episode in diesem Kriege. Es gelang den Volksmassen nicht, die Regierung der Bankiers und Generale zu stürzen. Aber auch diese vermochte trotz der beispiellosen Grausamkeit, mit der die Erhebungen unterdrückt wurden, es nicht, ihre Macht zu festigen. Der beste Beweis hierfür sind die letzten Ereignisse. Unter Ausnützung der Explosion in der Sophienkirche unternahmen die herrschenden Banditen den Versuch, ihre Macht durch physische Ausrottung aller klassenbewußten und aktiven Elemente in den Reihen der Arbeiter und Bauern zu befestigen. Ohne Zweifel war die am 16.—18. April veranstaltete Bartholomäusnacht, sind die unzähligen Morde, die tagtäglich im ganzen Lande zu verzeichnen sind, ein schwerer Schlag für die Volksmassen und für ihren Kampf gegen das faschistische Regime. Die Bourgeoisie wird sich jedoch bald überzeugen müssen, daß die Militärdiktatur und periodisch veranstaltete Blutbäder unter den werktätigen Massen nicht im entferntesten die schwere Krise zu lösen imstande sind, daß sie vielmehr die Anarchie im Lande steigern werden.

Der Krieg jeder Regierung gegen die eigenen Volksmassen war und ist stets überaus kompromittierend. Ganz besonders abscheulich ist aber ein solches Vorgehen von seiten einer Regierung wie der bulgarischen, die den Schutz und die Freundschaft anderer Staaten benötigt. Das ist der Grund, weshalb die bulgarischen Professoren und Generale vom ersten Tag ihrer Herrschaft an den Volkscharakter der gegen sie gerichteten Bewegung hartnäckig leugneten und sie als kommunistischen Aufruhr bezeichneten, die Wahrheit über die von ihnen angewendeten Repressalien und die unglaublich hohe Zahl der Opfer verheimlichten. Die gegen die Regierung gerichtete und sich ständig ausbreitende und steigernde Bewegung und die gewalttätigen Formen, die sie mitunter annahm, erschütterten aber das Prestige der Regierung sowohl im Innern des Landes, innerhalb der Bourgeoisie als auch im Auslande. Dies gab der Regierung den Anlaß, von einer außerhalb des Landes organisierten Verschwörung gegen Bulgarien zu sprechen: Die bulgarische Regierung ist die am meisten freiheitsliebende, fortschrittliche und demokratische Regierung der Welt. Sie macht die allergrößten Anstrengungen und müht sich um das Wohlergehen des Volkes, insbesondere der werktätigen Massen, und das bulgarische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit ist ihr dankbar und gewährt ihr jegliche Unterstützung. Im Lande hält sich jedoch eine Bande von Kommunisten versteckt, die kein Vaterland anerkennen, die Verräter sind, die mit Hilfe fremden Geldes die Ruhe des Volkes stören und gegen den Staat konspirieren. Bulgarien droht die bolschewistische Gefahr, deren Ursprung in Moskau zu suchen ist. Ohne die Verhetzung und Unterstützung von seiten Sowjetrußlands würde es in Bulgarien keinerlei Bewegung geben. Die Wirren im Lande sind eine Folge der teuflischen Pläne und Ränke Moskaus. Wenn die „demokratische“ Regierung von Zeit zu Zeit dem Volke ein wenig Blut abzapft, so nur, um die Unabhängigkeit des Volkes und die Sicherheit des Staates zu schützen.

Mehr als das: Die Diktatoren aus dem Kreml haben sich als erstes Opfer das kleine, zerstörte und besiegte Bulgarien gewählt, das seiner Armee beraubt, dessen Volk durch die an ihm geübte Ungerechtigkeit erschüttert und zur Verzweiflung getrieben ist. Aber sie werden den Brand und die Zerstörung auf alle Balkanländer, auf ganz Europa übertragen. Die bolschewistische Gefahr droht nicht nur dem bulgarischen Volk, sie droht auch allen anderen Völkern, und der Regierung in Sofia gebührt Dank, da sie gegen diese Gefahr ankämpft und somit die gesamte menschliche Kultur und Zivilisation vor ihr bewahrt. Die Regierung muß daher nicht nur die Unterstützung des eigenen Volkes finden, sie muß auch der Sympathien und Unterstützung von seiten aller zivilisierten Völker und Staaten, in erster Linie der Nachbarn, gewiß sein.

Dieser Hilferuf der Mordbuben von Sofia mußte in den interessierten Staaten einen gewissen Widerhall finden. Die benachbarten Länder — Jugoslawien, Rumänien, Griechenland — unterstützten ihn, soweit ihnen der vorgeführte bolschewistische Popanz den Zwecken der inneren und internationalen Politik diene. Paschitsch machte sich die verzweifelten Gesten Zankoffs im Kampfe gegen Raditsch zunutze. Die Bukarester Machthaber benutzten die Ereignisse in Bulgarien, um die Verfolgungen der rumänischen Kommunisten zu steigern und die „Zarenisten“ (Bauernpartei) einzuschüchtern, namentlich jedoch, um ihre internationale Position der USSR gegenüber zu festigen. Die griechischen Republikaner ihrerseits fanden, daß der günstige Augenblick gekommen war, sich auf die kommunistische Arbeiterbewegung zu stürzen. Mit Ausnahme der rumänischen Gutsbesitzer äußerte jedoch niemand besondere Sympathien für das „erste Opfer des Bolschewismus“ und, was von besonderer Wichtigkeit ist, niemand war zu Zugeständnissen an Bulgarien geneigt. Abgesehen natürlich von dem eigenartigen „Ausdruck der Freundschaft“, den die Regierungen auf dem Balkan in dem Sinne bekundeten, daß sie sich für den Fall von kommunistischen Unruhen in Bulgarien bereit erklärten, zu intervenieren zum Zwecke einer Wiederherstellung der Ordnung und Erstickung des Brandes in Bulgarien . . .

Das Echo in den imperialistischen Ländern, namentlich in England und Italien, war etwas anders. Diese beiden Mächte hatten den Weißgardisten geholfen, Stambulijski zu stürzen, und es lag in ihrem Interesse, Zankoff zu unterstützen. Das Bestehen einer bürgerlich-nationalistischen Regierung in Bulgarien, die Jugoslawien ständig mit einem Aufstand in Mazedonien bedroht und den Widerstand Jugoslawiens gegen Bulgariens Vorgehen an der Adriatischen Küste schwächt, entspricht den Plänen Mussolinis. Stambulijskis Politik entsprach nicht den Plänen des englischen Imperialismus auf dem Balkan. Einmal, weil sie zu einer Annäherung an Jugoslawien unter dem Protektorat Frankreichs führte, zum andern, weil sie nicht scharf gegen die USSR gerichtet war. Die Regierung Zankoffs ist, insbesondere nachdem die Konservativen zum zweiten Male zur Macht gelangt sind, mit ihrem ganzen Wesen an England gebunden. Daher fand das aus Sofia stammende Märchen von der Moskauer Verschwörung eine Stütze in den großen imperialistischen Zeitungen Englands und Italiens und auf diese Weise Verbreitung in der ganzen Welt. Besonderen Eifer bekundete hierbei die englische konservative Presse, die die Gelegenheit benutzte, eine weltumfassende antibolschewistische Propaganda zu entfachen und auf breiter Grundlage einen sowjetfeindlichen Block zu schaffen. Zu

gleicher Zeit festigte der englische Imperialismus seine Position in Bulgarien und den Balkanländern ganz erheblich.

Die durch innere Gegensätze und den Kampf im Lande hervorgerufenen Ereignisse in Bulgarien spiegeln das ganze komplizierte Netz der auf dem Balkan aufeinanderprallenden widerstrebenden Interessen wider. Der Balkan bleibt auch nach dem Weltkriege ein wichtiger und verwickelter Knoten der internationalen Politik. Jede örtliche Erschütterung auf dem Balkan wird durch eine Menge starker, das ganze Land erschütternder Stöße verstärkt und entwickelt sich zu Ereignissen von internationaler Bedeutung.

Das Fazit der Weißgardistenherrschaft in Bulgarien

Es sind bereits zwei Jahre, daß der „demokratische Pakt“ — das politische Aushängeschild der Militärliga — die Macht in Händen hat. Wie sehen nun die Endergebnisse seiner Regierungstätigkeit aus?

Der wichtigste Punkt seines Programms war die „Beseitigung der verfassungswidrigen Gesetze.“ In der Tat waren nach dem Sturz Stambulijskis solche, die verfassungsmäßige Freiheit der bulgarischen Bürger beschränkenden Gesetze im Überfluß vorhanden, so z. B. die Gesetze gegen die Pressefreiheit, gegen das Koalitionsrecht der Staatsbeamten, gegen das sogenannte „Räubertum“, das in Wirklichkeit ein Gesetz gegen die politischen Gegner der Regierung, in erster Linie gegen die Kommunisten, darstellte, u. a. m. Die zur Macht gelangten Professoren und „Konstitutionalisten“ hatten aber gar nicht diese Gesetze im Auge. Sie konzentrierten ihre Aufmerksamkeit auf jene Gesetze aus der Zeit Stambulijskis, die die Interessen der Großbourgeoisie berührten. So wurde das Gesetz über die Enteignung von Häusern für Staatszwecke aufgehoben; die Agrarreform wurde in Wirklichkeit beseitigt und das den Gutsbesitzern abgenommene Land den alten Besitzern zurückgegeben. Das Gesetz über Wohnungsmieten wurde wesentlich zugunsten der Hausbesitzer abgeändert usw. Die Umwälzung führte im allgemeinen zu einem leidenschaftlichen Vorstoß des Kapitals an allen Fronten.

Die volle Handelsfreiheit wurde wiederhergestellt. Der Außenhandel mit Getreide, der das Monopol eines von der Staatsbank kreditierten genossenschaftlichen Konsortiums bildete, wurde aufgehoben, das Konsortium selbst aufgelöst und die Mittel der Bank ausschließlich großen Privatbanken und exportierenden Spekulanten zur Verfügung gestellt. Es kam die Ära der ungehemmten Ausbeutung. Das Leben erfuhr eine außerordentliche Verteuerung. Der Teuerungsindex stieg von 3000 auf 5000. Die Regierung gestattete den Exporteuren, trotz der schlechten Ernte, Getreide aus dem Lande auszuführen, und beantragte hinterher dieselben Leute, ranziges amerikanisches Mehl einzuführen. Die Regierung erhöhte den Einfuhrzoll für den vom Auslande kommenden Zucker und lieferte damit die Bevölkerung einer förmlichen Ausplünderung durch die Zuckerfabrikanten aus; gleichzeitig genehmigte sie die Ausfuhr der „überschüssigen“ Mengen Zucker nach dem Auslande. Die Handelsbilanz, die 1922 mit einem Überschuß von 292 000 000 Lewa abschloß, wies 1923 einen Fehlbetrag von 1 600 000 000 Lewa, 1924 einen solchen von 700 000 000 Lewa auf, bei einem Dollarstand von 90 Lewa im Juni 1923 und von gegenwärtig 140 Lewa.

Die Folgen der Umwälzung bekam jedoch in erster Linie die Arbeiterschaft zu verspüren. Der Arbeitslohn ging trotz der Preissteigerungen für die lebenswichtigen Dinge des täglichen Bedarfs nicht nur relativ, sondern auch absolut zurück, mit der Tendenz eines weiteren Rückganges. Die Arbeitszeit überschritt bei weitem die gesetzlichen Normen. Die Arbeitergesetzgebung wurde tatsächlich zu einer Fiktion, die Fabrikinspektion zu einer Verhöhnung der Arbeiterschaft. Arbeiterstreiks als Mittel des Wirtschaftskampfes verschwanden aus dem bulgarischen Wirtschaftsleben infolge des herrschenden Terrors, der Verfolgung jeglicher Arbeiterorganisation und des Eingreifens der bewaffneten Macht in wirtschaftliche Konflikte zugunsten der Arbeitgeber. Die Arbeitslosigkeit wächst ununterbrochen und wird noch verstärkt durch den ständigen Zustrom von Flüchtlingen der Wrangelarmee und Flüchtlingen aus Thrazien und Mazedonien. Um die Finanzkatastrophe zu verhindern, in die das Land durch die Politik der Regierung unvermeidlich hineingetrieben wird, nimmt diese Massenentlassungen von staatlichen Beamten vor, wobei sie gleichzeitig gewaltige Summen aufwendet, um die Offiziersgehälter zu erhöhen, faschistische Banden zu entlohnen und die revolutionäre Volksbewegung zu bekämpfen. Der Ausgabenetat im Staatshaushaltsplan stieg, trotz der Massenschließung von Schulen, der Entlassung von Tausenden von Volksschullehrern und der Schließung einer Reihe von Krankenhäusern, von 5 auf mehr als 7 Millionen Lewa. Dieser Umstand bedeutet eine Vermehrung des Steuerdrucks. Da die Bourgeoisie jedoch nicht gewillt ist, zu zahlen, und der demoralisierte Regierungsapparat sie zu bemühen nicht die Absicht hat, während andererseits die direkte Besteuerung der Volksmassen ihre Grenzen hat, die längst überschritten sind, ist die Finanzpolitik der Regierung ausschließlich auf dem System der indirekten Steuern aufgebaut, die ständig wachsen und zu einer weiteren Verteuerung der Lebenshaltung der Massen führen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Weißgardisten ist nichts anderes als die Politik von Großgrundbesitzern und Eigentümern, Großhändlern, Bankiers und Industriellen sowie die Politik einer gierigen, korrupten und machthungrigen oberen Militär- und Zivilbureaukratie. Diese Politik rief in allen Schichten der werktätigen Bevölkerung, der Arbeiter, Bauern und Handwerker, starke Unzufriedenheit hervor, die in der Schaffung verschiedener Volkskomitees zur Bekämpfung der Teuerung, zum Schutze der Mieter u. a. m. sowie in einer bemerkenswerten Linksschwenkung selbst der sonst gewöhnlich unpolitischen Organisationen des städtischen Kleinbürgertums ihren Ausdruck fand. Diese Politik führte zu einer Annäherung zwischen den Volksmassen in Stadt und Land und bildete die wirtschaftliche Grundlage für die Einheitsfront der Werktätigen gegen das räuberische Kapital der Spekulanten und Ausbeuter.

Die wirtschaftliche Macht einer Handvoll bulgarischer Großgrundbesitzer und Kapitalisten reichte jedoch nicht aus, um ohne politische und Gewaltmaßnahmen seitens der Regierung der Empörung der Volksmassen standzuhalten. Die ökonomische Offensive war daher begleitet von einer rücksichtslosen politischen Offensive, die sich in ein Regime der Militärdiktatur und des weißen Terrors verwandelte. Im Juni und September 1923 wurden in Wirklichkeit sämtliche Arbeiter- und Bauernorganisationen aufgelöst; die Volksmassen wurden aller politischen Rechte beraubt, und alle Möglich-

keiten eines legalen Kampfes wurden ihnen versperrt. Diese Vergewaltigung wurde in dem Ausnahmegesetz vom Februar 1924 in bezug auf die Arbeiterorganisationen und die Arbeiterklasse zum dauernden Gesetz erhoben. Dieses Ausnahmegesetz wurde formell den Bauernorganisationen gegenüber nicht angewendet, wodurch jedoch das tatsächliche Verbot derselben nicht behindert wurde. Seit nunmehr zwei Jahren sind die Arbeiter und Bauern tatsächlich des Koalitionsrechtes, des Versammlungsrechtes, der Pressefreiheit, ja selbst der Bewegungsfreiheit im Lande beraubt. Zu alledem ist auch noch das Streikrecht der Arbeiter niedergetreten. Systematisch wurden sie an der Ausübung ihres Wahlrechts behindert, das von den örtlichen Behörden ungeniert verletzt wurde, und endlich wurden über zweihunderttausend kommunistische Wähler, d. h. der fünfte Teil aller Wahlberechtigten, des Rechtes beraubt, ihre Vertreter in das Parlament und andere, aus gewählten Vertretern bestehende Staatsorgane zu entsenden.

Es ist jedoch nicht ganz einfach, die Grundrechte und -freiheiten der werktätigen Bevölkerung, die die erdrückende Mehrheit des Volkes darstellt, mit Füßen zu treten. Der Landbund und die Kommunistische Partei, die bei den Wahlen im April 1923 76 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hatten und auf ein über ein Vierteljahrhundert langes Bestehen zurückblicken, konnten nicht auf Befehl der Regierung auf ihre soziale und politische Rolle als Führer im Kampfe der Massen verzichten. Auch unter der Fuchtel des Ausnahmezustandes fuhren sie fort zu bestehen und zu kämpfen. Das herrschende Regime der kapitalistischen Militärdiktatur mußte daher sofort zu den Mitteln des weißen Terrors greifen, um den Widerstand der Massen nicht nur durch Ausnahmegesetze, sondern auch durch tatsächliche Gewaltanwendung zu brechen. Es ist dies das bisher fürchterlichste Blatt in der Geschichte des bulgarischen Volkes. Vom Tage der Umwälzung bis heute war die Herrschaft der Generale und Professoren nichts anderes als eine systematische Vernichtung der geistigen Kultur des werktätigen Volkes, eine Zerstörung seiner Organisationen, eine Ausschaltung seiner politischen Erfahrung und eine Ausrottung seiner Intelligenz. Aber selbst das genügte nicht, um die stark erschütterten Positionen der bürgerlichen Herrschaft in Bulgarien zu festigen. Die Regierung veranstaltete daher wiederholt, unter den verschiedensten, immer erlogenen und unbegründeten Vorwänden, Massenblutbäder. Das Ergebnis der zweijährigen Herrschaft der Weißgardisten in Bulgarien beläuft sich auf mindestens zehntausend Ermordete, darunter ein großer Teil der politischen Bauern- und Arbeiterführer, viele frühere Minister, Abgeordnete, Gemeindeälteste und Mitglieder von Gemeinderäten, eine große Zahl von Sekretären, Redakteuren, hervorragenden, im lokalen öffentlichen Leben stehenden, sowohl auf politischem als auch auf gewerkschaftlichem Gebiete und im Wirtschaftskampfe tätigen Personen. Getötet wurden in großer Zahl Lehrer, Studenten, Rechtsanwälte, Offiziere, Ingenieure, Ärzte und andere Fachleute. Mindestens 2000 vom Tode bedrohte Personen fanden außerhalb des Landes Zuflucht. Zehntausende wurden mit und ohne Vorwand verhaftet und ins Gefängnis geworfen, wo sie ungeheuerlichen Folterungen ausgesetzt sind, Tausende wegen Landesverrats und illegaler Tätigkeit verurteilt; trotz der Amnestie war die Zahl der Todesurteile nicht gering, und über viele Tausende von Menschen wurden Gefängnisstrafen verhängt. Die Amnestien, mit denen

sich die Gewalthaber in Sofia dem Auslande gegenüber brüsten, kamen tatsächlich nur jenen Scheusalen zugute, die im Auftrage der Machthaber nach Unterdrückung des Aufstandes die Arbeiter und Bauern in viehischer Weise abschlachteten, in verräterischer Absicht Kommunisten und Bauern aus den Gefängnissen herausbrachten, um sie zu töten. Diese Amnestien sind gleichzeitig aber auch eine Verhöhnung der Aufständischen, indem sie ihnen die Illusionen von Begnadigungen vorgaukeln. Viele von den Amnestierten wurden hinterher ermordet. Die Blutchronik erstreckt sich jedoch nicht nur auf die Periode der Volkserhebung. Diese Blutchronik macht das alltägliche Wesen des bulgarischen politischen Lebens seit nunmehr zwei Jahren aus. Nicht bekannt ist die Zahl derer, die, zu Räubern erklärt, tagtäglich in Stadt und Land getötet wurden. Eine Unmenge Personen wurden „auf der Flucht“ erschossen, in von der Polizei umlagerten Privathäusern bei lebendigem Leibe verbrannt. Groß ist die Zahl der politischen Gefangenen, die „Selbstmord verübten“, von Regierungsagenten hinterücks erschossen wurden usw. Die Barbarei und Schmach des von den „kultivierten“ Machthabern Bulgariens eingeführten Inquisitionssystems, um von politischen Gefangenen die von der Ochrana diktierten Geständnisse und Angaben zu erpressen, finden nicht ihresgleichen. In welchem anderen Lande der Welt ziehen es die Verhafteten vor, sich zu erschießen, zu erhängen, aus den obersten Stockwerken auf den Hof hinunterzuspringen, nur um nicht eine Nacht in den Kasematten der Ochrana in Gesellschaft ihrer Henkersknechte verbringen zu müssen?

Unter dem Regime des weißen Terrors bildete sich eine besondere Lage für Bürger Bulgariens heraus — die Lage der Illegalen. In dieser Lage befinden sich nicht nur einzelne Personen oder unbedeutende Gruppen von Menschen, sondern gewaltige, allen Schichten der werktätigen Bevölkerung und der Intellektuellen angehörige Massen. Die Regierung sah Verschwörer und Illegale naturgemäß in allen aktiv tätigen Kommunisten und linksgerichteten Mitgliedern des Landbundes. Zu diesen rechnete sie alle, die dem Kampf der Massen gegen die Regierung sympathisch gegenüberstanden und ihn unterstützten. Nicht selten wurden dieser Kategorie Leute gezählt, die weder mit dem Kommunismus noch mit der Arbeiter- und Bauernmacht irgend etwas gemeinsam hatten. Wie groß die Zahl der „Verschwörer“ war, kann man aus den Worten des Professors Zankoff entnehmen, daß über die Hälfte der Volksschullehrer in Bulgarien von den Ideen des Kommunismus infiziert seien, wie auch aus der Tatsache, daß der Polizeiminister, General Russeff, alle Arbeiter für Kommunisten hielt, die in den von der Regierung aufgelösten gewerkschaftlichen Klassenkampforganisationen organisiert waren, d. h. die gesamte organisierte Arbeiterklasse, einschließlich der Mitglieder der verbotenen Arbeitergenossenschaft „Oswoboschdenije“ (Befreiung) . . . Solche Verschwörer wurden beim geringsten Verdacht unbarmherzig aus dem Dienst entlassen, aus privaten Fabriken, Werken und sonstigen Unternehmungen hinausgeworfen, aus den Städten als „Nichtstuer“ ausgewiesen, ohne jeden Grund verhaftet, gefoltert, in entlegene Gegenden verschickt, mitsamt ihren Familien dem Hungertode ausgeliefert und beim geringsten Anlaß oder auch ohne jeglichen Anlaß als „Räuber“ erschossen. Die Presse war kaum imstande, diese Morde, auch nur als unbedeutende Begebenheit der Tageschronik, zu verzeichnen, so daß



ZANKOFF

viele Fälle überhaupt nicht vermerkt wurden. Auf diesem Wege befreiten sich die örtlichen Bonzen und Volksbedrucker ungestraft von den ihnen tief verhaßten Feinden. Die „Justiz“ wagte nicht ein einziges Mal, die verantwortlichen Urheber solcher Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen.

Unter diesen Umständen mußte natürlich eine Gegenwirkung von unten einsetzen: die „Illegalen“ waren gezwungen, zum Selbstschutz zu greifen. Es entwickelte sich eine Aufstandsbewegung, wie zur Zeit der türkischen Sultane. Es handelt sich hier nicht um die Zweckmäßigkeit eines solchen Kampfes vom politischen Standpunkte aus, sondern um die Notwendigkeit einer „illegalen“ Abwehr. Die Aufstandsbewegung und die illegale Bewegung haben ihre eigene Logik. Sie rufen Mobilisation, massenhafte Repressalien, Verschärfung des Kampfes, wahllose Morde, Brandstiftungen und wahnwitzige Vernichtungsfeldzüge von oben, Überfälle, Morde und Zwangsenteignungen von unten hervor. So bietet nunmehr das ganze Land ein Bild der sich steigenden Anarchie, vor dem sogar der Bourgeoisie bange geworden ist. Eine völlige Desorganisation des Wirtschaftslebens setzte ein, was eine Gefahr nicht nur für die „Illegalen“, sondern auch für die Bourgeoisie bildet. Nachdem die Regierung zwei Volkshebungen im Blute erstickt hatte, sah sich das Land erneut erschüttert durch die Konvulsionen blutiger Anarchie. Bedarf es noch irgendeines weiteren Beweises für den Bankrott des Regierungssystems?

Das traurige Bild findet seine Ergänzung in dem Bankrott der Regierung auf dem Gebiete der äußeren Politik. Ohne über eine mehr oder minder breite soziale Grundlage zu verfügen, in ständigem Kampf gegen das eigene Volk, sah sich die Regierung gezwungen, die Hilfe fremder Regierungen für Zwecke ihrer Innenpolitik zu suchen. Die Regierung war daher gezwungen, die Interessen des bulgarischen Volkes zu opfern, seinen Besitz zu verschenken, neue, unerträgliche und unbegründete Verpflichtungen auf sich zu nehmen und auf gerechte Forderungen zu verzichten. Alle ausländischen Regierungen machten sich die innere Schwäche der Regierung zunutze, um neue Lasten auf die Schultern des bulgarischen Volkes abzuwälzen. Die Professoren und Generale vermochten nicht, trotz ihres Liebäugelns mit den „westlichen Demokraten“ und trotz der bedingungslosen Unterstützung von seiten der Sozialdemokratie, trotz der gewaltigen Aufwendungen für die Propaganda im Auslande, auch nur einen Erfolg ihrer Außenpolitik zu verzeichnen. Selbst die mit Griechenland durch Vermittlung der Liga der Nationen abgeschlossene saft- und kraftlose Konvention über den Schutz der Minderheiten, wurde vom griechischen Parlament ungeniert in Stücke gerissen. Die Dezemberreise Zankoffs nach Belgrad, nach der Abrechnung mit dem linken Flügel der mazedonischen revolutionären Organisation, endete mit einem völligen Fiasko. Und die um den Preis eines völligen Verzichtes auf jedwede Ansprüche, die Bulgarien an Rumänien zu stellen hatte, erkaufte „Freundschaft“ war trotz alledem überaus zweifelhafter Natur.

Nichtsdestoweniger trat die Regierung nicht zurück und verzichtete nicht auf ihre terroristischen Methoden. Die herrschende Faschistenliga geriet nur noch mehr in Wut, und da sie entschlossen war, eher das Land untergehen zu lassen als nachzugeben, steigerte sie den Terror bis aufs äußerste.

Neue Ausnahmegesetze, die jede Beteiligung an oppositionellen Organisationen, ja selbst das einfache Sympathisieren mit den „zersetzenden Lehren“ mit dem Tode bedrohten, gelangten im Parlament rasch zur Annahme. Eine neue terroristische Welle ergoß sich über das ganze Land, begleitet von Massenverhaftungen, Folterungen, offenen Morden. Verwunderlich ist höchstens, daß in dieser unerträglich schwülen Atmosphäre, in der die wahnwitzig gewordene Regierung, unterstützt von der niederträchtigen und kraftlosen bürgerlichen Opposition, das ganze Volk nicht zu Atem kommen ließ, die Idee einer gewaltigen Explosion in der Sophienkirche, die offensichtlich gegen die Hauptschuldigen dieser Bewegung gerichtet war, entstehen und heranreifen konnte. Ebenso wenig wie man ein die schwüle Atmosphäre durchkreißendes Gewitter beschuldigen kann, kann man die Urheber der Explosion zur Verantwortung ziehen. Trotzdem wurde diese Explosion ein Anstoß zu Anfällen blutbrünstigen Irrsinns der Machthaber. Die Explosion diente als Vorwand für die Veranstaltung einer schon lange vorher geplanten und planmäßig durchgeführten Bartholomäusnacht unter dem fortgeschrittensten und politisch aktivsten Teil der Massen. Nur bei den letzten Ereignissen vermochte die bulgarische Regierung sich mit einem gewissen diplomatischen „Erfolg“ zu brüsten. Statt der Volksmassen gewann sie für sich die Regierungen einiger Großstaaten. Indem die Imperialisten Frankreichs, Englands und Italiens die Regierung bei der Ermordung der tatkräftigsten Söhne des bulgarischen Volkes unterstützen und ihr gestatten, für diesen Zweck zehntausend Halsabschneider zu mobilisieren, suchen sie um den Preis des reichlich vergossenen Blutes der bulgarischen Arbeiter und Bauern dem „internationalen Bolschewismus“ und der USSR einen Schlag zu versetzen. Sie benutzen Zankoff als Waffe für ihre gegenrevolutionäre Politik, machen Bulgarien zur Basis einer moralischen und politischen Offensive gegen die russischen Arbeiter und Bauern sowie das internationale Proletariat. Dennoch wird Zankoff, soweit die Lebensinteressen des bulgarischen Volkes berührt werden, leer ausgehen.

Die ringenden Kräfte

Der Staatsstreich wurde von dem sogenannten „Volkspakt“, unterstützt von der Militärliga und der mazedonischen Organisation, durchgeführt. Der Volkspakt war eine konspirative Organisation mit wenigen Mitgliedern, die keinen bzw. allen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, angehörten. Diese Organisation wurde unterstützt und finanziert vom Verbands der Großbankiers und Großhändler. Die Umwälzung wurde von der ganzen kapitalistischen Bourgeoisie und ihren Intellektuellen mit Begeisterung begrüßt. Auch bei einem Teile der städtischen kleinbürgerlichen Masse wurden Hoffnungen rege. Diese Bevölkerungsschichten bildeten die soziale Grundlage der Zankoffregierung im ersten Moment. Dem Staatsstreich schlossen sich sofort alle bürgerlichen Parteien mitsamt der sozialdemokratischen an, die Vertreter in die Regierung entsandten. In politischer Beziehung fanden sie die volle Unterstützung von seiten der Koalition aller politischen Parteien, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei und des Landbundes.

Angesichts der noch nicht gebrochenen Macht der Organisation des werktätigen Volkes erscholl unter der jubelnden Bourgeoisie der Ruf nach

Schaffung einer großen konservativen gesellschaftlichen Kraft, nach Zusammenschluß aller Parteien auf der Grundlage von Ordnung und Gesetz. Dieser Ruf war begleitet von einem fühlbareren Druck auf einige Parteiführer, von denen ein politisches Harakiri gefordert wurde. Zwei Monate nach dem erfolgten Staatsstreich wurde der Abenteurer Zankoff Chef der „neuen gesellschaftlichen Kraft“, demokratischer Pakt genannt, der sich durch Verschmelzung des Volkspaktes mit der fortschrittlichen Volkspartei, der demokratischen und radikalen Parteien gebildet hatte. So organisiert, konnte die Regierung ohne Gefahr die Septemberprovokation gegen die Kommunistische Partei wagen. Bei den Novemberwahlen von 1923 schlossen sich alle Kräfte „für Ordnung und Gesetz“, die Sozialdemokraten mit einbegriffen, zu einer Koalition gegen die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern zusammen.

Bald jedoch begann der Zersetzungsprozeß unter den bürgerlichen Gesellschaftskräften. Bereits vor dem Septemberaufstand schieden die Nationalliberalen aus der Koalition aus. Da sie die Schuldigen an dem Kriege gegen die Entente waren, galt ihre Teilnahme an der Regierung als unbequem, da diese das Vertrauen Englands und Frankreichs erringen mußte. Im Februar 1924 schieden aus der Regierung die Sozialdemokraten aus, unter dem Drucke der II. Internationale, die sich ihrer schämte, wobei sie jedoch Zankoff auch weiterhin ihre Unterstützung zusagten und ihr Versprechen auch tatsächlich hielten. Kein einziges Mal haben sie ihm ihre Unterstützung versagt. Die Regierung liebäugelte mit ihnen und sogar mit ihrem Programm, da damals in England Macdonald an der Macht war und bald darauf auch in Frankreich sich eine Regierung der Linken bildete. Dies bedeutete einen Zerfall der Regierungskoalition, worauf bald auch die Reihe an den „Demokratischen Pakt“ selbst kam. Die linken Demokraten, mit Malinoff an der Spitze, schieden aus der neuen Regierungspartei aus und stellten die frühere Demokratische Partei wieder her. Das gleiche tat der größte Teil der Radikalen mit Kosturkoff an der Spitze. Beide Parteien stellten sich in Opposition zu Zankoff. Auf diese Weise schrumpfte die politische Grundlage der Regierung tatsächlich auf die alte progressive Volkspartei der herrschenden kapitalistischen Elemente zusammen, denen sich die großbürgerlichen und plutokratischen Elemente beider abgespalteten Parteien zugesellten.

Die Spaltung unter den politischen Anhängern der Bourgeoisie führte unvermeidlich zu einer Zersplitterung ihrer Kampfkräfte, bedeutete somit eine Schwächung der militärischen Macht der Regierung vom 9. Juni. Nachdem das Heer einmal als Waffe im Parteikampf verwendet worden war, und die Offiziere des aktiven Heeres und der Reserve einen parteipolitischen Faktor bildeten, konnten die Parteigruppierungen und -kämpfe auch sie nicht unberührt lassen. Und tatsächlich machten sich denn auch Anzeichen einer Spaltung bei ihnen bemerkbar. Auch in der mazedonischen revolutionären Organisation (WMRO), einer der gesündesten Kampfstützen der Regierung, trat bald eine Spaltung zutage. Sie wurde hervorgerufen sowohl durch die Spaltung innerhalb der Bourgeoisie als auch besonders durch die Linksschwenkung der Massen dieser Organisation. Letztere hatten sich überzeugt, daß sie auf die bulgarische Regierung keinerlei Hoffnung setzen konnten, die, nachdem sie sie als Waffe im Kampfe gegen die bulgarischen Arbeiter und Bauern verwendet hatte, die nationalen Interessen des Landes verriet; sie

wandten daher ihre Blicke der USSR zu und näherten sich den Organisationen des revolutionären Proletariats in den Balkanländern. Der von der Regierung im vorigen September gegen die mazedonische Organisation geführte Schlag befreite die Regierung in der Tat für eine Weile von einem gefährlichen Feinde, beraubte sie jedoch gleichzeitig einer festen Stütze: Die mazedonische Organisation, unter Führung des Generals Protogeroff, war zu nichts anderem fähig, als einige Banditenbanden zur Verfügung zu stellen.

Was ging in dieser Zeit unter den verschiedenen Gesellschaftsschichten vor?

Es ist die Aufgabe einer jeden Regierung, eine breite gesellschaftliche Basis zu schaffen, immer neue und neue Gesellschaftsgruppen zu sich hinüberziehend. Nach Vernichtung der Arbeiter- und Bauernorganisationen sowie aller gesellschaftlichen Organisationen hoffte Zankoff, die Bauern und Arbeiter zwingen zu können, sich mit der neuen Regierungsgewalt abzufinden. Die entschiedene Vorherrschaft der Interessen der Großgrundbesitzer, Bankiers und Spekulanten in der Regierung machte die Verwirklichung dieses Zieles zur Unmöglichkeit, und das terroristische Regime steigerte die Erbitterung der Massen noch weiter. Es gelang somit den Generalen und Professoren nicht, irgend jemanden für sich zu gewinnen. Im Laufe der Zeit wandten sich auch jene bürgerlichen Schichten in den Städten von ihnen ab, die sich anfänglich von den tönenden Phrasen und programmatischen Versprechungen hatten einfangen lassen. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht die Bewegung der kleinen städtischen Handwerker, die der Regierung unverkennbar feindlich gegenüberstehen, und deren Feindschaft sogar in einer demonstrativen Schließung der Läden zum Ausdruck kam. Auch ein großer Teil der Intelligenz, die Unterbeamten usw., die gleichfalls einige Hoffnung auf die neue Regierung setzten, wandten sich von ihr ab. Als die Unruhen im Lande einen chronischen Charakter annahmen, und ein Stillstand im Handel, eine Unsicherheit im Geschäft, eine Beschränkung der Kredite einsetzte, begann auch ein Teil der Bourgeoisie daran zu zweifeln, daß die Leute vom 9. Juni imstande sein würden, „Ordnung, Gesetzlichkeit und Sicherheit“ im Lande herzustellen.

So blieben denn Zankoff und Russeff in der Luft hängen, und auf dieser Tatsache begründete die bürgerliche Oppositionspartei in Gemeinschaft mit den Menschewiken ihre Forderung auf Änderung der Regierungsmethoden und sogar auf Rücktritt der Regierung. Die Militärliga jedoch, die hinter dem Rücken der Regierung stand, wollte nichts von einem Regierungswechsel hören. Um sie zu stürzen, bedurfte es eines stärkeren Druckes von unten, eines stärkeren Druckes von seiten der „Linken“, der eventuell zu einem Zusammenstoß führen konnte. Alle spürten den machtvollen Widerstand der Massen, aber die „linken“ bürgerlichen Parteien fürchteten, die Welle der Volksbewegung könnte über sie hinweggehen und in die Hände der extremen Parteien geraten; sie erwiesen sich als kleinmütig und bekundeten keinerlei Initiative im Kampfe gegen die Regierung. Sie vermochten nicht einmal zu einer Verständigung untereinander zu gelangen, fürchteten die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, und ihr ganzer oppositioneller „Kampf“ erschöpfte sich in feigen Kritikreden und in einer konkreten Unterstützung der Regierung. Eine besondere „Tapferkeit“ bekundeten die Sozialdemokraten: Während ihre Vertreter im Parlament sich erlaubten, die „Übertreibungen“ der Generale zu „kritisieren“, flüsterten die sozialdemokratischen Abgeord-

neten den Regierungsleuten in den Wandelgängen zu, sie sollten ihre „Kritik“ nicht weiter beachten und tun, was sie für richtig hielten.

Den Schlüssel zu der Lage bildete der Landbund. Es war sowohl der Regierung als auch der bürgerlichen Opposition klar, daß sie solange über keine gefestigte Macht verfügen können, wie sie die Bauernschaft nicht beruhigt haben. Während jedoch die Regierung durch Mord und Terror die Bauernmasse einzuschüchtern, sie organisatorisch zu zerstäuben und politisch zu schwächen hoffte, bemühten sich die „Linken“, den Landbund zu spalten, sich mit dessen rechtem Flügel zu vereinigen und sich auf diese Weise die Unterstützung eines namhaften Teiles der Bauernschaft zu sichern. Die „linksgerichtete“ städtische Bourgeoisie war bereit, unter Wahrung ihrer Hegemonie und der Führung im Lande, die Macht mit der bäuerlichen Bourgeoisie zu teilen. In den Dörfern setzte jedoch bald nach der Umwälzung eine rasche politische Klärung und Linksschwenkung ein. Die Bauernmasse näherte sich politisch dem städtischen Proletariat und versöhnte sich mit der Kommunistischen Partei. Es bildete sich in Wirklichkeit eine Einheitsfront der Werktätigen zwischen Stadt und Land gegen die Macht der Großbourgeoisie und in erster Linie — gegen die weißgardistische Regierung. Das gemeinsam vergossene Blut und der Terror, unter dem sie zu leiden hatten, brachte sie erst recht einander näher. Diese Stimmung der Bauernmassen konnte nicht ohne Einfluß auf den Landbund bleiben. Die Leiter des Landbundes mußten ihr Rechnung tragen. Auf diesem Boden kam es zu einem Konflikt zwischen dem rechten und linken Flügel des Landbundes. Dem rechten Flügel, der bereit war, mit den bürgerlichen Parteien ein Kompromiß abzuschließen, gelang es infolge des fürchterlichen Terrors, der von der Regierung gegen alle linken Elemente ausgeübt wurde, die Leitung des Bundes an sich zu reißen. Trotzdem blieb der Einfluß dieses rechten Flügels auf die Massen sehr zweifelhaft. Nach Beseitigung des Terrors wird die Leitung des Bundes zweifellos wieder in die Hände der Linken gelangen. Diese Unbestimmtheit zwang gerade die „linken“ bürgerlichen Parteien, in ihrem Verhalten gegenüber dem Landbund zu schwanken.

Die Kommunistische Partei war bald nach dem Staatsstreich gezwungen, nur noch illegal zu arbeiten. Der Haß der Bourgeoisie ihr gegenüber gründete sich auf die Tatsache, daß es ihr gelungen war, 1. den Einfluß sowohl der Bourgeoisie als auch der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft ganz zu beseitigen, 2. in der werktätigen Bauernbevölkerung, die zum größten Teil unter dem kommunistischen Banner marschierte, gesunde Wurzeln zu fassen, und 3. daß ihr zahlreiche, in öffentlichen Dingen erfahrene und dem Kommunismus ergebene werktätige Intellektuelle zur Verfügung standen. Ihr Vorhandensein bildete daher eine ständige Bedrohung für die Herrschaft der Bourgeoisie. Nach der Umwälzung wurde die Furcht vor ihr noch größer, da die Sympathien der Bauern ihr gegenüber stärker wurden. Natürlich hatte sich die Hoffnung der Feinde, das Septembertöten, die Ausnahme-gesetze und die Auflösung der Arbeiterorganisationen würden die Kommunistische Partei endgültig schwächen, nicht erfüllt. Diese erholte sich rasch von dem schweren, gegen sie geführten Schläge, paßte sich den neuen Verhältnissen an und stellte sich erneut an die Spitze der Volksbewegung. Diese Tatsache setzte die kommunistische Gefahr erneut auf die Tagesordnung. Regierung und Opposition — die rechte und die linke — waren gleicherweise

der Ansicht, daß man die Kommunisten mit aller Kraft bekämpfen müsse. Die Tatsache des Bestehens der Kommunistischen Partei an sich, ganz abgesehen von den Aufgaben, die sie sich in dem gegebenen Augenblick stellte, und den Methoden, mit denen sie sie zu verwirklichen suchte, schloß die gesamte Bourgeoisie — die regierende und die oppositionelle — mit Einschluß ihrer sozialdemokratischen Lakaien gegen die Kommunisten zusammen. Noch vor der Schaffung einer Einheitsfront der werktätigen Massen gegen die Bourgeoisie war die Einheitsfront der letzteren gegen die Kommunisten Tatsache geworden.

Die Kommunisten verkündeten die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung. Der bewaffnete Septemberaufstand vollzog sich unter diesem populären Banner. Um die gewaltige Volksbewegung in den Augen der kapitalistischen Mächte zu kompromittieren und somit bei Unterdrückung der Bewegung freie Hand zu haben, verbreitete die Regierung die Lüge, der Zweck der Erhebung sei die Proklamierung der Räterepublik. Die Kommunisten erachteten zu jenem Zeitpunkt unter Berücksichtigung des politischen Reifegrades der Massen und der internationalen Lage die Etablierung der Rätewacht in Bulgarien nicht für möglich. Im folgenden Jahre waren die Kommunisten, wie immer die internationale Lage auf dem Balkan berücksichtigend, bereit, eine reine Bauernregierung zu unterstützen, die sich auf die breiten Massen der werktätigen Bauernbevölkerung gründete. Zwei Monate vor den letzten blutigen Ereignissen erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei offen, daß die Partei für die Verwirklichung der folgenden unmittelbaren politischen Forderungen eintrete:

1. Beseitigung der Regierung von Usurpatoren;
2. Aufhebung der Ausnahmegesetze, die von den herrschenden Usurpatoren eingeführt wurden, in erster Linie das Gesetz betreffend den Schutz des Staates.
3. Wiederherstellung aller Möglichkeiten legaler Tätigkeit.
4. Volle und unbedingte Amnestie für sämtliche Opfer des Regierungsterrors, die in Gefängnissen und in der Verbannung im Auslande schmachten oder vor der Rache der Regierung in die Berge und Wälder geflohen sind.

Dies bedeutet, daß die Partei bereit war, auch die linken bürgerlichen Parteien zu unterstützen, wenn sie den Mut hätten, einen entschlossenen Kampf für die Verwirklichung dieser bescheidenen politischen Forderungen zu führen.

Was die Kampfmethoden anbelangt, so hat die Kommunistische Partei stets betont, daß das terroristische Regime der Ausnahmegesetze der Generals- und Bankiersregierung die Volksmassen unvermeidlich zum Aufstand treibe, und daß die Partei unter allen Umständen auf seiten der Massen kämpfen werde. Hierbei erklärte das Zentralkomitee mit aller Deutlichkeit, daß „die Kommunistische Partei, die seit bereits dreißig Jahren besteht und es verstanden hat, den vierten Teil der Wähler Bulgariens um ihr Banner zu vereinigen, sich auf den Wunsch einiger Abenteurer hin nicht auflösen könnte . . . und daß es von ihren Gegnern abhinge, wann sie zum legalen Kampf übergehen werde, wie sie ihn zur Verwirklichung ihrer Ideale mehr

als dreißig Jahre lang geführt hat.“ Aber auch diese Erklärung wurde sowohl von der Regierung als auch von der bürgerlichen „linken“ Opposition mit Schmähungen aufgenommen. Augenscheinlich fürchtete die Bourgeoisie auch den legalen Kampf der Kommunistischen Partei und bemühte sich um jeden Preis, die kommunistische Bewegung in jeglicher Form zu beseitigen. Trotz ihres Verhaltens gegenüber den Feinden setzte die Partei ihre ganze Hoffnung auf den politischen Massenkampf. Zu diesem Kampfe rief sie unermüdet die Arbeiter und Bauern auf.

Individuelle terroristische Aktionen lehnte die Partei stets ab in vollem Einverständnis mit der Kommunistischen Internationale. Während ihres mehr als dreißigjährigen Bestehens war kein einziger solcher Fall zu vermerken. Während des Septemberaufstandes wurden gleichfalls keinerlei Maßnahmen oder Handlungen zugelassen, die den Charakter persönlicher Rache getragen hätten. Dagegen haben die bürgerlichen Parteien, die stets ihre „Gesetzlichkeit“ und Humanität beteuern, immer die Methoden individueller Morde angewendet. Es genügt, auf die Ermordung von drei Ministerpräsidenten hinzuweisen: Stephan Stambuloff (1895), Dmitri Petkoff (1907) und Stambulijski (1923), die das Opfer gedungener Mörder ihrer politischen Feinde wurden. Die kurze neueste Geschichte Bulgariens ist leider angefüllt mit einer Reihe politischer Morde an hervorragenden Staatsmännern und Politikern: Aleko, Konstantinoff, Makedonski, Takajeff, Dmitroff, Dr. Genadii, P. Petkoff u. a. m., das Attentat im Sophienkasino, im Odeontheater, im Volkstheater, das Attentat in der Sophienkirche usw. — alles dies war organisiert mit Hilfe der Regierung und bestimmter bürgerlicher Kreise. Während des Krieges massakrierte die bulgarische Bourgeoisie kaltblütig die friedliche Bevölkerung in den okkupierten Ortschaften und namentlich ihre Intelligenz. Jetzt sind die Opfer das eigene Volk und seine Intelligenz.

Nach dem Februar dieses Jahres gestaltete sich die politische Atmosphäre überaus schwül. Alles sprach dafür, daß das Land einer Katastrophe entgegensehe. Man mußte ein Sicherheitsventil finden. Die faschistische Regierung verschärfte jedoch die Situation. Anstatt den Massen entgegenzukommen, um sie in irgendeiner Weise zufriedenzustellen, ging sie kaltblütig an die Vorbereitungen zur Provokation. In Sofia war eine mazedonische Bande von Halsabschneidern zusammengezogen zwecks Ausführung von Mordplänen. In dem Gesetz über den Schutz des Staates wurden neue barbarische Ergänzungen aufgenommen. Die beiden kommunistischen Abgeordneten wurden am hellen lichten Tage in der Hauptstadt ermordet. Der weiße Terror flammte mit ungeahnter Kraft im ganzen Lande auf. Um die getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen, fabrizierte die Regierung falsche Dokumente und sog sich die Nachricht von einem kommunistischen Aufstandsplan für den 15. April aus den Fingern. Die Kommunistische Partei hatte weder für diesen noch sonst für irgendeinen andern Tag einen bewaffneten Aufstand angeordnet. Es ist dies jetzt für jeden klar. Hätte die Partei die Festsetzung einer solchen Erhebung für möglich erachtet, so wäre fraglos eine solche zustande gekommen, unabhängig von den Maßnahmen, die die Regierung getroffen haben würde. Die „linken“ bürgerlichen Parteien erwiesen sich in diesem schwierigen und kritischen Augenblick als kleinmütig und erbärmlich; sie desertierten, verließen das Kampffeld und veranlaßten

die Regierung, den Weg der Provokation und des Irrsinns zu beschreiten. Ohne Zweifel tragen sie die gleiche Verantwortung wie die Regierung für die blutigen Ereignisse im April.

Die Aussichten für die nächste Zukunft

Die bulgarischen Weißgardisten triumphieren erneut. Zusammen mit ihnen jubelt auch die Bourgeoisie; auch die Sozialdemokraten veranstalten Freudenfeiern. Ein neuer Berg von Leichen hat sich gehäuft, neue Ströme von Blut haben sich über das Land ergossen. Tausende von „Verschwörern“ schmachten in den Gefängnissen, wo sie gefoltert und beleidigt werden, und die mit und ohne richterliche Entscheidung Verhafteten und Eingesperreten warten auf den Augenblick, wo die Zankoffbanden an ihnen Rache üben werden. Die Kommunistische Partei, diese machtvolle Organisation, die den Feinden der werktätigen Massen Furcht und Schrecken eingejagt hatte, hat eine Niederlage erlitten. Ihr Vortrupp ist aufgerieben, ihre Kaders sind stark gelichtet, ihre Organisationen zerschlagen — die bürgerlichen und sozialdemokratischen Helfershelfer der Regierung können ruhig schlafen.

Allerdings, einen Aufstand hat es nicht gegeben, die Massen und die Partei haben nicht gekämpft und nicht gerungen; sie waren einfach von den tartarischen Horden der Zankoff und Russeff überfallen worden, die sengten, mordeten, hängten, niederschossen und zu Tode prügeln. Es wurde ein wahnsinniges Gemetzel angerichtet unter Leuten, die aus ihren Häusern, die mitten in der Nacht aus den Betten geholt wurden. Doch was ist dabei? Wer wird die Janitscharen in Sofia zur Verantwortung ziehen? Das auf-rührerische Bulgarien ist „beruhigt“, das „Wespennest“ des Bolschewismus vernichtet, die „europäische Zivilisation“ gerettet. Lob und Dankbarkeit dem Urheber dieser „Großtat“!

Ist denn nun aber durch das angerichtete Blutbad der gordische Knoten in Bulgarien tatsächlich zerhauen, sind die Dornen der bürgerlichen Herrschaft beseitigt worden? Nach der tierischen Unterdrückung der Pariser Kommune befestigte die französische Bourgeoisie ihre Macht, weil sie sich in der aufsteigenden Linie ihrer geschichtlichen Entwicklung bewegte. Der in jeder Hinsicht faulen bulgarischen Bourgeoisie, der nicht einmal die Einspritzungen des Sozialpatriotismus helfen werden, wird dies nicht gelingen. Die bürgerlichen Ideologen erklären: Die „Volksseele ist krank“; in Wirklichkeit stirbt die bürgerliche Gesellschaft ab. Die Volksmassen drohen in dieser vergifteten Atmosphäre zu ersticken und kämpfen für eine neue Gesellschaft, eine neue Macht. Die heutigen „Vaterlandsretter“ glauben, man könnte die „Volksseele“ durch Feuer und Schwert heilen. Ihre zweijährige Praxis hat bewiesen, wie unwirksam dies Rezept ist. Die nahe Zukunft wird dies noch einmal beweisen.

Es ist Zankoff, dessen Diktatorthron bereits stark wackelt, fraglos gelungen, die „linken“ bürgerlichen Helden einzuschüchtern und sie nochmals zu zwingen, ihm alleruntertänigste Lobeshymnen zu singen. Er fühlt momentan die Zügel der Regierung noch fester in seiner Hand. Es ist dies aber Selbstbetrug. In Wirklichkeit haben die linken bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten nie ernstlich seine Macht bedroht. Sie verspürten nie die Kraft und den Mut, sich als seine Gegner zu bekennen: sie „kämpften“

gegen ihn stets nur, indem sie flehten und bettelten. Im wesentlichen kämpften nur die Volksmassen mit der Kommunistischen Partei an der Spitze. Durch ihren Kampf wurde Zankoff geschwächt, und dank der Hartnäckigkeit dieses ihres Kampfes wird die Regierung der Professoren und Generale trotz ihres „glänzenden Sieges“ zurücktreten. Sie wird zurücktreten, 1. weil, solange sie am Ruder ist, dies eine ständige Provokation gegenüber den Arbeitern und Bauern bedeutet, die das ganze Land dauernd in Unruhe und Furcht versetzen wird. Solange sie die Macht in Händen haben wird, werden die Wälder mit „Illegalen“ angefüllt sein, der Kampf mit ihren Insurgenten wird andauern, tausend Emigranten werden in der Fremde weilen, die einen ständigen Quell der Unruhe bilden werden. Die tote Wirtschaftslage und die persönliche Unsicherheit werden nicht verschwinden. Das Land wird den Alpdruck neuen Blutvergießens nicht loswerden. Die Regierung wird 2. zurücktreten, weil sie nicht länger imstande sein wird, die Bourgeoisie mit dem Popanz „bolschewistischer Verschwörungen“ einzuschüchtern, nachdem sie sich für den Augenblick von dem Gespenst der kommunistischen Gefahr befreit fühlen wird. Die Bourgeoisie wird die Notwendigkeit verspüren, sich den Massen durch eine nicht so blutbefleckte Regierung zu nähern. Jeglicher gesellschaftlichen Stütze beraubt, wird Zankoff nicht lange Widerstand leisten können. Auch die imperialistischen Mächte werden, nachdem sie die Halsabschneider von Sofia wie eine Zitrone ausgepreßt haben, keinerlei Interesse daran haben, diese blutbefleckte und beim Volke verhaßte Regierung zu unterstützen. Sie werden unter dem Ansturm der Empörung ihrer Völker diese Regierung auf den Schutthaufen werfen.

Man darf sich jedoch in bezug auf Charakter und Methoden der künftigen Regierung keinerlei Illusionen hingeben. Die bürgerliche Demokratie ist in Bulgarien unwiederbringlich dahin. Konstitutionalismus und Parlamentarismus sind leere Phrasen und Formen, hinter denen sich die bürgerliche Diktatur versteckt. Aber sie läßt sich nicht weiter verstecken. Die neue Regierung wird vielleicht noch einmal versuchen, mit ihnen die Massen zu betrügen. Sie wird jedoch selbst sehr bald die Lüge enthüllen. Die Bourgeoisie, die schon vor dem Staatsstreich das Vertrauen der Massen verloren hatte, kann sich nicht der Illusion hingeben, daß es ihr erneut gelungen wäre, dieses Vertrauen durch die Herrlichkeiten des Regimes des Generals Russeff zurückzugewinnen. Sie wird daher wieder den schon früher betretenen Pfad der offenen Diktatur gehen. Namentlich kann die Kommunistische Partei nicht auf die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit ihr gegenüber hoffen. Auch die künftige Regierung wird sie zur Illegalität zwingen, sie durch barbarische Gesetze und Ausnahmemaßnahmen verfolgen. Das Ausnahme-regime gegen die bulgarische Kommunistische Partei bedeutet jedoch Rechtlosigkeit, Freiheitsbeschränkung, Antastung der Interessen der werktätigen Massen. Die „linken“ bürgerlichen Parteien weisen energisch den Vorwurf der Verteidiger der jetzigen Regierung zurück, die Macht in ihren Händen würde ein bulgarisches Kerenskitum bedeuten. Sie sind augenscheinlich bereit, den Weg Zankoffs zu beschreiten. Die nächste Zukunft in Bulgarien wird sich allen äußeren Änderungen zum Trotz, die möglicherweise eintreten, im wesentlichen nicht viel von der Gegenwart unterscheiden. Symptome irgendeines wirtschaftlichen Aufschwungs sind nicht zu verspüren.

Das Land wird immer mehr zu einer Kolonie des Auslandskapitals. Von einer Gesundung der Staatsfinanzen kann keine Rede sein. Nichts läßt darauf schließen, daß eine Milderung der Reparationsverpflichtungen des Landes eintreten könnte. Die Finanzkatastrophe pocht an die Tür. Auf dem Boden der wirtschaftlichen finanziellen Krise werden die Kapitalisten toben, die Massen sich revolutionieren und nach links einschwenken. An die Stelle der Zweideutigkeit und Unbeständigkeit werden in immer stärkerem Maße in der Politik Klassenprogramme treten. Die Trennung zwischen den beiden Gesellschaftslagern wird immer deutlicher zutage treten, und der Kampf zwischen ihnen wird immer schärfere Formen annehmen.

Inzwischen werden sich die Gegensätze auf dem Balkan beständig weiterentwickeln, die Konflikte zwischen den Balkanregierungen werden sich vertiefen und die Balkanvölker mit neuen blutigen Zusammenstößen bedrohen.

Die Aufmerksamkeit der Massen wird sich somit erneut auf die Machtfrage konzentrieren, da sie nur durch Besitzergreifung der Macht imstande sein werden, aus ihrer unerträglichen Lage herauszukommen.

Die Kommunistische Partei hat einen schweren Schlag erhalten. Aber der Jubel der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie ist unbegründet. Sie wird sich wieder erholen und wieder an die Spitze des Massenkampfes treten. Die Kommunistische Partei ist eine Notwendigkeit der revolutionären Epoche, und solange sich Bulgarien in dieser Epoche befindet, wird nichts imstande sein, die Kommunistische Partei zu vernichten. Die Bourgeoisie bewegt sich im Kreise: einerseits vernichtet sie die Kommunisten, andererseits bestellt sie eifrig den Boden, auf dem sie wachsen. Sie wird ihrem historischen Untergang nicht entgehen und ihre Todesstunde mit dem Glorienschein eines nie dagewesenen Verbrechertums zieren.

A. MARTYNOW :

DIE ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT UND DIE NEUEN AUFGABEN DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN IM DORFE

Zwei Lager stehen gegenwärtig einander feindlich gegenüber. Das eine ist Sowjetrußland. Es hat sich ganz dem Aufbau gewidmet und betreibt eine friedliche Außenpolitik. Aber schon durch die bloße Tatsache seines siebenjährigen Bestehens und durch die Erfolge seines proletarischen Schaffens führt es gefährliche kommunistische „Propaganda“ überall auf der Welt und erobert die Sympathien der Proletarier des Westens und der unterdrückten Völker des Ostens. Das andere Lager ist das kapitalistische, das mit Waffen rasselt, Donner und Blitz gegen Sowjetrußland schleudert und mit allen Kräften bemüht ist, eine Einheitsfront gegen Sowjetrußland zustande zu bringen.

Zur Zeit sind beide Lager in einem Prozeß ökonomischer Stabilisierung begriffen. Doch kann die kapitalistische Welt, in der das Element der Konkurrenz waltet, die Gegensätze in ihrem Lager nicht überwinden. Innerhalb dieses Lagers verwandeln sich elementar die heutigen Verbündeten in Gegner von morgen. Wir haben gesehen, wie die Verbündeten — England und Frankreich — gleich nach dem Versailler Friedensschluß in einen maskierten Kampf gegeneinander traten, und wie England in kurzer Zeit es fertigbrachte, die politische Hegemonie, genauer gesagt — das Privileg des kapitalistischen Gendarmen auf dem europäischen Festlande, den Händen Frankreichs zu entreißen. Wir haben gesehen und sehen es noch heute, wie England unter Mitwirkung der Ver. Staaten von Amerika Deutschland auf die Beine stellte, wie es mit der einen Hand die ökonomische Schlinge um Deutschland warf und mit der anderen es mit der Rüstung des Feldmarschalls Hindenburg ausstattete und bemüht ist, es zu seinem Landsknecht zu machen — und wie Frankreich angstvoll auf das sich stabilisierende Deutschland schaut, das nach den Weisungen seiner Gebieter den östlichen Nachbar, die Sowjetunion, zu bedrohen hat, das sich aber, erstarkt, auf den westlichen Nachbar stürzen und sich für die Versailler Erniedrigung revanchieren kann. Wir sehen auch andere Wandlungen. Zur Zeit leben wir im Zeichen des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens in Europa. Gleichzeitig aber verschärfen sich auf der ganzen Welt auch die Gegensätze zwischen diesen „Mitarbeitern“. Die Vereinigten Staaten haben das im Weltkriege vergossene Blut in Gold verwandelt, sie streben nach der ökonomischen Versklavung ganz Europas und stellen schon jetzt die größte Bedrohung des britischen Weltreichs dar. Es ist unschwer vorauszusehen, daß früher oder später England unter solchen Bedingungen an die Errichtung einer Koalition gegen die aufsteigende Dollarrepublik gehen wird, wie es am Anfang des Jahrhunderts eine solche Koalition gegen das aufsteigende

Hohenzollernreich baute. Der Kapitalismus ist außerstande, die ihn zerfleischenden imperialistischen Gegensätze zu überwinden, und diese entwickeln sich um so schneller, je ärmer und enger der Weltmarkt nach den Kriegsverheerungen geworden ist; darum ist seine Stabilisierung höchst unhaltbar und ohne lange Dauer.

Einen ganz anderen Charakter trägt die ökonomische Stabilisierung der Sowjetrepublik. Auch sie hatte und hat auch jetzt innere Reibungen zwischen den Verbündeten — dem Proletariat und der Bauernschaft — zu überwinden, aber in ihrer Ökonomik herrscht die Planmäßigkeit über das Elementare, und ihr grundlegender strategischer Plan — dabei ein gut begründeter und durch Erfahrungen geprüfter Plan — besteht in der Festigung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft unter Wahrung der proletarischen Hegemonie. Darum ist ihre Stabilisierung von keinen inneren Katastrophen bedroht.

Reibungen zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, ich wiederhole es, entstanden in der Sowjetunion periodisch, aber die KPR überwindet sie geschickt. Zum erstenmal entstanden scharfe Reibungen im Jahre 1921. Sie veranlaßten die Sowjetmacht, ihre ökonomische Politik schroff zu ändern und vom Kriegskommunismus zur NÖP überzugehen. Die neue ökonomische Politik, die die Handelsfreiheit wiederherstellte, befriedigte nicht nur das Dorf, sondern gab auch die Möglichkeit, die Geldreform erfolgreich durchzuführen und die Industrie zu beleben. Das waren die Hauptaufgaben, auf die fast die ganze Aufmerksamkeit unserer Partei in der vergangenen vierjährigen Periode konzentriert war. Jetzt signalisierten einige Erscheinungen im Dorfe die Notwendigkeit einer neuen Wendung — der Erweiterung der NÖP im Dorfe und der Entfesselung der bäuerlichen Selbsttätigkeit, wobei jetzt, wie auch im Jahre 1921, der neue Kurs nicht nur durch die Interessen der Festigung des Arbeiter- und Bauernbündnisses diktiert wird, sondern auch durch die Interessen der Weiterentwicklung unserer Industrie, die in eine neue, höhere Phase tritt, d. h. im Endresultat — durch die Interessen der Festigung der Diktatur des Proletariats im Lande.

In der vergangenen Periode ging der Wiederaufbau unserer Industrie in rein amerikanischem Tempo vor sich, den bürgerlichen Kassandrarußen zum Trotz, denen zufolge das Proletariat nie und nimmer mit dieser Aufgabe fertig werden würde. Ich nehme einige Beispiele aus dem letzten Bericht des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates, des Genossen Dserschinski: Unsere Metallindustrie, die sich später als alle anderen Industrien zu entfalten begann, erst seit Ende des vorigen Jahres, baut sich in solch rasendem Tempo auf, daß man ihren Wiederherstellungsplan im Laufe des Jahres dreimal revidieren und erweitern mußte, wobei am Ende des Jahres die Ausmaße der Wiederherstellung die ursprünglich festgesetzte Aufgabe um 90 Prozent übertrafen. Unsere elektrische Industrie baut sich in noch schnellerem Tempo auf und hat schon jetzt den Vorkriegsstand überschritten. In der Gummiindustrie bestand noch vor einem Jahr die Frage, welchen von den zwei hauptsächlichsten Betrieben des Gummitrusts man stilllegen soll, angesichts der Tatsache, daß auf dem Lager 8 Millionen Galoschen (Gummischuhe) liegen, die keinen Absatz gefunden haben. Jetzt, nachdem die Preise für Galoschen herabgesetzt sind, legen wir nicht nur die

Betriebe nicht still; wir haben im Gegenteil die Zahl der Arbeiter in der Fabrik „Treugolnik“ von 5000 auf 13 000 erhöht. Die Textilindustrie erreichte im vorigen Jahre 44 Prozent der Vorkriegsproduktion. Im laufenden Jahre erreichte die Baumwollindustrie 74 Prozent der Vorkriegsproduktion. Im allgemeinen ist unsere Industrie in einem Jahre um das Anderthalbfache gewachsen, und wir können erwarten, daß in ein oder zwei Jahren ihre Produktion im ganzen die der Vorkriegszeit übertreffen wird. Das Wachsen der Industrie vollzieht sich bei uns parallel mit der Herabsetzung der Preise für Industrieerzeugnisse, und trotz der systematischen Preissenkung wachsen die Einnahmen des Staates aus der Industrie: Im laufenden Jahre rechnet unsere Staatskasse mit der Einnahme von 600 Millionen Rubel direkten und indirekten Steuern auf Industrieerzeugnisse.

Da in der vergangenen Periode der NÖP die Hauptaufmerksamkeit der Sowjetmacht auf die Wiederherstellung der städtischen Industrie — dieser Basis der Diktatur des Proletariats — gerichtet war, ist das Entwicklungstempo der Landwirtschaft verhältnismäßig stark zurückgeblieben. Zwar erreicht unsere Anbaufläche schon jetzt 72 Prozent der Vorkriegszeit und wird in ein oder zwei Jahren dem Vorkriegsstand gleich werden, wohl wächst die Zahl des lebenden und toten Inventars auf dem Dorf (die Zahl der Pferde nahm in einem Jahr um 10 Prozent zu, die Zahl der im Verlauf eines Jahres aufs Land geschafften landwirtschaftlichen Geräte hat sich verdreifacht und deckt schon 70 Prozent der Vorkriegsnachfrage), aber immerhin ist es nicht möglich, das Entwicklungstempo der Landwirtschaft mit dem unserer städtischen Industrie zu vergleichen. Die letztere betrug in den Jahren 1921—22 23 Prozent derjenigen der Vorkriegszeit und beträgt jetzt schon 70 Prozent, wobei sie in dem einen letzten Jahr um das Anderthalbfache gestiegen ist. Auch die Landwirtschaft hat dieses Niveau erreicht, aber sie war viel weniger durch den Krieg zerstört, sie hatte viel weniger nachzuholen. Sie wächst, aber weit langsamer, und hat im letzten Jahre nur um 2 Prozent zugenommen. Während die städtische Industrie im letzten Jahre ihre Produktion um 850 Millionen steigerte, hat die Landwirtschaft sie nur um 130 Millionen vergrößert.

Ziehen wir in Betracht, daß das verlangsamte Entwicklungstempo der Landwirtschaft von dem stärksten Erwachen der Bauernschaft und von einem nie dagewesenen Drang ihrerseits zur Rationalisierung ihrer Wirtschaft begleitet wurde, so werden wir verstehen, daß unser Bauerntum natürlicherweise in bezug auf das Proletariat „eifersüchtig“ werden mußte. Eine gewisse Unzufriedenheit damit, daß die Sowjetmacht den Interessen und Geschicken des Proletariats sozusagen mehr Aufmerksamkeit schenke als den Geschicken des Bauerntums. Dieses Gefühl wurde auch noch dadurch genährt, daß unser Parteiapparat auf dem Dorfe unvergleichlich schlechter funktionierte als in den Städten und insbesondere im Zentrum.

Die Dorfkommunisten stehen bei uns auf dem schwersten Posten. Auf das unermessliche bäuerliche Meer entfallen bei uns nur 145 000 Dorfkommunisten, die mit den Parteispitzen schlecht verbunden sind, von denen 100 000 in der Sowjetarbeit tätig sind und nur ein kleiner Prozentsatz sich mit dem Ackerbau beschäftigt. Im Moskauer Gouvernement zum Beispiel betätigen sich von den 11 000 Dorfkommunisten im Ackerbau nur einige Hunderte, was nur etwa 0,5 Prozent ausmacht. Unsere Partei-

genossen im Dorfe sind auf diese Weise nicht nur mit den Parteispitzen schlecht verbunden, sondern ebenso schlecht auch mit der bäuerlichen Masse. Diese Genossen, die große Verdienste um die Partei haben, die in der Periode des Bürgerkrieges und des Kriegskommunismus ungeheure Selbstverleugnung im Kampfe um die Erhaltung der Diktatur des Proletariats auf dem Lande an den Tag gelegt haben, diese Genossen sind vielerorts in den Traditionen des Kriegskommunismus erstarrt und haben sich an die neuen Bedingungen des ökonomischen Aufbaus in weit geringerem Maße angepaßt als die Parteigenossen in der Stadt. Ein Teil dieser Genossen hat sich verbürokratisiert, „kommandiert“ allzu reichlich, ein kleiner Teil hat sich direkt zersetzt.

Gleichzeitig ging auf dem Dorfe ein starker kultureller Aufstieg der parteilosen Bauernschaft vor sich. Die demobilisierten Rotarmisten, ein Teil der mittleren Bauern und die Dorfintelligenz — die Lehrer, die einen Wendepunkt zur Sowjetmacht hin durchgemacht hatten — sie brachten aus sich eine Schicht von im Dienste des öffentlichen Lebens stehenden Elementen hervor, die auf dem laufenden der Politik der Sowjetmacht waren, und die deutlich sahen, daß zwischen den von oben kommenden Parteidirektiven und der Praxis unserer Genossen im Dorfe nicht selten eine starke Disharmonie herrscht. Die im Herbst vergangenen Jahres verstärkteinsetzende und in einzelnen Fällen im Meuchelmord ihren Ausdruck findende Hetze seitens der ländlichen Machtorgane gegen die Dorfkorrespondenten unserer Zeitungen, die die Mißbräuche dieser ländlichen Organe enthüllten, zeigte die Notwendigkeit für unsere Partei, die in den vergangenen Jahren der NÖP ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Wiederherstellung der Industrie und die Sammlung der proletarischen Kräfte gerichtet hatte, jetzt „das Gesicht dem Dorfe zuzuwenden“.

Im Zeichen dieser Losung — „das Gesicht dem Dorfe zuwenden“ verlief im vergangenen Jahre die Oktobertagung des Zentralkomitees der KPR. Als die hauptsächlichste Aufgabe des gegenwärtigen Moments wurde vom Zentralkomitee aufgestellt: die Belebung der Aktivität der Sowjets von unten auf, vom Dorfe bis nach oben. Das Zentralkomitee gab die Direktive aus: Abschwächung des Drucks auf die Sowjets bei den Wahlen, Nichtaufzwingung der Parteikandidaten bei den Wahlen, Verpflichtung der Sowjetmitglieder zur Berichterstattung, Heranziehung der parteilosen Bauern zur Sowjetarbeit, zur Arbeit in den Genossenschaften, Bauernkomitees (Komitees zur gegenseitigen Unterstützung), Lesestuben usw. Gleichzeitig wurden vom Zentralkomitee die Direktiven aufgestellt: Hebung der Qualifikation der Parteifunktionäre der örtlichen Dorfzellen, ihre bessere Durchbildung, Erneuerung ihres Bestandes, Steigerung des Zustroms im Ackerbau tätiger Bauern in die Parteizellen, Entfernung sich zersetzender Elemente aus den Parteizellen, Hebung der Zellenarbeit im Sinne der Steigerung ihrer Aufmerksamkeit für den kulturellen und ökonomischen Aufbau im Dorfe, gesteigerte Aufmerksamkeit für die kommunistischen Jugendverbände des Dorfes. Das passive Verhalten der Dorfbevölkerung bei den Wahlen veranlaßte die Partei, die Losung aufzustellen: Erneute Vornahme der Wahlen überall dort, wo die Wahlbeteiligung gering gewesen war, unter den Bedingungen größerer Wahlfreiheit. Dieser neue Kurs fand bei der Bauernschaft lebhaften Widerhall. Die Neuwahlen

verliefen im Zeichen großer Belebung: Der Prozentsatz der Wähler stieg fast um das Doppelte; es nahmen im Durchschnitt 45—50 Prozent der Wahlberechtigten teil. In manchen Bezirken wurden 30—60 Prozent der unteren Sowjets neu gewählt. Doch hatten unsere Parteigenossen in den Dorfzellen den Sinn des neuen Kurses ungenügend erfaßt: Ein Teil von ihnen erblickte darin eine Schwächung der Diktatur des Proletariats, geriet in Verwirrung und verhielt sich sehr passiv. Die Masse der mittleren Bauern brachte dem neuen Kurs der Sowjetmacht auf dem Lande viel Sympathie entgegen, aber der Prozentsatz der in die Sowjets gewählten örtlichen Parteimitglieder nahm ab, es kamen nur die Parteikandidaten durch, die sich durch ihre Arbeit im Dorfe Vertrauen erworben hatten. Mancherorts, z. B. in der Kubangegend, wurde der neue Kurs sogar von den Kulak-elementen ausgenutzt. In der Kubangegend wurden vorwiegend alte Kosaken von 40—60 Jahren gewählt. Im allgemeinen ist zu sagen, daß bei den Wahlen gleichzeitig mit einer kritischen Einstellung der Bauernschaft gegenüber den örtlichen unteren Parteiarbeitern das Vertrauen der Bauernmassen zur Sowjetmacht im Zentrum an den Tag trat. Und der neue Kurs selbst hat dieses Vertrauen bedeutend gestärkt.

Die teilweisen Mißerfolge, die die unteren Parteizellen bei den Neuwahlen erlitten, haben die Partei nicht im geringsten verwirrt. Es war auch schwer zu erwarten, daß diese im Vergleich zu den Stadtzellen rückständigen Dorfzellen den Sinn der taktischen Wendung in der Partei sofort erfassen, geschweige denn sich sofort neu erziehen lassen würden. Ihre Neuerziehung erfordert langwierige, beharrliche Arbeit seitens der Partei, die denn auch gleich begonnen wurde.

Der neue Kurs der Partei war ursprünglich nur auf Belebung der Sowjets gerichtet; aber eine gewisse Niedergedrücktheit im Sowjetleben auf dem Lande war eng verbunden mit der gleichen Niedergedrücktheit der ökonomischen Selbsttätigkeit der Bauern. Die von der Partei nach dem neuen Kurs vorgenommene Untersuchung von Dörfern in verschiedenen Gegenden hat das in genügendem Maße erwiesen. Es wurde für die Partei klar, daß, wenn wir den Rahmen der ökonomischen Selbsttätigkeit der Bauern nicht gleich erweitern und mit den ökonomischen Überresten aus der Zeit des Kriegskommunismus im Dorfe nicht aufräumen, wenn wir die Prinzipien der neuen ökonomischen Politik auf das Dorf nicht in dem Maße ausdehnen, wie wir sie früher schon auf die Städte ausgedehnt haben, wir nicht nur die Anzeichen von Unzufriedenheit in der Bauernmasse nicht beseitigen, sondern das gesamte ökonomische Leben des Landes auf das tote Gleis bringen werden.

Wir haben schon davon gesprochen, daß in den vier Jahren seit Beendigung des Bürgerkrieges die Sowjetmacht es fertiggebracht hat, die Staatsindustrie fast auf den Vorkriegsstand zu bringen. Wir nähern uns der Zeit, wo die alten Betriebe mit 100 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten werden. Das stellt uns vor neue Probleme. All das, was das Proletariat für die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Anstrengung seiner Muskeln und seiner Energie tun konnte — als das ist zum bedeutenden Teil schon geleistet. Zur Weiterentwicklung der Arbeitsproduktivität und zur Weiterentwicklung unserer Industrie ist erforderlich die Neuausstattung der Betriebe unter Ausnutzung der letzten

Errungenschaften der Technik und die Errichtung neuer Betriebe. In ganz naher Zukunft wird die ökonomische Entwicklung der Sowjetrepublik auf das Problem der Erweiterung des Grundkapitals des Landes stoßen. Aber die Auslagen für das Grundkapital machen sich nicht so bald bezahlt. Diese Auslagen erfordern eine vorhergehende verstärkte Akkumulation, und da es ziemlich unwahrscheinlich ist, daß die Sowjetrepublik Kredite von den bürgerlichen Staaten erhält, kann diese Akkumulation nur auf dem Gebiete der Landwirtschaft erfolgen. Auf diese Weise gelangen wir vom anderen Ende her an das Problem der Verstärkung der Akkumulation auf dem Dorfe.

Aber diese Akkumulation stieß auf starke Hindernisse seitens der ökonomischen Überreste aus der Zeit des Kriegskommunismus. Unsere Agrargesetzgebung beengte das Recht der Bauern, ihr Land zu verpachten, und schränkte das Recht auf Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft ein. Diese Maßnahmen sollten als Schutzwall gegen das Eindringen des kapitalistischen Verhältnisses in unser Dorf dienen. Aber dieser Schutzwall erwies sich zum Teil als unwirksam, zum Teil als reaktionär und die ökonomische Entwicklung hemmend. Die Sowjetmacht, die alle Kommandohöhen im ökonomischen Leben des Landes beherrscht, verfügt über genügend Mittel, um den landwirtschaftlichen Kapitalismus letzten Endes zu überwinden, worüber noch weiter unten die Rede sein wird. Von diesen Mitteln sind die juristischen und administrativen Hemmnisse einer kapitalistischen Entwicklung am untauglichsten. Indem sie die Entwicklung der kapitalistischen Ausbeutung einengen, fördern sie nur die schlimmeren Formen der versteckten versklavenden Ausbeutung. Letzten Endes mißfielen diese juristischen Hindernisse nicht nur den wohlhabenden Bauern, denen es dadurch unmöglich gemacht war, ihre Wirtschaft offen zu erweitern, und auch nicht nur den mittleren Bauern, die in der Erntezeit Lohnarbeiter einzustellen gezwungen sind: auch die Dorfarmut, die der Möglichkeit beraubt war, für ihre Arbeitskraft Verwendung zu finden, war damit unzufrieden. Und bei uns gibt es viel Dorfarmut. Obwohl der Boden mehr oder weniger gleichmäßig verteilt ist, ist die Differenzierung der Bauern groß, im Zusammenhang mit der ungleichmäßigen Verteilung des lebenden und toten Inventars und der Geldmittel: Wir zählen fast 40 Prozent Bauern, die keine Pferde besitzen. Diese bestellen zwar ihr Land, indem sie sich die Pferde bei den wohlhabenden Bauern mieten; diese Nutzung bringt sie aber unter das Joch der letzteren, und sie befinden sich mitunter in schlechteren Verhältnissen als die landlosen Knechte.

Die Einengung des Pachtrechtes und des Rechtes auf Anwendung von Lohnarbeit, die die Intensivierung der Landwirtschaft hemmt, hat noch eine andere, höchst schädliche Folgeerscheinung. Sie verringert die Aufnahmefähigkeit des Dorfes hinsichtlich der Arbeitskräfte, erzeugt ländliche Übervölkerung und ruft eine chronisch zunehmende Arbeitslosigkeit im Lande hervor. Die Industrie vermag sogar bei ihrem gegenwärtigen rasenden Entwicklungstempo nur 200—300 000 neue Arbeiter jährlich aufzunehmen; die Zunahme der Bevölkerung beträgt aber bei uns mehr als 1½ Prozent, was anderthalb bis zwei Millionen überflüssige Hände ausmacht.

Die Bauernschaft versuchte, die einschränkenden Gesetze hinsichtlich der

Lohnarbeit verschiedentlich zu umgehen. Mancherorts begann man „befristete Heiraten“, fiktive Adoptierungen usw. zu praktizieren. Mit solchen Mitteln läßt sich aber wenig erreichen. Im allgemeinen hatten die Bauern Angst, sich der Lohnarbeit zu bedienen, weil sie wußten, daß man sie deswegen zu „Kulaken“ (Wucherern) stempeln und verfolgen würde. Dabei mußte man für die Benutzung von Lohnarbeit so viel zahlen, daß diese unrentabel wurde. An manchen Orten mußten die Bauern für die Verwendung eines Lohnarbeiters bis zu 30 Rubeln zahlen, andernorts 12—30 Prozent des Ertrages; in vielen Fällen nahmen die Dorfkomitees für die bloße Registrierung des Arbeitsvertrages 2—3 Rubel.

Jetzt hat die Sowjetmacht beschlossen, diese juristischen und administrativen Hindernisse gegen das Eindringen des Kapitalismus in das Dorf in bedeutendem Maße zu beseitigen. Nach unserem Agrarkodex durften die Bauern das Land nur auf eine Saatperiode verpachten. Jetzt haben die Bauern in der RSFSR (großrussische Bundesrepublik) mit Genehmigung des Zentralexekutivkomitees das Recht erhalten, ihr Land bis zu zwei Saatperioden zu verpachten, was bei der Vielfelder-Wirtschaft einer zwölfjährigen Pacht entspricht. Gleichzeitig hat der Rat der Volkskommissare der Union eine provisorische Verordnung erlassen, die die Bedingungen der Anwendung von Aushilfslohnarbeit in Bauernwirtschaften erleichtert. Diese Verordnung, die den Bauern erlaubt, Aushilfslohnarbeit auch auf gepachtetem Boden zu benützen, und die hinsichtlich der Arbeitszeit und der Feiertagsruhe die spezifischen Bedingungen der Landwirtschaft mit ihren Erntezeiten berücksichtigt, verfolgt nur das Ziel, die Knechte und Mägde vor versklavenden Bedingungen des Lohnverhältnisses und vor Verletzungen des Arbeitsschutzgesetzes zu schützen.

Eng damit verbunden war die Frage einer Schwenkung in dem bisherigen Verhalten gegenüber der Heimindustrie. Die Heimindustrie spielt in der Bauernwirtschaft eine große Rolle. Noch im Jahre 1923/24 entfiel von der Gesamtmasse der Industrieerzeugnisse, die die Bauernwirtschaft verbraucht, ein Drittel auf Erzeugnisse der Heimindustrie. Seit dem Kriegskommunismus stand die Sowjetmacht der Heimindustrie ablehnend gegenüber, weil sie deren Konkurrenz für die staatliche Großindustrie befürchtete. In der Zeit, wo unsere Fabrikschlote nicht rauchten, wo unsere gesamte Großindustrie paralytisch war, waren diese Befürchtungen wohlbegründet. Gegenwärtig sind sie überlebt und haben ihren Sinn verloren. Die Entwicklung der Heimindustrie bedeutet jetzt keine Gefahr mehr für die Entwicklung unserer staatlichen Großindustrie. Ja, noch mehr, die Heimindustrie kann für sie eine wichtige Stütze sein. Erstens rekrutieren sich bei uns aus den Heimgewerbetreibenden die qualifizierten Fabrikarbeiter; zweitens kann die Heimindustrie den jetzt stark spürbaren Warenhunger des Dorfes mildern, der dadurch hervorgerufen ist, daß unsere Fabrikindustrie nicht imstande ist und bei der Preisherabsetzungspolitik noch auf lange Zeit hinaus nicht imstande sein wird, mit dem wachsenden Warenbedarf des Dorfes Schritt zu halten; drittens — und das ist das wichtigste — kann die Heimindustrie die Aufnahmefähigkeit des Dorfes an Arbeitskräften stark steigern, die Arbeitslosigkeit mindern und die Lage der Dorfarmut erleichtern. Trotzdem also im Interesse der Wiederherstellung unserer Großindustrie die Beseitigung der administrativen Einschränkung der Heim-

industrie schon lange erforderlich war, haben wir aus einem gewissen Beharrungsvermögen heraus noch bis in die letzte Zeit diese Einschränkung aufrechterhalten. Als Ergebnis davon hat bei uns die Zahl der Heimgewerbetreibenden im Vergleich zu der Vorkriegszeit um die Hälfte abgenommen. Vor dem Kriege hatten wir 4 Millionen Heimgewerbetreibende, jetzt zählen wir ihrer 2 130 000.

Gegenwärtig hat die Sowjetmacht auch in bezug auf die Heimgewerbetreibenden einen neuen festen Kurs eingeschlagen. Auf Beschluß des Rates der Volkskommissare der Union werden die ländlichen Heimgewerbetreibenden und Handwerker, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, sowie jene, die dem Charakter ihres Gewerbes nach ohne Lohnarbeiter nicht auskommen können, von der Gewerbesteuer befreit. Die Heimgewerbetreibenden der letzteren Kategorie werden auch von der Einkommensteuer befreit, wenn sie die Landwirtschaftssteuer zahlen. Und zahlen sie diese nicht, so müssen sie nur soviel Einkommensteuer zahlen wie sonstige Personen, die ihr Einkommen aus persönlicher Arbeit beziehen. Auch der Handel der Heimgewerbetreibenden wird von der Gewerbesteuer befreit, insofern sie mit eigenen Erzeugnissen handeln. Gleichzeitig ist der Kurs auf die genossenschaftliche Zusammenfassung der Heimgewerbetreibenden und ihre Versorgung mit Halbfabrikaten und Rohmaterial gerichtet. Schließlich hat die Sowjetmacht beschlossen, die Heimgewerbetreibenden dem werktätigen Element der Bevölkerung zuzurechnen und sie dementsprechend als politisch voll- und damit wahlberechtigte Staatsbürger zu betrachten.

In welchem Verhältnis stehen diese neuen Maßnahmen im Dorfe zu unseren sozialistischen Aufgaben? Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wurde von niemandem in der Partei bestritten. Aber in ihrer Bewertung zeigten sich anfangs zwei falsche Abweichungen: die einen Genossen mit „linker“ Abweichung (Larin, Kritzman u. a.) erkannten wohl die Notwendigkeit der neuen Maßnahmen an, sie sagten aber, daß diese Maßnahmen das kapitalistische Verhältnis im Dorfe freimachen werden, und daß wir daraus einen bestimmten Schluß ziehen müssen: wir müssen uns gleichzeitig auf die Zuspitzung des Klassenkampfes im Dorfe orientieren und der Kulaken-(Großbauern-)Wirtschaft, die nunmehr stark zunehmen wird, die Vereinigung der Dorfarmut durch forcierte Entwicklung der Kollektivwirtschaften entgegenstellen. Andere Genossen, darunter auch die vom Landwirtschaftskommissariat, die die Initiatoren dieses neuen Kurses waren — Genossen, die über die Stimmungen im Dorfe gut unterrichtet waren und sich selbst zum Teil von diesen Stimmungen beeinflussen ließen, zeigten eine gewisse rechte Abweichung. Sie waren geneigt, die prinzipielle Bedeutung der neuen Schritte in unserer Dorfpolitik zu vertuschen. Von dem richtigen Grundgedanken ausgehend, daß die Einbeziehung der Bauern in den sozialistischen Aufbau ohne Entwicklung der Warenzirkulation in der Landwirtschaft und ohne deren Intensivierung unmöglich ist, und daß diese Entwicklung nicht vorwärtsschreiten wird, wenn wir jeden strebsamen Bauer, der seine Wirtschaft verbessert, zu den Kulaken rechnen und den entsprechenden administrativen Einwirkungen und rechtlichen Einschränkungen ausliefern, wenn wir ihm als Vorbild jeden armen Bauern gegenüberstellen, mag auch dieser hauptsächlich nur infolge seiner Trägheit arm bleiben —, neigten diese Genossen dazu, den Begriff des „Kulak“ allzusehr einzuengen und den Begriff

des Faulenzers“ allzusehr auszudehnen. Als „Kulak“ gilt für sie nur der Bauer, der sich mit Wucher und versklavenden Ausbeutungsformen beschäftigt, der an der Erhaltung der Rückständigkeit des Dorfes interessiert ist.

Die Partei lehnte beide Abweichungen ab: sowohl die weniger gefährliche, weil mehr theoretische rechte als auch die gefährlichere, weil praktische linke Abweichung.

Die Genossen Rykow, Bucharin, Molotoff und Kamenew formulierten in dieser Frage auf der XIV. Parteikonferenz, in der Presse und auf dem Sowjetkongreß eine klare Linie, die vollkommen den Prinzipien des Leninismus entspricht. Einerseits gaben sie die klare Bestimmung des Begriffes „Kulak“, indem sie betonten, daß nicht nur der Wucherer, der auf Kosten der Rückständigkeit des Dorfes schmarotzt, sondern auch das „progressive“ Bäuerlein, das nach allen Regeln der kulturellen Wirtschaft den Mehrwert aus der Lohnarbeit der Knechte herausholt, ein Kulak ist. Andererseits wies Genosse Rykow mit Recht darauf hin, daß die wohlhabenden Bauern den armen allzu eifrig zum „Faulenzer“ stempeln, daß wirkliche Faulenzer die Ausnahme unter der Dorfarmut bilden, da keiner Lust zu hungern hat. Gleichzeitig beschrieben alle diese Genossen klar und ohne Vertuschung den Charakter und die nächsten Folgen unseres neuen Kurses im Dorfe. Diese Maßnahmen, sagten sie, werden in der nächsten Periode die Differenzierung des Bauerntums und die Entwicklung des kapitalistischen Verhältnisses im Dorfe zweifellos fördern. Das ist Tatsache, und das muß offen gesagt werden. Aber darauf folgt keineswegs, wie die Genossen Larin und Kritzman meinen, daß wir uns gleichzeitig auf die Zuspitzung des Klassenkampfes im Dorfe orientieren müssen, der logisch zur neuen Revolution im Dorfe, zur neuen gewaltsamen Enteignung führen müßte. Daraus folgt auch nicht, daß wir jetzt im Dorfe die ganze Aufmerksamkeit auf die Entwicklung landwirtschaftlicher Kollektive richten müssen. Genosse Larin und seine Anhänger, die das behaupten, begehen einen zweifachen Fehler: Erstens sehen sie in unserem Dorfe nur die beiden äußersten Pole — die Kulaken und die Proletarier; sie lassen aus ihrer Rechnung die ganze Masse der mittleren Bauernschaft weg, die wir allmählich zusammen mit der Dorfarmut in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen hoffen. Zweitens berücksichtigen sie nicht, daß wir diesen Kurs nicht im Jahre 1921, wo unsere nationalisierten Fabriken und Kreditanstalten ein Nichts waren, sondern im Jahre 1925 eingeschlagen haben, wo wir über mächtige ökonomische Kommandohöhen verfügen, die noch außerordentlich wachsen werden dank der Verstärkung der Akkumulation im Dorfe, dank dem Aufsaugen der im Dorfe akkumulierten Kapitalien durch die Staatskasse, teils mittels der Einkommensteuer, teils mittels unseres Kreditsystems. Sie berücksichtigen nicht, daß der Zustrom neuer Mittel aus der Landwirtschaft in die Industrie und der Zustrom neuer Einlagen in die Dorfgenossenschaften uns früher oder später die Möglichkeit geben wird, das Tempo der Vergenossenschaftlichung des Dorfes äußerst zu beschleunigen sowie auch das Tempo der Einbeziehung der Dorfarmut in die Kollektivwirtschaften und der mittleren Bauern in die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die durch die Versorgung der Bauern mit Traktoren und den übrigen landwirtschaftlichen Maschinen und später mit Hilfe der Elektrifizierung des Dorfes die mittleren Bauern ebenso wie die Dorfarmut endgültig in unseren sozialistischen Aufbau einbeziehen werden.

In allernächster Zukunft werden die neuen Maßnahmen zweifellos zur Verstärkung der Differenzierung im Dorfe, zur Hervorhebung seiner beiden Pole und zur Verstärkung des Kampfes zwischen diesen führen. Aber das wird nur eine gewisse Übergangszeit sein, nach deren Ablauf unsere Hauptbasis — unsere staatliche Großindustrie — so weit gewachsen sein wird, daß in unseren Bemühungen, das Dorf zu vergenossenschaftlichen und auf diese Weise die sozialistischen Elemente der Bauernwirtschaft zu schaffen, die Quantität in die Qualität umschlagen wird. Wenn also zu erwarten ist, daß sich in nächster Zeit die Klassengegensätze im Dorfe elementar zuspitzen werden, so werden in der nächsten Etappe der Entwicklung im Dorfe die sozialistischen Elemente über die kapitalistischen Elemente das Übergewicht erlangen, und sie werden beginnen, sie schnell zu verdrängen, ohne scharfe Formen des Klassenkampfes, denn in Sowjetrußland ist und bleibt die Diktatur des Proletariats, die immer entschlossen und je weiter, um so mehr imstande sein wird, die mittleren und armen Schichten des Dorfes ökonomisch zu unterstützen.

Das sind die mehr oder weniger fernliegenden Perspektiven, von denen unsere Partei, dem Vermächtnis Iljitschs getreu, ausgeht, indem sie jetzt an die Erweiterung der NÖP im Dorfe herantritt. Natürlich darf aus dem Gesagten keineswegs geschlossen werden, daß die Partei nicht schon jetzt die von dem Kulakentum bedrohten Schichten der Bauernschaft in jeglicher Weise unterstützt.

In dieser Richtung faßten die Partei und die verantwortlichen Machtorgane eine Reihe wichtiger Beschlüsse. Ich will einige von ihnen erwähnen.

Erstens die Methoden zur Regulierung der Getreidepreise. Die Sowjetmacht kann und wird auf die Regulierung der Getreidepreise nicht verzichten. Aber das im vorigen Jahr angewandte System der Höchstpreise wies Mängel auf, die der Dorfarmut empfindlich in die Tasche griffen. Die ungenügend elastische Anwendung der Höchstsätze, die im Interesse des Kampfes gegen das Bestreben der wohlhabenden Bauernschaft im vergangenen Jahr, die Brotpreise allzu hoch in die Höhe zu treiben, eingeführt waren, führte zu ein wenig sonderbaren Ergebnissen. Die Dorfarmut verkaufte im Herbst ihr Getreide zu den verhältnismäßig niedrigen Höchstpreisen und sah sich im Sommer gezwungen, das Getreide zu viel höheren Marktpreisen zu kaufen, was den Kulaken die Möglichkeit gab, auf Kosten der Dorfarmut gehörig zu verdienen. Angesichts dessen ist man gegenwärtig zu einer elastischen Politik übergegangen. Man wird mittels Syndizierung je nach Zeit und Ort verschiedene (die Marktpreise ein wenig übersteigende) „gerechte Preise“ festsetzen, gerecht vom Standpunkte der verkaufenden Bauern aus. Die konkrete Ausarbeitung dieser Taktik ist eine Sache der Zukunft, und die Preise werden natürlich vom Stand der Ernte abhängig sein.

Die zweite Maßnahme ist die Erweiterung des landwirtschaftlichen Kredits. Mit dem landwirtschaftlichen Kredit wurde Ende 1922 angefangen. Bei der Gründung der landwirtschaftlichen Bank wurde sie von der Regierung mit 40 Millionen Rubeln Grundkapital ausgestattet und bekam das Recht auf Kredite der Staatsbank in der gleichen Höhe. Außer dem Grundkapital operiert die Bank mit einer Reihe von Sonderassignierungen, welche sind: ein Sonderkredit für die Mißerntegebiete in Höhe von 3 900 000 Rubeln, ein Sonderkredit für Maschinenlieferung im laufenden Jahr in der Höhe von

1 300 000 Rubeln usw. Im ganzen wird man im Jahre 1925 für nicht weniger als 10 000 000 Rubel Sonderkredite gewähren. Im allgemeinen hofft die Regierung die Kreditsumme im laufenden Wirtschaftsjahr auf 100 000 000 Rubel zu bringen.

Drittens: Organisationsmaßnahmen zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Alle Arten von Genossenschaften sind bei uns gegenwärtig in ziemlich schnellem Wachsen begriffen, aber ihr absoluter Umfang ist noch ungenügend. Die Konsumgenossenschaften decken jetzt 35 Prozent des gesamten Warenverbrauchs und bedienen 25 Prozent der Stadt- und 31 Prozent der Landbevölkerung. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind in ihrer Entwicklung hinter den Konsumgenossenschaften zurückgeblieben, aber auch sie nehmen ziemlich rasch zu, was aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

	Zahl der Genossenschaften	In Proz.	Zahl der Vereinigten Bauernwirtsch.	In Proz.
Am 1. Januar 1924 . .	19 700	100	1 270 000	100
Am 1. Oktober 1924 .	25 800	117	1 940 000	127

Auf manchen Gebieten der Bauernwirtschaft (Kartoffel- und Flachsbaue, Milchwirtschaft) sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften schon jetzt das hauptsächliche Vermittlungsorgan. Aber unser landwirtschaftliches Genossenschaftswesen leidet an einem sehr großen Mangel: die örtlichen Einlagen der Bauern in die Genossenschaften sind äußerst gering; die wohlhabende Bauernschaft kann sich nicht entschließen, ihre Ersparnisse in den Genossenschaften anzulegen. Am 1. Juli 1924 betrug in 4197 Genossenschaften das Anteilkapital nur 2,4 Prozent der Gesamtbilanz. Um die wohlhabenden Bauern zu veranlassen, ihre Einlagen in den Genossenschaften zu vergrößern, ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen: Erstens die strenge Trennung der landwirtschaftlichen Genossenschaften von den Konsumgenossenschaften und das Verbot für die ersteren, mit Konsumartikeln zu handeln. Die Trennung der landwirtschaftlichen Genossenschaften von den Kreditgenossenschaften auf der gesamten vertikalen Linie, unter Beibehaltung der Fusion nur in der unteren Genossenschaftszelle. Zum selben Zweck, um das Risiko bei Einlagen in landwirtschaftliche Genossenschaften herabzusetzen, hat man beschlossen, ihnen den Handel auf eigene Rechnung zu untersagen und nur das System fester Aufträge seitens der Bauern in Sachen der Versorgung anzuerkennen. Um die Einlagen wohlhabender Bauern in die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu steigern, hat man auch die Aufhebung des Dekrets beschlossen, laut dem das Recht auf Mitgliedschaft in Genossenschaften nur jenen zusteht, die das Sowjetwahlrecht besitzen. Andererseits, um die Verwandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Instrumente der Kulaken zu vermeiden, hat man beschlossen, „offensichtliche Kulaken“ in die Vorstände, die Kontrollkommissionen und in die Räte der Genossenschaften nicht zuzulassen.

Die vierte Maßnahme ist die Förderung der beschleunigten Wiederherstellung des Inventars, unter dessen Mangel die Dorfarnut zurzeit am meisten leidet. Die Sowjetmacht hat sich folgende Aufgaben gestellt: 1. den Pferdebestand des Dorfes in drei Jahren wiederherzustellen; 2. die Versorgung der Bauern mit landwirtschaftlichen Geräten der Staats- oder Heimindustrie zu

mäßigen Preisen zu verstärken; 3. die Versorgung der Bauern mit komplizierten Maschinen auszudehnen.

Die fünfte Maßnahme ist die Revision unserer Sowjetwirtschaften. Wir haben zurzeit 5159 Sowjetwirtschaften mit 2 300 000 Deßjatinen Land. Die Sowjetwirtschaften, die, wie alle Staatsbetriebe, auf eigene Wirtschaftlichkeit angewiesen sind, rufen oft bei den anliegenden Bauern Vorwürfe hervor. Wo die Bauern unter Landmangel leiden, sind sie damit unzufrieden, daß sich die Sowjetwirtschaften in den Ländereien der ehemaligen Gutsbesitzer festgesetzt haben, daß sie dieses Land verpachten, keine Verbindung mit der Wolostj (Bezirk) haben wollen usw. In Anbetracht dessen hat man beschlossen, eine Revision der Sowjetwirtschaften vorzunehmen, die weniger gefestigten aufzuteilen, die mehr gefestigten als Musterwirtschaften beizubehalten und sie zu verpflichten, der umliegenden Bauernschaft durch Sortierung von Saatgetreide, durch Organisierung von Musterfeldern, durch Errichtung von elektrischen Kraftwerken usw. behilflich zu sein.

Die sechste Maßnahme ist die Reform der Landwirtschaftssteuer. Ziehen wir die gesamten Abgaben der Bauernschaft in Betracht — sowohl die direkten und indirekten Steuern als auch die übrigen Zahlungen, einschließlich des Pachtzinses —, so werden wir uns überzeugen, daß die Bauernschaft jetzt weit weniger zahlt als in der vorrevolutionären Zeit, und daß die Zahlungen in die Jahre der neuen ökonomischen Politik fallen. Wenn wir die Gesamtsumme der Zahlungen der Bauern im Jahre 1912 gleich 100 setzen, so erhalten wir für den Zeitraum vom Jahre 1920/21 bis 1925/26 folgende entsprechenden Zahlen: 60, 48, 37, 42, und für das nächste Jahr unter den neuen Verhältnissen, über die wir noch sprechen werden, 27. Sind aber die Gesamtzahlungen der Bauernschaft niedriger als vor der Revolution, und sind sie auch weiter im Sinken begriffen, so sind die direkten Steuern, die unpopulärsten unter der Bevölkerung, zurzeit nominell anderthalbmal größer als vor dem Kriege. Zieht man auch die gesunkene Kaufkraft des Goldes in Betracht, so werden sich auch in diesem Falle erst im nächsten Jahre, nach Einführung der geplanten Steuerermäßigungen, die direkten Steuern der Bauernschaft mit jenen der Vorkriegszeit ausgleichen, denn die 277 Goldkopeken, die der Bauer nächstes Jahr zahlen wird, werden nicht mehr ausmachen als die 180 Kopeken, die er vor dem Kriege zahlte. Die verhältnismäßige Schwere der Landwirtschaftssteuer, die dazu noch nicht gleichmäßig auf allen Bauern lastet und im besonderen die Entwicklung der Viehzucht erschwert, die jetzt eine Lebensnotwendigkeit für unsere Bauernschaft ist, hat die Regierung veranlaßt, das gesamte System der Landwirtschaftssteuer einer Revision zu unterziehen, und bis dahin diese Steuer für das laufende Jahr mit wesentlichen Verbesserungen zu versehen, die ihre Last bedeutend mildern werden. Im vorigen Jahr war der Voranschlag dieser Steuer 470 Millionen Rubel. Die 3. Session des Zentralexekutivkomitees setzte die Steuer für das nächste Jahr auf nicht mehr als 300 Millionen fest. Aber schon während der Ausarbeitung des neuen Gesetzes erwies es sich als möglich, die Steuer noch weiter herabzusetzen, bis auf 280 Millionen Rubel. Im Vergleich zum vorigen Jahr bedeutet das eine Herabsetzung um 190 Millionen Rubel. Berücksichtigt man die im Gesetz vorgesehenen Erleichterungen, so wird die Bauernschaft nächstes Jahr tatsächlich noch weniger zahlen, nicht 280 Millionen, sondern 240—250 Millionen Rubel. Ferner hat

man beschlossen, die Bestimmungen der Landwirtschaftssteuer zugunsten der Bauernschaft abzuändern. Im vorigen Jahre erhielten die Wolostj (Amtsbezirke) aus der Landwirtschaftssteuer nur 45 Millionen Rubel, im nächsten Jahr wird man ihren Anteil an dieser Steuer auf 100 Millionen Rubel erhöhen, was die Befriedigung der ökonomischen und kulturellen Bedürfnisse der Wolostj bedeutend erleichtern wird. Auch die Einziehungsmethoden der Landwirtschaftssteuer sind verbessert. Man hat beschlossen, auf solche repressive Einwirkungsmethoden wie Strafen zu verzichten. Man hat ferner beschlossen, genaue und unabänderliche Zahlungsfristen für die Steuer festzusetzen, die dem Bauer 2—3 Monate vor der Zahlung bekanntgemacht werden müssen. Endlich hat man den Beschluß gefaßt, die Viehabgaben herabzusetzen. Früher wurde bei der Berechnung der Landwirtschaftssteuer jedes Stück Vieh $\frac{3}{4}$ Deßjatinen Ackerland gleichgesetzt, jetzt wird man das Stück nicht $\frac{3}{4}$, sondern $\frac{1}{4}$ Deßjatinen gleichsetzen; dabei wird man das Alter des Viehes, für das Abgaben zu zahlen sind, von $1\frac{1}{2}$ auf 2 Jahre heraufsetzen. Das wird die armen Bauern von dem Zwang befreien, ihr Jungvieh zwecks Vermeidung von Abgaben zu verkaufen.

Schließlich besteht die siebente, außerordentlich wichtige Reform, die in den Beschlüssen der 14. Konferenz der KPR vorgesehen ist, in der Bestimmung über revolutionäre Gesetzlichkeit, im besonderen in der Sicherung der Bevölkerung gegen Mißbräuche der Machtorgane, unabhängig von den früheren revolutionären Verdiensten dieser Organe. Die Verwirklichung dieser Maßnahme ist unter den gegenwärtigen Bedingungen die notwendige Voraussetzung für die Durchführung aller übrigen Maßnahmen. In Anbetracht dessen beauftragte die Parteikonferenz das Zentralkomitee und das Zentral-Kontrollkomitee auf der Grundlage von Hinweisen von Lenin, wie sie in einem am 23. April dieses Jahres veröffentlichten Briefe zu finden sind, und auf der Grundlage des Referats des Genossen Solz, alle erforderlichen Maßnahmen zur Festigung der revolutionären Gesetzlichkeit auszuarbeiten und sie auf dem Wege der Sowjets zu verwirklichen.

Als Genosse Zsurupa in seinem Bericht an die 14. Parteikonferenz die Mängel unserer Landwirtschaftssteuer scharf kritisierte, fügte er hinzu, daß wir nichtsdestoweniger die Steuer durch eine neue nicht im Hetztempo das heißt noch vor dem Parteitag, ersetzen sollen, sondern hier sehr vorsichtig handeln müssen, indem wir jetzt nur die offensichtlichen Mängel der Landwirtschaftssteuer abändern und die Prinzipien der neuen Besteuerung sorgfältig erwägen.

Als der Genosse Molotow dem Aprilplenium des Zentralkomitees der KPR über unsere neuen Aufgaben im Dorfe berichtete, betonte auch er wiederholt, daß wir an die Festlegung neuer Maßnahmen sehr vorsichtig herantreten müssen, daß „wir gezwungen sein werden, im nächsten Jahr, vielleicht auch schon früher, diese Maßnahmen zu korrigieren, zu ergänzen usw.“. Warum zeigt unsere Partei solche Vorsicht in den Wendepunkten? Etwa, weil wir von der Richtigkeit unserer Gesamtlinie nicht überzeugt wären? Durchaus nicht. Die strategische Gesamtlinie unserer Partei wurde noch vom Genossen Lenin vorgezeichnet: „ernstlich und auf lange Zeit“, sie hat sich bis jetzt in vollem Umfange bewährt, und der neue Kurs im Dorfe ist keineswegs eine Revision dieser Gesamtlinie. Um sie aber zu verwirklichen, muß man das möglichst rasche Entwicklungstempo unserer Produktionskräfte

mit den Tagesinteressen und -stimmungen der proletarischen Massen einerseits und der Bauernmassen andererseits in Einklang bringen. Dabei muß man scharf darauf achten, daß in der ökonomischen Entwicklung der Sowjetrepublik keine Verzögerung eintritt, und daß sich die „Eifersucht“ des Proletariats auf die Bauernschaft und die „Eifersucht“ der Bauernschaft auf das Proletariat nicht verstärkt. Um dies zu erreichen, muß man angesichts der unvermeidlicherweise ungleichmäßigen Entwicklung unserer Produktivkräfte in Stadt und Land bald diesen, bald jenen Hebel stärker anfassen, um sich durch Erfahrung und Praxis zu überzeugen, wie die gesamte Sowjetmaschine funktioniert: ob nicht hier und da Reibungen sind, ob sich nicht bei den einen oder den anderen begründete Verstimmung angehäuft hat? Das erklärt die Vorsicht der Partei an den Wendepunkten und das Streben nach praktischer Überprüfung jedes Schrittes. Die Verbindung der ohne Schranken durchgeführten Hauptlinie mit taktischer Elastizität und gutem Instinkt für Massenstimmungen war von jeher für die bolschewistische Partei charakteristisch, und ihre Taktik bei der neuen Wendung beweist, daß sie in vollem Umfange dem Vermächtnis Lenins treu geblieben ist.

Zum Schluß einige Worte über den Zusammenhang zwischen dem neuen Kurs unserer Partei auf dem Lande und der internationalen Konjunktur. Ich habe schon gesagt, daß die jetzige Stabilisierung des Weltkapitalismus sich wesentlich unterscheidet von der Stabilisierung der Sowjetrepublik: die Arbeitgemeinschaft der bürgerlichen Staaten, in deren Zeichen wir jetzt leben, wird früher oder später unbedingt abgelöst werden von einem scharfen Konflikt zwischen diesen Staaten und von neuen Kriegen, die Arbeitgemeinschaft hingegen zwischen dem Proletariat und dem Bauerntum wird jedesmal nach entstandenen Reibungen zwischen ihnen noch enger.

Wie dem aber auch sein möge, augenblicklich stehen wir zweifellos vor der Tatsache der Arbeitgemeinschaft der großkapitalistischen Mächte, vor der Tatsache der Teilstabilisierung des Kapitalismus. und das muß auf die innere Politik unserer Partei in der USSR einen Einfluß ausüben. Im Jahre 1919, im Moment des revolutionären Aufschwungs, betrachtete Lenin das in industrieller Beziehung hochentwickelte Deutschland und das Rußland, wo das Proletariat die Macht ergriffen hatte, als zwei getrennte Hälften des Sozialismus“, und er sah „das Pfand für den sicheren Sieg des internationalen Sozialismus“ in der Vereinigung dieser „beiden Hälften“ — in der siegreichen deutschen Revolution. Jetzt, wo es in Deutschland keine unmittelbar revolutionäre Situation gibt, muß das ökonomisch zurückgebliebene Rußland, um zum Sozialismus zu gelangen, die kapitalistischen Beziehungen innerhalb des Landes zum Teil wieder freimachen. Das hat die Sowjetmacht im Jahre 1921 gezwungen, zur neuen ökonomischen Politik überzugehen, das zwingt sie jetzt, noch einen Schritt in dieser Richtung zu tun. Ist das ein „Rückzug“? In gewissem Sinne — ja. Aber den Sinn solcher „Rückzüge“ hat Genosse Lenin schon im Jahre 1897 in seiner Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ folgendermaßen klar formuliert: „Il faut reculer pour mieux sauter“ — „Man muß zurückgehen, um höher springen zu können.“

CONRAD: ZEHN JAHRE KOMMUNISTISCHE JUGEND-INTERNATIONALE

Ein ehrenvolles Jubiläum der Kommunistischen Jugend-Internationale

Am 5. und 6. April 1915 fand in Bern die Internationale Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen statt mit dem Zwecke, den internationalen Klassenkampf gegen den Krieg und Militarismus, für die Erringung der Macht durch die Arbeiterklasse wieder aufzunehmen. Damit haben sich die revolutionären sozialistischen Jugendorganisationen das Verdienst erworben, als erste die Ehre des internationalen Sozialismus gerecht zu haben, denn die Berner Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen fand fünf Monate vor der ersten internationalen Konferenz der erwachsenen Arbeiterschaft statt, die vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald tagte.

Es nahmen 18 Delegierte teil, die zehn Länder vertraten — eine für die damaligen Verhältnisse stattliche Zahl, denn auf den bisherigen Konferenzen, die völlig legal und mit der Autorität der II. Internationale stattgefunden hatten, war auch keine größere Anzahl Delegierter anwesend; s. B. hatte die Stuttgarter Konferenz 1907 nur 19 Teilnehmer.

Selbstverständlich wurde die Konferenz nicht durch die Zahl ihrer Teilnehmer oder die schwierigen Bedingungen ihrer Einberufung zu einem Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern durch ihr Programm. Ihre Bedeutung lag und liegt darin, daß sie in ihren Beschlüssen zum Hauptpunkt ihrer Tagesordnung, „Der Krieg und die Aufgabe der sozialistischen Jugendorganisationen“, klar und deutlich die Burgfriedenspolitik der II. Internationale brandmarkte, die Lüge von der Verteidigung des Vaterlandes aufdeckte und die Wiederaufnahme internationaler klassenkämpferischer Aktionen verlangte. Gewiß zeigte die zu dieser Frage angenommene Resolution der Berner Konferenz nicht die Klarheit, die wir heute von unseren Genossen verlangen. Die Parole: „Bürgerkrieg gegen den imperialistischen Krieg!“ hat die Jugendinternationale niemals während des ganzen Krieges mit voller Klarheit vertreten. Man braucht ferner nur daran zu erinnern, daß zum Tagesordnungspunkt: „Der Krieg und die Aufgaben der sozialistischen Jugendorganisationen“ ein skandinavischer Antrag mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen wurde, der die im Wesen kleinbürgerliche Forderung der völligen Ent-

waffnung als Programmpunkt aufstellte. Aber trotz dieser und ähnlicher Fehler, die später schnell korrigiert werden konnten, und die im Anfang völlig unvermeidlich waren, war der Kongreß eine geschichtliche Tat. Er war es um so mehr, als die Jugendorganisationen auf diesem Kongreß mit der von der II. Internationale vertretenen Politik, die Jugendorganisationen in Parteifragen nicht mitsprechen zu lassen, endgültig brachen und auf diese Weise den Jugendorganisationen erst den ihnen von der Geschichte angewiesenen Platz im proletarischen Klassenkampf einräumten.

Auf der Berner Konferenz bedurfte es natürlich keiner besonderen Diskussion, um völlige Einheitlichkeit darüber zu erzielen, daß zur Bekämpfung des Imperialismus etwas mehr notwendig ist als ein internationaler Kongreß mit gutem Programm. Dazu brauchte man eine wirkliche Jugendinternationale mit festem organisatorischen Zusammenhang. In dieser Linie lagen drei Beschlüsse vor: erstens der einstimmig angenommene Antrag holländischer Jugendgenossen, alljährlich einen Internationalen Jugendtag zu veranstalten, zweitens die Einführung einer periodischen internationalen Zeitschrift: „Die Jugendinternationale“ und drittens zum Zweck der Finanzierung internationaler Aktionen die Gründung eines „Liebknechtfonds“. Alles Beschlüsse, deren Durchführung für eine wirkliche internationale Arbeit so dringend notwendig war, daß sie nicht nur den Weltkrieg überdauert, sondern sich bis in die heutige Zeit erhalten haben. Die neue „Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“ wurde dadurch eine Internationale mit Klassenkampfprogramm und fester Organisation, so daß wir mit vollem Rechte sagen können, der Berner Kongreß war der Gründungstag der Kommunistischen Jugendinternationale!

Die Jugendinternationale während des Weltkrieges

Mit der Berner Konferenz begann die Zeit, in der die Jugendinternationale der Vortrupp in allen Kämpfen der Arbeiterklasse war. Das soll und kann natürlich nicht heißen, daß die Jugendinternationale an Klarheit über den einzelnen Parteien gestanden hat. Verglichen z. B. mit den Bolschewiki, konnte man an der Jugendinternationale sehr deutlich noch sehr viele Rück-

stände aus der sozialdemokratischen Vergangenheit erkennen, die die Bolschewiki seit Jahren scharf und eindeutig bloßgestellt hatten. Auch solche Parteien wie der Spartakusbund oder die Gruppe „Internationale“ in Deutschland standen politisch und theoretisch mit der Jugendinternationale zum mindesten auf gleicher Höhe. Wenn man von der Jugendinternationale als Vortrupp sprechen konnte, so in dem Sinne, daß sie erstens von Anfang an auf dem Boden der Zimmerwalder Linken stand, die das sogenannte Zentrum (Kautsky, USPD usw.) bekämpfte und entschlossen für die Schaffung einer dritten Internationale eintrat. Zweitens, weil sie die erste wirkliche internationale Bewegung war, die auch festen organisatorischen Zusammenhang hatte. Und drittens, weil in den wichtigsten Ländern die Jugendinternationale die beste Stütze, der aktivste und zahlreichste Teil der Zimmerwalder Linken war.

Das beste Zeichen dieser Epoche — zugleich auch das interessanteste geschichtliche Dokument — ist die vom Internationalen Sekretariat herausgegebene Zeitung „Die Jugendinternationale“. Sie erschien vierteljährlich vom 1. September 1915 bis Mai 1918, im ganzen 11 Nummern, jede 16 bis 20 Oktavseiten stark. Ihrer Bestimmung nach sollte sie eine Massenzeitung sein, doch ist dies dem Charakter der Zeitung als auch den damaligen Verhältnissen nach nur so zu verstehen, daß sie mehr eine Propaganda- als eine Agitationszeitung sein sollte. Unter die Massen der Jungarbeiterschaft ist sie nicht gekommen, und — bei dem theoretischen Niveau ihres Inhalts — wäre sie in diesem Falle nicht einmal von den Lesern verstanden worden. Sie war vielmehr darauf zugeschnitten, einem zahlenmäßig nicht allzu großen Kreise von Jugendlichen die theoretischen Waffen und die Informationen zu ihrer Revolutionsarbeit unter den Massen zu geben.

Gleich der erste große Artikel der „Jugendinternationale“, Nr. 1 vom September 1915, war dem Problem der Internationale gewidmet. Er war sozusagen ein Glaubensbekenntnis, denn mit ihm stellte sich die Jugendinternationale entschlossen auf den Standpunkt, daß die II. Internationale geschichtlich tot und es daher die Aufgabe der Arbeiterklasse sei, eine neue Internationale zu gründen.

Neben dem Problem der Internationale wurde schon von der ersten Nummer an das Problem der „Vaterlandsverteidigung“ kritisch beleuchtet.

Auf der Berner Konferenz war der skandinavische Antrag, die völlige Abrüstung zu verlangen, angenommen worden. Bereits das Abstimmungsverhältnis von 9:5 zeigte, daß hier das letzte Wort noch nicht gesprochen war. Tatsächlich erschien auch schon in der zweiten Nummer der Jugendinternationale (Dezember 1915) ein Artikel des Holländers van Amstel zur Frage der Entwaffnung, der diese Parole ein

„philantropisches Hirngespinnst, das schädlich ist für das Klassenbewußtsein des Proletariats“, und als „die trügerische Hoffnung auf ein friedliches Hineinwachsen der kapitalistischen Gesellschaft in den Sozialismus“ bezeichnet.

Gleich nach Erscheinen des ersten Entwaffnungsartikels griff Sinowjew mit einem Artikel „Vaterlandsverteidigung und Alt-Hervéismus“ (Nr. 4, Juni 1916) in die Debatte ein. Dieser Artikel ist der erste Beitrag der Jugendinternationale, der das ganze Problem der Stellung der Arbeiterklasse zum Weltkrieg in den kurzen aber treffenden Worten zusammenfaßte: „Im Gegensatz zu der Losung der ‚Vaterlandsverteidigung‘ kann nur eine konsequente Losung aufgestellt werden: die des Bürgerkrieges.“ Bedeutend später, in Nr. 9, September 1917, erschien Lenins bekannter Artikel: „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, in dem er den Imperialismus und die durch ihn hervorgerufene Militarisierung der gesamten Gesellschaft mit der Schaffung der Trusts und der Einführung der Frauen- und Kinderarbeit durch die Bourgeoisie verglich, die, obwohl die Quellen unsäglichem Elends, doch zu gleicher Zeit wirtschaftliche Fortschritte und Förderer des proletarischen Befreiungskampfes sind. „Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir ‚unterstützen‘ diese Entwicklung nicht, wir ‚fordern‘ so etwas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind progressiv. Wir wollen nicht zurück zum Handwerk, zum vromonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw. hinaus und durch sie zum Sozialismus. Das gleiche gilt, mutatis mutandis, von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische und andere Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren, wir antworten darauf: desto besser! Nur immer schneller voran — je schneller, desto näher dem bewaffneten Aufstande gegen den Kapitalismus.“ Mit diesen beiden Artikeln werden alle Fragen, die mit dem Militarismus und der „Vaterlandsverteidigung“ zusammenhängen, so gründlich und ausführlich gelöst und die Parole „Bürgerkrieg gegen imperialistischen Krieg“ so treffend begründet, daß die Anhänger der Entwaffnungsparole den Versuch der Widerlegung nicht gemacht haben.

Charakteristisch nicht allein für die Jugendinternationale, sondern überhaupt für die ganze damalige Geschichtsperiode sind die Artikel, die zu den Zimmerwalder und Kientaler Beschlüssen Stellung nehmen. In Nr. 2 erschien ein Artikel, der von dem Stattfinden der ersten internationalen Konferenz in Zimmerwald (5. bis

8. September 1915) berichtet und die Verwunderung über die Nichteinladung der Jugendinternationale — was offenbar ein technisches Versehen war — ausdrückt, aber politisch noch keine Stellung nimmt. Als jedoch die zweite Konferenz Ende April 1916 in Kiental stattfand, brachte die „Jugendinternationale“ einen Artikel aus der Feder M. Bronskis, in dem — neben der allgemeinen Betrachtung der Konferenz — mehrmals hervorgehoben wird, daß die Konferenz nicht kampfflos zu ihren Beschlüssen kam. Die Gegensätze selbst werden so erklärt: Die Zimmerwalder Linke spricht klipp und klar aus, daß die II. Internationale tot ist, und daß auf dem Boden des Sozialpatriotismus keine neue Internationale errichtet werden kann. Die anderen wollen den Kampf gegen den Sozialpatriotismus innerhalb der II. Internationale aufmachen, in der leisen Hoffnung, die Sozialpatrioten zu überzeugen oder sie mindestens zu überstimmen. Diese beiden Gruppen werden einige Zellen später noch so charakterisiert, daß, während die Linke sich über den Weg klar ist und bahnbrechend vorgehen will, die andere Gruppe nur so weit geht, wie die Masse, von den Tatsachen des Lebens lernend, sie stößt. Auf diese Darstellung der Gegensätze folgte dann folgender Satz, der für das Verhältnis der Mehrheit der Zimmerwalder Linken zur rechten Fraktion kennzeichnend ist: „Da aber die Tatsachen des Lebens während des Krieges mit überstürzender Schnelligkeit vor sich gehen, und die Masse schnell lernt, so ist eine einheitliche Aktion ganz gut möglich.“ Mit diesem Artikel stellte sich die Jugendinternationale auf den Boden der Zimmerwalder Linken. Sie sprach die Differenzen offen aus, jedoch ohne scharfe Stellungnahme gegen die Zimmerwalder Rechte. Diese Unklarheit gegenüber der Rechten war in den meisten der Zimmerwalder Linken angehörenden Parteien zu finden. In der „Jugendinternationale“ findet man eine scharfe Stellungnahme gegen die Rechte erst in Lenins „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter“, der in der „Jugendinternationale“ Nr. 8 (Mai 1917) erschien, in dem erklärt wird, daß er und seine Parteigenossen es nicht nur für nötig hielten, gegen den Sozialpatriotismus den entscheidenden Kampf zu führen, sondern auch gegen die Richtung des sogenannten „Zentrums“. Als dieser Artikel erschien, begann die Jugendinternationale — hauptsächlich beeinflusst durch die Ereignisse der russischen Revolution — eine wesentliche Schwenkung in ihrer Stellung zur Zimmerwalder Rechten.

Welche Rolle der Ausbruch der russischen Revolution im Revolutionsprozeß der westeuropäischen Arbeiter spielte, kommt deutlich in den Spalten der „Jugendinternationale“ zum Ausdruck. Die 1.-Mai-Nummer des Jahres 1917 trug die flammende Überschrift „Die Malenbotschaft der Revolution“. Ein Leitartikel von Karl Radek würdigte das gewaltige Ereignis der Februar-

revolution als die Eröffnung der Ära der sozialen Revolution für ganz Europa. Scharf rechnet er mit den Größen des „marxistischen Zentrums“ ab, die sich als rechter Flügel der Zimmerwalder Konferenz angeschlossen hatten. Die Auffassung dieser Gruppe von der russischen Revolution war, daß die russische Revolution im wesentlichen eine bürgerliche, nur gegen den Zarismus gerichtete Bewegung sei — eine Ansicht, die der Vertreter des rechten Zimmerwalder Flügels, Robert Grimm, mit den Worten ausgedrückt hat: Die russische Revolution soll die Grundlagen der helvetischen Republik an der Nawa durchführen. Gegen diese Legende wandte sich dieser Artikel mit voller Schärfe. „Der Träger dieser Revolution ist das Proletariat und die kleinbürgerliche Volksmasse in Stadt und Land. Die Bourgeoisie ist der Parasit der Revolution.“ Wenn die Bourgeoisie dem Proletariat Konzessionen machen wird, so sind diese von vornherein ungeeignet, es zu befriedigen. Denn „in der Friedensfrage werden die Konflikte auf die Spitze getrieben“. Daher muß es zum großen Konflikt zwischen der russischen Bourgeoisie, die damals in Gestalt Miljukows und Gutschkows in der Regierung saß, kommen, wobei nur fraglich ist, ob das vor Ausgang des Krieges geschieht oder nach demselben, wenn die Folgen des Krieges das Proletariat zum Kampf zwingen, einem Kampf, der damit enden muß, daß das Proletariat zur Macht kommt.

Die russische Revolution war somit die erste Frage, die es zu unüberbrückbaren Differenzen zwischen der Zimmerwalder Linken und der Rechten kommen ließ, weil die Zimmerwalder Rechte — repräsentiert durch Kautsky, Robert Grimm u. a. — jeden Gedanken des praktischen Kampfes gegen den Imperialismus rundweg ablehnte, in pazifistischen Phrasen steckenblieb und deshalb den Ausbruch der russischen Revolution als eine begrenzte russische Erscheinung, als einen bloßen Kampf der russischen Bourgeoisie mit dem Zarismus ansah, während die Linke in dieser Erscheinung das erste Zeichen der beginnenden internationalen revolutionären Einmischung in den Krieg bejubelte.

In diesem Sinne waren alle Artikel dieser Nummer gehalten — mit einer Ausnahme: Lenins „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter“, in dem er viel klarer und schärfer den entscheidenden Kampf gegen den Zentrismus verteidigt. Doch schon in der nächsten Nummer der „Jugendinternationale“ erschien ein neuer Artikel von Radek: „Zimmerwald auf dem Scheidewege“, in dem auch dieser Schritt nachgeholt wird. Die russische Revolution erweckte in allen Ländern Bewegungen gegen den Imperialismus. Bei einem Teil der Sozialpatrioten erweckten diese Bewegungen die Furcht, sie könnten, wenn sie sich nicht schnell genug zum Zweck der Kriegsbeendigung vereinigten, zusammen mit ihren Regierungen in den Abgrund gestürzt wer-

den. Diese Gruppe (Troelstra, Branting, Stauning) pflanzte daher die Fahne des „Internationalismus“ auf, d. h. konkret gesprochen, sie verlangte den Zusammentritt einer internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm. Dies wirkte sich auf die sich zu Zimmerwald bekennenden Parteien aus, indem die Zimmerwalder Rechte ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer solchen Konferenz ausdrückte. Gegen diesen Verrat der proletarischen Klasseninteressen wandte sich dieser Artikel. Er erklärte die „Friedenskonferenz“ der Reformisten für ein einfaches Manöver, unternommen zur Täuschung der Arbeiterschaft, um nach außen die „Unabhängigkeit“ der Sozialdemokratie von der Bourgeoisie zu demonstrieren, faktisch die Sache der Bourgeoisie aber um so energischer zu betreiben. Er verlangte daher die absolute Boykottierung dieser Konferenz und die Trennung der Zimmerwalder Linken von den zentristischen Elementen, die auf dem Umwege über den internationalen Kongreß zu den Sozialpatrioten zurückkehren wollten. „Zimmerwald als Block revolutionärer internationaler Sozialdemokraten mit den schwankenden Elementen steht vor der Liquidation. Diese Elemente stehen vor der Schließung eines Blocks mit dem internationalen Sozialpatriotismus. Sind sie in der Mehrheit in der Zimmerwalder Vereinigung, dann war sie gewesen; seien sie sich in der Minderheit, nun, dann wird Zimmerwald erst zu einem Zentrum einer wirklichen Aktion werden können. Es gilt zu wählen.“

Lenin hat nach Erscheinen der ersten sechs Nummern der „Jugendinternationale“ in der Zeitung „Der Sozialdemokrat“ vom 2. Dezember 1916 eine ausführliche Kritik über die Zeitung geschrieben: „In der ‚Jugendinternationale‘ ist eine Reihe guter Artikel zur Verteidigung des revolutionären Internationalismus erschienen, und die ganze Ausgabe ist durchdrungen von dem vortrefflichen Geiste glühenden Hasses gegen die Veräter des Sozialismus, die ‚Vaterlandsverteidiger‘ im gegenwärtigen Krieg, und von dem aufrichtigen Bestreben, die internationale Arbeiterbewegung von dem sie fressenden Chauvinismus und Opportunismus zu reinigen.“ Aber er fügte hinzu, daß in dem Organ der Jugend noch keine theoretische Klarheit und Festigkeit vorhanden ist. Als hauptsächlichsten Fehler führt er an: erstens ihre Stellung zur Entwaffnungsfrage, zweitens ihre Unklarheit in der Frage des Unterschiedes zwischen Anarchisten und Marxisten in ihrer Stellung zum Staat und drittens das Verschweigen des Vorhandenseins der drei Hauptrichtungen innerhalb der sozialistischen Bewegung. So richtig diese Vorwürfe im einzelnen waren, so war es doch übertrieben, wenn Lenin hinsusetzte, wahrscheinlich werde in diesem Organ niemals eine theoretische Klarheit und Festigkeit bestehen, weil es ein Organ der stürmischen und suchenden Jugend ist. Die Fehler, die in der „Jugendinternationale“ zum Ausdruck kamen, waren die typischen

Schwächen der Zimmerwalder Linken, die nur bei den Bolschewiki nicht zu finden waren. Die „Jugendinternationale“ konnte diese Schwächen um so weniger vermeiden, als sie eine internationale Zeitung war — und zwar die einzige ihrer Zeit —, die Mitarbeiter aus allen Ländern in ihren Spalten zu Worte kommen ließ. Daß sie diese Schwächen überwinden konnte — nicht zum wenigsten durch die Mitarbeit Lenins und Sinowjews —, dafür legen ihre letzten vier Nummern ein beredetes Zeugnis ab. Es war ja auch der historische Zweck der „Jugendinternationale“, ein Organ zu sein, in dem sich die zur Zimmerwalder Linken stehende internationale proletarische Jugendbewegung über die Kämpfe und Ziele der Zeit klar wurde.

Warum konnte die Jugendinternationale lange Zeit hindurch die Avantgarde der Arbeiterklasse sein?

Genose Sinowjew hat in seinem Buche: „Der Krieg und die Krise des Sozialismus“ versucht, die Wurzeln des Opportunismus in der Arbeiterbewegung bloßzulegen. Er fand sie in der Differenzierung der Arbeiterklasse, die in der Schaffung einer Arbeiteraristokratie ihren Ausdruck findet. Diese Arbeiteraristokratie — zum größten Teil aus den fähigsten und fleißigsten Arbeitern bestehend — hat sich in der Zeit des schnellen Aufstieges der kapitalistischen Produktion eine bessere Stellung erobert. Als gelernte oder besser ausgebildete Arbeiter nehmen sie der Masse der gewöhnlichen Arbeiter gegenüber eine bevorzugte Stellung ein. Ihrer ganzen Lage nach durch die kapitalistische Produktionsweise befriedigt und in der Hoffnung lebend, unbeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten zu haben, wird diese Schicht zur Vertreterin des Revisionismus, der Reformpolitik. In der Verstärkung ihrer Partei — der Sozialdemokratie — und in deren Eindringen in den bürgerlichen Staatsapparat, durch die Eroberung von Parlamentsmandaten, Teilnahme an der Regierung, Eindringen in die Kommunalverwaltungen, im Aufbau der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften sehen sie den Weg des proletarischen Klassenkampfes, weil alles das geeignet ist, ihre Lage als bevorzugte Schicht innerhalb des Proletariats zu verbessern.

Hatte der Opportunismus solche starken Wurzeln innerhalb der Arbeiterklasse, so hatte er um so weniger Möglichkeit, unter der Jungarbeiterschaft Boden zu gewinnen. Eine starke Differenzierung innerhalb der Jungarbeiterschaft hat es nicht gegeben und kann es nicht geben, denn der Unterschied zwischen Lehrlingen und ungelerten Jungarbeitern besteht höchstens darin, daß beide Schichten verschiedene der dunkelsten Schattenseiten der kapitalistischen Ausbeutung kennenlernen. Hatte der Opportunismus in der sozialen Lage der Jungarbeiter keinen Boden, so war eine andere Tatsache der kapitalistischen Gesellschaft

geradezu dazu angetan, die denkenden Jungarbeiter auf den äußersten linken Flügel der Arbeiterbewegung zu drängen. Diese Tatsache war der Militarismus, der jeden jugendlichen Arbeiter zwei bis drei Jahre in die Kaserne einschloß, um ihn im Falle eines Krieges auf die Schlachtfelder zu hetzen oder bei Konflikten mit dem „inneren Feind“ als Streikbrecher oder zur Erhaltung der „Ruhe und Ordnung“ zu verwenden.

Hinzu kommt noch, daß die proletarische Jugend völlig frei von allen Traditionen früherer Zeiten war. Während die alte Garde der Sozialdemokratie, die Bebel, Wilhelm Liebknecht und andere, im Zeitalter der nationalen Befreiungskriege wirkten und eine ganze Sammlung entsprechender Ideen in den Köpfen der älteren Arbeitergenerationen heranzogen — man denke nur an das bekannte Bebelwort vom Kriege gegen den russischen Zarismus, der auch ihn veranlassen würde, das Gewehr auf die Schulter zu nehmen —, wurde die neue Generation direkt im Mittelpunkt des imperialistischen Zeitalters geboren. An Stelle der Kriege von 1864, 66, 70/71 mit ihren Volksbewegungen gegen das reaktionäre Rußland und den Bonapartismus, erlebten sie den China- und Burenkrieg und den russisch-japanischen Krieg mit seiner Folge, der russischen Revolution.

Die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung zeigt auch, daß in allen Ländern neben dem Kampf gegen die elende wirtschaftliche Lage hauptsächlich der Kampf gegen den Militarismus das Fundament zur Schaffung selbständiger proletarischer Jugendorganisationen abgab. Gerade Belgien, das Land, von dem Marx einmal sagte, die Erde vollziehe ihren jährlichen Umlauf um die Sonne nicht regelmäßiger als die belgische Regierung ihr Arbeiterblutbad, wurde dank der häufigen Verwendung seiner Armee gegen streikende Arbeiter zur Geburtsstätte der proletarischen Jugendbewegung. Die belgischen „Jungen Garden“, deren erste Gruppe schon im Jahre 1886 gegründet wurde, waren die klassischen Vertreter des Antimilitarismus und das Vorbild für fast alle später gegründeten Jugendorganisationen.

Der antimilitaristische Kampf ist aber unvereinbar mit dem Opportunismus, er ist (unter der Voraussetzung, daß es ein marxistischer Antimilitarismus ist) eine durch und durch revolutionäre Taktik.

Unterschiedlich der Charakter der proletarischen Jugendbewegung sehr wesentlich von dem der sozialdemokratischen Parteien, so noch mehr die „Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“, wie der offizielle Name der Jugendinternationale damals lautete, von der II. Internationale. Schon 1890 wurde der erste Versuch der internationalen Zusammenfassung der sozialistischen Jugendorganisationen gemacht. Er scheiterte. Ebenso ein zweiter Versuch im Jahre 1904. Wenn der Versuch im Jahre 1907 gelang, so hauptsächlich auf Grund der Ereignisse, die in der Zwischenzeit vorgegangen

waren, besonders infolge der russischen Revolution. Die russische Revolution hatte die linken Strömungen in allen sozialdemokratischen Parteien bedeutend gestärkt. Das war aber zugleich eine direkte Unterstützung der proletarischen Jugendbewegung, denn die Linken in der II. Internationale, gerade weil sie einen ernsthaften Kampf gegen den Imperialismus verlangten, wurden zu Fürsprechern einer selbständigen proletarischen Jugendbewegung mit antimilitaristischem Programm. Dieser Zusammenhang erklärt die Gründung der „Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“ im Jahre 1907, anschließend an den Stuttgarter Kongreß, auf dem die Linke unter Führung Lenins und Rosa Luxemburgs einen verhältnismäßig größeren Einfluß hatte als auf den früheren und späteren internationalen Tagungen. Die Führer dieser Jugendinternationale waren Karl Liebknecht und Henriette Roland-Holst. Und es ist weiter charakteristisch, daß zum Hauptpunkt dieses Kongresses, dem antimilitaristischen Kampf, ein Referat Karl Liebknechts entgegengenommen wurde, das sich entschlossen auf den Boden des Antimilitarismus stellte und daher praktisch von größerer Bedeutung war als die rein theoretischen Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale. Die Leitung dieser Jugendinternationale — deren bedeutendster Kopf Karl Liebknecht war — hat zwar in den kommenden Jahren bis 1914 wenig getan, ja man kann der Jugendinternationale vorwerfen, daß ihre internationale Zentralisation nicht um einen Deut besser war als die der II. Internationale, aber allein ihr antimilitaristisches Programm genügte, um ihr einen besonderen Platz einzuräumen und sie zur Grundlage einer Art Spaltung zu machen. In zwei Ländern, in Deutschland und Holland, bildeten sich nämlich in den nächsten Jahren Jugendorganisationen, die den antimilitaristischen Kampf ablehnten. In Deutschland geschah dies, indem die Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie, unterstützt durch ein deutsches Vereinsgesetz, das den Jugendlichen unter 18 Jahren die politische Betätigung verbot, ihre ganze Kraft einsetzte, um die selbständige Jugendbewegung zu zerstören, und, als dies gelungen war, eine völlig unter dem Einfluß der offiziellen Partei stehende „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ gründete, in der die Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie zwei Drittel der Stimmen innehatte. Ähnlich ging die Entwicklung in Holland vor sich, nur mit dem Unterschied, daß hier nicht ein Vereinsgesetz, sondern die 1911 erfolgte Spaltung der Sozialdemokratie in eine marxistische und eine revisionistische Partei, die auch eine Spaltung der Jugendorganisation zur Folge hatte, zum Anlaß der Gründung einer unter Parteeinfluß stehenden Jugendbewegung und der später erfolgten Gründung einer „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Hollands“ wurde. Beide Organisationen, sowohl die deutsche als auch die holländische

„Zentralstelle für die arbeitende Jugend“, waren der Jugendinternationale nicht angeschlossen. So entstand innerhalb der Jugendinternationale eine Scheidung: Alle Organisationen, die auf dem Boden des Antimilitarismus standen, hielten zur „Internationalen Verbindung“, die beiden „Zentralstellen“ lehnten ihren Beitritt ab, während zu gleicher Zeit in ihren eigenen Reihen — besonders in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg — eine starke Opposition für die Wiederaufnahme der alten Taktik heranwuchs. So konnte die proletarische Jugendbewegung dem Weltkrieg viel gerüsteter gegenüberstehen als die erwachsene Arbeiterschaft. Nicht nur, daß der antimilitaristische Kampf in ihren Reihen ein hohes Maß von Erfahrung über das Wesen des Imperialismus und die Formen seiner Bekämpfung gesammelt hatte, auch die Tatsache, daß am Anfang des Krieges in einzelnen Ländern die gesamte Jugendbewegung auf dem Boden des Antimilitarismus stand, erleichterte den Aufbau einer zentralisierten Jugendinternationale zu einer Zeit, als der größte Teil der sozialdemokratischen Linken noch damit beschäftigt war, sich im nationalen Rahmen zu sammeln. In diesem Sinne traf Karl Liebknecht den Nagel auf den Kopf, wenn er sagte, daß es nicht nur die jugendliche Begeisterung war, die die proletarische Jugendbewegung zu großen Taten befähigte, sondern der „unerbittliche antimilitaristische Grundzug ihrer Taktik“.

Die historische Rolle der KJI in der Periode der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien

Mit der Gründung der Kommunistischen Internationale neigte sich die Periode der Geschichte der Jugendinternationale, in der sie die Rolle einer Avantgarde des Proletariats ausübte, ihrem Ende zu. Zwar gab es noch nach dem ersten und zweiten Kongreß der KI sehr bedeutende Kämpfe um die Abtrennung linker kommunistischer Flügel von den zentristischen und rechtssozialistischen Parteien, Kämpfe, in denen die revolutionären Jugendorganisationen sehr bedeutenden Anteil hatten, aber damit war auch die letzte Möglichkeit einer selbständigen politischen Rolle der Jugendorganisationen erschöpft.

Nach dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale bildeten sich in den wichtigsten Ländern kommunistische Massenparteien, und in ihnen erhielt die Arbeiterklasse ihre eigentliche politische Führung. Aber die Bildung kommunistischer Massenparteien bedeutete noch nicht die Schaffung wirklicher bolschewistischer Parteien. Obwohl „Bolschewismus“ und „Kommunismus“ im strengen theoretischen Sinne des Wortes das gleiche, ist hier, vom Standpunkt der Entwicklung der Komintern gesehen, ein sehr wesentlicher Unterschied. Alle Parteien der Komintern machen eine Epoche durch, in der sie wohl kommunistische Parteien ihrem Prinzip und Programm nach sind, aber in ihrer politischen Linie, in ihrer

Taktik nicht die Zielklarheit der Bolschewiki haben. Diese können sie sich nur erwerben — ebenso wie die Bolschewiki — durch eine langjährige Erfahrung, die die verschiedenen Parteien bestimmte Prüfungen, wie Illegalität, schwere Niederlagen, „verpaßte Momente“ durchmachen läßt. Dieser Prozeß der Bolschewisierung ist, mit anderen Worten, ein Kampf hauptsächlich gegen rechts, aber auch gegen linke Abweichungen von der leninistischen Linie. In diesem Kampfe spielt die Jugendinternationale eine sehr wesentliche Rolle. Wenn wir die Geschichte der Komintern durchsehen und bemerken, wie die Sektionen der KJI in fast allen innerparteilichen Streitfragen die richtige Stellung einnehmen — in vielen Fällen als geschlossene Organisation —, so kann das nicht Zufall sein. Der Genosse Sinowjew hat vor einiger Zeit einen Artikel „Die historische Rolle der KJI“ geschrieben, in dem er diesem Problem auf den Grund geht: „Wir können in der Komintern drei Grundströmungen unterscheiden: 1. die Gruppe der „alten“ Bolschewiki, die schon vor zwei Jahrzehnten mit dem Menschewismus gebrochen haben und vom Beginn des Weltkrieges für die Idee der III. Internationale kämpften; 2. die Gruppe der „Alten“, die vor verhältnismäßig kurzer Zeit erst den organisatorischen Bruch mit den Sozialdemokraten vollzogen haben, zumeist am Ende des imperialistischen Krieges, wenn sie auch ideell schon lange gegen den Reformismus kämpften; und 3. die neue Generation der revolutionären Jugend, die ungefähr vor fünf bis acht Jahren zu uns gestoßen ist, ungefähr seit Beginn der russischen Revolution. Auch die zweite Gruppe ist sehr wertvoll für die internationale kommunistische Bewegung. Es wäre ein sehr großer Fehler, diese Gruppe von sich zu stoßen oder sie nur über die Schulter anzusehen. Wer erklärt, daß das EK der KI darauf zusteuert, den Einfluß dieser Führergruppe im allgemeinen zu vernichten, sagt nicht die Wahrheit. Aber ihre Fehler muß man klar sehen und gegen sie kämpfen. Diese Gruppe bringt zum Teil sehr große politische Erfahrungen mit sich. Viele der Genossen, die dieser Gruppe angehören, stehen schon lange treu und ergeben auf seiten der Kommunisten. Aber sie haben ihre schwachen Seiten.“ Diese Einteilung ist von großer Wichtigkeit. In allen Parteien der KI sahen wir in der letzten Zeit rechte Abweichungen, deren Ursprung zu suchen ist in der Tatsache, daß die Anwendung einer wirklich revolutionären Taktik in einer Periode ohne schnell ansteigende revolutionäre Bewegungen äußerst kompliziert ist und daher eine teilweise Wiederauferstehung der sozialdemokratischen Traditionen in diesen Parteien hervorgerufen wird. Dies geschieht logischerweise am stärksten bei den Schichten der Partei, die eine langjährige sozialdemokratische Vergangenheit hinter sich haben, also der von Sinowjew unter „2.“ genannten Schichten. Es ist kein Zufall, daß die Führer der deutschen Rechten solche Leute

wie Brandler, Thalheimer und Walcher, die der russischen Rechten Trotzki und Radek sind. Weltgeringer ist die Möglichkeit solcher Rückfälle bei der dritten Schicht: den Kommunisten aus den Reihen der Jungarbeiter, die erst während des Krieges zu bewußten Menschen wurden, eine Schicht, die zum überwiegenden Teil noch in unserer Jugendbewegung steht. In diesem Sinne, daß die KJI die Schichten des Proletariats organisiert, die ihrer Entwicklung und sozialen Lage nach die sichersten Stützen der KI sind, prägte Genosse Sinowjew das Wort: „Jetzt, im Kampfe für die Bolschewisierung der Parteien, kommt einer der ersten Plätze der KJI zu“.

Ist diese Teilnahme an der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien eine Hauptaufgabe der KJI, so ist die zweite die Erweiterung unseres Einflusses unter den Massen der Arbeiter- und Bauernjugend. Die Jugendinternationale, die während des Krieges die Rolle einer Avantgarde spielte, die im Prozeß der Gründung kommunistischer Massenparteien eine hervorragende Rolle innehatte, hat diese Aufgaben gelöst. Aber die Zahl und auch die Ideologie ihrer Mitglieder hat sich nicht in derselben Richtung bewegt. Wir haben z. B. in Deutschland ein Verhältnis der Mitglieder von KJ und KP von 1 : 10. Wir haben ähnliche Verhältnisse in allen Ländern mit Ausnahme Rußlands, wo die KJ ca. 1 200 000, die KP ca. 600 000 zählt, also das Verhältnis wie 2 : 1 steht. Die geringe Mitgliederzahl der anderen Sektionen im Verhältnis zur russischen ist nicht durch die Tatsache des Fehlens oder Bestehens der proletarischen Diktatur allein zu erklären, sie beruht vielmehr auf dem bei allen Sektionen,

außer der russischen, herrschenden Mangel wirklicher Massenarbeit, auf das Vorherrschen eines „journalistischen“ Arbeitsstiles, dessen Überwindung die erste Vorbedingung einer Weiterentwicklung der KJI ist. An dieser Entwicklung haben die kommunistischen Parteien nicht nur ein einfaches Interesse, wie an jeder Verbesserung unserer Bewegung, z. B. an der Verstärkung der Arbeit unter den Frauen oder den Kriegsbeschädigten. Die zahlenmäßige Verstärkung der kommunistischen Jugendorganisationen, wie die Verbreitung ihres Einflusses überhaupt, ist für die kommunistische Bewegung eine Lebensfrage, denn aus den Reihen der Jungarbeiter kommen die Schichten, auf die unsere Parteien in der Zukunft ihr Fundament errichten müssen, Schichten ohne sozialdemokratische Vergangenheit, aber mit der lebendigen Erfahrung des imperialistischen Krieges, die auf sie viel stärker einwirkte als auf diejenigen, die damals 25 Jahre oder noch mehr zählten. Auf dem 2. Weltkongreß der KI vertrat Lenin den Standpunkt, man müsse in das Statut der KI den Satz aufnehmen, daß die Arbeiter immer des imperialistischen Krieges gedenken müssen. Er setzte diesen Standpunkt gegen die Einwände, solche Bemerkungen gehören nicht in ein Statut hinein, durch. Jedermann wird verstehen, daß dieser Satz im Statut der KI daran erinnern soll, welche Rolle der Weltkrieg im Leben der Arbeiter gespielt hat. Gerade die Massen der Jungarbeiter sind es, die diesen Sinn am besten verstehen können, und darum ist jeder Schritt vorwärts in der Gewinnung der Jungarbeiterschaft ein Baustein zu einem unzerstörbaren Fundament der Kommunistischen Internationale.

G. SMOLJANSKI:

ÜBER DAS „UNEHRLICHE BUCH“ DER ENGLISCHEN DELEGATION UND DIE „EHRliche“ KRITIK FRIEDRICH ADLERS*

Das Buch der englischen Delegation der Trade Unions hat Glück gehabt. Es ist ihm beschieden, epochemachend zu wirken. Denn es ist das erste nichtkommunistische Arbeiterbuch, in dem das von den Delegierten in Rußland Gesehene wahrheitsgetreu dargelegt wird. Die reformistischen Arbeitermassen des Westens waren bis jetzt gezwungen, sich verschiedener Beschreibungen von „phantastischen Reisen“ zu bedienen, die ihre furchtlosen Führer unter größter Gefährdung ihres — für die Arbeiterklasse so notwendigen —

Lebens gemacht hatten. In der „Vor-Stabilisierungs“-Epoche, in der Aufschwungsperiode der proletarischen Welle gab es in Sowjet-Moskau nicht wenig solcher „Touristen“. Die bekannte Miß Snowden, die Anarcho-Tolstojaner Suchy und Emma Goldmann, die „unabhängigen“ Sozialdemokraten Dittmann und Crispin und ganze Plejaden anderer hatten in den Jahren 1920/21 die „Höhle der Diktatur“ selbst besucht und brachten dem geehrten Publikum in der Eigenschaft unzweifelhafter und authentischer „Zeugen“ einen solchen Strauß von Boulevardklatsch und „glaubwürdigsten“ Anekdoten dar, daß sie jeder beliebige gelbe Pariser Reporter beneidet hätte.

Damals rief diese „Literatur“ bei keinem Fritz

* „Der Kampf vom April 1925, „Sozialistisches Westnik“ („Der sozialistische Bot“) Nr. 90 und 100.

Adler Zweifel hervor, und keine Proteststimme erhob sich aus den Reihen der II. Internationale. Dafür aber versuchte die menschwistische Presse der ganzen Welt noch vor dem Erscheinen des Berichtes der englischen Delegation, bevor sein Inhalt bekannt war, ihn im voraus, „präventiv“, zu diskreditieren und zu tadeln. Es wurde eine wilde Hetze gegen die englische Delegation inszeniert, deren Auftreten in der Beratung der Exekutivkomitees der II. und der Amsterdamer Internationale in Brüssel (im Januar 1925) laut Erklärung von Frits Adler „eine Bedrohung der Grundprinzipien der sozialistischen Internationale bedeutete“. Und nach dem Erscheinen des Buches wurde es sofort als „unehrlich“ gebrandmarkt.

Von nun ab muß jeder Arbeiter, dem es je einfallen sollte, nach Sowjetrußland zu fahren und seinen Genossen das zu schildern, was er in der Arbeiter- und Bauernrepublik tatsächlich gesehen, sich seine „Ehrlichkeit“ von der Redaktion des „Sozialistischeski Westnik“ im voraus bescheinigen lassen. Henry Brallsford, Redakteur des Unabhängigen-Organs „New Leader“, schreibt in seiner Zeitschrift zur „Rechtfertigung“ der Delegation: „Dieses Buch ist das Produkt aufrichtiger und ehrlicher Arbeit.“ Die Delegation der englischen Schneiderarbeiter, die im Februar dieses Jahres Sowjetrußland besucht und in der belgischen Gewerkschaftspresse einen vorzüglichen, sachlichen Bericht über die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion veröffentlicht hat, macht zum Schluß die charakteristische Bemerkung: „Als wir von den russischen Genossen Abschied nahmen, ... baten sie uns, den belgischen Arbeitern die ganze Wahrheit darüber mitzuteilen, was wir in Sowjetrußland gesehen und gehört haben — das Gute sowohl als auch das Schlechte. Es scheint uns, daß wir in unserem Bericht dieser elementaren Ehrlichkeit gerecht geworden sind.“

Und je mehr Arbeiterdelegationen Sowjetrußland besuchen, sich mit eigenen Augen überzeugen, welche ungeheure schöpferische Arbeit das russische Proletariat in den Revolutionsjahren geleistet hat, und ihre Eindrücke mit ihren Genossen zu teilen wagen, um so schärfer wird der Haß der Führer des internationalen Reformismus gegen Sowjetrußland, und um so wütender greifen diese jede objektive Tatsachenschilderung an. Nicht umsonst nennt der „Sozialistischeski Westnik“ den englischen Bericht das „falscheste Dokument über den bolschewistischen Versuch in Rußland“, und nicht umsonst erklärt Friedrich Adler — das inkarnierte „Gewissen“ der II. Internationale —, daß „seit der Kriegsexzesse deutscher Sozialimperialisten kein Buch ihn durch die Niedertüchtigkeit der Denkweise und die Schamlosigkeit seiner Offenbarungen so erschüttert habe wie dieser ‚Bericht‘.“ Also: der Hieb sitzt! „Von dir erzählt das Märchen!“ — Das Verhalten zu Sowjetrußland ist zum Prüfstein

geworden, über den nicht nur ein „gewissenhafter“ zentristisch-reformistischer Führer ausgegillt ist.

Der Bericht der englischen Delegation hat Tatsachen hergenommen — „Rußland, wie es ist“. Das ruft die größte Empörung und die „vernehmende“ Kritik seitens Friedrich Adlers hervor. „Die Aufgabe des Berichtes“, so heißt es im Vorwort, „ist, alle Vor- und Nachteile festzustellen, die sich für das russische Volk im Ergebnis des neuen Regierungssystems ergeben haben... Es ist selbstverständlich, daß es sich über ein politisches System am besten nach dessen Resultaten urteilen läßt...“ Und die englischen Delegierten, weit entfernt, Kommunisten zu sein, stellen leidenschaftslos fest, daß „die russischen Arbeiter die herrschende Klasse in Rußland sind“, daß „die Arbeiter die Rechte der herrschenden Klasse genießen“, daß „für eine Demokratie, wie sie in anderen Ländern verstanden wird, hier kein Platz ist“, daß „die Führer der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki zu erboßt sind, als daß man von ihnen in Zukunft einen Nutzen erwarten könnte“. Eine solche Methode gefällt Frits Adler ganz und gar nicht. In der Tat, kann man denn von solchen Kleinigkeiten wie „Resultaten“ reden, wo „uns der Verlust des Höchsten, was wir besitzen — der Ehre der Arbeiterbewegung — droht“? Und kann denn die Arbeiterklasse die Ergebnisse der Diktatur der „Usurpatoren“, unter der, nach Aussage der englischen Delegation, „die Arbeiter die Rechte der herrschenden Klasse genießen“ — mit jenen glänzenden Resultaten vergleichen, zu denen das österreichische Proletariat unter der genialen Führung von Adler und Co. vorgedrungen ist? Adler fühlt, wie vollkommen hoffnungslos die Position der Tatsachen für ihn ist, und überträgt die ganze Diskussion auf das Gebiet der hohen Materien. Es ist charakteristisch, daß der gesamte „ideologische“ Angriff auf die englische Delegation von den sogen. „Linken“ in der II. Internationale geführt wird. Die in der Praxis stehenden Führer sind mit ihren alltäglichen Barmat-Angelegenheiten beschäftigt. Sie sorgen für „Resultate“ und überlassen die Verteidigung der „Ehre der Arbeiterbewegung“ Adler.

Um den Bericht stärker zu diskreditieren, bereitet Adler dessen Autoren eine „Abfuhr“. Nachdem der „Soz. Westnik“ den Bericht als „bewußten Betrug“ seitens der englischen Delegation aufgedeckt hat, bemüht sich Adler, die Mitglieder der englischen Delegation als „Einfaltspinsel“ hinzustellen, die ohne hinzusehen ein Dokument „unterhauen“ haben, das ihnen von ehemaligen britischen Regierungsbeamten unterschoben worden ist. „Wer sind die Verfasser des Berichtes?“ — insinuiert Adler. „... Faktisch haben ihn drei von der Delegation mitgebrachte ‚Sachverständige‘ geschrieben... Beim Lesen dieses Berichtes darf man nie vergessen; sein

Prestige stammt von den Britischen Trade Unions, die Routine und die Denkart aber — von ein paar ehemaligen Beamten des diplomatischen Ressorts...“ Wir können den Sekretär der II. Internationale Adler daran erinnern, daß sich unter den Mitgliedern der englischen Delegation verantwortliche Mitglieder der II. Internationale befanden, Purcell und Bromley, die im Juni 1924 in Wien einmütig auf die verantwortlichsten Posten gewählt wurden, der erste zum Vorsitzenden, der zweite zum Mitglied des Präsidiums der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Wir wissen zwar, daß die Männer der II. Internationale nicht selten Schriftstücke „unbesehen“ unterzeichnen (sagen wir — wenn es sich um Kriegsbudgets, um Arbeitsgemeinschaften, um „Ermächtigungsgesetze“, um den „patriotischen“ Verzicht auf den Achtstundentag handelt). Aber das immer nur in besug auf die Bourgeoisie. Etwas ganz anderes ist es, wenn es sich um einen „Terroristen“ und „Usurpator“ oder um die Rettung der „Ehre der Arbeiterbewegung“ handelt! Und ferner: wird nicht durch die Aussagen ehemaliger Beamten des Auswärtigen Amtes, die man nur darum mitnahm, um von Sowjetübersetzern unabhängig zu sein, der günstige Eindruck noch mehr verstärkt?!

Wozu war all das nötig? Das ist kein allzu großes Geheimnis. Sie müssen um jeden Preis die Sache der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung sprengen. Jedesmal wenn die Reformisten eine besondere Gemeinheit begehen, beginnen sie bekanntermaßen damit, sich an die Brust zu schlagen und über ihre „Ehrlichkeit“ zu lamentieren. Eine nach der anderen gehen Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland: Belgier, Schweden, Engländer. „Die Arbeitermassen wollen sich überzeugen,“ — schreiben die belgischen Schneiderarbeiter in ihrem Bericht — „ob es in Sowjetrußland tatsächlich eine

Gewerkschaftsbewegung gibt, ob die Arbeiter da ihre Angelegenheiten selbst ordnen, ob sie mehr oder weniger Rechte und Freiheiten besitzen wie wir... mit einem Wort: wie sehen die für das Proletariat fühlbaren Resultate der Oktoberrevolution aus?“ Die Arbeiter wollen die Brille Adlers nachprüfen. Und das Ergebnis ist immer das gleiche: „Der Betriebsrat ist der unmittelbare Verteidiger der Arbeiterinteressen in dem Betriebe“, schreiben die Belgier. „... Man soll nicht denken, daß die Kommunisten in dem Betriebe irgendwelche Erleichterungen genießen. Überhaupt ist es in Rußland gar nicht leicht, Kommunist zu sein... Wie im ökonomischen, so auch im politischen Leben wird volle Gleichberechtigung der Geschlechter innegehalten... Wir sahen in der Umgebung Moskaus Paläste, die früher Fürsten gehörten und jetzt in Erholungsheime und Sanatorien verwandelt sind... Die Privateigentümer, die da zeitweilig noch geduldet werden, sind keine Eigentümer mehr in dem Sinne, wie man es unter der kapitalistischen Ordnung versteht. Sie unterstehen der Arbeitsgesetzgebung, sie unterstehen der gesamten Sowjetgesetzgebung...“ Und zum Schluß: „Von der Einheit hängt der Sieg des Proletariats ab.“

Solche Berichte sind allerdings geeignet, jeden beliebigen Adler niedergeschlagen zu stimmen. Und das Bombardement gegen die „beschränkten englischen Gentlemen“ bezweckt vor allem die Schaffung eines „Rauchvorhanges“, der das wahre Bild den Blicken der europäischen Proletarier verdecken und den Eindruck von dem englischen Bericht abschwächen soll. Das Setzen auf „Ehre“ und „Moral“ ist durch Motive hervorgerufen, die von diesen hohen Kategorien recht weit entfernt sind.

Freund Fredericus, rede nicht so schön!

A. MALETZKY:
REVUE DES REVUES
(„Gewerkschaftsarchiv“ und „Die Arbeit“)

Wir haben bereits bei der Besprechung der „Socialist Review“ darauf hingewiesen, daß die gehässigsten Feinde des Proletariats, der proletarischen Revolution, Sowjetrußlands in erster Linie, in den Reihen der Sozialdemokraten, der politischen Führer zu finden seien. In der gewerkschaftlichen Bewegung, nicht nur in der englischen, wo wir ja bekanntlich einen immer mehr um sich greifenden Ruck nach links beobachten, sondern sogar in den deutschen gewerkschaftlichen Organisationen macht sich eine andere Einstellung bemerkbar, als wir sie in der sozialdemokratischen politischen Presse mit ihrem wilden Haß „gegen Moskau“ reichlich finden. Als seinerzeit 1906 Rosa Luxemburg gerade im Korrespondenzblatt, dem offiziellen Blatt der deutschen Gewerkschaften, aufs grimmigste angegriffen wurde für ihre revolutionäre Stellung in der Frage des Generalstreiks, da war es Kautsky, der sie energisch verteidigte. Jetzt aber sehen wir, wie Kautsky sich zu den schlimmsten Feinden und Verleumdern der russischen Revolution gesellt, wie ein Fritz Adler in kilometerlangen Ergüssen in den Spalten des „Kampf“ auf die widerlichste Weise den Bericht der Delegierten der englischen Gewerkschaften über die Zustände in Sowjetrußland angreift, obwohl er doch wissen muß, welche Gefahren sowohl der russischen Revolution wie der Proletariatsache drohen, wie eine Einheitsfront des Kapitalismus gegen Sowjetrußland gebildet wird, und daß der Bericht der englischen Gewerkschafter eine Annäherung zwischen dem englischen und russischen Proletariat anbahnen soll. Dagegen finden wir im Gewerkschaftsarchiv, das von dem Gewerkschaftstheoretiker Karl Zwing herausgegeben wird, in der Frage der Annäherung zwischen Moskau und Amsterdam eine andere Sprache. Aus der Februarnummer und in der Märznummer, wo von der Ausschußsitzung des IGB in Amsterdam berichtet wird, ist klar zu ersehen, daß bei aller Zaghaflichkeit und unrevolutionärer Einstellung dieses Blatt der Verständigung zwischen Amsterdam und Moskau nicht unsympathisch gegenübersteht. Der Verfasser des Artikels findet sogar ziemlich herbe Worte, als er von dem Berichte des IGB spricht, „dessen Seitenzahl, wie er sich ironisch ausdrückt, in einem argen Mißverhältnis zu der Bedeutung seiner Tätigkeit steht“. „Es dürfte jedenfalls nichts schaden,“ sagt er weiter, „wenn der IGB etwas aus seiner geistigen Trägheit und Sorglosigkeit aufgerüttelt und mehr als bisher daran erinnert wird, daß die Kraft und die Hoffnung der Arbeiterschaft bei den Gewerkschaften selbst liegt und jene bedauerliche und zeitfremde Illusionäre sind, die da glauben, jeden Erfolg nur als die Frucht diplomatischer Geschicklichkeit aus den Händen des internationalen Arbeitsamtes entgegennehmen zu dürfen. Die Vertreter der internationalen Gewerkschaftsbewegung beim IAA haben keine Veranlassung, sich dort durch besonders große Verbeugungen auszuzeichnen. Ihre ganze Kraft muß in erster Linie ihrer eigenen Bewegung selbst gelten. Denn diese bedarf noch vielen Fleißes und harter Mühe, um sie zu dem zu machen, was heute erwartet wird und verlangt werden muß.“ Diesem Urteil über die Amsterdamer Herren wäre nur hinzuzufügen, daß man die Herren nicht nur aufrütteln, sondern sie ganz beiseiteschieben muß, und daß nicht nur viel Fleiß und „harte Mühe“, wie der Verfasser glaubt, sondern klares Bewußtsein des Weges und des Zieles, zähe revolutionäre Energie der gewerkschaftlichen Bewegung not tut. Freilich ist dies einstweilen

bei den Theoretikern und Praktikern der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht zu finden. Ob sie aber wollen oder nicht, unter dem Druck der Ereignisse, unter dem Druck der Massen werden sie den richtigen Weg betreten müssen, oder die Gewerkschaftsbewegung wird sich über ihre Köpfe hinweg, und das ist das allerwahrscheinlichste, nach links orientieren. In derselben Februarnummer finden wir in einem Artikel des Herrn Braunthal über Auslandskredite den folgenden hübschen Passus: „Im allgemeinen aber muß festgestellt werden, daß der wichtigste Regulator, der innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zum Ausgleich eines Passivsaldo der Wirtschaftsbilanz zur Verfügung steht, das Einströmen ausländischen Kapitals, nach jahrelangen schweren Störungen endlich in Funktion getreten ist und seine belebenden Wirkungen sofort bemerkbar gemacht hat. Damit ist ein weiteres Stück des Weges der Rückkehr normalerer, wenn auch noch kapitalistischer Zustände beschritten.“ Das will also heißen: Herr Braunthal findet, daß die amerikanischen Millionen, die dazu bestimmt sind, gemäß dem Dawesplan aus Deutschland eine regelrechte Kolonie zu machen, ihre „belebenden Wirkungen“, wie er sich ausdrückt, bemerkbar gemacht haben. Und in dieser Tatsache will er eine Rückkehr „normalerer“ Zustände begrüßen. Er vergißt aber, welchen Preis Deutschland für diese „Normalität“ zahlen muß. Er vergißt, daß die einzige Möglichkeit für Deutschland, die riesigen amerikanischen Schulden zu zahlen, wenn es kapitalistisch bleibt, in einer kolossalen Steigerung der Produktion bestehen muß bei gleichzeitiger möglicher Drückung der Löhne, damit die deutsche Industrie sich auf dem Weltmarkt behauptet. Und schon haben wir ja die ersten Auswirkungen des Dawesplans: die Stockung, die Krise in manchen Industrien, dabei sind wir erst in der ersten Phase dieses Prozesses. Und das nennt Herr Braunthal eine Rückkehr zu gesunden Verhältnissen! Es ist sehr bezeichnend, daß gerade in einem gewerkschaftlichen Organ, wo man möglichst sorgfältig die Folgen des Dawesplans für die breiten Arbeitermassen prüfen sollte, Erwägungen wie die des Herrn Braunthal kritiklos aufgenommen werden. In der zweiten gewerkschaftlichen Zeitschrift, die wir besprechen, „Die Arbeit“, herausgegeben von Leipart, finden wir reichliches interessantes Material, anregende Analysen aus dem Gebiete der Sozialpolitik bei gleichzeitiger theoretischer Verschwommenheit und dem jetzt zur Mode gewordenen Quatsch von der wirtschaftlichen Demokratie, Werksgemeinschaft, Betriebsgemeinschaft, industriellen Demokratie und wie sonst diese Schlagwörter lauten. In einem interessanten Artikel, „Weltmarkt und Lohn“, weist Paul Herrenberg darauf hin, auf welcher Grundlage sich unter anderem die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie aufbaut. Und zwar ist dies der niedrige Lohn des deutschen Arbeiters. „Schon vor dem Kriege“, sagt Herrenberg, „hatte der deutsche Unternehmer einen Vorsprung vor seinen Hauptkonkurrenten dank den niedrigen deutschen Löhnen. Allerdings stand der Lohn in den meisten slawischen und romanischen Ländern noch tiefer. Aber die in den skandinavischen und angelsächsischen Ländern gezahlten Löhne übertrafen die in Deutschland gezahlten im allgemeinen ganz bedeutend. Für 1905 ergab eine sehr sorgfältige Untersuchung des englischen Handelsamtes, daß in der gleichen Zeit, für die dem deutschen Arbeiter ein Lohn von 1 M. gezahlt wurde, der englische 1,34 M., der französische 0,86, der belgische 0,70, der amerikanische aber 3,23 M. verdiente. Vergleicht man die Lage von 1914 mit der vom Oktober 1924, so gewinnt man ein Bild davon, wie sehr sich in der Nachkriegszeit der Lohn zugunsten der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Unternehmers verschoben hat. Im Dezember 1924 ist das durchschnittliche Lohnverhältnis für die gleichen Arbeitergruppen in Deutschland, England und Amerika 100 : 187 : 579. Das bedeutet für die deutschen Unternehmer eine Entlastung, die alle Mehrbelastung durch gesteigerte Steuern bei weitem aufwiegt. Nach den Aufstellungen des Statistischen Reichsamtes betrug in Deutschland der Durchschnittslohn für gelernte Arbeiter 1914 0,65 M., im Dezember 1924 0,75 M., für den ungelerten

1914 0,41 M., im Dezember 1924 0,53 M. Der Stundenlohn der gelernten ist also Ende 1924 auf 115%, der der ungelerten auf 129% des Vorkriegslohnes gestiegen. Die mittlere Steigerung würde demnach 22% betragen. Ein internationaler Überblick über die Lohnsteigerung ergibt demgegenüber folgendes Bild (durchschnittliche Stundengoldlöhne Ende 1924 in Prozenten der Löhne von 1914):

Deutschland	122%
Italien	150%
Frankreich	152%
England	200%
Schweiz	200%
Schweden	249%
Holland	295%
Vereinigte Staaten	232%

Nach den Berechnungen des Board of Trade ist der Stundenlohn in England im Dezember 1924 durchschnittlich auf 200% des Vorkriegslohnes gestiegen. Der deutsche stand nur auf 122%. Würde der deutsche Lohn um ebensoviel gestiegen sein wie der englische, so hätte sich die Lage für den deutschen Unternehmer im Verhältnis zur Vorkriegszeit nicht verändert. Jedes Prozent, das die deutsche Lohnsteigerung gegen die englische zurückgeblieben ist, bedeutet für ihn eine Entlastung in der Höhe von 1% der Vorkriegslöhne. Er ist also im ganzen um eine Summe in Höhe von 78% des Vorkriegslohnes entlastet. Der Vorkriegsstundenlohn der gelernten Arbeiter stand durchschnittlich auf 0,75 M. Eine Ersparnis von 78% bedeutet also für die Arbeitsstunde 0,50 M., macht auf den Arbeiter in den 2400 Arbeitsstunden des Jahres rund 1200 M. Auf den ungelerten Arbeiter, dessen Vorkriegslohn durchschnittlich nur 0,41 M. betrug, bedeutet es eine Ersparnis von 0,32 M. in der Stunde und 768 M. im Jahre. Auf die 13 Millionen deutscher Arbeiter macht das also eine Lohnersparnis zwischen 15 und 10 Milliarden Mark. Führt man die gleiche Rechnung für den Vergleich mit Amerika durch, so erhält man noch bedeutend höhere Zahlen. Als ein interessantes Beispiel des verschiedenen Lohnstandes mag der Lohn angegeben werden, den nach Mitteilungen von Professor Hirsch eine amerikanische Firma für genau die gleiche Arbeit in verschiedenen Ländern Ende Oktober 1924 zahlen mußte: Belgien 1,18 Dollar, Frankreich 1,36, Deutschland 1,46, England 2,35, Vereinigte Staaten 5,60. Das würde bedeuten, daß für die gleiche Arbeit, die an Lohn in Deutschland 1 M. kostet, in Belgien 0,81 M., in Frankreich 0,93 M., in England 1,61 M. und in Amerika 3,84 M. gezahlt werden müßten. Angesichts dieser Sachlage, bemerkt Herrenberg, wirkt sehr eigenartig die feierliche Erklärung des großen Ausschusses der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in der es heißt: „Bei solcher Wirtschaftslage ist eine Erhöhung des gesamten Lohnniveaus untragbar, und ein Versuch, der Wirtschaft weitere Lohnerhöhungen aufzuzwingen, würde für die Gesamtheit unseres Volkes die schon jetzt vorhandenen Gefahren noch steigern. Bedeutet doch eine Lohnerhöhung von nur wenigen Prozenten für die gesamte Wirtschaft Summen, die in die Hunderte von Millionen Reichsmark gehen. Aus diesen Gründen fühlt sich die deutsche Arbeiterschaft verpflichtet, die gesamte Öffentlichkeit, die verantwortlichen Kreise der Gewerkschaften und die Reichsregierung auf die ernststen Folgen aufmerksam zu machen, die nach ihrer Ansicht eintreten müssen, wenn das bisherige System staatlichen Lohnzwanges und eines ununterbrochenen Hinaufschraubens der Löhne trotz der fehlenden Wirtschaftsvoraussetzungen beibehalten wird.“

Im Rahmen der Weltwirtschaft gesehen, sagt Herrenberg, bedeutet das „ununterbrochene Hinaufschrauben“ der deutschen Löhne nichts anderes als eine Annäherung an normale Verhältnisse. Wir würden hinzufügen, daß diese normalen Verhältnisse nichts anderes bedeuten als ein jammervolles Dasein, ein Schutz vor dem Hungertode, und wenn Herren-

berg fragt: „Will man denn tatsächlich verlangen, daß der deutsche Arbeiter dauernd nicht nur die ganze Erhöhung der öffentlichen Lasten, sondern auch die aus hohem Gewinn und schlechter Organisation erwachsenden Mehrkosten der Produktion dadurch ausgleicht, daß er sich mit Löhnen begnügt, die ihn dort festhalten, wohin ihn Krieg und Kriegsfolgen hinunterdrücken?“, so können wir Herrenberg diese Frage beantworten, indem wir darauf hinweisen, daß tatsächlich das deutsche Unternehmertum dies und noch mehr von dem deutschen Proletariat verlangt. Und will das Proletariat und wollen die Gewerkschaftsführer und will Herr Herrenberg den deutschen Unternehmern das Handwerk legen, so muß eine ganz andere Klarheit, Schärfe und Energie Platz greifen an Stelle der zahmen Erwägungen, die diese so beredsame Tatsachensprache dem Herrn Herrenberg entreißt. Im engen Zusammenhang mit diesem Problem steht die Frage der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft, die in einem interessanten Aufsatz von Franz Spliedt in der Märznummer der „Arbeit“ geprüft wird. Auch hier zeigt es sich, wie die deutschen Unternehmer es verstehen, die Tatsachen sorgfältig zu fälschen und um jeden Preis jeder Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse entgegenzuwirken und alle Folgen des imperialistischen Krieges und der jetzigen Zerrüttung auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Nach den Berechnungen des Reicharbeitsministeriums gelangen wir zu folgenden Schlüssen: Im Jahre 1913 haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen für Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung 1120 Millionen Mark aufgebracht, während im Jahre 1924 für die gleichen Versicherungen 1290 Millionen Mark aufzubringen waren. Die knappschaftliche Pensionsvereinigung erforderte im Jahre 1913 rund 80 Millionen Mark, im Jahre 1924 etwa 100 Millionen Mark. Völlig neu ist die Erwerbslosenfürsorge, die im Jahre 1924 an Beiträgen etwa 220 Millionen Mark erforderte. Insgesamt sind die Aufwendungen der Wirtschaft für die sozialen Versicherungen von rund 1200 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 1610 Millionen Mark im Jahre 1924 gestiegen. Setzt man das Jahr 1913 gleich 100, so stiegen die Aufwendungen der Wirtschaft (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Jahre 1924 auf 134. Stellt dies eine tatsächliche Mehrbelastung dar? fragt mit Recht Spliedt. Mitnichten. Die Geldentwertung, die sich in der gesamten Weltwirtschaft in den höheren Indexpunkten der Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten, der Warenpreise und der Nominallohne ausdrückt, ist sehr viel bedeutender. Warenpreise und Lebenshaltungskosten verhalten sich international nicht wie 100 zu 134, sondern etwa wie 100 zu 160. So zeigen z. B. die Vereinigten Staaten ein Ansteigen der allgemeinen Geldentwertung auf 150 bis 160, England von 170 bis 180, die Schweiz auf 170. Rente, Warenpreise, Löhne, aber auch soziale Aufwendungen bewegen sich international auf einer höheren Linie, ohne damit entsprechend der großen Zahl ihren inneren Wert verändert zu haben. Trotz der höheren Ziffern ist daher weder der innere Wert der Aufwendungen für die deutsche Sozialpolitik noch die Höhe der Belastung der Wirtschaft entsprechend der Geldentwertung gestiegen. Sie ist im Gegenteil tatsächlich beträchtlich hinter Wert und Belastung der Vorkriegszeit zurückgeblieben. Spliedt widerlegt dann in weiterem die sophistischen Versuche der deutschen Unternehmer, diese Tatsachen zu bestreiten. Dem heuchlerischen Geklammer der Industriellen, daß die deutsche Wirtschaft so verarmt ist, daß sie schon aus diesem Grunde Soziallasten wie in der Vorkriegszeit nicht ertragen kann, hält Spliedt folgendes entgegen: „Die schwierige Lage der Gesamtwirtschaft ist unverkennbar ... Die Lage der deutschen Wirtschaft ist durchaus nicht so verzweifelt, wie sie die Unternehmer aus taktischen Erwägungen im Ringen um die Arbeitsbedingungen darzustellen liebten. Das Steigen der Produktivität, der Steuern und öffentlichen Abgaben, des Verkehrs usw. beweist, daß sich die deutsche Wirtschaft als Ganzes in aufsteigender Linie bewegt. Der Abgabeposten für Sozialpolitik wird diesen Aufstieg nicht hemmen ... Vor dem Kriege war die deutsche Wirtschaft im Verhältnis zu

den konkurrierenden fremden Wirtschaften sehr viel stärker belastet als diese durch soziale Aufwendungen. Nach dem Kriege hat sich dieses Verhältnis wesentlich verschoben. Auch die Wirtschaften des Auslandes sind gezwungen, erhebliche Soziallasten zu tragen, die z. B. in England weit über das Maß der deutschen hinausgehen. Es ist also nicht mehr eine einseitige Vorbelastung wie früher. Aber hinzuzurechnen ist das deutsche Lohnniveau, das der deutschen Unternehmung einen erheblichen Vorsprung gibt.“ Wir sehen also aus diesen Erwägungen, auf welchen Bahnen sich die Lohnpolitik und die Sozialpolitik des deutschen Unternehmertums bewegen. Die deutschen Arbeiter sollten genau diese Tatsachen ins Auge fassen und endlich einsehen, daß nur ein energischer rücksichtsloser Kampf sie aus diesen Fesseln befreien kann, die ihnen der deutsche Unternehmer täglich schmiedet. Der Dawesplan wird ja selbstverständlich auf dem Gebiete der Lohn-drückung noch viel Ungeheuerliches für den deutschen Arbeiter vorbereiten.

M. J. L O N S K I :

L A M E T T R I E , A U S G E W Ä H L T E W E R K E

Karl-Marx- und Friedrich-Engels-Institut, Moskau 1925

Lametrie: „Der Herr Maschine“, „Mensch Maschine“ — nannten ihn seine Zeitgenossen, „der Trüffelpasteten-Lametrie“, so beschimpften ihn seine bürgerlichen Nachfahren, auch diejenigen, die seine Ehrenrettung in den Augen der vornehmen Gesellschaft vollbringen wollten. Beweis dafür — ist Friedrich Albert Lange, der in seiner Geschichte des Materialismus in allem spießbürgerlichen Ernst behauptet, „Lametrie hätte sich mit seinem Tode (der eben durch die fatale Trüffelpastete herbeigeführt wurde), mehr geschadet als mit seinem Leben“.

Die beiden erwähnten Etiketten, mit welchen die bürgerliche Philosophie Lametrie überklebt hat, haben eine wesentliche Bedeutung nicht nur für seine Charakteristik, sondern auch für die Erkenntnis des gesamten französischen Materialismus in seinen Anfängen und weiteren Schicksalen. Man bedenke, die Zeitgenossen Lametries waren ein Voltaire, ein Maupertius und die Enzyklopädisten, die Holbach, Helvetius und Diderot, die illustren Vertreter der revolutionären Bourgeoisie, die geistigen Urheber (im bürgerlichen Jargon gesprochen) der Saint Just, Danton und Robespierre. Und wenn auch sie also Lametrie von sich abschüttelten oder ihn zumindest gern totschwiegen, was war der Grund hierfür? Kein anderer als der, daß im französischen Materialismus von vornherein zwei Tendenzen miteinander stritten, die eine absolut negativ, alles Bestehende, Überlieferte, rücksichtslos umstürzend, zerstörend, die andere schon mehr positiv, an den Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft denkend. Wir finden eine Mischung dieser Tendenzen bei allen Enzyklopädisten, doch in verschiedener Dosierung. Und selbstverständlich ist, daß, je mehr die französische Bourgeoisie in den wirklichen Kampf um die Macht verwickelt wurde, je mehr sie die Volksmassen für sich mobilisieren mußte, desto mehr sie auch nicht umhin konnte, nicht bloß die negative Seite des totalen Umsturzes, sondern auch das positive, für alle Ewigkeit bleibende Moment, d. h. das Prinzip der ewigen Wahrheit der Bourgeoisie, zur Geltung zu bringen. Das ist bei Lametrie noch nicht der Fall: Seine Hauptstärke ist die rücksichtslose Schärfe im Verneinen, er setzt der Materie und ihrer Bewegung noch keine bestimmten Grenzen, er steht auf dem Standpunkt der unaufhörlichen Metarmorphose, er ist Skeptiker selbst noch gegen die weiteren Einzelheiten seiner

Lehre, er vertritt die Evolution mindestens auf dem Gebiete der Natur. Freilich als Lamettrie seine Werke schrieb, um die Wende des 18. Jahrhunderts, da brauchte die Bourgeoisie ihren Totengräber noch nicht zu fürchten, da konnte sie sich noch den Luxus erlauben, in bezug auf sich selbst frivol zu sein anstatt, wie später, dogmatisch. Die anderen Enzyklopädisten wurden schon „vorsichtiger“, mehr voraussehend, systematisch, in das Geistreiche ihrer Konstruktionen mischten sich schon eine tüchtige Portion Sentimentalität, sie berauschen sich an den im menschlichen Gemüte verborgenen ewigen Wahrheiten an sich, der absoluten Wahrheiten der Bourgeoisie. Das ist der Grund, weshalb sie Lamettrie nicht als den ihrigen anerkannten. Freilich, sie teilten mit ihm später zur Strafe das Schicksal, daß die siegreiche Bourgeoisie auf dem Höhepunkt ihrer Macht und ihres Verfalls sie alle insgesamt zum alten Eisen warf oder am liebsten überhaupt aus ihren historischen Denkwürdigkeiten wegradierte.

Erst dem Proletariat und seiner Wissenschaft war es gegeben, die alten Haudegen des französischen Materialismus und Atheismus zu den verdienten Ehren zu bringen. Unter ihnen gebührt Lamettrie zweifellos der erste Platz. Über sein Leben wollen wir die proletarische Leserschaft nicht allzu ausführlich unterhalten. Einige Hauptdaten darüber: Lamettrie wurde im Jahre 1709 geboren und starb 1751. Von Beruf war er Arzt, mußte aus Frankreich und Holland flüchten, bis er am Hofe Friedrichs des Großen Unterkunft und Schutz fand. Die patentierten Geschichtsschreiber des Hauses Hohenzollern können aus diesem Umstande für die angebliche Aufgeklärtheit des Fridericus nicht genug Kapital schlagen. —

Der Tod Lamettries ist nicht eben wegen der erwähnten Trüffelpastete, die allen Pfaffen als ein Beweis der Grundverdorbenheit aller Materialisten dienen soll, höchst merkwürdig. Anlässlich eines Gastmahles bei dem französischen Gesandten, den er von einer schweren Krankheit heilte, erkrankte er selbst an dem vergifteten Fleisch der Pastete. Er hätte sich leicht retten können, wenn er ein Brechmittel eingenommen hätte; um aber zu beweisen, daß alle Krankheiten durch Blutaderlaß geheilt werden können, machte er das Experiment an sich selbst und mußte daran glauben.

Die Hauptwerke Lamettries sind: „Die natürliche Geschichte der Seele“ (1745), „Der Mensch — eine Maschine“ (1747), „Das System Epikurs“ und „Betrachtungen über das Glück“. Höchst bemerkenswert sind auch seine kleineren Schriften, wie „Der Mensch — eine Pflanze“ und „Übersicht der philosophischen Systeme“. Ihre Zusammenstellung in dem vorliegenden Bande kann als höchst gelungen bezeichnet werden. Das Vorwort des Genossen A. Deborin gibt für proletarische Leser eine gute Einführung zum Verständnis der Lehren unseres Philosophen.

Hier sollen nur noch einige wesentliche Einzelheiten des französischen Materialismus, wie er mit unvergleichlicher Wucht und Schärfe von Lamettrie begründet wird, gestreift werden. In der Tat ist dessen Lehre, wie Marx sagt, „das Zentrum der französischen Schule“. Er führt seinen Kampf gegen alle Vorurteile der Theologie und des Feudalismus als Arzt. Das ist programmatisch für die ganze weitere Entwicklung: Der Streit der medizinischen Fakultät gegen die philosophische Fakultät zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Aufklärung, darauf spielt Kant und zum Schlusse Feuerbach an.

Daraus erklärt sich auch die eigentümliche Stellung Lamettries zu der Philosophie überhaupt. Die Philosophie ist für ihn, obwohl ihrer Untersuchung, ihrem Urteil alles unterworfen werden muß, doch sekundär gegenüber der Natur. Dieser Schritt ist epochemachend, denn er bezeichnet für alle Folgezeit den diametralen Gegensatz des Materialismus gegenüber dem Idealismus. Mit Recht weist Feuerbach immer wieder darauf hin. Aber insofern die Philosophie von der Natur abhängig ist, kann sie keinen Anspruch mehr auf ein System erheben. Lamettrie ist der schärfste Feind aller Systematisierung.

In der systematisierenden Tendenz sieht er die Quelle aller Irrtümer, aller leichtsinnigen Vorwegnahme der konkreten, tatsächlichen Untersuchung. Darin unterscheidet er sich von Holbach, was aus den obenerwähnten Gründen sehr wichtig ist. — Alle philosophischen Systeme sind nach Lamettrie in zwei Grundkategorien einzuteilen: Das erstere, das ältere ist der Materialismus, das zweite der Spiritualismus. In diesem Zusammenhang ist höchst interessant die Übersicht, die Lamettrie über die Philosophie der Neuzeit hält. Er gruppiert auf der einen Seite die Idealisten Descartes, Malebranche, Leibniz und Wolff, auf der anderen Seite die Materialisten Locke, Boerhave und Spinoza. Unter den letzteren nimmt er Locke und Boerhave rückhaltlos an, gegen Spinoza erhebt er einen sehr wesentlichen Einwand. Er verwirft dessen Rationalismus, d. h. seine Lehre, daß alles Bewußtsein nur eine Modifikation des Denkens ist, und daß es überhaupt ein absolutes Attribut des Denkens in der Substanz, ein Weltdenken gibt. Dieser Einwand beweist, wie genau es Lamettrie schon gesehen hat, daß der Pantheismus Spinozas, sofern er nicht von dem Gespenst des Absoluten, als dem ewigen Bestandteil der Natur befreit wird, idealistisch gedeutet werden kann.

Über die Naturphilosophie Lamettries geben seine folgenden Grundsätze Aufschluß: Es gibt nur Materie und ihre Bewegungen. Die Materie begründet also die Einheit der Natur. Der Mensch ist ein Glied des Tierreiches. Sein Ursprung ist aus natürlichen Gründen leicht erklärlich. Die Kluft, die angeblich zwischen dem Menschen und den Tieren besteht, kann durch anatomische Untersuchungen, durch die Feststellung der Verwandtschaft des menschlichen und tierischen Organismus überbrückt werden. Aber Lamettrie geht noch weiter. Auch die Einheit der Pflanzen- und Tierwelt kann bewiesen werden, die Natur zeigt eine zusammenhängende Leiter von Entwicklungsformen. Aus einem Urbläschen haben sich alle lebenden Organismen entwickelt. Es gibt nichts, was der Metamorphose der Natur und ihrer Fruchtbarkeit widerstehen könnte. Damit wird in die neue Philosophie ein prinzipieller materialistischer Gesichtspunkt von unermeßlicher Bedeutung eingeführt, wie Hegel sagt.

Wenn aber nur die Materie und ihre Veränderungen existieren, dann muß alle Untersuchung an dem Faden der Erfahrung und der Ursächlichkeit fortgehen. Die Theologie, das Suchen nach angeblichen Zweckgründen, darf im Materialismus keinen Platz mehr haben.

Wie aber konnte die Materie, die Welt, von allem idealistischen Spuk befreit werden? Geschichtlich lag für Lamettrie das Problem so, daß er beweisen mußte, daß der Materie selbst eine eigene Bewegung zukommt, daß es keine Materie ohne Bewegung gibt. Die Bewegung ist das Urprinzip, welches die ganze Natur belebt, in ihr stets neue Gestalten und Eigenschaften hervorbringt, die Organismen kompliziert und zugleich damit in ihnen die Empfindung, das Bewußtsein, wachruft. Merkwürdig ist, daß Lamettrie bei seinen kühnsten Konstruktionen die Empfindung doch nicht als eine unbedingte, ständige Eigenschaft aller Materie überhaupt gelten läßt, sondern sie von einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Organismen abhängig macht. Innerhalb des Tierreichs sucht Lamettrie nach einem bestimmten Prinzip der Evolution. Er glaubt, daß das Bedürfnis der allmächtige Faktor der Steigerung der Lebensformen ist. Das ist typisch für den mechanischen Materialismus, auch bei Feuerbach. Der Begriff des Bedürfnisses wird einseitig hervor gehoben. Mit höheren Bedürfnissen erweitert sich der Lebens- und Tätigkeitskreis wie auch das Bewußtsein der Tiere und Menschen, sagt Lamettrie. Aber weil er nicht erklärt, wie das Bedürfnis selbst materiell — durch die Komplizierung der Organismen — gesteigert wird, muß er auf einen subjektivistischen Standpunkt zurückgehen. Seine Auffassung nähert sich hier in gewisser Weise dem Lamarckismus. Doch für seine Zeit war sie ein ungeheurer Fortschritt.

Die Erkenntnistheorie Lamettries ist streng materialistisch. Alle Erkenntnis stammt aus den Sinnen. Das Denken ist selbst nur eine Funktion des Gehirns. Begriffe sind nur zusammenfassende oder abkürzende Empfindungskomplexe. Eine wichtige Rolle spielt in der Erkenntnistheorie Lamettries die sogenannte Zeichentheorie. Auch hier ist ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Empfinden der Tiere und dem Denken der Menschen nachweisbar. Die Tiere haben natürliche Zeichen für die Erkenntnis der Dinge und die Äußerung ihrer eigenen Gefühle. Die Menschen bedienen sich künstlicher Zeichen für die gegenseitige Verständigung, indem sie bestimmte Vorstellungen in der Sprache, in den Worten fixieren. Die Entwicklung der willkürlichen Zeichen ist die Grundlage, auf welcher sich das menschliche Denken und die menschliche Wissenschaft entwickelt. Wir sehen, wie der englische Nominalismus hier unmittelbar in die französische Materialistenschule mündet. Gegenüber Locke ist deshalb Lamettrie in dieser Hinsicht nur wenig originell.

Gestützt auf diese theoretischen Voraussetzungen hat Lamettrie den schärfsten Kampf gegen die Pfaffen und alle Theologie ausgetragen. Die religiösen Kriege und die Korsaren im Talar proklamiert er als die schärfsten Gegner der Menschheit. Die Unsterblichkeit der Seele ist ein Dogma, um das Volk damit zu betrügen. Der Atheismus ist die Religion der Natur. Allen sozialen Beziehungen muß das Naturgesetz des Suchens von Glück und des Meidens von Unglück zugrunde gelegt werden. Die Politik und Moral ist eine künstliche Erfindung der Herrscher, um das Volk, die unverständigen Massen im Zaun zu halten. Weil es keine Willensfreiheit gibt, weil der Determinismus allein entscheidet, müsse auch bei der Behandlung der Verbrecher Nachsicht geübt werden. Lamettrie spricht sich für die Toleranz aus.

Zum Schluß wollen wir noch zwei Entdeckungen der modernen Wissenschaft erwähnen, die Lamettrie vorausgeahnt hat. Erstens die Theorie, daß unsere Gefühle von den Veränderungen unserer Gefäßnerven, von ihrer Funktion, der Zusammenziehung und Erweiterung abhängig sind. Lamettrie hat also schon die vasomotorische Gefühlstheorie begründet. Zweitens die Theorie der Lokalisation der Gehirnfunktionen. Lamettrie glaubt auf Grund der Untersuchung der Gehirnkrankung behaupten zu dürfen, daß bestimmte Denkfunktionen mit gewissen Gehirnpartien verbunden sind. In der Tat, es sind wissenschaftliche Leistungen von der Art, die allein schon unserem Philosophen einen unvergänglichen Ruhm sichern müssen.

Die diplomierten Lakaien der Bourgeoisie wollen davon nichts wissen. Mit einem um so größeren Eifer wird sich nunmehr das Proletariat dem Studium der Werke Lamettries hingeben, um seine kühnen Leistungen im Kampfe gegen die Pfaffenherrschaft und seine bleibenden Verdienste um den Fortschritt der Menschheit voll zu würdigen.